

MONATSBERICHTE DER BANK DEUTSCHER LÄNDER

SEPTEMBER 1950

Inhalt

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets August-September 1950	1
Allgemeiner Überblick	1
Geld und Kredit	7
Öffentliche Finanzen	14
Beschäftigung, Produktion und Absatz	19
Preise und Löhne	25
Außenwirtschaft	28
Entwicklung und Stand der Investitionskredite aus Gegenwertmitteln	33
Statistischer Teil	37

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets August-September 1950¹⁾

Allgemeiner Überblick

Die Wirtschaftsentwicklung in Westdeutschland war in den letzten Wochen durch eine weitere Intensivierung des güterwirtschaftlichen Aufschwungs, aber auch durch eine zunehmende Verschärfung der außenwirtschaftlichen Spannungen gekennzeichnet.

Die Steigerung der Wirtschaftsaktivität kommt am eindrucksvollsten in der Entwicklung der Industrieproduktion zum Ausdruck. Bereits im August war der Produktionsindex — nach der durch die Urlaubssaison bedingten Pause im Juli — um fast 7 vH, d. h. stärker als jemals seit dem stürmischen Produktionsanstieg in den ersten Monaten nach der Währungsreform von 1948, gestiegen. Im September hat er sich nun nochmals von 114 auf 121 (1936 = 100) erhöht und damit einen Stand erreicht, der den des entsprechenden Vorjahrsmonats um etwa ein Drittel übertrifft. Selbst der durchschnittliche Produktionsstand von 1938 ist nunmehr, absolut genommen, zum ersten Male überschritten worden, wenn auch, auf den Kopf der Bevölkerung bezogen, die Produktion infolge der starken Be-

völkerungszunahme durch den Einstrom von 8 bis 9 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen noch immer um gut 15 vH unter ihrem damaligen Niveau liegt. Auch die Entlastung des Arbeitsmarktes hat sich in den letzten Wochen in bemerkenswertem Maße fortgesetzt. Die Zahl der Arbeitslosen ist im September um 70 000 auf 1,27 Millionen gesunken und hat damit trotz des anhaltend starken Neuzugangs an Arbeitskräften zum ersten Male den Stand des entsprechenden Vorjahrsmonats unterschritten. Auch im Oktober ist ihr Trend noch deutlich abwärts gerichtet, obschon die Kurve der Abnahme aus Saisongründen nun allmählich flacher zu werden beginnt. Noch symptomatischer für den Konjunkturverlauf der letzten Monate ist die Entwicklung der Beschäftigung. Ende September waren nach der Vierteljahresstatistik des Bundesarbeitsministeriums fast 14,3 Millionen Personen in unselbständigen Arbeitsverhältnissen, also als Arbeiter, Angestellte und Beamte beschäftigt; das sind reichlich 450 000 mehr als Ende Juni, fast 1 Million mehr als Ende März und nahezu 700 000 mehr als Ende September

¹⁾ Abgeschlossen am 26. Oktober 1950.

1949. Dabei ist nicht nur die durchschnittliche Arbeitszeit, sondern auch die Arbeitsproduktivität noch allenthalben im Wachsen. In der Industrie allein z. B. hat sich die Arbeitsproduktivität von März bis September um 10 bis 15 vH erhöht, wenngleich sie auch damit den Stand der Vorkriegszeit noch nicht ganz wieder erreicht hat.

Die saisonmäßigen Einflüsse waren bei der Zunahme von Produktion und Beschäftigung in den letzten Monaten noch ausgesprochen günstig. Die Landwirtschaft ist gewöhnlich bis Ende Oktober mit der Einbringung der großen Hackfruchternten beschäftigt. In diesem Jahr erreichten nun die Erträge sowohl bei Zuckerrüben als auch bei Kartoffeln eine Rekordhöhe, so daß der Arbeitsbedarf der Landwirtschaft relativ hoch war und an den Verkehrsapparat sehr starke Anforderungen gestellt wurden. Auch die Bautätigkeit nahm in den letzten Wochen, dem saisonalen Bewegungsbild entsprechend, noch zu. Wenn das Wetter günstig bleibt, dürfte die diesjährige „Saison“ auch kaum vor November ihren Höhepunkt überschreiten, da noch zahlreiche Bauten infolge ihrer relativ späten Inangriffnahme und teilweise auch infolge des Mangels an Bauarbeitern unvollendet sind. In der Industrie spielten saisonmäßige Auftriebskräfte in den letzten beiden Monaten ebenfalls eine gewisse Rolle, so z. B. im Kohlenbergbau oder in den Verbrauchsgüterindustrien, deren Produktion um diese Jahreszeit gewöhnlich bereits im Zeichen des bevorstehenden Weihnachtsgeschäfts steht.

Entscheidend für den Aufschwung der letzten Wochen war aber selbstverständlich die starke konjunkturelle Nachfragebelebung, die der Wirtschaftsentwicklung in Westdeutschland ebenso wie in der ganzen Welt seit geraumer Zeit ihren Stempel aufdrückt. Besonders die Verbrauchsgüterindustrien, die in der ersten Hälfte des Jahres an dem Produktionsanstieg in den übrigen Industrien kaum teilgenommen, ja im Sommer teilweise sogar ihre Produktion erheblich eingeschränkt hatten, stehen nun in vollem Umfang unter dem Einfluß beträchtlich erhöhter Aufträge. Allerdings gehen hier zur Zeit die unmittelbaren Impulse nicht mehr im gleichen Maß wie bisher vom Konsumenten aus. Nach einer teilweise recht erheblichen Steige-

rung in den Sommermonaten sind nämlich die Einzelhandelsumsätze in den letzten Wochen wieder etwas abgeflaut, weil einmal die Steuerrückerstattungen auf Grund der Einkommensteuernovelle vom April d. J., die in der Kaufwelle der vorangegangenen Monate sicher eine wichtige Rolle gespielt hatten, nunmehr abgeschlossen sind und zum anderen wohl auch die Ausgabeneigung fürs erste teilweise nachgelassen hat. Die Industrie muß nun aber erst die hohen Aufträge aufarbeiten, die ihr der Handel in den letzten Monaten erteilt hat und zum Teil auch heute noch erteilt, da er unter dem Einfluß der steigenden Preistendenz naturgemäß bestrebt ist, seine Lagerbestände möglichst aufzufüllen, und auf längere Sicht auch mit einer weiteren Zunahme der Einzelhandelsumsätze rechnet, zumal die Massenkauftkraft infolge des Beschäftigungsanstiegs und der Lohnerhöhungen sichtlich wächst. Auch konnten wichtige Konsumgüterindustrien neuerdings in etwas stärkerem Maße Auftragsaufträge buchen, während sie von der Exportkonjunktur bisher im allgemeinen nur wenig berührt worden waren. Die Verbrauchsgüterproduktion hat sich daher seit August dem Aufschwung der übrigen Industrien in vollem Umfang angeschlossen, und da auch hier die aus der Investitions- und Exportkonjunktur herrührenden Impulse anhaltend stark waren, ist es kein Wunder, daß der Produktionsindex in den beiden letzten Monaten um nicht weniger als 13 vH gestiegen ist.

Allerdings ist nunmehr auch der Aufschwung in das Stadium getreten, in dem ähnlich starke Produktionssteigerungen nicht mehr ohne weiteres möglich sein dürften, da eine Reihe von Engpässen einen immer stärker limitierenden Einfluß auszuüben beginnt. Auf den Kohlenengpaß, den Verkehrsengpaß und den Engpaß in der Versorgung mit Eisen- und Stahlerzeugnissen wird im Abschnitt über „Beschäftigung, Produktion und Absatz“ näher eingegangen. Die hier bereits bestehenden oder bei weiterer Anspannung doch drohenden Klemmen sind aber nicht die einzigen. In einer Reihe von Industrien sind nun die vorhandenen Kapazitäten voll ausgenutzt. Teilweise könnten sich ferner Rohstoffschwierigkeiten ergeben, wenn die Produktion längere Zeit auch nur auf dem bereits erreichten Niveau gehalten werden soll und die Lage an

den Weltmärkten oder die westdeutsche Devisensituation keinen entsprechenden Nachschub gestatten. Ebenso wird der Facharbeitermangel immer fühlbarer, namentlich in der Bauwirtschaft und im Kohlenbergbau. Würde trotzdem die Nachfrage im gleichen Maße weiter steigen wie bisher, so würde sie also auf eine erheblich verminderte Produktionselastizität treffen, und der Preisauftrieb würde hierdurch bedeutend verstärkt werden, nachdem in letzter Zeit schon begonnen worden ist, die Erhöhung der Rohstoffkosten in immer weiteren Bereichen auf die Fertigwarenpreise abzuwälzen.

All diese binnenwirtschaftlichen Spannungen werden jedoch in den Schatten gestellt durch die kritische Zuspitzung, die sich neuerdings in der außenwirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik ergeben hat. Die Bank deutscher Länder hat seit Jahr und Tag immer wieder auf die außerordentliche Beengung hingewiesen, der Westdeutschland gerade in außenwirtschaftlicher Hinsicht unterliegt, da es im Gegensatz zu den meisten übrigen Ländern keine nennenswerten Devisenreserven besitzt, auf der anderen Seite jedoch stets mit einer sehr starken Konjunkturreaktivität seiner Einfuhr rechnen muß. Auch in den Frühjahrs- und Sommermonaten, als die westdeutsche Ausfuhr in bemerkenswertem Maße zu steigen begann und die Einfuhr zunächst nur zögernd folgte, hat sie wiederholt vor den optimistischen Schlußfolgerungen gewarnt, die aus dieser Entwicklung vielfach gezogen wurden. Wie berechtigt das war, haben deutlich die letzten Wochen gezeigt, in denen sich die Devisenbilanz so rapide verschlechtert hat, daß ernste Sorgen am Platze sind. Gewiß spielen, wie im Abschnitt „Außenwirtschaft“ näher dargelegt, hierbei Sonderumstände eine Rolle, die die Devisenbilanz im Augenblick besonders belasten, auf längere Sicht aber auch wieder eine gewisse Selbstkorrektur dieser Entwicklung verheißen. Das gilt namentlich von den Wirkungen, die von der — keineswegs auf Westdeutschland beschränkten — Spekulation auf eine Revalorisierung des Pfundes ausgingen. Aber ganz abgesehen davon, daß auch derartige temporäre Anspannungen bei der geringen Höhe der westdeutschen Devisenreserven nicht ruhig hingenommen werden können, solange sich ihr Umfang und ihre Dauer nicht si-

cher beurteilen lassen, muß mit allem Nachdruck unterstrichen werden, daß sich neuerdings auch die Bilanz des „kommerziellen“ Warenhandels wieder passiviert hat. Schon im August hatte ihr Aktivsaldo nur noch 19 Mill. DM gegen annähernd 53 Mill. DM im Mai betragen, und im September wies sie zum ersten Male seit April 1950 wieder einen Passivsaldo auf, der mit über 185 Mill. DM an die hohen Defizite erinnert, die im vergangenen Winter unter dem Einfluß der ersten Liberalisierungsmaßnahmen entstanden waren. Devisenpolitisch ist die Entwicklung dabei sogar noch ungünstiger als die Globalziffern erkennen lassen. Das Gesamtdefizit ist nämlich die Resultante aus einem wesentlich höheren Passivsaldo im Verkehr mit den Ländern der Europäischen Zahlungsunion auf der einen und teilweise sogar noch erhöhten Ausfuhrüberschüssen im Verkehr mit einigen überseeischen und osteuropäischen Ländern auf der anderen Seite. Die Ausfuhrüberschüsse erbringen aber nur zu einem geringen Teil freie Devisen, während das wachsende Defizit gegenüber den EZU-Ländern nach Erschöpfung der ersten völlig oder doch zum größeren Teil goldfreien „Tranchen“ der westdeutschen EZU-Quote nun überwiegend mit effektiven Dollar beglichen werden muß.

Was die Ursachen dieser erneuten starken Verschlechterung der Handelsbilanz anbelangt, so spielt unter ihnen zweifellos eine gewisse Rolle, daß die binnenwirtschaftlichen Auftriebstendenzen in den letzten Monaten offensichtlich stärker waren als im Hinblick auf die Exportentwicklung gesund gewesen wäre. Hinzu kommen aber eine Reihe wichtiger anderer Momente. Einmal war die Einfuhr in den Monaten vor Ausbruch des Korea-Konflikts im ganzen relativ niedrig gewesen, weil die deutsche Wirtschaft damals überwiegend unter dem Eindruck von Preissenkungen stand, die sie zu einer weitgehenden Beschränkung ihrer Läger veranlaßte. Früher oder später war also, allein schon als Reaktion auf diese Zurückhaltung, ein gewisser Wiederanstieg der Einfuhren zu erwarten, zumal die Produktion seit Beginn des Jahres ungewöhnlich stark zugenommen hatte. Auch saisonmäßig war ab Mitte des Jahres ein stärkerer Einfuhranstieg fällig. Die tatsächliche Entwicklung wurde dann aber noch erheblich verstärkt durch

die Wirkungen des Korea-Konflikts. Dabei spielten nicht einmal Voreindeckungen, wie sie in fast allen Ländern der Erde in mehr oder weniger starkem Umfang zu beobachten waren, die entscheidende Rolle. Wohl aber geriet der Außenhandel in wachsendem Maße unter den Einfluß einer scharfen Verschlechterung der Austauschrelationen zur übrigen Welt, da die deutschen Ausführpreise relativ stabil blieben oder sogar noch sanken, während die Einfuhrpreise zum Teil sprunghaft anzogen. In einigen Fällen sind die Einfuhrwerte im Vergleich zum Vorjahr jedenfalls um ein Mehrfaches gestiegen, während sich die Einfuhrmengen kaum verändert haben.

Je mehr die Einfuhrnachfrage wuchs, um so ungünstiger wirkte sich auch für Westdeutschland aus, daß es bei der Liberalisierung praktisch noch immer im Nachteil ist. Teilweise ist die Bundesrepublik bisher nur beschränkt oder erst ganz kürzlich in den Genuß der Liberalisierungsmaßnahmen der Gegenseite gekommen. Die Möglichkeiten anderer Länder, mit dem Instrument der Zollpolitik trotz der Liberalisierung noch einen gewissen Einfluß auf den Import auszuüben, sind ihr weitgehend vorenthalten. Besonders nachteilig aber wirkt sich aus, daß infolge der Schwierigkeiten, denen in Westdeutschland eine ausreichende Kontrolle der Ursprungszeugnisse bisher begegnet, über die EZU-Länder in verhältnismäßig großem Umfang auch im Rahmen der liberalisierten Importe Waren aus Ländern hereinkamen, denen gegenüber die Liberalisierungsmaßnahmen gar nicht galten und die ihrerseits auch der Bundesrepublik keine entsprechenden Konzessionen gemacht hatten. Der Abschnitt über die „Außenwirtschaft“ enthält einige Angaben darüber, in welchem Maße diese inoffizielle Ausdehnung der Liberalisierung zum westdeutschen Defizit gegenüber den EZU-Ländern beigetragen hat. Im übrigen ist es natürlich klar, daß mit der Liberalisierung der größte Teil des Devisenausgangs überhaupt einer direkten Einflußnahme entzogen wurde.

Als es dahergalt, der immer ungünstigeren Entwicklung der Devisenbilanz so schnell wie möglich Einhalt zu bieten, wurde begreiflicherweise ernsthaft geprüft, ob nicht von der im Abkommen über die Europäische Zahlungsunion für solche Fälle vorgesehenen Möglichkeit einer zeitweiligen Suspension der Liberalisierungsmaß-

nahmen Gebrauch gemacht werden sollte. Die Bundesregierung hat sich jedoch nach Fühlungnahme mit den verschiedenen Instanzen entschlossen, hiervon zumindest bis zum Vorliegen einer Stellungnahme der OEEC abzusehen, aber sofort zu versuchen, durch alle mit den Prinzipien der Liberalisierung vereinbaren Mittel die Einfuhrwelle wenigstens vorübergehend einzudämmen und damit der akuten Verschlechterung der Zahlungsbilanz entgegenzutreten. Zu diesem Zweck hat der Zentralbankrat Mitte Oktober in Fortführung der mit der Mindestreserveerhöhung ab 1. Oktober 1950 eingeschlagenen Linie die in den Abschnitten „Geld und Kredit“ und „Außenwirtschaft“ näher dargelegten einfuhr- und kreditpolitischen Maßnahmen angeregt und, soweit sie in seine Kompetenz fallen, beschlossen. Ihre Kernstücke sind die Stellung eines bei den Landeszentralbanken zu unterhaltenden Bardepots in Höhe von 50 vH bei der Beantragung neuer Einfuhrbewilligungen, der Ausschluß der Möglichkeit, das Zentralbanksystem mittels Bankakzepten in Anspruch zu nehmen, wenn das Akzeptkreditvolumen der einreichenden Geschäftsbank für andere Zwecke als für die Finanzierung unmittelbarer Exportgeschäfte oder von Ernteeinlagerungen über den Stand vom 12. Oktober 1950 hinaus ausgedehnt wird und schließlich die Erhöhung des Diskont- und Lombardsatzes der Landeszentralbanken um 20%. Auf die Zahlungsbilanzlage wird von diesen Maßnahmen zweifellos nicht nur auf längere Sicht, sondern auch unmittelbar insofern eine Wirkung ausgehen, als eine zusätzliche Kreditnahme für Importzwecke mit ihnen wesentlich erschwert worden ist, besonders soweit es sich um Importe handelt, bei denen nicht erst bei Eingang der Ware gezahlt, sondern ein Akkreditiv gestellt wird. Es ist daher zu erwarten, daß nicht nur die bisherige Importwelle etwas abebbt, sondern vor allem auch von den Importeuren versucht wird, vom ausländischen Lieferanten Zahlungsfristen zu erhalten, die der seit einiger Zeit relativ starken Vorbelastung der westdeutschen Devisenbilanz durch Akkreditiveröffnungen entgegenwirken. Daß die getroffenen Maßnahmen zahlreiche Härten in sich schließen und sicher auch manchen Import unterbinden werden, dem unter anderen Umständen aus volkswirtschaftlichen Gründen eher

alle Tore zu öffnen wären, liegt auf der Hand. Die akute Zuspitzung der Devisenlage läßt aber keine andere Wahl, als zunächst einmal drastische Mittel anzuwenden, weil nur sie die Chance bieten, daß Schlimmeres verhütet werden kann.

Allerdings dürfte es auf die Dauer kaum genügen, dem tendenziellen Ungleichgewicht der Zahlungsbilanz durch eine Erschwerung der Importfinanzierung zu begegnen. Daß sich gegenwärtig der kommerzielle Außenhandel wieder passiviert, hängt nämlich nicht allein damit zusammen, daß es verhältnismäßig leicht war, auch für massierte Importe die erforderlichen Kredite zu erhalten, sondern ist vor allem auch Ausdruck der Tatsache, daß die vom Binnenmarkt ausgehenden Auftriebendenzen der Konjunktur seit geraumer Zeit wieder stärker sind als die Zunahme des Exports und die damit verbundene Erweiterung des Zahlungsbilanzspielraums. Dieser Störungsfaktor aber kann nur dadurch beseitigt werden, daß die Expansion der inneren Nachfrage beschränkt wird, um auf diese Weise den Importsog abzuschwächen und dem Export wieder die dominierende Rolle unter den Auftriebskräften zu sichern, d. h. baldmöglichst wieder Ausfuhrüberschüsse zu erzielen.

Zu diesem Zweck muß der in den letzten Wochen ganz erheblich verstärkten Ausdehnung des Geschäftsbankenkredits auch insoweit entgegengetreten werden, als sie nicht mit dem Anschwellen der Importnachfrage, sondern mit dem allgemeinen internen Konjunkturauftrieb zusammenhängt. Die ab 1. Oktober 1950 in Kraft getretene Erhöhung der Mindestreserven hatte das bereits zum Ziele. Sie erwies sich jedoch für sich allein insofern als unvollkommen, als, wie im Abschnitt „Geld und Kredit“ näher auseinandergesetzt wird, die Banken nicht nur genügend zentralbankfähiges Material besaßen, um sich trotz der erhöhten Reservepflicht sogar für eine verstärkte Kreditexpansion das benötigte Zentralbankgeld zu verschaffen, sondern dadurch, daß sie unter Akzept traten, ihren Bestand an rediskontfähigen Titeln auch ständig erweitern konnten. Die Erhöhung der Mindestreserve hat für sich jedenfalls nicht zu verhindern vermocht, daß in der ersten Oktoberhälfte die Wirtschaftskredite trotz der ergangenen Warnungen noch stärker ausgeweitet wurden als im September. Kürzlich sind jedoch in dieser

Hinsicht wesentlich wirksamere Dämme aufgerichtet worden. So wurden einmal mit der Mitte Oktober beschlossenen Beschränkung der Rediskontierung von Bankakzepten die oben erwähnten Ausweichmöglichkeiten gegenüber der Einengung des Kreditpotentials wesentlich verringert, und zum andern ist mit der ab 27. Oktober in Kraft getretenen Erhöhung der Diskont- und Lombardsätze des Zentralbanksystems um 2% nunmehr auch der Kreditnachfrage ein wirksamer Dämpfer aufgesetzt worden. Selbst wenn man nämlich anerkennt, daß die Zinsreagibilität der Wirtschaft heute nicht mehr ganz die gleiche ist wie früher, dürfte eine Diskonterhöhung dieses Ausmaßes doch auf die Disposition der Wirtschaft nicht ohne Einfluß bleiben.

Wenn aber zu erwarten ist, daß die Diskonterhöhung die Kreditnachfrage verringert, ja wegen der erhöhten Kreditkosten sogar die Tendenz zum Lagerabbau fördert, so folgt daraus auch, daß es im Gegensatz zu den teilweise bestehenden Befürchtungen nicht möglich sein wird, die Diskonterhöhung auf die Preise abzuwälzen. Die Abwälzung höherer Kosten ist immer nur möglich, wenn der Markt imstande ist, die höheren Preise zu bewilligen. Das aber setzt voraus, daß die Kaufkraft im Verhältnis zum Angebot wächst, denn wären bei gegebener Nachfrage höhere Preise durchzusetzen, so wären sie von den Unternehmungen sicher schon vor der Kostenerhöhung gefordert worden. Eine allgemeine, über die Entwicklung des Angebots hinausgehende Zunahme der am Markt wirksamen Kaufkraft aber ist ganz unwahrscheinlich, wenn die Kreditversorgung tendenziell abnimmt, wie es in der Regel bei einer starken Verknappung des Kreditpotentials der Banken und gleichzeitiger scharfer Verteuerung der Kreditkosten der Fall ist.

Zweifelloos wird also die Diskonterhöhung im Zusammenwirken mit den übrigen kreditpolitischen Maßnahmen den Versteifungstendenzen an den Gütermärkten entgegenwirken und damit die Bemühungen der Bundesregierung um Stabilisierung des Preisniveaus wirksam unterstützen. Daß sie daneben auch noch die devisenpolitisch heute besonders erwünschte Wirkung haben dürfte, die Exporteure zu einer rascheren Eintreibung und Ablieferung ihrer Exportforderungen und die Importeure zum Bestehen auf län-

geren Zahlungszielen zu bewegen, weil die Kreditanspruchnahme teurer geworden ist, darf in diesem Zusammenhang gleichfalls nicht unerwähnt bleiben.

Dem Zwang zu verstärkter Knapphaltung des Geldes muß sich jedoch die *g e s a m t e* Wirtschaftspolitik unterwerfen, wenn die kreditpolitischen Maßnahmen nicht wieder untergraben und zumindest teilweise unwirksam gemacht werden sollen. Insbesondere gilt es zu verhindern, daß sich über die öffentlichen Haushalte neue expansive Tendenzen anbahnen. Wie im Abschnitt über „Öffentliche Finanzen“ näher dargelegt wird, ist es im Verlauf der letzten Monate gelungen, die hohen Defizite der öffentlichen Haushalte, die in den Frühjahrs- und Sommermonaten wohl die wichtigste Quelle der starken Expansion des Geldvolumens gebildet hatten, nicht nur einzudämmen, sondern teilweise sogar, wenn auch nur geringfügig, abzubauen. Dieses Ergebnis muß im Interesse der Währungspolitik nachdrücklichst verteidigt werden. Daß das nicht leicht sein wird, liegt auf der Hand, da sich aus der weltpolitischen Lage für die Bundesrepublik ebenso wie für fast alle übrigen Länder bisher nicht vorgesehene Ausgabeverpflichtungen ergeben dürften. Aber ein Zurückgleiten in eine defizitäre Finanzgebarung würde Schwierigkeiten schaffen, die den Wiederaufbauprozess schwer beeinträchtigen und zu weitreichenden zwangswirtschaftlichen Maßnahmen zwingen könnten. Alle neuen Ausgaben sollten daher entweder durch eine entsprechende Einschränkung anderer Ausgaben oder aber durch nicht auf Kreditausweitung beruhenden zusätzlichen Einnahmen gedeckt werden, und zwar nicht nur auf längere Sicht, sondern bereits vom Augenblick ihrer Entstehung an, da auch eine bloße *V o r*finanzierung mit Kreditmitteln zunächst auf eine — bis auf weiteres gefährliche — Ausweitung der inneren Nachfrage hinauslaufen würde.

Ganz Ähnliches gilt für Investitionsaufwendungen, die in einzelnen Wirtschaftszweigen gerade im Interesse der Engpaßüberwindung unerläßlich sind. Bereits in früheren Berichten ist betont worden, daß unter den obwaltenden Ver-

hältnissen in all diesen Fällen eine währungspolitisch möglichst konservative Finanzierung angestrebt werden muß, so dringlich auch die Projekte vom produktionspolitischen Standpunkt aus sein mögen und so große Schwierigkeiten auch die Aufbringung der benötigten Mittel aus den normalen Quellen des Kapitalmarkts bereiten mag. Viel werden zur Lösung dieses Problems wahrscheinlich schon Umschichtungen im Investitionsvolumen beitragen können, besonders soweit die öffentliche Hand hierauf einen Einfluß hat. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen sollten deshalb die dirigierbaren Kapitalmittel, besonders die counterpart funds, in erster Linie den „kritischen Sektoren“ vorbehalten bleiben, auch wenn infolgedessen gewisse andere Investitionen vorläufig unterbleiben müssen. Im übrigen hängt die Kapitalnot gerade in einigen der wichtigsten Engpaßgebiete ganz offensichtlich aufs engste damit zusammen, daß durch die Aufrechterhaltung bestimmter zwangswirtschaftlicher Preisbindungen eine normale Kapitalaufbringung in diesen Investitionsbereichen bisher außerordentlich erschwert ist. Kurzfristig würde die Beseitigung dieser Bindungen das Kapitalproblem der Engpaßgebiete zwar kaum lösen, aber auf längere Sicht sollte doch ernsthaft ins Auge gefaßt werden, auch in dieser Hinsicht allmählich wieder normalere Verhältnisse zu schaffen.

Jedenfalls hängt die Überwindung der Zahlungsbilanzkrise ganz entscheidend davon ab, daß sich nicht nur die Kreditpolitik im engeren Sinne des Wortes, sondern die gesamte Wirtschaftspolitik an den harten Tatsachen und Notwendigkeiten orientiert, die sich aus der außenwirtschaftlichen Lage ergeben. Daß dies keine Deflationspolitik erfordert und einen weiteren Produktions- und Beschäftigungsanstieg aller Voraussicht nach auch in keiner Weise ausschließen würde, ist hier wiederholt dargelegt worden. Es handelt sich vielmehr darum, die innere Expansion — so wie es vor dem Ausbruch des Korea-Konflikts der Fall war — wieder an den Spielraum anzupassen, der ihr durch die Exportentwicklung erschlossen wird, und damit gleichzeitig sicherzustellen, daß im Export alle Chancen genutzt werden, die die weltwirtschaftliche Lage bietet.

Geld und Kredit

Die Entwicklung der Geld- und Kreditlage war in den letzten Wochen durch eine starke Ausweitung des Geschäftsbankenkredits bei gleichzeitig recht beträchtlichen Liquiditätseinbußen für den Bankenapparat gekennzeichnet. Beide Vorgänge hingen weitgehend, wenn auch keineswegs ausschließlich, mit dem neuerdings wieder überaus kräftigen Importsog zusammen, da mit diesem sowohl ein starker Kreditbedarf als auch ein hoher Einzahlungsüberschuß auf den Außenhandelskonten der Bank deutscher Länder, also die Notwendigkeit zur Anschaffung bedeutender Beträge an Zentralbankgeld, verbunden ist. In der gleichen Richtung wirkte im übrigen vor allem die Entwicklung der öffentlichen Finanzen, zumal deren tendenzielle Besserung im September durch den vierteljährlichen Zahlungstermin für die Veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer verstärkt wurde. Ab Oktober wurde die Bankenliquidität ferner ruckartig durch das erhöhte Reserve-Soll angespannt. Durch Einsatz ihrer Wechselbestände und die Gewährung ihres Akzeptkredits gelang es den Banken allerdings, sich zunächst weiter Refinanzierungsmöglichkeiten in einem Umfang zu sichern, der sie befähigte, ihre Kreditexpansion im Vergleich zum September sogar noch zu verstärken. Erst mit den Mitte Oktober ergriffenen Maßnahmen zur Beschränkung des Akzeptkredits wird es daher möglich sein, den kreditpolitischen Spielraum, der bisher insbesondere für Importkredite bestand, so zu beschneiden, wie es die zugespitzte devisa-politische Lage erfordert.

Wie sich die kurzfristigen Bankkredite in den letzten Wochen entwickelt haben, kann, obwohl die monatliche Bankenstatistik erst bis August vorliegt, mit hinlänglicher Zuverlässigkeit aus der halbmonatlichen Repräsentativ-Statistik ersehen werden, da die hierfür berichtenden 480 Institute gut zwei Drittel des gesamten Kreditvolumens auf sich vereinen. Nach dieser Statistik ist um Mitte August ein völliger Umschwung in der Kreditentwicklung eingetreten:

*Entwicklung der kurzfristigen Kredite an Nichtbanken bei den 480 halbmonatlich berichtenden Geldinstituten
Zunahme (+) oder Abnahme (–) in Mill. DM*

Zeit	Gesamt	Kredite an die öffentliche Hand	Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private		
			Gesamt	Akzeptkredite	
1950 Juli	1. Hälfte	+ 94,5	+ 13,2	+ 81,3	– 2,1
	2. Hälfte	+ 10,7	– 44,5	+ 55,2	– 9,7
Aug.	1. Hälfte	– 30,6	– 32,3	+ 1,7	– 27,8
	2. Hälfte	+ 189,1	+ 3,2	+ 185,9	+ 52,0
Sept.	1. Hälfte	+ 199,0	– 42,4	+ 241,4	+ 46,4
	2. Hälfte	+ 279,2	+ 14,1	+ 265,1	+ 147,6
Okt. 1. Hälfte	+ 178,1	– 111,2	+ 289,3	+ 123,0	

War noch in der ersten Augushälfte infolge von Kreditrückzahlungen der öffentlichen Hand eine Abnahme des Kreditvolumens zu verzeichnen gewesen, so ergab sich von der zweiten Monatshälfte an ein sprunghafter Anstieg. Die Gesamtzunahme erreichte im September allein bei den 480 halbmonatlich berichtenden Instituten mit rd. 478 Mill. DM etwa das Dreifache des Betrages, um den das Kreditvolumen im Monatsdurchschnitt des zweiten Vierteljahrs bei allen Banken gewachsen war.

An dieser Zunahme waren die Banken in allen Ländern des Bundes beteiligt, aber die Zuwachsraten waren doch recht verschieden. Am stärksten stiegen die Kredite in Bremen, Hamburg und – mit Abstand – in Bayern. Die hohe Beteiligung der beiden Stadtstaaten an der Kreditexpansion läßt erfahrungsgemäß darauf schließen, daß der Geldbedarf für Importzwecke eine wesentliche Ursache für die vermehrte Kreditanspruchnahme bildete. In Bayern dagegen scheint nach den Beobachtungen der Landeszentralbank vor allem Kreditbedarf für Zwecke der Erntebewegung und Ernteeinlagerung, daneben aber auch normaler Finanzierungsbedarf der Industrie maßgebend gewesen zu sein. Auch die dem landwirtschaftlichen Kreditbedarf dienenden überregionalen Sonderinstitute (Landwirtschaftliche Rentenbank, Deutsche Genossenschaftskasse) wiesen im September eine beträchtliche Zunahme ihrer Kredite aus. Abgesehen von dieser Differenzierung der Kreditzunahme fällt auf, daß die Banken im Laufe des Monats September in ausgeprägtem Maße dazu übergegangen sind, ihre Kredite möglichst in refinanzierbarer Form

zu geben. Soweit Handelswechsel nicht zur Verfügung standen, was z. B. für den Importhandel weitgehend zutrifft, ließen sie deshalb in steigendem Umfang ihre Kundschaft auf sich ziehen. Der Anteil des Akzeptkredits an der Ausdehnung der gesamten Wirtschaftskredite stieg daher (bei den 480 halbmonatlich berichtenden Banken) von 13 vH im August auf 19 vH in der ersten und 56 vH in der zweiten Hälfte von September. Auch in dieser Hinsicht waren jedoch die Verhältnisse in den einzelnen Bundesländern durchaus unterschiedlich. So entfielen z. B. in Hamburg in der zweiten Septemberhälfte von der Kreditsteigerung nicht weniger als 82 vH und in Bremen 81 vH, in Nordrhein-Westfalen dagegen nur 33 vH und in Hessen sogar nur 12 vH auf Akzeptkredite. Beachtlich ist ferner, daß, während in der Liquidisierungsperiode von März bis August diese Kundschaftsziehungen größtenteils ins eigene Portefeuille der Banken genommen worden waren, sie im September in zunehmendem Maße bei den Landeszentralbanken diskontiert wurden. Die Bestände des Zentralbanksystems an Bankakzepten stiegen daher im September um 358 Mill. DM, was etwa 56 vH der Gesamtzunahme ihres Wechselbestandes in diesem Monat entsprach.

Über die Entwicklung der mittel- und langfristigen Kredite der Geschäftsbanken liegen für September noch keine Angaben vor. Im August waren diese Kredite weit stärker ausgedehnt worden, als auf Grund einiger Teilergebnisse zunächst zu vermuten war. Die Gesamtzunahme betrug bei den Geschäftsbanken einschließlich der Kreditanstalt für Wiederaufbau reichlich 500 Mill. DM, wovon allerdings rd. 75 Mill. DM auf durchlaufende Kredite, für die die Banken keine eigene Haftung haben, rd. 112 Mill. DM auf weitergeleitete counterpart funds und 94 Mill. DM auf Vorfinanzierungen des Zentralbanksystems entfielen. Die mittel- und langfristigen Kredite, welche die Geldinstitute aus bei ihnen selbst aufkommenden Mitteln finanzieren, haben sonach im August um etwas über 200 Mill. DM zugenommen. Auch im September dürfte die Ausweitung beträchtlich gewesen sein. Allein die Kreditauszahlungen im Rahmen des Wohnungsbauprogramms erhöhten sich bei den hieran beteiligten Banken im Laufe dieses Monats

Die Kreditgewährung der Geschäftsbanken
und des Zentralbanksystems an Nichtbanken

Monatliche Zunahme (+) bzw. Abnahme (–) in Mill. DM

Banken	1950			
	Monatsdurchschnitt 2. Vi.	Juli	August	September
I. Geschäftsbanken				
Kurzfrist. Kredite an:				
Wirtschaft und Private	+ 172,3	+ 235,2	+ 264,9	.
Öffentliche Hand	– 12,4	– 61,2	– 50,4	.
Summe	+ 159,9	+ 174,0	+ 214,5	+ 700 ²⁾
Längerfrist. Kredite an:				
Wirtschaft und Private	+ 248,2	+ 282,5	+ 379,0	.
Öffentliche Hand	+ 20,3	+ 27,4	+ 81,1	.
Summe	+ 268,5	+ 309,9	+ 460,1	.
II. Kreditanstalt f. Wiederaufbau und Finanzierungs-AG Speyer				
Kredite an Nichtbanken (ohne Zwischenschaltung von Geldinstituten)	+ 48,4	+ 33,3	+ 47,1	+ 32,4
III. Zentralbanksystem				
Kredite an:				
Öffentliche Hand	+ 275,7 ¹⁾	– 195,9	+ 232,7	– 35,0 ³⁾
Sonstige	+ 7,4	+ 9,5	– 0,5	+ 7,9
Summe	+ 283,1	– 186,4	+ 232,2	– 27,1
Insgesamt	+ 759,9	+ 330,8	+ 953,9	.

¹⁾ Unter Ausschaltung der im Juni durch die Übertragung des "suspense account Credits" bedingten Zunahme in Höhe von 400,1 Mill. DM. — ²⁾ Teils auf Schätzungen beruhend. — ³⁾ Hierin ist das Vorschuß-Konto der Kreditanstalt für Wiederaufbau enthalten, auf dem die im Rahmen des Arbeitsbeschaffungs- und Wohnbauprogramms entnommenen Kredite verbucht werden. Die Kreditentnahme der Kreditanstalt stieg im September um 55 Mill. DM, so daß die Kredite des Zentralbanksystems an Nichtbanken im September um 82 Mill. DM abgenommen haben.

um rd. 84 Mill. DM, während sie bei den übrigen Kapitalsammelstellen um rd. 68 Mill. DM zunahmen. Gegenüber August waren damit im September die Kreditauszahlungen für den programmierten Wohnungsbau um 40 bis 50 vH höher. Insgesamt betrugen sie mit rd. 0,87 Mrd. DM etwa die Hälfte der auf rd. 1,7 Mrd. DM gestiegenen Kreditzusagen der Kapitalsammelstellen für Zwecke des programmierten Wohnungsbaues.

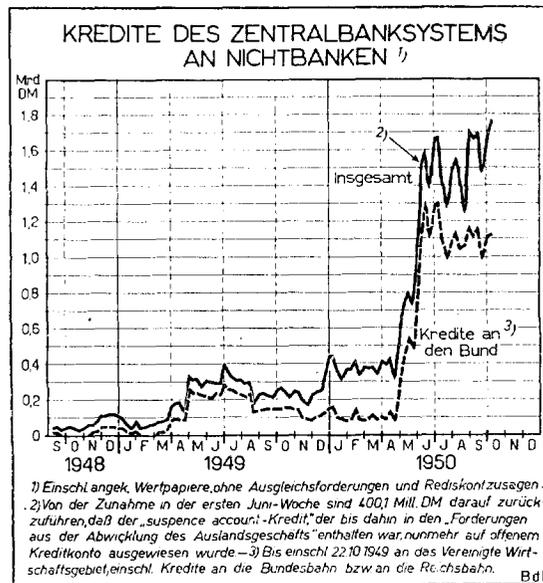
Vergleicht man die Entwicklung der mittel- und langfristigen Ausleihungen mit dem Aufkommen an endgültigen Finanzierungsmitteln, so ist dieses im August — wie schon im Juli — wiederum erheblich hinter den Ausleihungen zurückgeblieben, und im September hat sich hieran vermutlich kaum etwas geändert. Der Spareinlagenzuwachs betrug im August nur 14 Mill. DM

(gegen 123 Mill. DM im Juni). Auch im September hat er sich von dem unter dem Einfluß des Korea-Konflikts erlittenen Rückschlag nur geringfügig erholt. Zwar weist die Statistik der 480 halbmonatlich berichtenden Geldinstitute, auf die rund die Hälfte aller Spareinlagen entfallen, in der zweiten September-Hälfte einen gegenüber der ersten Hälfte des Monats nahezu verdoppelten Einzahlungsüberschuß auf Sparkonten im Sparverkehr aus, aber diese Steigerung ist größtenteils auf einen Umbuchungsvorgang zurückzuführen, stellt also keine echte Zunahme der Spartätigkeit dar. Trägt man dem Rechnung, so betrug der Spareinlagenzugang bei den 480 Instituten im September mit 16 Mill. DM nur 5 Mill. DM mehr als im August, so daß, wenn die Entwicklung bei den übrigen Banken ähnlich verlaufen ist, die Gesamtzunahme an Spareinlagen nur etwa 20 Mill. DM erreicht haben dürfte. Auch der Wertpapierabsatz blieb im September weiter gering. Wie schon in den Vormonaten hat er sich zwar wiederum leicht erhöht, aber absolut genommen sind die Beträge, um die es sich hier handelt, noch so gering, daß ihren Veränderungen keine wesentliche Bedeutung beizumessen ist. Insgesamt wurden im September für 44 Mill. DM Wertpapiere untergebracht. Davon entfielen auf Pfandbriefe und Kommunalobligationen 32 Mill. DM, auf sonstige Schuldverschreibungen von Kreditinstituten 1 Mill. DM, auf Industrieobligationen 5 Mill. DM und auf Aktien 6 Mill. DM. Den Kreditinstituten flossen also aus dem Wertpapierabsatz nur etwa 33 Mill. DM gegen 45 Mill. DM im August zu.

Trotz dieses relativ geringen Aufkommens an endgültigen Finanzierungsmitteln blieb die Beanspruchung der vom Zentralbanksystem im Rahmen des Arbeitsbeschaffungs- und Wohnungsbauprogramms eingeräumten Refinanzierungskontingente auch im September noch relativ schwach. Die den Kapitalsammelstellen im Gesamtbetrag von 428 Mill. DM eingeräumten Kreditlinien waren Ende September mit etwa 13 vH in Anspruch genommen, und die Kreditanstalt für Wiederaufbau hatte etwa ein Drittel der ihr im Rahmen des Arbeitsbeschaffungs- und Wohnungsbauprogramms (ohne Exportfinanzierung) eingeräumten Kreditlinien in Höhe von 624 Mill. DM ausgenutzt (davon 55 Mill. DM

im Laufe des September). Daß die Vorfinanzierungsmöglichkeiten nicht stärker ausgenutzt zu werden brauchten, erklärt sich — abgesehen von dem nur allmählichen Auftreten des Auszahlungsbedarfs — vor allem daraus, daß ein großer Teil der Geldinstitute und sonstigen Kapitalsammelstellen bisher mit sonstigen liquiden Mitteln den Kreditanforderungen genügen konnte, soweit nicht früher angesammelte Deckungsmittel noch zur Ausleihung bereit standen. Angesichts der nunmehr seit Monaten hinter den Vorschlägen zurückbleibenden Spartätigkeit ist jedoch zu erwarten, daß in der nächsten Zeit auf die Vorfinanzierungszusagen des Zentralbanksystems stärker als bisher zurückgegriffen werden wird, und daß sich die Rückzahlung langsamer vollzieht als ursprünglich in Aussicht genommen.

Im Gegensatz zur Kreditexpansion bei den Geschäftsbanken und im Gegensatz auch zum Vormonat haben sich die Direktkredite des Zentralbanksystems an Nichtbanken im September per Saldo wieder vermindert, und zwar um 82 Mill. DM. Einem stärkeren Rückgang



der dem Bund gewährten Kassenkredite um 200 Mill. DM steht dabei der Ankauf von 75 Mill. DM Bundesbahnleihe aus dem Besitze der Bundesregierung zwecks Abdeckung einer neuen außerordentlichen Einzahlungsverpflichtung der Bundesregierung gegenüber den Gegenwertkonten sowie eine Erhöhung des Portefeuilles an Bun-

desschatzwechselln um 70 Mill. DM gegenüber¹⁾. Ferner nahmen die seitens einiger Landeszentralbanken an ihre Länderregierungen gewährten Kassenkredite im September bei unverändertem Portefeuille an Länderschatzwechselln um 30 Mill. DM ab, während sich die Direktkredite der Landeszentralbanken der französischen Zone an Wirtschaftsunternehmungen nur um 5 Mill. DM erhöhten. Eine leichte Gegentendenz erwuchs der Abnahme der Direktkredite des Zentralbanksystems jedoch wiederum durch eine neue Münzgewinn-Gutschrift der Bank deutscher Länder an den Bund in Höhe von 7 Mill. DM.

Die Finanzierung des Außenhandels führte im September zu wesentlich höheren Einzahlungen bei der Bank deutscher Länder als in den Vormonaten. Insgesamt stiegen gegenüber dem Monat August die Geldeingänge um 303 Mill. DM (gleich 36 vH) auf 1 145 Mill. DM. Bemerkenswert ist, daß diese Steigerung fast vollständig auf eine Zunahme der Einzahlungen im kommerziellen Sektor des Außenhandels (d. h. des Außenhandels ohne die devisenmäßig gestundeten Hilfslieferungen) zurückzuführen ist. Hier waren die Einzahlungen mit 896 Mill. DM größer als in allen anderen Monaten seit der Währungsreform, was auf einen weiteren starken Anstieg der kommerziellen Einfuhr schließen läßt. Da die Auszahlungen der Bank deutscher Länder für angekaufte Exportdevisen nur 441 Mill. DM — 53 Mill. DM weniger als im Vormonat — betragen, ergab sich im September ein Einzahlungsüberschuß in Höhe von rd. 455 Mill. DM allein im kommerziellen Außenhandel. Die Auslandsguthaben der Bank deutscher Länder nahmen dabei zwar weiter um rd. 140 Mill. DM zu, aber andererseits stiegen auch die Verpflichtungen der Bank deutscher Länder gegenüber ausländischen Notenbanken um rd. 535 Mill. DM. Bei den privaten Außenhandelsbanken war demgegenüber eine leichte Zunahme der Devisenbestände zu verzeichnen. Die Akkreditivverbindlichkeiten der Außenhandelsbanken und der Bank deutscher

¹⁾ Die Ausnutzung des sogenannten Kreditplafonds des Bundes bei der Bank deutscher Länder, in den neben den Kassenkrediten der gesamte Schatzwechsellnlauf einerechnet wird, da sämtliche begebenen Schatzwechsel mit der Rediskontzusave der Bank deutscher Länder versehen sind, hat jedoch nur um 34 Mill. DM abgenommen, weil neben den bei der Bank deutscher Länder neu untergebrachten Schatzwechselln noch weitere 98 Mill. DM an Schatzwechselln begeben und am offenen Markt plaziert wurden.

Länder beliefen sich Ende September zusammen auf den Gegenwert von nahezu 600 Mill. DM gegen 450 Mill. DM einen Monat zuvor.

Auch die Bildung und Verwendung der Gegenwertkonten schloß im September per Saldo wieder mit einem Einzahlungsüberschuß ab, und zwar in Höhe von 75 Mill. DM (vgl. nebenst. Übers.). Die Einzahlungen für die laufenden Hilfslieferungen sind dabei gegenüber dem Vormonat fast gleich geblieben, wenn man die oben erwähnte Einzahlung des Finanzministers auf das GARIOA-Konto in Höhe von 75 Mill. DM außer Betracht läßt. Die buchmäßigen Ausgänge auf den Gegenwertkonten waren demgegenüber mit 397 Mill. DM zwar bedeutend höher als im Vormonat, da Ende September weitere 350 Mill. DM aus der II. ERP-Tranche freigegeben wurden. Der tatsächliche Abfluß freigegebener counterpart funds von den bei der Bank deutscher Länder geführten Konten der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Berliner Industriebank AG erreichte jedoch bei weitem nicht diesen Betrag, sondern belief sich auf nur 128 Mill. DM, davon 16 Mill. DM für Berlin. Er blieb also zusammen mit den geringfügigen anderen Abgängen von den Gegenwertkonten um den oben erwähnten Betrag von 75 Mill. DM hinter den Einzahlungen zurück. Über die bisherige Inanspruchnahme der Freigaben aus counterpart funds, über den Stand der Abwicklung der bisherigen Investitionsprogramme aus counterpart funds und über die Verwendung der II. ERP-Tranche unterrichtet der Sonderaufsatz S. 33 ff.

Infolge der starken Kreditexpansion hat sich die Summe der Bankdepositen und des umlaufenden Bargeldes (also das Geldvolumen im weitesten Sinne des Wortes) im September weiter erhöht. Die Zunahme blieb jedoch beträchtlich hinter dem Ausmaß der Krediterweiterung — und auch hinter der der letzten Monate — zurück, da bedeutende Geldbeträge durch den Einzahlungsüberschuß bei der Finanzierung des kommerziellen Außenhandels, also im wesentlichen durch Devisenkäufe, absorbiert wurden. Vorläufigen Schätzungen zufolge dürfte das gesamte Geldvolumen von Ende August bis Ende September nur um etwa 400 bis 500 Mill. DM gegen rd. 580 Mill. DM im Vormonat gewachsen sein. Davon entfielen 180 Mill. DM

Die Bildung von Gegenwertfonds und ihre Verwendung
Beträge in Mill. DM

	1950				
	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	Juli	August	September
A. Geldeingänge auf den Gegenwertkonten					
1. GARIOA-Konten	171,7	465,4	169,1	145,4	225,0
2. ERP-Konten	330,1	452,7	147,0	40,8	20,7
3. STEG-Konten	4,2	—	—	—	3,5
A. insgesamt (1 + 2 + 3)	506,0	918,1	316,1	186,2	249,2
B. Geldausgänge auf den Gegenwertkonten¹⁾					
1. GARIOA-Konten					
für Berlin-Hilfe und sonstige Zahlungen nach Berlin	—	60,0	35,0	20,0	20,0
Restausfuhrzahlungen	—	7,5	—	54,5	—
DM-Bedarf der US-Hochkommission	—	100,0	—	35,0	25,0
zusammen	—	167,5	35,0	109,5	45,0
2. ERP-Konten					
Investitionskredite	750,0	380,0	350,0	20,0 ²⁾	350,0
Kreditanstalt für Wiederaufbau	(673,0)	(338,6)	(315,0)	(—)	(315,0)
Industriebank AG Berlin	(77,0)	(41,4)	(35,0)	(—)	(35,0)
Care, Cralog	—	12,2	0,6	1,5	2,1
Bundesregierung	—	—	53,0	—	—
Ziehungsrechte ³⁾	- 114,6	- 2,0	51,6	8,4	—
zusammen	635,4	390,2	455,2	29,9	352,1
3. STEG-Konten					
für Besatzungswohnungsbau	—	1,4	—	—	—
B. insgesamt (1 + 2 + 3)	635,4	559,1	490,2	139,4	397,1
Tatsächlicher Abfluß der in B enthaltenen Investitionskredite aus dem Zentralbanksystem:					
Freigegebene Investitionskredite	750,0	380,0	350,0	20,0	350,0
Tatsächlicher Abruf aus der Bank deutscher Länder	590,1 ⁴⁾	368,8	188,3	153,6	127,5
Überschuß der Freigaben (—)	- 159,9	- 11,2	- 161,7	—	- 222,5
Überschuß der Abrufe (+)	—	—	—	+ 133,6	—
B 1 Modifizierte Geldausgänge					
Geldausgänge (siehe B)					
zuzüglich des Überschusses der tatsächlichen Abrufe von Investitionskrediten über die laufenden Freigaben	475,5	547,9	328,5	273,0	174,6
bzw. abzüglich des Überschusses der laufenden Freigaben über die Abrufe					
C. Saldo aus A und B 1					
Überschuß der Einzahlungen ins Zentralbanksystem	30,5	370,2	—	—	74,6
Überschuß der Auszahlungen aus dem Zentralbanksystem	—	—	12,4	86,8	—

¹⁾ Ohne Überträge für ECA-Verwaltungskosten gemäß Art. IV Ziff. 4 des Abkommens über die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika. — ²⁾ Verlorener Zuschuß für die Landwirtschaft (s. ERP-Programm), der wegen besonderer Bedingungen, die damit verknüpft sind, über die Bundeshauptkasse Bonn geleitet worden ist. — ³⁾ (—) bedeutet Gutschriften für einen Überschuß der empfangenen Ziehungsrechte über gegebene Ziehungsrechte. — ⁴⁾ Einschließlich der Abdeckung von Vorfinanzierungen der Bank deutscher Länder und der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

auf den Bargeldumlauf¹⁾, der nach dem im August zu verzeichnenden Rückgang fast den ganzen Monat hindurch erneut zur Ausweitung tendierte, so daß an neuen Einlagen nur etwa 200 bis 300 Mill. DM gegenüber reichlich 700 Mill. DM im Monat August entstanden, wenn man von den DM-Guthaben des Auslandes absieht. Bei der Einlagenzunahme wieder war bemerkenswert, daß sie sich zu einem nicht unbeträchtlichen Teil auf die Konten der öffentlichen Hand erstreckte. Der Einlagenzuwachs betrug bei den 480 halbmonatlich berichtenden Banken im

¹⁾ Ohne die in Berlin ausgegebenen „B“-Noten.

September nur 157 Mill. DM — gegen 484 Mill. DM im August —, und hiervon entfielen nicht weniger als 126 Mill. DM auf die öffentlichen Konten, während die Einlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten nur um 9 Mill. DM — gegen 504 Mill. DM im August — wuchsen.

Naturgemäß hat dieses starke Zurückbleiben der Einlagenbildung hinter der Kreditausweitung die Liquidität der Banken im September beträchtlich vermindert. Wie die nachstehende Übersicht zeigt, haben die Banken per Saldo insgesamt 682 Mill. DM Zentralbankgeld abgeben

Die wesentlichsten Bestimmungsfaktoren der Primärliquidität der Geschäftsbanken

nach dem Zusammengefaßten Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken, in Mill. DM

(Die Vorzeichen geben die Wirkung der Veränderung der Faktoren auf die Bankenliquidität an)¹⁾

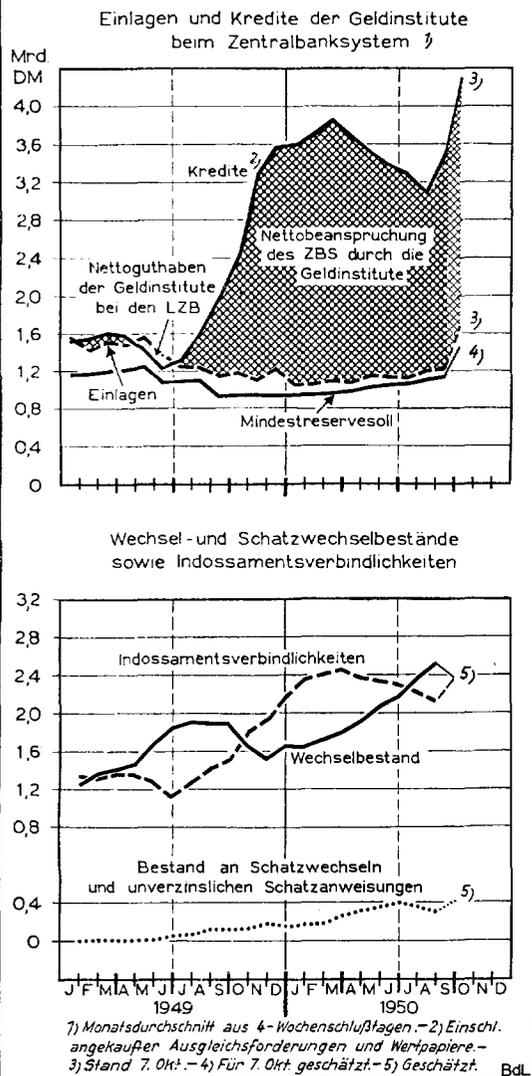
	1950		
	Juli	August	Sept.
Die liquiditätsbestimmenden Faktoren (ohne Änderungen des Reserve-Solls)			
1. Noten- und Münzumschlag	- 78 ¹⁾	+ 72 ¹⁾	- 190
2. Zentralbankeinlagen von Nichtbanken			
a) deutsche öffentl. Stellen (einschl. abgegebener Ausgleichsforderungen, ohne Sonderkonten des Bundes)	+ 96	+ 19	- 18
b) Sonderkonten des Bundes	+ 147	- 51	+ 243
c) Hohe Kommissare und alliierte Dienststellen	+ 229	- 47	- 24
d) Sonstige Einlagen	- 159	+ 138	- 237
3. Zentralbankkredite an Nichtbanken	- 186	+ 232	- 27
4. Münzgewinnumschlag zu Gunsten des Bundes	+ 125	+ 10	+ 7
5. Abwicklung d. kommerziellen Außenhandels über die Bank deutscher Länder	- 8	- 155	- 521 ²⁾
6. Sonstige Faktoren, netto	- 65	- 32	+ 85
Gesamtwirkung vorgenannter Faktoren	+ 101	+ 186	- 682
Kreditnahme und Einlagen der Geschäftsbanken beim Zentralbanksystem			
Erhöhung der Reserveguthaben (Erhöhung des im Monatsdurchschnitt berechneten Reserve-Solls)	(18)	(45)	(23)
Verminderung der Kredite ³⁾	101	150	-
Erhöhung der Kredite ³⁾	-	-	687
zusammen	101	186	682
¹⁾ Einschließlich Scheidemünzen. Die Scheidemünzen werden ab 31. Juli 1950 nicht mehr im Ausweis der Bank deutscher Länder ausgewiesen. Scheidemünzenumschlag Ende Juli 1950 137, Ende August 140, Ende September 143 Mill. DM. — ²⁾ Abweichung gegenüber der auf S. 10. des vorliegenden Berichts genannten Ziffer (455 Mill. DM) ist vor allem auf Zunahme gewisser unter den „Verbindlichkeiten aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts“ noch verbuchter Vorkonten der Gegenwertfonds zurückzuführen. — ³⁾ Einschließlich der vom Zentralbanksystem angekauften Ausgleichsforderungen von Geldinstituten.			
^{*) Im einzelnen wirkt:}			
bei:	liquiditätsmindernd	liquiditätsfördernd	
Notenumlauf	Zunahme	Abnahme	
Zentralbankeinlagen von Nichtbanken	Zunahme	Abnahme	
Zentralbankkredit an Nichtbanken	Abnahme	Zunahme	
Saldo aus Guthaben im Ausland und Verpflichtungen aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts	Passivierung	Aktivierung	

müssen, was in Ermangelung nennenswerter Überschussreserven nur durch entsprechende Kreditnahme beim Zentralbanksystem möglich war. Tatsächlich ist der Rückgriff der Geldinstitute innerhalb des Bundesgebiets auf die Landeszentralbanken von 3 154 Mill. DM per Ende August auf 3 841 Mill. DM per Ende September gestiegen. Er war damit bereits wieder ungefähr

ebenso hoch wie im Februar 1950, wobei allerdings die Einlagen der Geldinstitute bei den Landeszentralbanken um etwa 120 Mill. DM höher waren, da der Anstieg ihrer Kundschaftseinlagen die Haltung höherer Mindestreserven erforderte. Anfang Oktober ist dazu noch die kürzlich beschlossene Erhöhung der Reservesätze in Kraft getreten, die nach dem Einlagenstande von August die Banken zu einer Mehranschaffung von Zentralbankgeld in Höhe von etwa 550 Mill. DM zwingen dürfte. Auch scheint in der ersten Hälfte des Oktober der Verlauf der Geldströme den Banken noch immer Liquidität entzogen zu haben, da insbesondere die Passivität des Saldos der bei der Bank deutscher Länder geführten Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts infolge der hohen Einzahlungen für die kommerzielle Einfuhr weiter zunahm.

Gleichwohl vermochten aber die Banken die Kreditexpansion fortzusetzen, da sie einmal über einen verhältnismäßig hohen Wechselbestand verfügten und überdies namentlich die für Einfuhrzwecke gewährten Kredite dadurch refinanzierungsfähig machen konnten, daß sie in wachsendem Umfang unter Akzept traten. Angaben über das Wechselportefeuille der Geschäftsbanken liegen allerdings nur bis Ende August vor. Danach betrug bei den monatlich berichtenden Banken der Bestand an Wechseln, Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen am 31. August 1950 2 847 Mill. DM, d. h. rd. 1 122 Mill. DM mehr als Ende November 1949, von wo an eine ständige Anreicherung ihres Wechselportefeuilles eingesetzt hatte. Von Ende Dezember 1949 bis Ende August 1950 hatte sich ferner der Bestand der monatlich berichtenden Banken an eigenen Akzepten um beinahe 400 Mill. DM erhöht. Wie die halbmonatliche Bankenstatistik zeigt, ist er in der Folgezeit durch die Neuschaffung von Bankakzepten zumindest in gewissem Umfang ständig ergänzt worden, so daß sich die Banken uno actu mit der Kreditgewährung auch wieder neue Refinanzierungsmöglichkeiten erschlossen. Um der im Hinblick auf die Devisensituation bedrohlich werdenden starken Ausweitung des Imports eine kreditpolitische Bremse anzulegen, blieb also kein anderer Ausweg, als den trotz der Erhöhung der Mindestreserven nach wie vor

ZUR LIQUIDITÄTSENTWICKLUNG DER BANKEN



beträchtlichen Refinanzierungsspielraum dadurch zu begrenzen, daß die Möglichkeit der Akzeptkreditgewährung erschwert wurde. Zu diesem Zweck hat der Zentralbankrat am 13. Oktober 1950 beschlossen, Bankakzepte ab 16. Oktober 1950 grundsätzlich nur noch dann zum Rediskont und Lombard bei den Landeszentralbanken anzunehmen, wenn die betreffenden Banken ihr Akzeptkreditvolumen auf dem Stande vom 12. Oktober 1950 abends halten oder sich — im Falle der Überschreitung durch Inanspruchnahme aus vor dem 15. Oktober rechtsverbindlich zugesagten Krediten — verpflichten, es binnen einer mit den Landeszentralbanken zu vereinbarenden Frist auf die-

sen Stand zurückzuführen. Bei der Bemessung des Akzeptkreditvolumens werden Akzeptkredite, die nachweislich zur Finanzierung eines unmittelbaren Ausführungsgeschäfts oder zur Finanzierung der inländischen Ernte eingeräumt worden sind, nicht in Ansatz gebracht. Bankakzepte, die nachweislich der Finanzierung der genannten Transaktionen dienen, können daher von den Landeszentralbanken auch weiterhin nach den geltenden Bestimmungen hereingenommen werden, im Falle der Erntefinanzierung jedoch nur dann, wenn eine Finanzierung durch Handelswechsel nicht möglich ist. Die Begrenzung des Akzeptkreditvolumens wird sich für die Unterbindung übermäßiger Importkredite um so wirksamer erweisen, als ebenfalls ab 16. Oktober 1950 Einfuhrbewilligungen nur dann erteilt werden, wenn der Antragsteller gleichzeitig über seine Außenhandelsbank an die Landeszentralbank einen DM-Betrag in Höhe von 50 vH des beantragten Betrages auf Asservatenkonto einzahlt. Die hinterlegten Beträge können nur zurückgefordert werden, wenn und soweit die betreffenden Einfuhren eingehen oder die Einfuhrbewilligung unausgenutzt zurückgegeben wird. Obwohl die Beschränkung der Refinanzierungsmöglichkeiten für Bankakzepte in erster Linie im Interesse einer kreditpolitischen Eindämmung der Importwelle vorgenommen wurde, war es natürlich von vornherein klar, daß damit in gewissem Umfang auch eine Einengung des allgemeinen Kreditspielraums der Geschäftsbanken verbunden sein würde. Zur Ergänzung des mit der Erhöhung der Mindestreserven eingeschlagenen Kurses war das auch durchaus erwünscht. Am 26. Oktober ist der Zentralbankrat dann noch einen Schritt weitergegangen, indem er mit Wirkung vom 27. Oktober ab die Zinssätze für die Kredite des Zentralbanksystems durchweg um 2% erhöhte. Der Diskontsatz sowie der Satz für Kassen- und Schatzwechselkredite an die öffentliche Hand stellt sich danach auf 6%, der Lombardsatz auf 7%. Die neuen Sätze treten ab 27. Oktober 1950 auch für die seit dem 20. Oktober 1950 gewährten Kredite in Kraft, da von diesem Termin ab die Landeszentralbanken Kredite nur noch unter dem Vorbehalt der Nachberechnung eines etwa erhöhten Zinssatzes vom Tage der Zinserhöhung an gegeben hatten.

Öffentliche Finanzen

Die Lage der öffentlichen Finanzen hat sich im September weiter entspannt, und zwar erstreckte sich die Besserung zum ersten Male seit längerer Zeit auf alle wichtigen Sektoren, vor allem auch auf die Länderhaushalte, die in den vorangegangenen Monaten mit ziemlichen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt hatten. Bei den Ländern ist die Erleichterung in erster Linie auf den vierteljährlichen Zahlungstermin für die Veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer und das Auslaufen der Rückerstattungen auf die in den ersten Monaten des Jahres noch nach dem alten Tarif erhobene Einkommensteuer zurückzuführen. Aber daneben profitierten auch sie von den beträchtlichen günstigen Einflüssen, die der anhaltende Konjunkturanstieg auf die Entwicklung fast aller öffentlichen Haushalte auszuüben begonnen hat. Einmal ist nämlich seit geraumer Zeit nahezu überall eine bemerkenswerte konjunkturelle Besserung der öffentlichen Einnahmen zu verzeichnen, mag es sich dabei nun um das Steueraufkommen, die Betriebseinnahmen der großen öffentlichen Unternehmungen, wie der Bahn und der Post, oder das Beitragsaufkommen der Sozialversicherungen handeln. Zum anderen sind einzelne Ausgaben, vor allem die Aufwendun-

gen für die Arbeitslosenunterstützung und -fürsorge, infolge der weitgehenden Entlastung des Arbeitsmarktes gesunken. Ob sich diese konjunkturelle Besserungstendenz bei den Gebietskörperschaften gegenüber etwaigen neuen Ausgabeverpflichtungen durchsetzen wird, wenn nicht gleichzeitig neue Einnahmequellen erschlossen werden, ist zwar wenig wahrscheinlich, aber was die Vergangenheit anbetrifft, so hat sie neben dem Auslaufen der Steuerrückerstattungen doch dazu beigetragen, daß die hohen laufenden Defizite, die insbesondere im zweiten Kalendervierteljahr 1950 die Entwicklung der öffentlichen Finanzen charakterisierten und damals wohl den wichtigsten Faktor in der Expansion des Geldvolumens bildeten, in den letzten Monaten verschwunden sind und sogar wieder leichten Kassenüberschüssen Platz gemacht haben.

Bei den Bundesfinanzen ist die Entspannung daran zu erkennen, daß die Verschuldung im September wiederum leicht zurückgegangen ist. Die Abnahme betrug 34 Mill. DM und führte die ausstehende Bundesschuld auf 1 397,5 Mill. DM gegen 1 431,1 Mill. DM am 31. August und 1 454,7 am 31. Juli 1950 — dem bisherigen Höchststand — zurück. Allerdings

Bedarf des Bundes an außerordentlichen Deckungsmitteln in der ersten Hälfte des Rechnungsjahres 1950/51
in Mill. DM

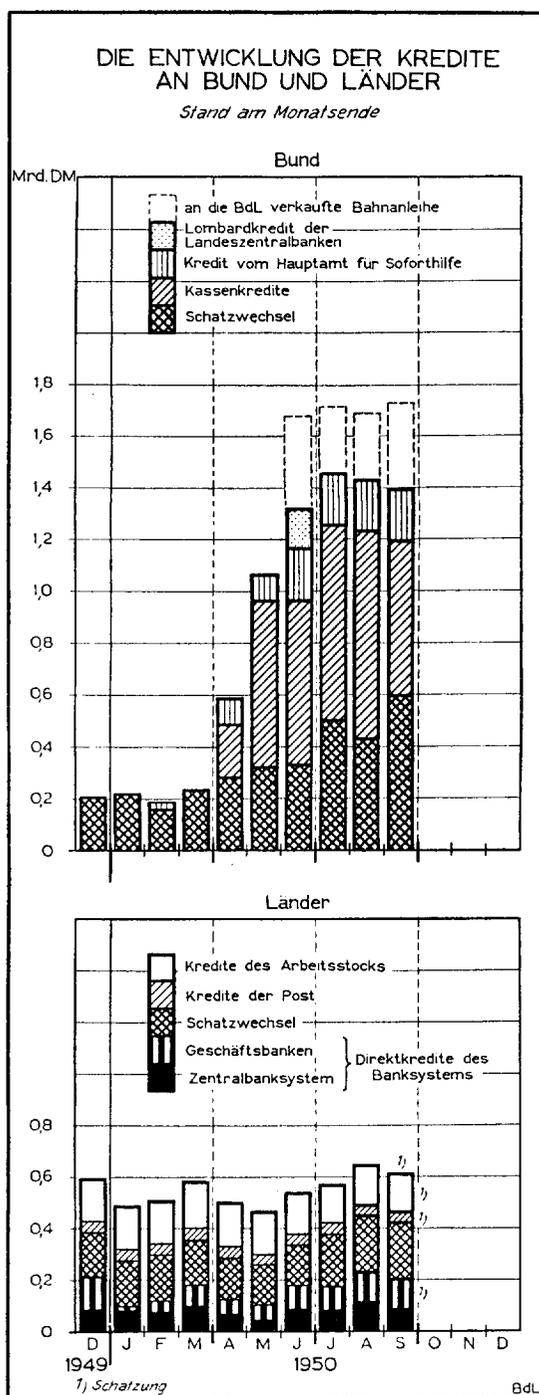
Arten	April	Mai	Juni	April bis Juni insgesamt	Juli	Aug.	Sept.	Juli bis Sept. insgesamt	April bis Sept. insgesamt
I. Bedarf an außerordentlichen Deckungsmitteln									
1. für Zwecke der laufenden Haushaltsrechnung	378,9	477,9	81,0	937,8	113,1	- 23,6 ¹⁾	- 7,6 ¹⁾	81,9	1 019,7
2. für außerordentliche Einzahlungsverpflichtungen gegenüber den Gegenwertkonten	—	—	527,0	527,0	—	—	75,0	75,0	602,0
insgesamt	378,9	477,9	608,0	1 464,8	113,1	- 23,6 ¹⁾	67,4	156,9	1 621,7
II. Die einzelnen Arten der in Anspruch genommenen außerordentlichen Deckungsmittel									
Inanspruchnahme (+)									
Abdeckung (-)									
1. Rückgriff auf Kassenbestände	+ 25,2	—	—	+ 25,2	—	—	—	—	+ 25,2
2. Schatzwechsel	+ 49,5	+ 38,1	+ 12,8	+ 100,4	+ 170,1	- 75,2	+ 168,9	+ 263,8	+ 364,2
3. Kassenkredite	+ 204,2	+ 439,8	- 11,8	+ 632,2	+ 116,0	+ 51,6	- 202,5	— 34,9	+ 597,3
4. Kredite vom Soforthilfeamt	+ 100,0	—	+ 100,0	+ 200,0	—	—	—	—	+ 200,0
5. Lombardkredite der Landeszentralbanken	—	—	+ 147,0	+ 147,0	- 147,0	—	—	- 147,0	—
6. Verkauf von Anleihen	—	—	+ 360,0	+ 360,0	- 100,0	—	+ 75,0	- 25,0	+ 335,0
7. Überweisung vom ECA-Abwicklungskonto	—	—	—	—	+ 74,0	—	+ 26,0	+ 100,0	+ 100,0
insgesamt	+ 378,9	+ 477,9	+ 608,0	+ 1 464,8	+ 113,1	- 23,6	+ 67,4	+ 156,9	+ 1 621,7

¹⁾ Negative Zahlen: kein Bedarf, sondern Überschuß der ordentlichen Deckungsmittel über die kassenmäßigen Ausgaben.

konnten hierfür 26 Mill. DM an außerordentlichen Deckungsmitteln eingesetzt werden, die dem Bund als Einnahmen aus dem ECA-Abwicklungskonto (hauptsächlich Verkaufserlöse aus der Bundes-Getreidereserve) zuflossen. Jedoch auch nach Abzug dieses Betrages verblieb in der laufenden Rechnung ein kassenmäßiger Überschuß von knapp 8 Mill. DM. Andererseits mußte der Bund außerhalb der allgemeinen Haushaltsrechnung im September auf Anforderung der ECA unter dem Rubrum „rückständige Einzahlungsverpflichtungen“ wiederum 75 Mill. DM auf die Gegenwertkonten einzahlen. Er beschaffte sich die betreffenden Mittel durch den Verkauf von weiteren Stücken der in seinem Besitz befindlichen Bundesbahnleihe an die Bank deutscher Länder, so daß sich deren Bestand an diesen vom Bund übernommenen Wertpapieren auf insgesamt 335 Mill. DM erhöhte.

Auf die grundlegenden Ursachen der in den letzten Monaten zu verzeichnenden Besserung der Bundesfinanzen ist bereits in den vorangegangenen Berichten hingewiesen worden. Sie liegen namentlich darin, daß die Länder nunmehr die im Überleitungsgesetz vorgesehenen Interessenquoten an den Bundesausgaben voll übernommen haben, und zum anderen in der beachtlichen Erhöhung des Steueraufkommens, wobei neuerdings der starke Konjunkturaufschwung die entscheidende Rolle spielt. Im Durchschnitt der Monate Juli und August — Zahlen für den September liegen noch nicht vor — war das gesamte Steueraufkommen des Bundes mit rd. 775 Mill. DM um rd. 110 Mill. DM höher als im Monatsdurchschnitt des ersten Vierteljahres. Im September hat sich diese Steigerung sicher fortgesetzt, da allein die wichtigste Bundessteuer, nämlich die Umsatzsteuer, durch die Umsatzbelebung im August stark beeinflußt worden sein muß. Bereits in den Monaten Juli und August war das Umsatzsteueraufkommen um fast 20 vH höher als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres.

Außer durch die Erhöhung der Steuererträge und die stärkere Beteiligung der Länder an den Bundesausgaben wurde die kassenmäßige Entlastung der Bundesfinanzen im August und September allerdings auch dadurch gefördert, daß in diesen beiden Monaten weder Subventionen für



die Lebensmitteleinfuhr noch Zinsen auf Ausgleichsforderungen fällig waren und die Ausgaben infolgedessen etwas unter ihrem Durchschnittsniveau lagen. Das Auftreten von Kassenüberschüssen in den beiden Monaten darf also in seiner Bedeutung noch nicht überschätzt werden. Würden sich Einnahmen und Ausgaben für das gesamte Rechnungsjahr ungefähr im Rahmen des im September dem Bundesrat vorgeleg-

Zur Haushaltslage der Länder im 1. Halbjahr 1950/51
in Mill. DM

Zeit	Bei den LZB unterhaltene oder durch diese angelegte Mittel der Länder (Zunahme +, Abnahme -)	Gesamtverschuldung der Länder	Steueraufkommen	Bemerkungen zu den wichtigsten Faktoren der Haushaltsentwicklung
April	+ 78,7	- 79,9	609,0	Ausgaben: keine Interessenquoten Einnahmen: Hauptzahlungstermin für veranlagte Steuern
Mai	- 106,0	- 32,3	416,9	Ausgaben: keine Interessenquoten Einnahmen: Abschlagszahlungen auf veranlagte Steuern
Juni	- 83,8	+ 69,2	570,2	Ausgaben: Interessenquoten für Juni und zum Teil für die zurückliegenden Monate, Zinsen auf Ausgleichsforderungen Einnahmen: Hauptzahlungstermin, starker Ausfall durch Steuerreform
Juli	- 9,2	+ 37,7	291,2	Ausgaben: Interessenquoten für Juli und zum Teil für die zurückliegenden Monate Einnahmen: kein Hauptzahlungstermin, stärkster Ausfall durch Steuerreform
Aug.	- 118,3	+ 70,7	275,9	Ausgaben: Interessenquoten für August Einnahmen: kein Hauptzahlungstermin, relativ starker Ausfall durch Steuerreform
Sept.	+ 71,4	- 33,0	775,0 ¹⁾	Ausgaben: Interessenquoten für September Einnahmen: Hauptzahlungstermin, immer noch leichter Ausfall durch Steuerreform
April bis Sept. insges.	- 167,2	+ 32,4	2 938,2 ¹⁾	

¹⁾ Schätzung.

ten Etats halten, so müßten im Verlauf der zweiten Hälfte des Rechnungsjahres allerdings Überschüsse in Höhe von etwa 300 Mill. DM erzielt werden, da im ordentlichen und außerordentlichen Etat ein Defizit von zusammen 709 Mill. DM veranschlagt ist, während das Defizit der laufenden Rechnung im ersten Halbjahr bereits gut 1 Mrd. DM betrug. Die künftige Aus-

gabenentwicklung ist indes heute viel zu unübersichtlich, als daß selbst in Anbetracht der voraussichtlich weiter günstigen Entwicklung des Steueraufkommens so konkrete Erwartungen gehegt werden könnten.

Die Länderfinanzen haben im September allem Anschein nach ebenfalls mit einem Kassenüberschuß abgeschlossen, nachdem sie zumindest seit Juni einer starken Anspannung unterlegen hatten. So ist einmal die kurzfristige Verschuldung aller Länder von ihrem bisherigen Höchststand per Ende August bis Ende September um ungefähr 33 Mill. DM auf etwa 615 Mill. DM zurückgegangen, wobei besonders die bei den Landeszentralbanken aufgenommenen Kassenkredite gesunken sind. Gleichzeitig dürften die in den letzten Monaten ziemlich stark geschrumpften Reserven der Länder wieder gewachsen sein. Allein die bei den Landeszentralbanken unterhaltenen oder von diesen angelegten Mittel der Länder sind im September um etwa 70 Mill. DM gewachsen.

Wie schon eingangs erwähnt, war für diese Entwicklung in erster Linie der vierteljährliche Zahlungstermin für die Veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer maßgebend. Unter seinem Einfluß war das Steueraufkommen um ein Mehrfaches höher als im August. Dabei war die Rückerstattung der in den ersten Monaten zuviel bezahlten Steuern offenbar noch immer nicht ganz abgeschlossen, da die Lohnsteuer im September nach wie vor erheblich weniger eingebracht haben soll, als auch bei Berücksichtigung des niedrigeren Tarifs angesichts der Ergebnisse früherer Monate und der offenbar steigenden Lohnsumme zu erwarten gewesen wäre. Andererseits aber wäre das Ergebnis wahrscheinlich noch ungünstiger gewesen, wenn die allgemeine Konjunkturbelebung nicht auch hier die Nachwirkungen der Steuerreform gemildert hätte.

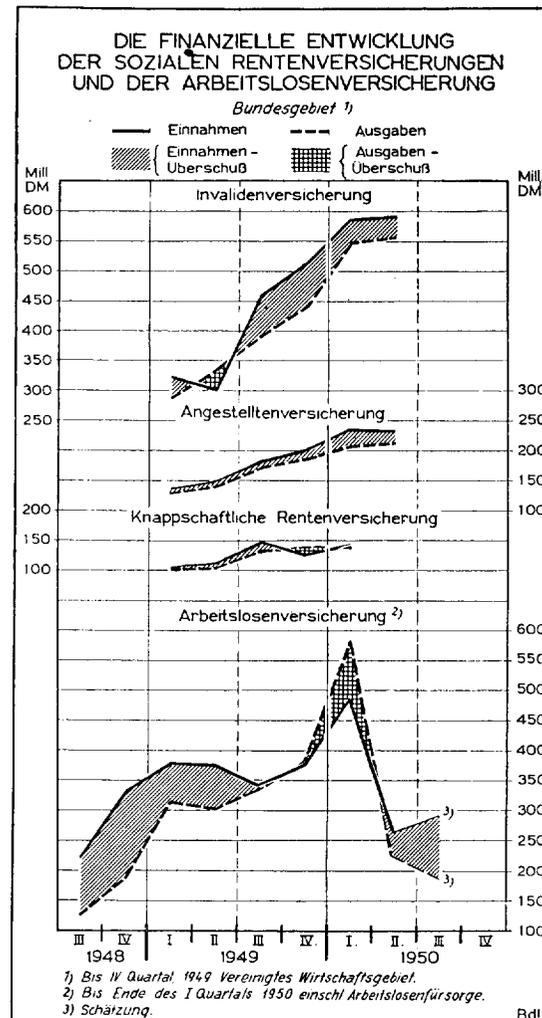
Wirft man noch einmal einen Blick auf die Entwicklung der Länderfinanzen in der ersten Hälfte des laufenden Rechnungsjahres (vgl. nebenstehende Übersicht), so zeigt sich, daß die in dieser Zeit entstandenen Fehlbeträge in weit stärkerem Maße durch den Einsatz von Reserven als durch Aufnahme von Krediten finanziert wurden. Die Verschuldung der Länder ist nämlich in jenem Zeitraum insgesamt nur um 32 Mill. DM gestie-

gen, während auf der anderen Seite allein die bei den Landeszentralbanken unterhaltenen oder von diesen angelegten Mittel um rd. 167 Mill. DM abgenommen haben. Das hängt damit zusammen, daß sich die Haushaltslage der einzelnen Länder im Zuge der Neuverteilung der Finanzmasse zwischen Bund und Ländern wenigstens in gewissem Umfang einander angeglichen hat und infolgedessen auch einige der bisher finanzstarken Länder mit relativ hohen Reserven Fehlbeträge aufwiesen, während sich die Defizite der bisher finanzschwachen Länder mit keinen oder nur geringen Reserven in engeren Grenzen hielten. Allerdings bestehen zwischen den einzelnen Ländern auch heute noch beträchtliche Unterschiede, die durch den seit einigen Monaten zur Diskussion stehenden Finanzausgleich, für den der Bundesfinanzminister einen Entwurf vorgelegt hat, weiter vermindert werden sollen. Von der Durchführung dieses Ausgleichs wird es abhängen, ob die zur Zeit noch besonders schwachen Länder — Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bayern und Rheinland-Pfalz — wenigstens für den Rest des Jahres zu einem Gleichgewicht von Einnahmen und Ausgaben kommen werden, da hier die Lage sonst selbst im Falle eines weiteren Anstiegs der Steuererträge schwierig wäre. Im ganzen aber ist für die zweite Hälfte des Rechnungsjahres sicher mit einer wesentlichen Verbesserung der Länderfinanzen gegenüber der ersten Hälfte zu rechnen, da in dieser die Defizite weitgehend mit der nunmehr sicherlich abgeschlossenen Rückerstattung der in den ersten Monaten des Jahres überbezahlten Einkommensteuerbeträge zusammenhängen und die konjunkturelle Zunahme des Steueraufkommens eine weitere Stütze bildet.

Bei der Soforthilfe scheinen sich im September Einnahmen und Auszahlungen ungefähr die Waage gehalten zu haben. Das Aufkommen aus den beiden Abgaben — es gehen noch immer gewisse Beträge aus der nur im vorigen Rechnungsjahr erhobenen Sonderabgabe auf das Vorratsvermögen ein — belief sich im Bundesgebiet auf rd. 79 Mill. DM, wovon rd. 7 Mill. DM aus verspäteten Einnahmen auf die erwähnte Sonderabgabe stammten. Obwohl das Aufkommen weit niedriger war als im vorangegangenen Monat, in dem ein Hauptzahlungstermin lag, hat es offenbar zur Finanzierung des im September

bestehenden Ausgabebedarfs hingereicht. Jedenfalls waren die noch unverausgabten Mittel des Hauptamtes für Soforthilfe Ende September nahezu ebenso hoch wie Ende August. Seit Beginn der Soforthilfeaktion bis Ende September sind insgesamt rd. 2 050 Mill. DM aufgekommen. Von den auf das ehemalige Vereinigte Wirtschaftsgebiet entfallenden Einnahmen in Höhe von rd. 1 810 Mill. DM sind bisher 1 780 Mill. DM für die einzelnen Verwendungszwecke verplant worden. Ihre volle Verausgabung wird sich allerdings voraussichtlich über einen längeren Zeitraum erstrecken.

Über die finanzielle Entwicklung der Sozialversicherungen (einschließlich der Arbeitslosenversicherung) liegen neuere Angaben nur für die Arbeitslosenversicherung vor, und zwar bis zum Monat August. Sie lassen eine eindrucksvolle Verbesserung erkennen, die sowohl auf das mit der Lohnsumme



wachsende Beitragsaufkommen als auch hauptsächlich auf den Rückgang des Auszahlungsbedarfs infolge der abnehmenden Arbeitslosigkeit zurückgeht. So wurde im August bei 97 Mill. DM Einnahmen und rd. 61 Mill. DM Ausgaben ein Überschuß in Höhe von nicht weniger als 36 Mill. DM erzielt, der alle bisherigen Monatsergebnisse des Jahres 1949 und 1950 übertrifft. Die für die Arbeitslosenunterstützung ausgeworfenen Beträge beanspruchen neuerdings nicht einmal mehr die Hälfte der Beitragseinnahmen. Die Abzahlungen auf die Ende August noch rd. 152 Mill. DM betragenden Schulden der Länder an den Arbeitsstock — es handelt sich hierbei um Erstattungen für die bis Ende März 1950 vom Arbeitsstock bevorschußten Leistungen im Rahmen der sogenannten Arbeitslosenfürsorge, für die nunmehr der Bund aufzukommen hat (und zwar im Gegensatz zur ehemaligen Länderverpflichtung durch Vorwegbereitstellung der Mittel) — gingen im bisherigen Verlauf des Rechnungsjahres entsprechend der angespannten Finanzlage der schuldenden Länder im ganzen nur langsam vorstatten. Von April bis August wurden nur rd. 22 Mill. DM zurückerstattet. Die Verpflichtungen der Länder machen daher noch immer einen erheblichen Teil der insgesamt rd. 717 Mill. DM betragenden Reserven der Arbeitslosenversicherung aus, von denen allerdings der größere Teil langfristig angelegt ist.

Auch in der Betriebsrechnung der P o s t und vor allem der B u n d e s b a h n hat die starke Zunahme der Wirtschaftstätigkeit zu einer wesentlichen Verbesserung geführt. Die Bahn konnte ihre Betriebsrechnung im Juli zum ersten Male seit Beginn des Kalenderjahres 1950 ausgleichen und im August und erst recht im September größere Überschüsse erzielen. Zwar ist die Entwicklung in den Herbstmonaten auf Grund der saisonal höheren Beförderungsleistungen stets günstiger als in den übrigen Monaten des Jahres. In diesem Jahre dürfte die Besserung jedoch über das saisonübliche Maß hinausgegangen sein. Infolge der günstigeren Betriebser-

gebnisse konnte daher die Bahn ihre Verschuldung im dritten Kalendervierteljahr um rd. 42 Mill. DM abbauen. Allerdings reichen die Überschüsse der letzten beiden Monate noch nicht aus, um das bis Ende Juli aufgelaufene Defizit der Betriebsrechnung für das laufende Kalenderjahr in Höhe von rd. 120 Mill. DM abzudecken. Ungedeckt ist auch noch der bis Ende Juli auf 400 Mill. DM bezifferte Fehlbetrag der Gewinn- und Verlustrechnung. In diesem Betrag sind allerdings auch die bis dahin fällig gewesenen Ablieferungen an den Bund und die für das erste Halbjahr 1950 fälligen Zinsen für die von der Bundesbahn zu bedienenden Ausgleichsforderungen in Höhe von zusammen rd. 116 Mill. DM enthalten, obwohl Zahlungen für beide Zwecke bisher noch nicht geleistet wurden.

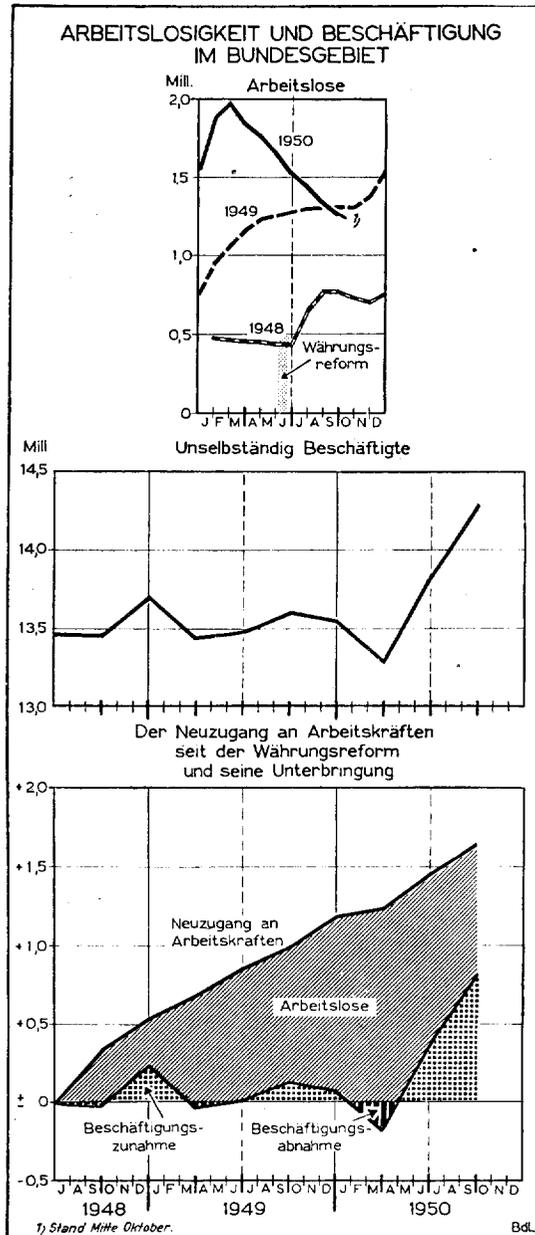
Der Status der Post war im Gegensatz zu dem der Bahn bisher schon günstig gewesen. Im ersten Viertel ihres laufenden Haushaltsjahres (April bis Juni 1950) hatte sie einen Betriebsüberschuß in Höhe von rd. 90 Mill. DM erzielt und nach Erfüllung der ihr ebenso wie der Bahn obliegenden Verpflichtung zu bestimmten Ablieferungen an den Bund und zur Zahlung eines Teils der Zinsen auf Ausgleichsforderungen, für die der Bund gesetzlicher Schuldner ist, noch einen Gewinn in Höhe von nahezu 50 Mill. DM verbuchen können. Unter dem Einfluß der Verkehrsbelebung sind nun ihre Betriebseinnahmen im Juli und August — Angaben für den September liegen noch nicht vor — im Durchschnitt auf rd. 174 Mill. DM gegen 156 Mill. DM im ersten Viertel des Haushaltsjahres gestiegen. Demgegenüber beliefen sich die Betriebsausgaben im Durchschnitt der Monate Juli und August auf rd. 138 Mill. DM. Die Gewinn- und Verlustrechnung für das zweite Viertel des Haushaltsjahres liegt noch nicht vor. Auf Grund der bisherigen Betriebsergebnisse ist jedoch anzunehmen, daß die Post imstande sein wird, einen nicht unerheblichen Teil ihrer für 1950/51 in Höhe von rd. 400 Mill. DM veranschlagten Nettoinvestitionen aus dem Gewinn zu finanzieren.

Beschäftigung, Produktion und Absatz

Die Güterwirtschaft stand in den letzten Wochen weiter im Zeichen des seit dem Frühjahr in Gang befindlichen starken Konjunkturaufschwungs, wenngleich die saisonmäßigen Auftriebskräfte allmählich nachzulassen begonnen haben. Den umfassendsten und zugleich aktuellsten Beleg für die Aufwärtsbewegung bilden die Statistiken des Arbeitsmarktes¹⁾. So ist einmal die Zahl der Arbeitslosen im September weiter um fast 70 000 gesunken, d. h. um nicht sehr viel weniger als im Juli (-86 000), wenn sich auch im Vergleich zur Abnahme im August (etwa 111 000) allmählich die saisonmäßige Abflachung der Entwicklungskurve abzuzeichnen beginnt. Mit diesem neuerlichen Rückgang ist die Arbeitslosigkeit seit ihrem Höchststand im Februar allein bis Ende September um etwa 750 000 auf 1,27 Millionen gesunken. Gleichzeitig hat sie damit zum ersten Male den Stand der entsprechenden Vorjahrszeit unterschritten, und zwar um etwa 42 000. Die Zahl der arbeitslosen Männer war Ende September sogar bereits um fast 58 000 niedriger als vor einem Jahr, während die Frauenarbeitslosigkeit den damaligen Stand noch immer um etwa 15- bis 16 000 übertraf, was weiter in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß der Neuzugang an Arbeitskräften aus dem Kreis der bisher nicht erwerbstätigen Frauen im letzten Jahr besonders stark war. Nahezu ein Drittel aller Arbeitslosen sind heute Frauen, während sich zur Zeit der Währungsreform der Frauenanteil nur auf ein Viertel gestellt hatte. Sehr beachtlich ist auch, daß sich die krassen Unterschiede, die in bezug auf den relativen Stand der Arbeitslosigkeit bisher zwischen den Notstandsgebieten und den übrigen Ländern bestanden hatten, im Verlaufe dieses Jahres wenigstens etwas gemildert haben. So gehören zu den Ländern, in denen die Arbeitslosigkeit Ende September den Vorjahrsstand bereits mehr oder weniger unterschritten hatte, vor allem Bayern,

¹⁾ Bis Mitte Oktober ist die Arbeitslosigkeit nach den Zwischenausweisen der Arbeitsämter um weitere 15 000 zurückgegangen. Die tatsächliche Abnahme war wahrscheinlich noch stärker, da in der Statistik für die Monatsmitte zwar die zum vorangegangenen Monatsende erfolgten Entlassungen fast vollständig berücksichtigt sind, ein Teil der zum Monatsersten vorgenommenen Einstellungen den Arbeitsämtern aber später gemeldet wird. Da die Entlassungen und Neueinstellungen an der Quartalswende besonders zahlreich sind, dürfte die Ziffer für Mitte Oktober die in der ersten Monatshälfte eingetretene Entlastung des Arbeitsmarktes also noch weniger zum Ausdruck bringen als sonst.

Hessen und Schleswig-Holstein (daneben allerdings auch Nordrhein-Westfalen und Württemberg-Baden, wo schon im Vorjahr die Arbeitslosenziffern weit unter dem Durchschnitt des Bundesgebiets gelegen hatten), während in den



Hansestädten und den Ländern der französischen Zone, in denen die Arbeitslosenquote bisher relativ gering gewesen war, die Zahl der Arbeitslosen Ende September noch immer über dem entsprechenden Stand des Vorjahres lag. Allerdings kann auch Niedersachsen trotz einer verhältnismäßig starken Abnahme seiner Ar-

*Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Bundesgebiet
in 1000*

Zeit	Stand am Ende des Zeitabschnitts		Veränderungen in den einzelnen Zeitabschnitten		
	Unselbständig Beschäftigte	Arbeitslose	Zugang an neuen Arbeitskräften (unselbständig Beschäftigte und Arbeitslose)	Zunahme (+) oder Abnahme (-) der Zahl der unselbständig Beschäftigten	Arbeitslosen
1948					
3. Vj.	13 463,1	784,1	+ 328,0	- 5,0	+ 333,0
4. „	13 702,8	759,6	+ 215,2	+ 239,7	- 24,5
insges.	—	—	+ 543,2	+ 234,7	+ 308,5
1949					
1. Vj.	13 447,3	1 168,1	+ 153,0	- 255,5	+ 408,5
2. „	13 488,7	1 283,3	+ 156,6	+ 41,4	+ 115,2
3. „	13 604,4	1 313,7	+ 146,1	+ 115,7	+ 30,4
4. „	13 556,2	1 558,5	+ 196,6	- 48,2	+ 244,8
insges.	—	—	+ 652,3	- 146,6	+ 798,9
1950					
1. Vj.	13 307,3	1 851,9	+ 44,5	- 248,9	+ 293,4
2. „	13 845,6	1 538,1	+ 224,5	+ 538,3	- 313,8
3. „	14 297,2	1 271,6	+ 185,1	+ 451,6	- 266,5
insges.	—	—	+ 454,1	+ 741,0	- 286,9
Juni 1948 bis Sept. 1950	—	—	+ 1 649,6	+ 829,1	+ 820,5

beitslosigkeit seit Februar 1950 im Vergleich zum vorigen Herbst noch keine Entlastung verzeichnen.

Noch viel symptomatischer für die Konjunkturentwicklung der letzten Monate als der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist jedoch die Zu-

nahme der B e s c h ä f t i g u n g. Wie die Ziffern des Bundesarbeitsministeriums für Ende September zeigen, ist nämlich die Erhöhung der Beschäftigung im dritten Vierteljahr wiederum ganz erheblich über die Abnahme der Arbeitslosigkeit hinausgegangen. Insgesamt waren Ende September 1950 beinahe 14,3 Mill. Arbeiter, Angestellte und Beamte beschäftigt gegen 13,6 Millionen Ende September 1949. Das bedeutet gegenüber dem Stande von Ende Juni 1950 eine Zunahme um über 450 000 und gegenüber dem Stande von Ende März 1950 eine solche um rd. 990 000. Wie aus der nebenstehenden Übersicht hervorgeht, ist damit die Abnahme der Arbeitslosigkeit im dritten Vierteljahr wiederum um gut 185 000 durch die Beschäftigungszunahme übertroffen worden, nachdem schon im zweiten Vierteljahr neben nahezu 314 000 Arbeitslosen noch fast 225 000 neu sich um Beschäftigung bewerbende Kräfte Arbeit gefunden hatten. Die Arbeitsmarktsituation war also in den letzten beiden Vierteljahren völlig anders als im vorigen Jahr. Denn während damals selbst in der saisonmäßig günstigen Zeit nur ein Teil des Neuzugangs an Arbeitskräften untergebracht werden konnte, so daß die Arbeitslosigkeit selbst in den Sommermonaten ununterbrochen stieg, ist in diesem

*Indexziffern der Industrieproduktion im Bundesgebiet
arbeitstäglich; 1936 = 100*

(Fettgedruckte Ziffern bisheriger Höchststand; Kursivziffern (unterstrichen) Höchststand im Vorjahr)

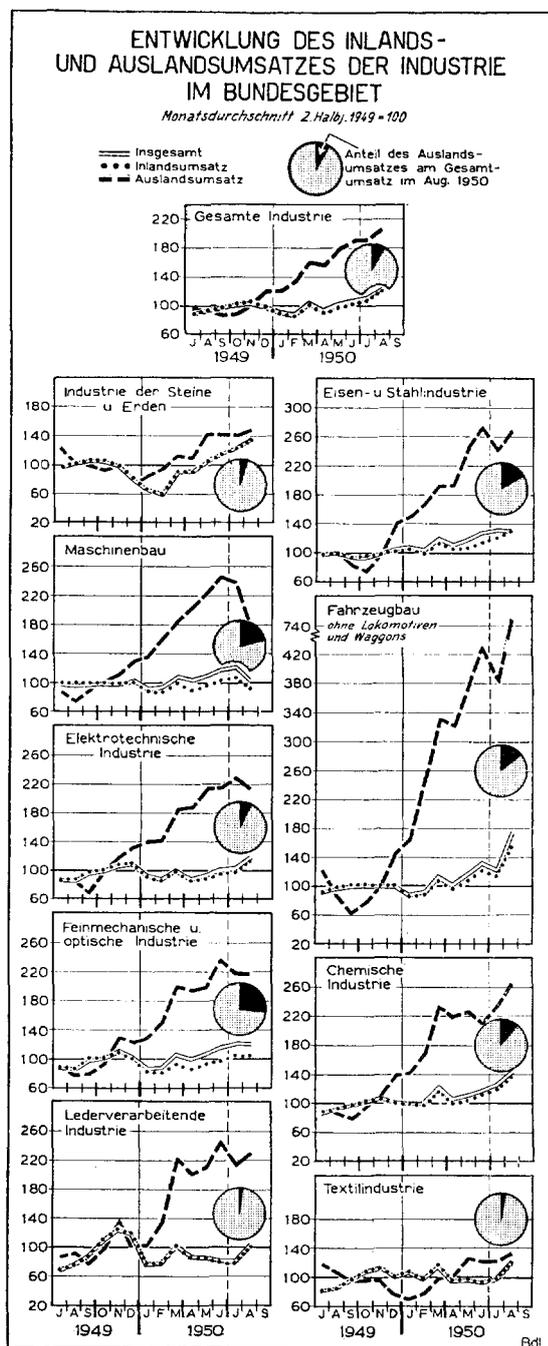
Zeit	Gesamt	ohne Baugewerbe und Genußmittelindustrien	Investitionsgüter			Allgemeine Produktionsgüter	Verbrauchsgüter	Bauwirtschaft
			Gesamt	Rohstoffe	Fertigwaren			
1949 Januar	78	80	74	63	81	101	68	71
Februar	81	84	78	67	86	104	72	68
März	81	84	78	67	84	104	74	66
April	84	86	80	71	85	103	75	77
Mai	86	88	81	75	85	105	80	83
Juni	87	88	83	76	87	105	79	90
Juli	86	86	81	76	83	104	74	91
August	87	87	81	<u>78</u>	83	106	78	94
September	92	92	86	77	91	108	87	<u>98</u>
Oktober	94	95	87	75	95	111	90	<u>98</u>
November	<u>97</u>	<u>99</u>	<u>92</u>	77	<u>101</u>	<u>115</u>	<u>96</u>	<u>96</u>
Dezember	93	96	88	73	97	113	92	84
1950 Januar	89	95	85	73	93	115	90	65
Februar	92	98	90	74	99	117	94	64
März	96	101	93	79	101	120	96	77
April	102	104	99	83	109	120	96	94
Mai	105	107	104	89	113	121	97	103
Juni	107	108	107	93	117	121	94	107
Juli ¹⁾	107	107	106	93	114	123	91	111
August ²⁾	114	115	113	98	121	130	101	113
September ²⁾	121	124	122	102	135	137	109	.

¹⁾ Teilweise berichtet. — ²⁾ Vorläufig.

Jahr, global betrachtet, nicht nur der Neuzugang an Arbeitskräften — obwohl er gerade in den letzten Monaten noch stärker war als im Vorjahr — restlos absorbiert, sondern auch noch ein erheblicher Teil der bisher bestehenden Arbeitslosigkeit beseitigt worden. Ein wesentlicher Grund hierfür liegt zweifellos darin, daß die Wirtschaft im vorigen Jahr noch in weiten Bereichen Arbeitskräfte einsparen oder durch Rationalisierungsmaßnahmen den Bedarf an neuen Arbeitskräften in verhältnismäßig engen Grenzen halten konnte, was beides heute offenbar nicht mehr in gleichem Umfang möglich ist. Eine noch größere Rolle aber spielt, daß in diesem Jahr der Konjunkturaufschwung viel intensiver ist als im vorigen und damit auch da, wo sich die Produktivität im gleichen Maße weiter erhöhte, wesentlich mehr Arbeitskräfte benötigt wurden.

Nicht minder eindrucksvoll als die Entwicklung der Beschäftigung ist die der *I n d u s t r i e*-produktion. Bereits im August war der Produktionsindex des Statistischen Bundesamtes (einschließlich der Bauwirtschaft), arbeitstäglich berechnet, um 7 Punkte höher als im Juli, wo er sich infolge der Urlaubssaison gegenüber dem Juni nicht mehr erhöht hatte. Im September ist der Index nach vorläufigen Berechnungen erneut um 7 Punkte auf 121 vH seines Standes von 1936 gestiegen, was das Produktionsniveau um etwa ein Drittel über den Stand des Vorjahres gehoben hat.

Wie stark vorläufig noch die Auftriebskräfte sind, geht jedoch vor allem aus den Auftragsziffern hervor. Bis zum August, dem letzten Monat, für den Angaben vorliegen, sind die Auftragseingänge fast allenthalben gestiegen, und zwar nicht nur die Auslandsaufträge, sondern in wachsendem Maß auch die Inlandsaufträge. Neuerdings wird nun zwar von einem teilweisen Nachlassen des Auftragseingangs berichtet, aber selbst in den Fällen, in denen dies nicht nur damit zusammenhängt, daß viele Firmen neue Aufträge nicht mehr anzunehmen vermögen, sondern ein leichtes Abklingen der Voreindeckungen die Ursache bildet, ist im allgemeinen kaum anzunehmen, daß dies in absehbarer Zeit auf die Produktion zurückwirken könnte. In einer großen Zahl von Industrien hatte nämlich der Auftragseingang in den letz-



ten Monaten erheblich die laufende Produktion übertroffen, so daß vielfach beträchtliche Auftragsbestände vorliegen, deren fristgemäße Aufarbeitung für die Industrie in der Regel ein weit dringlicheres Problem bildet als die Sicherung neuer Aufträge.

Insbesondere sind nun auch die Verbrauchsgüterindustrien in weitem Umfang von der Auftragswelle erfaßt worden, nachdem sie bis zum Juli infolge der unbefriedigenden Auftragsent-

wicklung in der ersten Jahreshälfte an dem allgemeinen Konjunkturaufschwung kaum teilgehabt hatten. Die Einzelhandelsumsätze sind in den letzten Wochen anscheinend zwar etwas zurückgegangen, weil die Konsumenten offenbar nicht mehr in gleicher Weise auf Voreindeckungen bedacht sind wie in den ersten beiden Monaten nach dem Ausbruch des Korea-Konflikts, aber es ist doch unverkennbar, daß auch das laufende Verbrauchsniveau schon infolge der gestiegenen Kaufkraft höher ist als in der ersten Jahreshälfte. Vor allem jedoch ist der Handel nunmehr im Begriff, seine in den Sommermonaten teilweise stark gelichteten Lagerbestände wieder aufzufüllen, wozu noch die saisonmäßigen Eindeckungen für das Weihnachtsgeschäft kommen. Dieser Bedarf kann nun aber nicht mehr — wie zum Teil noch im Sommer — aus den Vorräten der Industrie befriedigt werden, da auch dort in den vergangenen Monaten die Läger weitgehend geräumt worden sind. Die Verbrauchsgüterproduktion steht also zur Zeit in fast allen Branchen unter dem Einfluß ziemlich starker Auftriebskräfte, die sich in dem ruckartigen Anstieg im August und September noch kaum voll ausgewirkt haben dürfte. Tatsächlich erreicht ja auch der Wareneingang beim Einzelhandel, und damit in der Regel auch die Verbrauchsgüterproduktion, erst im November den saisonmäßigen Höhepunkt.

Je mehr die Produktion wächst, um so mehr treten allerdings auch gewisse Engpässe in Erscheinung, die es schwieriger machen, die Erzeugung auch nur annähernd im gleichen Maß wie bisher zu steigern und sie damit einem eventuellen weiteren starken Nachfrageanstieg folgen zu lassen. Ernsthafte Schwierigkeiten sind in dieser Hinsicht bisher allerdings nur in Ausnahmefällen entstanden; aber es ist klar, daß die Gefahr stärkerer Disproportionalitäten um so akuter wird, je mehr die Elastizität der Wirtschaft durch einen anhaltend starken Produktionsanstieg auf die Probe gestellt wird. Besondere Sorgen bereitet neben der Beschaffung bestimmter ausländischer Rohstoffe zur Zeit vor allem die Kohlen-situation. Die Kohlenförderung ist in der letzten Zeit nicht in dem erwarteten Maße gestiegen, weil es einmal nicht gelungen ist, die Zahl der angesetzten Arbeiter zu steigern oder auch nur auf ihrem bisherigen Stand zu halten und weil

zum anderen seit Beginn des Jahres auch die Schichtleistung nicht mehr zugenommen hat. Infolge des Rückgangs der Urlaubs-Fehlschichten ist die arbeitstägliche Steinkohlenförderung im September zwar wieder auf über 354 000 t gegen knapp 350 000 t im August gestiegen, aber diese Erhöhung bleibt nicht unbeträchtlich hinter den vielfach gehegten Erwartungen zurück. So wie die Dinge liegen, wird für das vierte Vierteljahr nur mit einer Gesamtproduktion von etwas über 27 Mill. t gerechnet werden können — nicht viel mehr als in der gleichen Zeit des Jahres 1949. Demgegenüber sind jedoch allein schon die Exportanforderungen wesentlich höher als im Vorjahr. Nach der kürzlich erfolgten Einigung mit der Ruhrbehörde sind im vierten Vierteljahr 6,9 Mill. t für Exportzwecke zur Verfügung zu stellen, so daß für den innerdeutschen Verbrauch (einschließlich Westberlin) nur etwa 20 Mill. t verfügbar wären. Der innerdeutsche Bedarf wird jedoch auf ungefähr 23 Mill. t geschätzt, so daß hier ein nicht unerhebliches Defizit auftritt, zumal sich die Haldenbestände an Steinkohle und Steinkohlenkoks Ende September auf nur noch 403 000 t (gegen 1,89 Mill. t Ende Juli) stellten. Wenn bei den Verbrauchern in den letzten Monaten keine größeren Vorräte gebildet worden sind, was sehr wahrscheinlich ist, wird es also nicht möglich sein, bei einer weiteren Steigerung der Produktion den Brennstoffbedarf der Industrie zu decken — es sei denn, daß es noch gelingt, die Förderung nennenswert zu steigern.

Von allgemeinerer Bedeutung sind auch die Versorgungsschwierigkeiten, die bei einzelnen Stahlerzeugnissen drohen. Die Aufträge sind hier in den Sommermonaten derartig gestiegen, daß ungewöhnlich lange Lieferfristen gefordert werden, so z. B. für Feibleche 6 bis 10 Monate, für Handelsbleche 8 bis 12 Monate, für Spezial-(Dynamo-) bleche 12 bis 24 Monate und für Profilwalzeisen 5 bis 7 Monate. Zwar ist anzunehmen, daß ein Teil des relativ hohen Auftragsbestandes nur auf vorsorgliche Voreindeckungen zurückzuführen ist, so daß die Kontinuität der verarbeitenden Produktion weniger gefährdet sein dürfte als es zunächst den Anschein haben könnte, aber auf einigen Gebieten, wie vor allem bei Grob- und Feiblechen, bestehen zweifellos wirkliche Engpässe, die nur durch eine

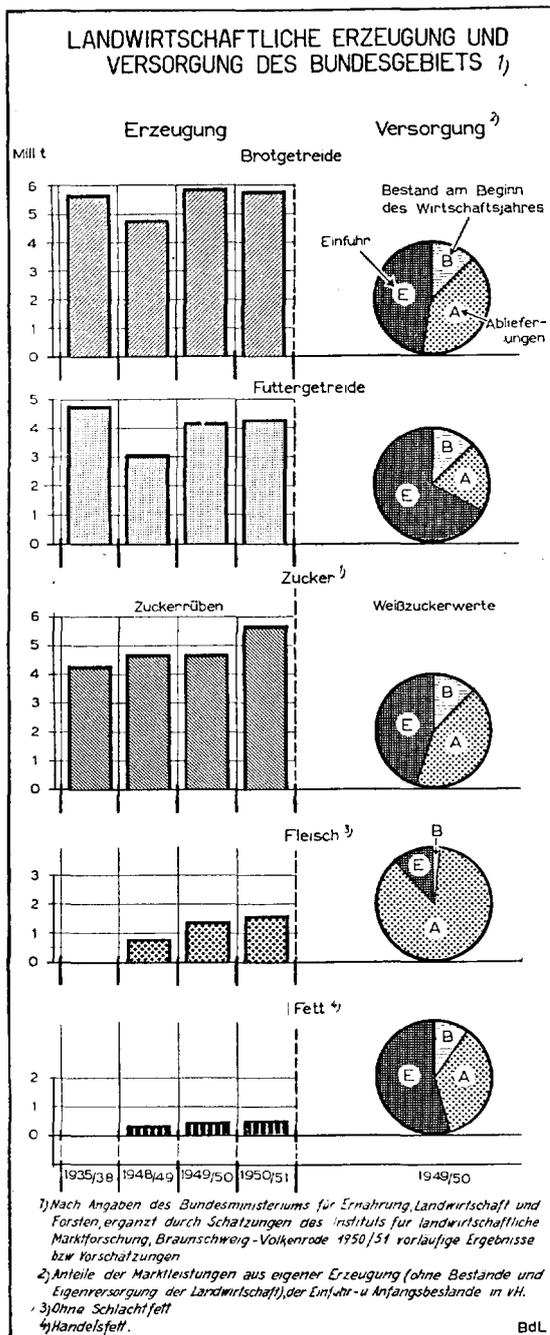
Erweiterung der Walzwerkskapazität beseitigt werden können. Was die Frage der Stahlkontingentierung anbelangt, so haben sich die Alliierten insofern mit einer Lockerung einverstanden erklärt, als der Stahlexport nicht mehr auf das bisherige Produktionslimit von 11,1 Mill. t jährlich angerechnet zu werden braucht. Ob damit für den innerdeutschen Bedarf genügend Spielraum geschaffen worden ist, bleibt jedoch abzuwarten. Auf jeden Fall sucht das Bundeswirtschaftsministerium den Export an gewissen Eisen- und Stahlfabrikaten weiter in dem Maße zu drosseln als das im Interesse einer ausreichenden Versorgung des Exports von Fertigwaren erforderlich ist.

Ein nicht leicht zu nehmender Engpaß von allgemeiner Wirkung könnte sich schließlich im Verkehrswesen anbahnen. Die Bundesbahn leidet seit geraumer Zeit unter einem empfindlichen Waggonmangel, der sich teils aus der starken Zunahme der zu befördernden Gütermenge — die rege Baukonjunktur und die reichlichen Ernten spielen in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle —, teils aber auch aus der Verringerung der betriebsfähigen Güterwagen erklärt. Weiterreichende Schwierigkeiten sind bisher nur dadurch verhindert worden, daß es gelang, für die kritischen Herbstmonate in gewissem Umfang ausländische Güterwagen zu mieten; daß ferner das Ausland für einen Teil seiner Kohlenbezüge selbst die Waggons stellte und daß schließlich die Binnenschifffahrt infolge der beträchtlichen Wasserführung der Flüsse die Bundesbahn entlasten konnte. Immerhin war es schon im August und September nicht mehr möglich, alle Wagenanforderungen zu befriedigen, obwohl die saisonmäßige Verkehrsspitze gewöhnlich erst im November erreicht wird. Für die Wintermonate muß bei Frost überdies damit gerechnet werden, daß die Binnenschifffahrt zumindest teilweise ausfällt und auch die Straße nicht mehr im gleichen Umfang wie bisher als Verkehrsträger in Frage kommt — vom Problem der ausreichenden Treibstoffversorgung ganz abgesehen. Auch durch das nunmehr erweiterte Reparatur- und Neubauprogramm der Bundesbahn wird das gegenwärtige Mißverhältnis zwischen Wagenbestand und -anforderungen kurzfristig kaum behoben werden können, obwohl zumindest der

saisonmäßige Rückgang des Transportbedarfs ab November/Dezember wieder eine Atempause gewähren wird.

An den Märkten landwirtschaftlicher Produkte haben die Verknappungserscheinungen, die in den ersten Monaten nach dem Ausbruch des Korea-Konflikts teilweise aufgetreten waren, in letzter Zeit wieder nachgelassen. Das hängt einmal damit zusammen, daß die Hortungskäufe, die bei einzelnen Produkten im Sommer eingesetzt hatten, neuerdings weitgehend aufgehört haben, erklärt sich aber auch aus dem gerade bei den kritischen Produkten fühlbar erhöhten Angebot. Hierzu wieder hat sowohl die wachsende Inlandserzeugung als auch zum Teil die verstärkte Einfuhr beigetragen. So kann vor allem die Zuckerknappheit nunmehr als überwunden gelten, nachdem nicht nur höhere Importe zur Verfügung stehen, sondern auch der erste Zucker aus der neuen Kampagne auf dem Markt erschienen ist. Allein für Oktober ist die Freigabe von 208 000 t, d. h. von mehr als dem Doppelten eines durchschnittlichen Monatsverbrauchs, vorgesehen, um die Nachfrage voll befriedigen zu können. Aber auch in den folgenden elf Monaten des neuen Zuckerwirtschaftsjahres (Oktober bis September) plant das Bundesernährungsministerium, dem steigenden Verbrauch folgend, höhere Freigaben als im Vorjahr, wobei als Ziel die Deckung eines Jahresverbrauchs von 1,4 Mill. t gegen 1,1 Mill. t im Vorjahr angestrebt wird. Etwa 700- bis 750 000 t werden davon aus der Inlandserzeugung bestritten werden können, da die diesjährige Rübenernte ungewöhnlich groß ist.

Auch an den Fleischmärkten ist ein wesentlich höheres Angebot zu verzeichnen. Da gleichzeitig die Vorratskäufe nachließen, hat sich bei Rindern und Schweinen die Marktlage wieder etwas entspannt, wobei teilweise sogar eine gewisse Rückbildung der Preise zu verzeichnen ist. Auch an den Fettmärkten ist eine Beruhigung eingetreten. Speiseöl in Dosen, das zeitweilig knapp war, ist wieder reichlich am Markt. Auch das Butterangebot reicht trotz des allmählichen Rückgangs der Milchablieferungen und trotz der höheren Nachfrage, die mit wachsenden Einkommen verbunden ist, zur Bedarfsdeckung noch völlig aus, da der Rückgang des Milchanfalls bisher in vollem Umfang durch



die saisonmäßige Abnahme des Frischmilchkonsums und die Wiederaufnahme der Einfuhr ausgeglichen wurde. Im September konnte sogar ein Teil der inländischen Buttererzeugung noch von den Vorratsstellen zusätzlich zu den aus der Einfuhr stammenden Mengen eingelagert werden. Die eingelagerten Bestände betragen nunmehr insgesamt etwa 22 000 t, d. h. fast die Höhe einer Monatsproduktion. Diese Menge dürfte zusammen mit der für die Monate Oktober bis

Dezember vorgesehenen Buttereinfuhr in Höhe von 16 000 t genügen, um auch bei dem nunmehrigen jahreszeitlichen Rückgang der Erzeugung die Nachfrage zu befriedigen, besonders, wenn der bisher noch in Kraft befindliche Saisonabschlag auf den Butterpreis im weiteren Verlauf des Jahres wieder aufgehoben werden sollte.

Eine sehr wesentliche Stütze für die weitere Entwicklung der landwirtschaftlichen Veredelungsproduktion bildet die in diesen Wochen zum Abschluß gekommene Kartoffelernte. Ihr Ergebnis wird nach der offiziellen Schätzung auf 26 bis 27 Mill. t beziffert, d. h. auf 5 bis 6 Mill. t mehr als die vorjährige Ernte erbrachte, die ihrerseits schon hinter der bisherigen Rekordernte von 1948 (23 Mill. t) nur wenig zurückgeblieben war. Da demgegenüber der Bedarf an Speisekartoffeln noch immer sinkt, werden also für Futterzwecke in diesem Wirtschaftsjahr ungewöhnlich große Kartoffelmengen zur Verfügung stehen. Das ist um so willkommener, als sonst die Aussichten für die Futtermittelversorgung ziemlich ungünstig wären. An Futtergetreide wird nämlich aus der eigenen Ernte und aus der Einfuhr kaum mehr — wenn überhaupt so viel — als im Vorjahr verfügbar sein, da das Angebot aus den Nicht-Dollar-Ländern infolge des schlechten Ausfalls der diesjährigen Maisernte in Argentinien und den Donaugebieten knapp ist und die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten mit Rücksicht auf die Dollarknappheit nicht beliebig gesteigert werden kann. Es hätte daher die Gefahr bestanden, daß bei unzureichender Futtermiteleinfuhr entweder der im Vergleich zum Vorjahr erheblich größere Viehbestand nicht hätte durchgehalten werden können oder — wie schon in der letzten Zeit — über Gebühr Roggen verfüttert worden wäre. Mit der ungewöhnlich hohen Kartoffelernte ist nun diese Gefahr zwar noch nicht ganz beseitigt, aber doch gemildert worden. Es ist infolgedessen damit zu rechnen, daß sich auch die Perspektiven der Brotgetreidebilanz wieder etwas verbessern werden. Deren Entwicklung war in letzter Zeit dadurch gekennzeichnet, daß Weizen zwar in erheblich höherem Umfange als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres abgeliefert worden ist, gleichzeitig aber die Roggenablieferungen nur gering waren,

weil Roggen auf Grund der ungewöhnlich hohen Futtermittelpreise einmal in ziemlich starkem Umfang verfüttert und zum anderen hier und da auch aus spekulativen Gründen zurückgehalten wird. Beides wird nun vermutlich etwas nachlassen. Allerdings wird bei den gegenwärtigen Preisrelationen zwischen Futtergetreide und Roggen die Gefahr einer zu starken Roggenverfütterung nach wie vor in gewissem Umfang bestehen bleiben. Ihr kann aber durch die Einschleusung verbilligten Einfuhrfuttergetreides in den Verbrauch und notfalls durch die Kopplung der Abgabe von verbilligtem Futtergetreide mit einer entsprechenden Roggenrücklieferung von Seiten des Handels entgegengewirkt werden, sofern genügend Futtergetreide aus der Einfuhr zur Verfügung steht. Jedenfalls hat die reichliche Kartoffelernte die Chancen für die Er-

füllung dieser Voraussetzung erhöht, da sonst ein Einfuhrbedarf an Futtergetreide bestünde, wie er mit Rücksicht auf die Angebotslage in der Welt und die schmale westdeutsche Devisendecke kaum befriedigt werden könnte. Allerdings ist die Steigerung der Ernteerträge regional nicht gleichmäßig, da besonders hohe Erträge in Süddeutschland erzielt wurden, wo der Futtermittelbedarf nicht so groß ist, während in Norddeutschland mit seinen großen Schweinemastgebieten die Kartoffelernte kaum reicher sein soll als im Vorjahr. Es wird also nicht leicht sein, den auf etwa 12 Mill. t zu schätzenden „Futterrest“ aus der diesjährigen Kartoffelernte so rationell auszunutzen wie es die relative Knappheit an anderen Futtermitteln erheischt, wenn die Entwicklung des Viehbestandes oder die Brotgetreideversorgung nicht beeinträchtigt werden sollen.

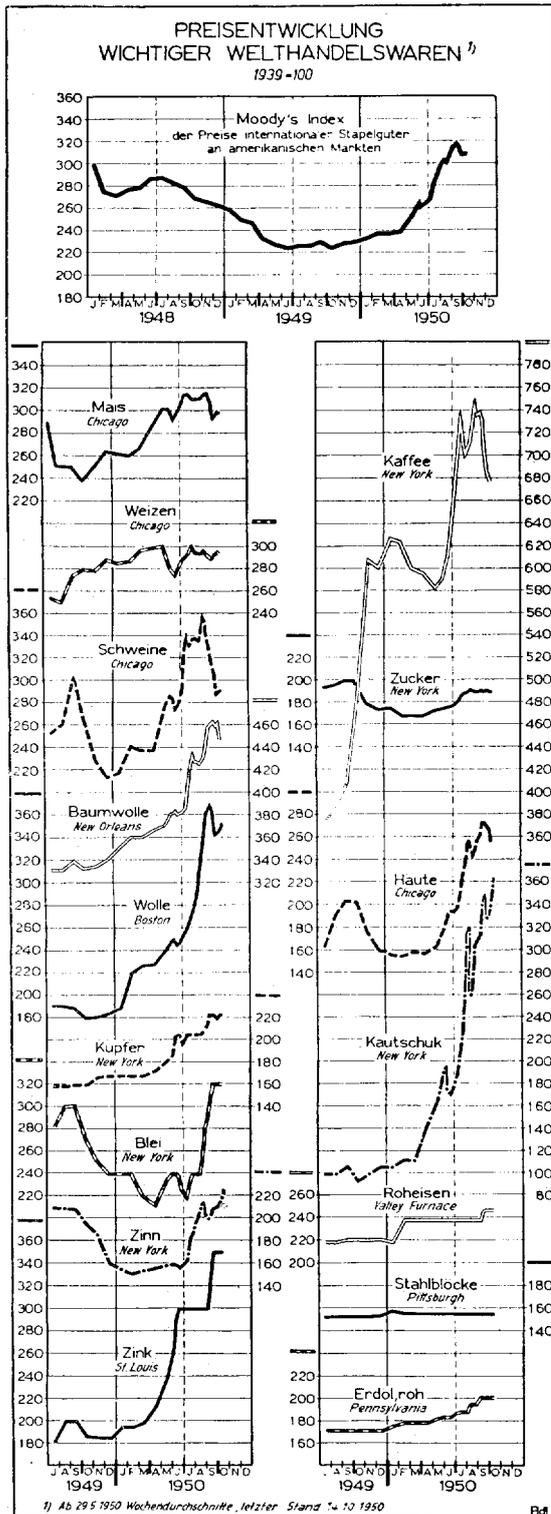
Preise und Löhne

Das Preisniveau hat sich in den letzten Wochen nur verhältnismäßig wenig geändert. Im gewerblichen Sektor wird es zwar zunehmend deutlicher, daß die erhöhten Rohstoffkosten nicht nur Preisrückgänge infolge von innerbetrieblichen Rationalisierungsmaßnahmen immer mehr verhindern, sondern allmählich auch gewisse Preissteigerungen unvermeidlich gemacht haben; aber im allgemeinen sind die Preiserhöhungen nach wie vor gering und bisher auch noch auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Waren beschränkt. So wird z. B. übereinstimmend von den in letzter Zeit abgehaltenen Messen berichtet, daß die Preise in den meisten Branchen ein bemerkenswertes Beharrungsvermögen bewiesen. Nur da, wo die Steigerung der Rohstoffkosten seit dem Sommer besonders stark war — wie z. B. im Schuh- und Ledersektor, bei Wollwaren, einigen Baumwollerzeugnissen und Gummiwaren —, haben die Preise angezogen, wobei die Erhöhung jedoch in der Regel hinter dem Maß zurückbleibt, das an sich den gestiegenen Rohstoffkosten entsprechen würde. In realistischer Einschätzung der Entwicklung der Massenkaufkraft vermeiden es nämlich die meisten Unternehmungen, die Aufnahmefähigkeit des Marktes auf eine zu harte Probe zu stellen. Wo daher nicht ein Teil der höheren Rohstoffpreise in der

Gewinnspanne oder durch weitere Rationalisierungsmaßnahmen aufgefangen werden kann, wird vielfach versucht, die Auswirkung der höheren Preise für ausländische Rohstoffe durch Beimischung von oft weniger verteuerten inländischen Rohstoffen zu mildern. Auch für Verbrauchsgüter, nach denen in letzter Zeit die Nachfrage besonders rege war, sind nur in einigen Fällen höhere Preise gefordert worden. So sind namentlich die Möbelpreise im großen und ganzen stabil geblieben, obwohl unter dem Einfluß der lebhaften Baukonjunktur die Nachfrage sich hier teilweise so stark erweitert hat, daß die Lieferung oft nur nach verhältnismäßig langen Fristen möglich ist. Gewisse Preiserhöhungen müssen jedoch bei elektrischen Heiz- und Kochgeräten, Gasherden, Kühl- und Waschmaschinen und ähnlichen Artikeln in Kauf genommen werden, wo zu einer beachtlichen Verbesserung der Absatzverhältnisse teilweise auch stark erhöhte Rohstoffkosten hinzutreten.

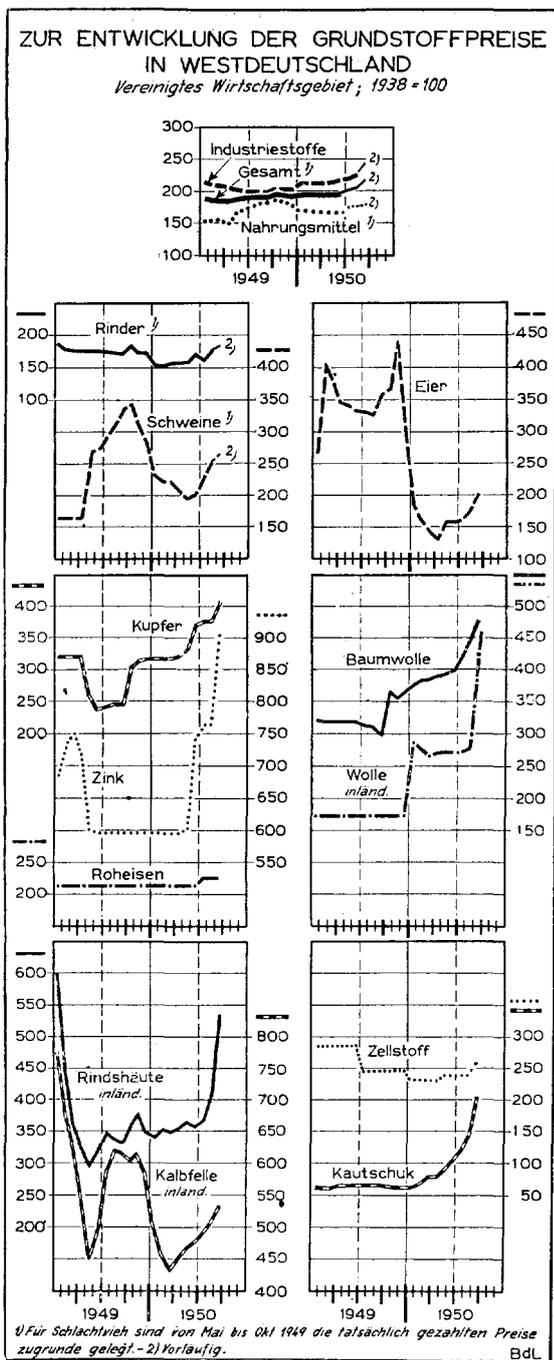
Einen dämpfenden Einfluß auf die Preissteigerungstendenzen hat in letzter Zeit zweifellos die Tatsache ausgeübt, daß sich die internationale Rohstoffhaushalt seit Mitte September im allgemeinen nicht fortgesetzt hat, sondern — offenbar unter dem Einfluß der Kriegsentwicklung in Korea — teilweise sogar beträchtlichen Rückschlägen gewichen ist.

Moody's Preisindex für die wichtigsten in den Vereinigten Staaten gehandelten internationalen Stapelgüter ist jedenfalls von seinem bisherigen — am 11. September erreichten — Höhepunkt bis zum 16. Oktober um ungefähr 3 vH gesunken.



Ob es sich dabei um einen tieferehenden Wandel der Marktkonstellation oder nur um eine durch die politisch-militärischen Ereignisse verstärkte technische Korrektur handelt, bleibt zwar abzuwarten, aber zweifellos hat sich die Lage auf einigen Märkten fürs erste wenigstens insofern etwas entspannt, als die internationalen Hortungskäufe teilweise merklich nachgelassen haben. Besonders landwirtschaftliche Produkte weisen seit Mitte September fühlbare Preisrückgänge auf, so namentlich Kaffee, Mais, Schweine, Zucker, Häute und Felle sowie Wolle. Meldungen über günstigere Angebotsaussichten haben hier in verschiedenen Fällen die von der politischen Entwicklung ausgehenden Tendenzen verstärkt. Relativ fest waren jedoch weiter Kautschuk, Baumwolle, Weizen und, bis auf vorübergehende Abschlüge, auch Öle und Fette. Ebenso ergaben sich an den — vergleichsweise ja immer wenig reagiblen — Metallmärkten kaum mehr nennenswerte Preisveränderungen, nachdem in der ersten Septemberhälfte an den amerikanischen Märkten die Preise für Kupfer, Blei, Zink und Roheisen heraufgesetzt worden waren.

Der vom Statistischen Bundesamt berechnete Index der industriellen Grundstoffpreise in Westdeutschland war im September von der neuerlichen Entwicklung an den Weltrohstoffmärkten noch kaum beeinflusst, da er jeweils nur nach dem Preisstand vom 7. und 21. des Monats berechnet wird. Er lag daher im Durchschnitt des Monats mit 245 vH des Standes von 1936 noch um 18 Punkte über dem Niveau von August. Die Regierung ist bemüht, ungerechtfertigten Preissteigerungen nach Möglichkeit entgegenzutreten. Die Einfuhrpolitik spielt in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle. So ist einmal durch das Einfuhrsicherungsprogramm die Befriedigung des Rohstoffbedarfs in den wichtigsten Sektoren für die nächsten Monate sichergestellt worden. Auch die Liberalisierung hat sich als eine wirksame Waffe gegen Preisübersteigerungen erwiesen, so etwa bei Häuten und Fellen, deren Preise noch bei den Versteigerungen von Anfang September weit über das Weltmarktpreisniveau hinausgetrieben worden waren, bei den folgenden Auktionen dann aber wieder beträchtlich fielen, weil die Häuteinfuhr inzwischen liberalisiert wurde.



Im Agrarsektor waren in letzter Zeit einige Preisrückgänge zu verzeichnen. Das gilt vor allem für die Schweine- und Rinderpreise, die in den vorangegangenen Monaten unter dem Einfluß von spekulativen Käufen im allgemeinen beträchtlich angezogen hatten. Daß nunmehr ein Rückschlag eintrat, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß seit Mitte September die Hor tungseindeckungen praktisch wohl aufgehört

haben, erklärt sich zum Teil aber auch aus erhöhten Einfuhren und der im vorangegangenen Abschnitt geschilderten Steigerung des inländischen Angebots. Die Einzelhandelspreise für Fleisch und Schmalz sind dem Rückgang der Viehpreise erst gebietsweise und auch da bisher nur zögernd gefolgt; doch kann damit gerechnet werden, daß hier in den nächsten Wochen ebenfalls eine gewisse Korrektur der teilweise recht beträchtlichen Preiserhöhungen eintreten wird, da die Fleischversorgung mit einem normalen Verbrauchsanstieg durchaus Schritt zu halten vermag. Auch bei Weizen sind die im August gezahlten Überpreise infolge reichlicherer Verkäufe aus der Bundesreserve und der höheren Ablieferungen von Seiten der Landwirtschaft im September weitgehend verschwunden. Weizen wird nun ebenso wie Roggen etwa zu den vorgeschriebenen Festpreisen verkauft. Weit über den vorgesehenen Höchstpreisen liegt jedoch noch Futtergetreide, da bei der im vorangegangenen Abschnitt geschilderten Versorgungslage hier das Angebot verhältnismäßig knapp ist. Der in der Anordnung über die Getreidepreise für das dritte Vierteljahr 1950 vorgesehene Basispreis von 240 DM je t für ausländisches Futtergetreide, — für inländisches Futtergetreide, von dem nur verhältnismäßig geringe Mengen auf den Markt kommen, bestehen keine Preisvorschriften —, hat sich infolge der hohen Futtermittelpreise im Ausland und der erst im September endgültig erfolgten Klärung der Frage der Fortführung der Subventionen bei Futtermitteln als unzureichend erwiesen, zumal die in den letzten Monaten zu diesem Preis erfolgten geringen Abgaben der staatlichen Vorratsstelle an Milocorn nicht ausreichten, um die Märkte zu beeinflussen. Die neue, bereits von Bundesrat und Bundestag verabschiedete Verordnung über die vom Oktober 1950 bis Juni 1951 geltenden Getreidepreise führt daher für ausländisches Futtergetreide einen Abgabehöchstpreis von 260 DM je t (die Transportkosten ab Paritätspunkt und die Handelsspannen können wie vorher extra berechnet werden) ein, der allerdings auch — wenn er sich auf den Futtergetreidemärkten durchsetzen oder sogar unterschritten werden soll —, durch Abgaben der Vorratsstelle in entsprechendem Umfange unterstützt werden müßte, was bei der zur Zeit mög-

lichen Einfuhr nur schwer erreichbar sein dürfte. Wie weit der oben dargestellte günstige Ausfall der diesjährigen Kartoffelernte die Situation erleichtern wird, bleibt abzuwarten. In den letzten Wochen hatte die knappe Futtermittelversorgung eher in den norddeutschen Schweinemastgebieten die Preise für Kartoffeln etwas in die Höhe getrieben, als daß umgekehrt vom Kartoffelangebot ein gewisser Druck auf die Futtermittelpreise ausgegangen wäre. Da die Ernte nach der neuesten Schätzung aber wesentlich günstiger ist als bisher erwartet wurde, ist anzunehmen, daß es sich dabei nur um eine vorübergehende Preiserhöhung handeln wird.

Die Lohnbewegung ist in der Berichtsperiode weiter fortgeschritten. In der Metallindustrie sind die Löhne mit Ausnahme von Württemberg-Baden und Bayern um durchschnittlich 10 vH und die Gehälter um 12 bis 15 vH erhöht worden. Auch in einigen anderen Industriezweigen traten höhere Tarife in Kraft. Sehr bemerkenswert ist ferner das stärkere Übergreifen der Lohnbewegung auf die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes. Das Personal der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltungen trat Anfang Oktober zur Unterstützung seiner Forderungen in den Streik. Vertreter der Tarifkommission der beteiligten Regierungen und Kommunen einigten sich am 10. Oktober 1950 mit der Gewerkschaft für öffentliche Dienste, Transport und Verkehr auf einen Kompromiß, nach dem die Stundenlöhne der im öffentlichen Dienst beschäftigten Arbeiter um

9 Dpf erhöht werden und die Angestellten mit einem Grundgehalt bis zu 350,— DM (ohne Wohnungsgeldzuschüsse) eine monatliche Teuerungszulage von 20,— DM erhalten. Diese Sonderzulagen sind zunächst auf die Zeit vom 1. Oktober 1950 bis 31. Januar 1951 befristet. Der Bund hat sich dieser Regelung angeschlossen und auch für die Beamten entsprechende Teuerungszulagen vorgesehen. Einige Zeit zuvor hatte übrigens die Bundesregierung der Aufhebung der noch aus der Zeit der Brüning'schen Notverordnungen von 1931 stammenden 6%igen Gehaltskürzung für Bundesbedienstete zugestimmt, nachdem in der Mehrzahl der Länder diese schon früher aufgehoben worden war. Auch für die nächste Zeit stehen noch zahlreiche Lohnverhandlungen bevor, da gemäß der Empfehlung des Hauptvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Vorstände der einzelnen Gewerkschaften in den letzten Wochen eine Reihe weiterer Tarifverträge gekündigt worden sind. Am wichtigsten ist hierunter die Tarifikündigung im Steinkohlenbergbau, wo Lohnerhöhungen um etwa 10 bis 12 vH verlangt werden, da die Anfang des Jahres erzielte Lohnaufbesserung um 9 vH angesichts der teilweisen Preissteigerungen der letzten Zeit nicht mehr als ausreichend empfunden wird. Diesen Forderungen ohne Preiserhöhung zu entsprechen, dürfte allerdings schwer fallen, weil infolge der langjährigen Bindung der Kohlenpreise die finanzielle Lage des Kohlenbergbaus erheblich ungünstiger ist als die anderer Industriezweige.

Außenwirtschaft ¹⁾

Der seit Ende vorigen Jahres in Gang befindliche starke Anstieg der Ausfuhr ist neuerdings etwas ins Stocken geraten. Schon im August hatte die Zunahme gegenüber dem Vormonat nur noch etwa 3 vH betragen, während in den drei vorangegangenen Monaten der Anstieg jeweils 10 und mehr vH erreicht hatte. Im September ist dann zum ersten Male seit April sogar ein direkter Rückschlag eingetreten: Mit 699 Mill. DM war die Gesamtausfuhr um etwa 54 Mill. DM oder 7 vH niedriger als im August, was auch bei arbeitstäglicher Berechnung eine

fühlbare Abnahme bedeutet, wohingegen im April — als die Monatsziffer ebenfalls absank — bei arbeitstäglicher Berechnung statt eines Rückgangs ein weiterer Anstieg zu verzeichnen war.

Womit dieser Rückschlag zusammenhängt, läßt sich, solange nur die Gesamtziffer der Ausfuhr vorliegt, nicht einwandfrei klären. In Betracht zu ziehen ist jedoch, daß eine Reihe wichtiger Exporte, so vor allem der Schrottexport und die Ausfuhr gewisser Eisen- und Stahlhalbwaren und -vorerzeugnisse, in letzter Zeit bewußt beschränkt worden sind, um die Rohstoffversorgung der weiterverarbeitenden Industrie und damit die Aussichten des Fertigwarenexports

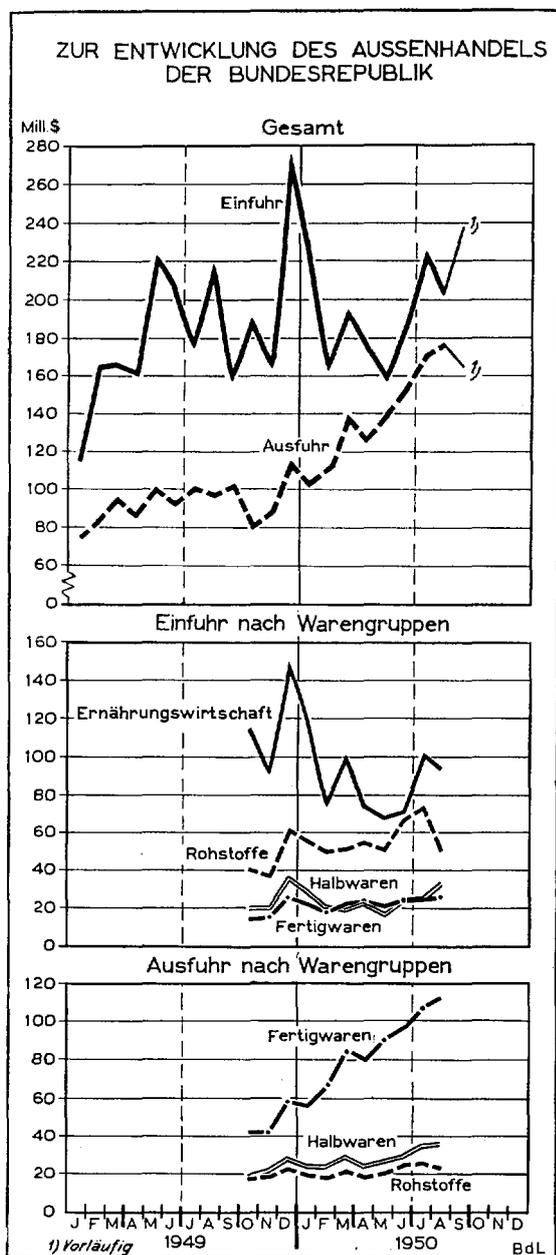
¹⁾ Die Aufgliederung der Außenhandelsziffern für September ging erst während der Drucklegung ein. Sie ist in der Tabelle auf S. 29 enthalten, konnte jedoch im Text nicht mehr berücksichtigt werden.

nicht zu gefährden. Im August war das jedenfalls eindeutig die Ursache des langsameren Anstiegs, denn die Ausfuhr von Rohstoffen und Halbwaren sowie von bestimmten Vorerzeugnissen war damals im ganzen genommen schon rückläufig, während der Export von Fertigwaren-Enderzeugnissen stärker als die Gesamtausfuhr zunahm und sich mit 43 vH der Gesamtausfuhr (gegen 40 vH im ersten Halbjahr) seinem Vorkriegsanteil am Gesamtexport (1938 etwa 56 vH) beachtlich weiter genähert hat. Es spricht manches dafür, daß im September die Entwicklung ähnlich verlaufen ist.

Der Außenhandel des Bundesgebiets¹⁾
in Mill. DM

Warengruppen	M.-D. 2. Vj.	1950		
		Juli	August	Sept.
I. Ausfuhr, gesamt	596,3	730,2	752,9	698,9
davon:				
Ernährungswirtschaft	10,1	10,2	12,0	10,0
Gewerbliche Wirtsch.	586,2	720,0	740,9	688,9
davon:				
Rohstoffe	90,8	108,4	102,8	114,3
Halbwaren	113,7	151,4	155,9	131,1
Fertigwaren	381,7	460,2	482,2	443,5
II. Einfuhr, gesamt	738,8	948,5	864,4	1 006,3
davon:				
Ernährungswirtschaft	303,8	427,2	399,8	472,1
Gewerbliche Wirtsch.	435,0	521,3	464,6	534,2
davon:				
Rohstoffe	245,6	311,3	211,4	275,6
Halbwaren	93,4	107,9	142,5	129,1
Fertigwaren	96,0	102,1	110,7	129,5
III. Saldo, gesamt ²⁾	- 142,5	- 218,3	- 111,5	- 307,4
IV. Einfuhr auf Grund von Auslandshilfe	146,2	250,9	130,6	122,0
V. Einfuhr gegen Devisen	592,6	697,6	733,8	884,3
VI. Saldo des „kommerziellen“ Außenhandels ²⁾ ³⁾	+ 3,7	+ 32,6	+ 19,1	- 185,4

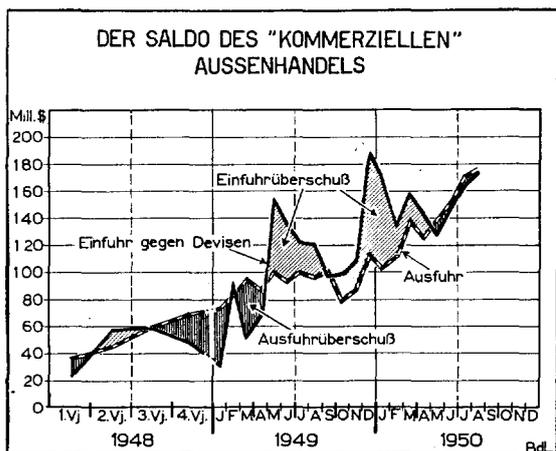
¹⁾ Einschließlich West-Berlin. — ²⁾ Einfuhrüberschuß = —, Ausfuhrüberschuß = +. — ³⁾ Überschuß der Einfuhr gegen Devisen über die Ausfuhr.



Die E i n f u h r hat demgegenüber in den letzten Monaten ihren steigenden Trend eindeutig beibehalten. Die Gesamteinfuhr war im August mit 864 Mill. DM zwar um etwa 84 Mill. DM niedriger als im Juli, aber diese Abnahme hing nur mit einer der üblichen Schwankungen im Eingang der ERP- und GARIOA-Lieferungen zusammen — diese gingen im August auf 131 Mill. DM gegen 251 Mill. DM im Juli zurück —, während die Einfuhr gegen Devisen ihren seit Juni in Gang befindlichen Anstieg fortsetzte. Im September ist dann auch wieder die Gesamteinfuhr kräftig gewachsen — nämlich auf 1 006 Mill. DM gegen 864 Mill. DM im August —, womit sie einen neuen Höchststand seit Dezember vorigen Jahres erreicht hat. Wie weit diese Zunahme auf die ausländischen Hilfslieferungen bzw. auf die Einfuhr gegen Devisen entfiel, läßt sich aus den bei Abschluß des Berichts vorliegenden Ziffern zwar noch nicht erkennen, doch ist anzunehmen, daß die Steigerung der „kommerziellen“ Einfuhr an ihr einen wesentlichen Anteil hat, da der Importsog seit einiger Zeit unter dem doppelten Einfluß der Preisstei-

gerung an den Weltmärkten und des inneren Konjunkturauftriebs wieder ungewöhnlich stark ist.

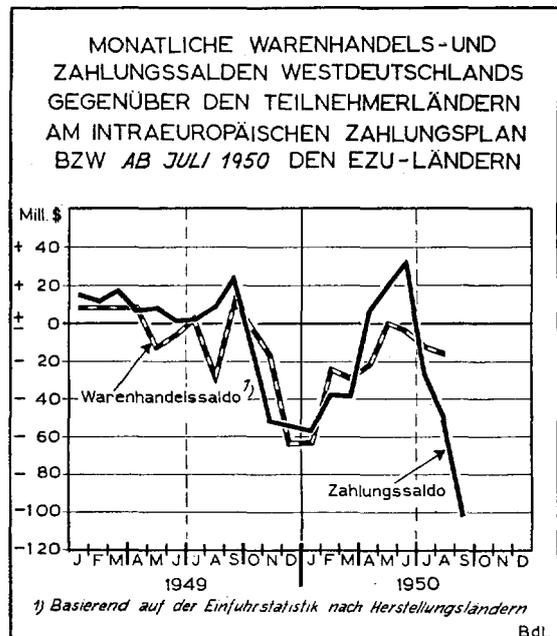
Infolge der eben geschilderten, teilweise konträren Entwicklung von Einfuhr und Ausfuhr hat die Bilanz des Gesamthandels in den letzten Monaten stark geschwankt. Im Juli hatte sich ihre Passivität nach einer beträchtlichen Verminderung in den Monaten Mai und Juni auf 218 Mill. DM erhöht, im August war sie dann wieder auf 111 Mill. DM zurückgegangen, und im September ist ein neuer starker Anstieg auf 307 Mill. DM zu verzeichnen. Devisenpolitisch ist nun allerdings die Bilanz des Gesamthandels, kurzfristig betrachtet, von geringer Bedeutung, da die aus Hilfslieferungen des Auslands bestehende Einfuhr bekanntlich nicht mit Devisen bezahlt zu werden braucht. Aber auch die Bilanz des sogenannten „kommerziellen“ Außenhandels, die nur die gegen Devisen getätigte Einfuhr berücksichtigt, hat sich in letzter Zeit wieder verschlechtert. Bis August — dem letzten



Monat, für den Angaben vorliegen — war sie zwar, wie schon in den drei Vormonaten, weiter aktiv, aber der Aktivsaldo betrug im August nur noch 19 Mill. DM gegen fast 33 Mill. DM im Juli, 24 Mill. DM im Juni und nahezu 53 Mill. DM im Mai. Für den September muß befürchtet werden, daß darüber hinaus auch der kommerzielle Außenhandel erneut passiv geworden ist, da die Ausfuhr im Vergleich zum Vormonat um 54 Mill. DM gesunken, die Einfuhr aber, wie erwähnt, sicher weiter gestiegen ist¹⁾.

¹⁾ Während der Drucklegung gingen die betreffenden Angaben ein. Danach stellte sich die „kommerzielle“ Einfuhr im September auf 884,3 Mill. DM gegen 733,8 Mill. DM im August. Der Saldo der „kommerziellen“ Handelsbilanz schloß also mit einem Einfuhrüberschuß von 150,5 Mill. DM ab, während noch im August ein Ausfuhrüberschuß von 19 Mill. DM zu verzeichnen war.

Auch die internationale Zahlungssposition Westdeutschlands hat sich ab September erneut stark verschlechtert. Zwar sind die Bestände an ausländischen Währungsguthaben weiter gestiegen, aber die Zunahme der Verpflichtungen gegenüber dem Ausland ging weit über diese Erhöhung hinaus, so daß die Gesamtposition in einem Maße ungünstiger geworden ist, wie es bisher nur in den ersten Monaten nach Beginn der Liberalisierung, also im Dezember vorigen und Januar dieses Jahres



der Fall gewesen war. Die Verschlechterung geht dabei fast ausschließlich auf die steigenden Verpflichtungen gegenüber der Europäischen Zahlungsunion (EZU) zurück, während sich im Verkehr mit den übrigen Ländern die seit einiger Zeit in Gang befindliche Verbesserung der Devisenposition im ganzen genommen fortgesetzt hat. Gegenüber der EZU war die Verschlechterung geradezu lawinenartig: Im Juli, also im ersten Monat des Bestehens der EZU, hatte der westdeutsche Debetsaldo ihr gegenüber etwa 29 Mill. \$ betragen, im August stieg er auf 53 Mill. \$, im September auf 104 Mill. \$, und in der ersten Oktoberhälfte hat diese ständige Zunahme der Verschuldungsrate ebenfalls angehalten. Bei der ersten Abrechnung, die infolge der verspäteten Ratifizierung des EZU-Abkommens erst zum 30. September stattfand, ergab sich also, daß die Bundesrepublik die ersten drei

Tranchen ihrer insgesamt 320 Mill. \$ betragenden Quote bei der EZU nahezu aufgebraucht hatte und demgemäß, entsprechend den Bestimmungen über die wachsende anteilmäßige Deckung der in Anspruch genommenen Kredittranchen durch Gold- oder Dollarzahlungen, bereits 31 Millionen freie Dollar zur Begleichung ihres Defizits hergeben mußte. Westdeutschland war damit bereits bei der ersten Abrechnung der bei weitem größte Schuldner der EZU, auf den nicht weniger als ein Drittel des Gesamtbetrages aller im ersten Vierteljahr entstandenen Zahlungsdefizite gegenüber der EZU entfiel.

Es ist in letzter Zeit verschiedentlich bemerkt worden, daß diese ungewöhnlich starke Verschuldung im Zahlungsverkehr sich nicht ohne weiteres aus der Entwicklung der westdeutschen Handelsbilanz gegenüber den EZU-Ländern erklären läßt, da diese zumindest bis August, dem letzten Monat, für den handelsstatistische Angaben vorliegen, aber wahrscheinlich auch im September, einen weit geringeren Passivsaldo aufwies als er im Verrechnungsverkehr festgestellt wurde. Tatsächlich liegt hier ein für die Beurteilung der jüngsten handels- und devisa-politischen Entwicklung Westdeutschlands sehr interessantes Phänomen vor. Seine Erklärung findet es zu einem erheblichen Teil darin, daß sich die übliche handelsstatistische Aufgliederung unserer Einfuhr nach Bezugsgebieten danach richtet, wo die eingeführten Waren hergestellt worden sind, nicht aber danach, wo sie eingekauft wurden und an welches Land sie demgemäß bezahlt werden. Nun bezieht aber die Bundesrepublik seit geraumer Zeit aus den EZU-Ländern in erheblichem Umfange Waren, die bei strenger Klassifizierung der Einfuhren nach dem Ursprungsland nicht als dort hergestellt gelten können, weil sich über die EZU-Länder ein erheblicher Transithandel nach Westdeutschland angebahnt hat. Aus einer kürzlich vom Statistischen Bundesamt zum ersten Male veröffentlichten Aufgliederung der westdeutschen Einfuhr nach Einkaufsländern ergibt sich jedenfalls, daß der Überschuß der in den EZU-Ländern eingekauften Einfuhr über die westdeutsche Ausfuhr nach diesen Ländern in der Zeit von Januar bis August 1950 nicht weniger als 807 Mill. DM betrug, während sich nach der üblichen Handelsstatistik, die die Ein-

fuhr streng nach den Herstellungsländern gliedert, der Importüberschuß im Verkehr mit den EZU-Ländern nur auf ungefähr 634 Mill. DM stellte.

Vom Standpunkt Westdeutschlands aus ist diese Erscheinung insofern nicht unbedenklich, als sie eine einseitige Ausdehnung der westdeutschen Liberalisierungsmaßnahmen über den Kreis der EZU-Länder hinaus bedeutet. Ein großer Teil der in den EZU-Ländern eingekauften, aber dort nicht hergestellten Waren ist nämlich im Rahmen der liberalisierten Einfuhr nach Westdeutschland gekommen, so daß also auf dem Umweg über den Transithandel der EZU-Länder viele Länder von den Liberalisierungsmaßnahmen Westdeutschlands profitieren, in denen von einem entsprechenden Abbau der Handelsbeschränkungen gegenüber der westdeutschen Ausfuhr keine Rede sein kann. Gewiß besteht theoretisch die Möglichkeit, sich gegen eine derartige „kalte“ Erweiterung der Liberalisierungsmaßnahmen durch die Anforderung von Ursprungszeugnissen bei der Einfuhr zur Wehr zu setzen, da die Liberalisierung sich ausdrücklich auf die in den EZU-Ländern hergestellten Waren beschränken soll. Die technischen Schwierigkeiten, denen eine entsprechende Kontrolle des Abrechnungsverkehrs begegnet, haben jedoch bisher die volle Wahrung dieses Prinzips verhindert. Nachdem nun aber die Nachteile, die mit der jetzigen Praxis für Westdeutschland verbunden sind, offen zutage liegen, soll mit allen Mitteln versucht werden, diese Lücke in der Einfuhrkontrolle zu schließen.

Allerdings haben in der letzten Zeit auch andere Momente zu der besonders ungünstigen Entwicklung der internationalen Zahlungssituation der Bundesrepublik beigetragen. Von besonderer Bedeutung waren namentlich die Gerüchte über eine bevorstehende Aufwertung des Pfundes, da hierdurch die Exporteure teilweise veranlaßt wurden, auf Pfund lautende Exportforderungen länger anstehen zu lassen, als es sonst wahrscheinlich der Fall gewesen wäre, während andererseits die Importeure bestrebt waren, Einfuhren aus dem Sterlingraum möglichst frühzeitig zu bezahlen, um einer Verteuerung ihrer Bezüge im Falle einer Pfundaufwertung zu entgehen.

Insoweit diese und ähnliche Einflüsse für die Verschlechterung der Zahlungsposition eine Rolle spielten, enthält die momentane Zuspitzung also auch latente Tendenzen der Selbstkorrektur. Allein schon eine Klärung der Pfundsituation würde wahrscheinlich eine fühlbare Entlastung bewirken. Aber diese Möglichkeiten bilden vorläufig nur einen schwachen Trost, da weder der Zeitpunkt ihrer eventuellen Realisierung noch das dann zu erwartende Maß ihres Einflusses auf die Devisenbilanz vorausgesehen werden können, auf der anderen Seite jedoch der devisa-politische Spielraum des westdeutschen Außenhandels so gering ist, daß eine länger anhaltende Passivierung der Devisenbilanz unter keinen Umständen hingenommen werden kann. Die Lage war Mitte Oktober um so ernster, als in den vorangegangenen Wochen die Einfuhr-lizenzen erheblich zugenommen hatten, wobei die Anfang Oktober in Kraft getretene Ausdehnung der Liberalisierung eine gewisse Rolle gespielt haben mag. In der ersten Oktober-Dekade hatten die Lizenzerteilungen für liberalisierte Einfuhren 148 Mill. \$ gegen 81 Mill. \$ in der ersten September-Dekade und 104 Mill. \$ in der ersten August-Dekade betragen, während sich die Lizenzerteilungen für Einfuhren im kontingentierten Verfahren allein den ERP-Ländern gegenüber von 57 Mill. \$ im August auf 111 Mill. \$ im September erhöht hatten. Außerdem aber war noch ein erheblicher Betrag an Einfuhrbewilligungen in der Schwebe, die früher erteilt, aber bisher noch nicht ausgenutzt worden waren. Insgesamt waren infolgedessen Anfang Oktober Einfuhrbewilligungen im Betrage von 1,15 Mrd. \$ ausgegeben, von denen zwar angenommen werden konnte, daß sie nicht in vollem Umfang ausgenutzt werden würden, die aber doch zum größten Teil als eine mögliche Belastung der Devisenbilanz in Rechnung gestellt werden mußten. Nicht weniger als 1,05 Mill. \$ hiervon bezogen sich auf projektierte Einfuhren allein aus dem EZU-Raum.

Angesichts dieser Situation war es nicht möglich, den Dingen weiter freien Lauf zu lassen, sondern es galt, den Anstieg der Devisenverpflichtungen in den Grenzen zu halten, innerhalb deren ihre pünktliche Honorierung nicht als gefährdet anzusehen ist. Vor allem mußte zunächst einmal Klarheit darüber geschaffen werden, in

welchem Umfang hinter den ausstehenden Einfuhrbewilligungen wirklich ernsthafte Einfuhrabsichten standen oder wie weit sie nur vorsorglich gehortete Lizenzen darstellten. Zu diesem Zweck wurden alle vor dem 8. Oktober 1950 im liberalisierten Verfahren erteilten Einfuhrbewilligungen für ungültig erklärt, soweit nicht bis zum 15. Oktober 1950 der dazugehörige Einfuhrvertrag abgeschlossen und daraufhin ihre Bestätigung beantragt wurde. Um darüber hinaus den Importdrang einzudämmen, wurde gleichzeitig angeordnet, daß bei neuen Einfuhrbewilligungen im liberalisierten und grundsätzlich auch im nicht-liberalisierten Verfahren von den Außenhandelsbanken zu Lasten der Antragsteller bei den Landeszentralbanken ein Bardepot in Höhe von 50 vH des beantragten Devisenbetrages zu hinterlegen ist, das erst zurückerstattet wird, wenn die Einfuhr eingetroffen ist oder die Lizenz unausgenutzt zurückgegeben wird. Die kreditmäßige Finanzierung der Bardepotgestellung und der Einfuhr überhaupt wurde ferner durch die Beschränkung der Refinanzierungsmöglichkeiten für Akzeptkredite erschwert, über die bereits im Abschnitt „Geld und Kredit“ berichtet wurde.

Daß diese Maßnahmen einschneidend sind, ist unbestreitbar. Sie treffen insbesondere diejenigen Importeure, die gleichzeitig mit der Einfuhrbewilligung eine Akkreditivgestellung beantragen, weil dann neben der vollen Einzahlung des Gegenwerts für das gestellte Akkreditiv noch das Bardepot in Höhe von 50 vH dieses Gegenwerts zu stellen ist, also für die Zeit von der Akkreditivgestellung bis zum Eintreffen der Ware 150 vH des Einfuhrwertes aufzubringen sind. Der Importhandel wird infolgedessen bestrebt sein, von der Akkreditivgestellung nach Möglichkeit zur Zahlung „Kasse gegen Dokumente“ überzugehen. Daß dies für die Devisenbilanz günstig wäre, liegt auf der Hand, da das Mißverhältnis zwischen Deviseneingang und Devisenausgang in den letzten Monaten bis zu einem gewissen Grade auch darauf beruht hat, daß im Export in der Regel günstigere Zahlungsziele gewährt werden als sie der Import genießt, so daß eine Steigerung der Einfuhr sich in der Devisenposition gewöhnlich rascher auswirkt als eine Zunahme der Ausfuhr.

Entwicklung und Stand der Investitionskredite aus Gegenwertmitteln

Seit dem vergangenen Jahr wird die Kapitalversorgung der Wirtschaft durch Investitionskredite aus den DM-Einzahlungen für nicht mit Devisen zu bezahlende Hilfslieferungen des Auslands, also besonders der Vereinigten Staaten von Amerika, verstärkt. Die Gesamteinzahlungen für diese Einfuhren beliefen sich von der Währungsreform bis zum 30. September 1950 auf 6 518,8 Mill. DM. Hiervon sind 2 660,0 Mill. DM für Investitionszwecke freigegeben worden, 2 797,5 Mill. DM wurden für andere Zwecke verwendet und 1 061,3 Mill. DM befanden sich am 30. September auf den — mit dem Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland vom 15. Dezember 1949 auf die Bundesregierung übergegangenen — Gegenwertkonten und den dazugehörigen Sammelkonten. Von den für Investitionen freigegebenen Gegenwertmitteln sind bis zum genannten Zeitpunkt rd. 2 240 Mill. DM von den Kreditnehmern in Anspruch genommen worden. Da die Freigaben für Investitionen erst im Frühjahr 1949 einsetzten, war der Anteil der Gegenwertmittel an der Finanzierung der Bruttoinvestitionen im ersten Jahr nach der Währungsreform mit 2,3 vH nur gering; im folgenden Jahr, also von Mitte 1949 bis Mitte 1950, betrug der Anteil der counterpart funds 8,4 vH¹⁾.

Zunächst lag das Schwergewicht der Investitionskredite aus Gegenwertmitteln bei den GARIOA-counterpart funds²⁾. Die erste Freigabe von GARIOA-Mitteln für Investitionen wurde im April 1949 in Höhe von 110 Mill. DM für die Energieversorgung vorgenommen, der im Mai 1949 eine Bereitstellung von 135 Mill. DM für den Kohlenbergbau, und in den nächsten Monaten weitere Freigaben in kleineren Beträgen für die Industrie folgten. Insgesamt wurden bis Ende 1949 285 Mill. DM aus GARIOA-Gegenwertmitteln für Investitionen zur Verfügung gestellt, wovon allerdings im Januar 1950 20 Mill. DM aus der sogenannten

I. ERP-Tranche zurückgezahlt wurden, so daß bisher 265 Mill. DM aus GARIOA-Mitteln als Investitionskredite bereitgestellt worden sind (vgl. die Tabelle). Diese Kredite wurden über die

Stand der Abwicklung der bisherigen Investitionsprogramme aus counterpart funds vom 30. September 1950 in Mill. DM

Bezeichnung der Programme	Herkunft der Mittel	Vorgesehener Betrag	Bis 30.9.1950 abgerufen	Somit noch verfügbar
GARIOA-Programm	GARIOA	265,0	265,0	0,0
Besatzungswohnungsbauprogramm	STEG	34,0	34,0	—
ECA-Zuweisung für die französische Besatzungszone	ERP	57,0	56,9	0,1
ECA-Sonderzuweisung	ERP	94,0	93,9	0,1
I. ERP-Tranche	ERP	1 036,0 ¹⁾	1 004,4	31,6
II. ERP-Tranche	ERP	1 150,0 ²⁾	426,6	723,4
zusammen	—	2 636,0 ³⁾	1 880,8	755,2 ⁴⁾
GARIOA-Zuweisung an die Bundesbahn ⁴⁾	GARIOA	360,0	360,0	—
Insgesamt	—	2 996,0	2 240,8	755,2

¹⁾ Davon für Berlin 109,4 Mill. DM. — ²⁾ Davon für Berlin 111,7 Mill. DM. — ³⁾ Davon 336 Mill. DM noch nicht auf die Konten der weiterleitenden Institute übertragen. — ⁴⁾ Ohne Zwischenschaltung von Kreditinstituten.

Kreditanstalt für Wiederaufbau geleitet und sind bis auf einen ganz geringfügigen Restbetrag von den vorgesehenen Kreditnehmern in Anspruch genommen worden.

Daneben sind 360 Mill. DM aus GARIOA-Gegenwertmitteln der Bundesbahn zur Verfügung gestellt worden. Dieser Kredit diente zur Erfüllung von DM-Einzahlungsverpflichtungen der Bundesbahn, die im Rahmen des kommerziellen Außenhandels durch Waggoneinfuhren entstanden waren.

Aus den STEG-counterpart funds wurden im Juni 1949 34 Mill. DM für den Besatzungswohnungsbau freigegeben und bis Mitte 1950 voll in Anspruch genommen.

Die Freigabe von ERP-Gegenwertmitteln lief, wie bereits erwähnt wurde, erst im September 1949 an. Zunächst erhielt die französische Besatzungszone, da sie bei den GARIOA-Freigaben nicht berücksichtigt worden war, eine Zuweisung von 57 Mill. DM, die über die Finanzierungs-AG (Finag) in Speyer an die Kreditnehmer weitergeleitet und bis Ende September 1950 bis auf einen Restbetrag von rd. 0,1 Mill. DM verbraucht

¹⁾ Vgl. hierzu die Aufsätze „Die Investitionsfinanzierung seit der Währungsreform“ und „Die Investitionsfinanzierung im 2. Vierteljahr 1950“, in: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, April 1950 und August 1950.

²⁾ Über die Gliederung und Herkunft der Gegenwertmittel vgl.: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Juli 1949, S. 22 ff.

wurde. Im Oktober 1949 wurden weitere 94 Mill. DM aus ERP-counterpart funds freigegeben, die über die Kreditanstalt für Wiederaufbau liefen und in Höhe von 50 Mill. DM für den Kohlenbergbau und von 44 Mill. DM für die Berliner Elektrizitätswerke (Bewag) bestimmt waren. Im Gegensatz zu allen übrigen Freigaben aus Gegenwertmitteln für Investitionen brauchen diese 94 Mill. DM nicht an den Eigentümer der counterpart funds zurückgezahlt zu werden. Sie dienen vielmehr zur Verstärkung der eigenen Mittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau und werden von diesem Institut als Rückstellungen ausgewiesen. Diese Zuweisung ist bis Ende September 1950 ebenfalls bis auf einen Restbetrag von rd. 0,1 Mill. DM ausgeliehen worden.

Im Januar 1950 begann sodann die Freigabe und Ausleihung der sogenannten I. ERP-Tranche, deren Gesamthöhe 1 036 Mill. DM beträgt. Während bei den vorangegangenen Freigaben beabsichtigt wurde, jeweils besonders dringliche Investitionsvorhaben mit den benötigten Kapitalmitteln auszustatten, wurde bei der Aufteilung dieser ersten wie auch der weiteren ERP-Tranchen eine breitere Streuung der Gegenwertmittel vorgenommen. Zu diesem Zweck wurden Investitionsprogramme aufgestellt, bei denen versucht wurde, die counterpart funds vor allem in denjenigen Bereichen einzusetzen, die trotz volkswirtschaftlicher Wichtigkeit besondere Schwierigkeiten in der Kapitalbeschaffung haben.

Aus der I. ERP-Tranche waren für Berlin als unmittelbare Zuweisung rd. 98,4 Mill. DM bestimmt, die ohne Zwischenschaltung der Kreditanstalt für Wiederaufbau über die Industriebank AG Berlin geleitet wurden. Außerdem wurden jedoch von den über die Kreditanstalt fließenden Mitteln 11 Mill. DM für die Berliner Elektrizitätswerke verwendet, so daß Berlin aus dieser Tranche insgesamt 109,4 Mill. DM erhalten hat.

Insgesamt sind von der I. ERP-Tranche bis zum 30. September 1 004,4 Mill. DM von den Kreditnehmern abgerufen worden, so daß zu diesem Zeitpunkt noch 31,6 Mill. DM verfügbar waren. Der größte Teil der noch nicht in Anspruch genommenen Beträge aus dieser Tranche entfällt auf die Gruppe „sonstige Industrie“, ein kleinerer Teil auf die Landwirtschaft und ge-

ringfügige Restbeträge auf andere Wirtschaftsbereiche.

Mit den Freigaben aus der II. ERP-Tranche im Gesamtbetrag von 1 150 Mill. DM wurde im Mai 1950 begonnen. Bis Ende September waren von dieser Tranche insgesamt 814 Mill. DM freigegeben und den weiterleitenden Instituten (Kreditanstalt für Wiederaufbau und Industriebank AG) bzw. in Höhe von 20 Mill. DM der Bundeshauptkasse — über die die Zuschüsse für die Landwirtschaft fließen — zur Verfügung gestellt worden. Die Kreditnehmer bzw. Empfänger der Zuschüsse hatten bis zu diesem Zeitpunkt 426,6 Mill. DM abgerufen, so daß insgesamt noch 723,4 Mill. DM aus der II. ERP-

Geplante Verwendung und bisherige Inanspruchnahme der zweiten ERP-Tranche (1 150 Mill. DM)
Stand vom 30. September 1950
in Mill. DM¹⁾

Verwendungsbereiche	Vorgesehener Betrag	Bis 30. 9. 1950 abgerufen	Somit noch verfügbar
im Bundesgebiet			
Energiewirtschaft	122,5	118,2	4,3
Kohlenbergbau	100,0	13,9	86,1
Eisen- und Stahlindustrie	55,0	—	55,0
Übrige Industrie	202,2	63,1	139,1
Landwirtschaft	111,9	26,5	85,4
Wohnungsbau	115,3	44,9	70,4
Gas und Wasser	41,4	2,4	39,0
Straßenbahnen	10,3	1,2	9,1
Privatbahnen	6,7	0,3	6,4
Seeschifffahrt	36,3	34,7	1,6
Binnenschifffahrt	9,4	0,3	9,1
Binnenhäfen	10,0	1,7	8,3
Seehäfen	5,2	—	5,2
Verkehrsgewerbe	1,1	—	1,1
Fremdenverkehr	23,2	3,8	19,4
Kleininvestitionen (Flüchtlingsbetriebe)	71,0	50,0	21,0
Post	20,0	—	20,0
als Zuschüsse für:			
Landwirtschaft	73,6	20,0	53,6
Forschung	20,9	—	20,9
Investitionen zur Förderung des Absatzes im Dollarraum	2,3	—	2,3
zusammen	1 038,3	381,0	657,3
in Berlin	111,7	45,6	66,1
Insgesamt	1 150,0	426,6	723,4

¹⁾ Abgerundete Beträge.

Tranche verfügbar waren. Die Tabelle gibt darüber Auskunft, wie sich die Inanspruchnahme und die verfügbaren Beträge auf die einzelnen Wirtschaftszweige verteilen¹⁾. Die besonders geringen Abrufe des Kohlenbergbaus

¹⁾ Über die vorgesehene Verteilung vgl. auch: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Juni 1950, S. 10.

und das Fehlen von Inanspruchnahmen durch die Eisen- und Stahlindustrie bis zu dem genannten Zeitpunkt sind darauf zurückzuführen, daß für diese Wirtschaftszweige im Freigabeantrag andere Beträge vorgeschlagen worden waren, als schließlich von der ECA-Verwaltung genehmigt wurden. Infolgedessen mußten diese geänderten Beträge erst in langwierigen Verhandlungen auf den Kreis der in Frage kommenden Kreditnehmer neu verteilt werden, ehe die Kreditzusagen von der Kreditanstalt für Wiederaufbau gegeben und die Kredite in Anspruch genommen werden konnten.

Die nebenstehende Tabelle zeigt, wie sich die Inanspruchnahme aller Arten von counterpart funds durch die verschiedenen Wirtschaftszweige wie auch die Verteilung auf die weiterleitenden Institute entwickelt hat. Mit Ausnahme der für die Bewag (Berlin) gegebenen Beträge sind die über die Kreditanstalt für Wiederaufbau, über die Finanzierungs-AG und über die Bundeshauptkasse geleiteten Mittel dem Bundesgebiet zugeflossen, während die über die Industriebank AG einschließlich der von der Bewag in Anspruch genommenen counterpart funds für Investitionen in Berlin verwendet worden sind. Von den bis zum 30. September 1950 insgesamt für Investitionskredite zur Verfügung gestellten Gegenwertmitteln (einschließlich der 360 Mill. DM, die die Bundesbahn erhalten hat) sind 23 vH für die Energieversorgung, 18 vH für den Verkehr, 16 vH für den Kohlenbergbau und 13 vH für die sonstige Industrie verwendet worden. Weitere 6 vH entfallen auf die Landwirtschaft, 6 vH auf den Wohnungsbau (ohne Besatzungswohnungsbau) und der Rest in Höhe von 18 vH auf verschiedene Wirtschaftszweige.

Die Inanspruchnahme von Freigaben aus counterpart funds¹⁾
in Mill. DM

Freigaben	Stand					
	1949 31. Dez.	31. März	30. Juni	1950		30. Sept.
				31. Juli	31. Aug.	
Summe der Freigaben	470,0	1 200,0	1 580,0	1 930,0	1 950,0	2 300,0
davon in Anspruch genommen:						
insgesamt	452,5	1 042,6	1 411,4	1 599,7	1 753,3	1 880,8
davon über die Kreditanstalt für Wiederaufbau für:						
Energie (Elektrizitäts- wirtschaft)	110,0	274,5	337,7 ²⁾	406,7 ²⁾	430,0	436,0
Kohlenbergbau	185,0	289,7	317,8	330,5	332,3	346,9
Sonstige Industrie	35,0	143,7	201,5	217,0	258,6	290,5
Landwirtschaft	5,0	46,9	93,2	102,4	114,0	141,7
Wohnungsbau	0,0	53,9	99,4	114,0	116,3	126,4
Seeschifffahrt	—	49,6	49,9	71,9	80,4	84,7
Gas und Wasser	—	16,8	32,3	35,0	35,6	38,0
Straßenbahnen	—	1,7	6,4	6,9	7,5	8,2
Fischdampfer	—	3,6	4,8	5,0	5,0	5,0
Eisen und Stahl	—	6,6	36,5	37,0	37,2	37,4
Fremdenverkehr	—	—	—	1,1	1,7	3,8
Kleininvestitio- nen, Flücht- lingsbetriebe	—	—	—	20,0	40,0	50,0
Binnenschifffahrt	—	—	—	—	0,1	0,3
Binnenhäfen	—	—	—	—	0,6	1,7
Privatbahnen	—	—	—	—	—	0,3
Bewag (Berlin)	44,0	44,0	55,0 ²⁾	55,0 ²⁾	55,0	55,0
Besatzungs- wohnungsbau	30,1	31,6	34,0	34,0	34,0	34,0
Finanzierungs- AG. für:						
Südwestdeutsche Eisenbahnen	30,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Energie (Elektrizitäts- wirtschaft)	13,0	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0
Gaswirtschaft	0,2	0,4	1,0	1,0	1,0	1,0
Wasserwirtschaft	0,2	1,2	1,5	1,8	1,9	1,9
Bundeshauptkasse Bonn für:						
Zuschüsse für die Landwirtschaft	—	—	—	—	20,0	20,0
Industriebank AG. Berlin für:						
Verschiedene Zwecke	—	24,4	86,3	106,4	128,1	144,0
Noch nicht in An- spruch genommen	17,5	157,4	168,6	330,3	196,7	419,2

¹⁾ Abweichungen gegenüber früheren Veröffentlichungen durch Abrundungen; ohne 360 Mill. DM, die die Bundesbahn aus GARIOA-Mitteln zur Bezahlung von Waggon-Einführen erhalten hat. — ²⁾ Berichtigung.

Statistischer Teil

Inhalt

I. Zentralbankausweise	
1. Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken	38
2. Ausweis der Bank deutscher Länder	40
3. Zahlungsmittelumlauf	41
4. Monatsausweise der Landeszentralbanken	42
II. Mindestreservenstatistik	
1. Reserver Guthaben der Geldinstitute, aufgegliedert nach Bankengruppen	44
2. Mindestreservesätze	44
*) III. Halbmonatliche Bankenstatistik (480 Kreditinstitute)	
Kreditvolumen und Einlagen	45
*) IV. Monatliche Bankenstatistik (Bilanzstatistik)	
1. Geschäftsbanken	46
a) Zwischenausweise	46
zusammengefaßt nach:	
Bundesgebiet	46
Länder	48
Bankengruppen	56
b) Gliederung der Einlagen von Nichtbanken nach Fristigkeit	60
c) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr	62
2. Postscheckämter und Postsparkasse	63
a) Einlagen und Vermögenswerte	63
b) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr bei den Postsparkassennämtern	63
3. Bausparkassen	64
Einlagen, aufgenommene Gelder und Vermögenswerte	64
V. Kreditvolumen	
1. Kurzfristige Kredite der Geschäftsbanken und des Zentralbanksystems	65
2. Kurz-, mittel- und langfristige Kredite der Geschäftsbanken	66
zusammengefaßt nach:	
a) Bundesgebiet	66
b) Länder	68
c) Bankengruppen	72
3. Mittel- und langfristige Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Finanzierungs-AG.	74
4. Gliederung der Kredite nach Wirtschaftszweigen (Geschäftsbanken, Kreditanstalt für Wiederaufbau und Finanzierungs-AG.)	74
VI. Geldvolumen	
Entwicklung und Struktur des Geldvolumens	75
VII. Sonstige Geld- und Kreditstatistik	
1. Zinskonditionen	76
2. Festverzinsliche Wertpapiere (Durchschnittskurse und Indizes)	80
3. Emissionen von langfristigen Schuldverschreibungen und Aktien	80
4. Wechselproteste	81
VIII. Öffentliche Finanzen	
1. Aufkommen aus Bundes- und Ländersteuern, Monopolabgaben und Zöllen	82
2. Verschuldung von Bund und Ländern	83
IX. Außenhandel	
1. Außenhandel des Vereinigten Wirtschaftsgebiets bzw. Bundesgebiets nach Warengruppen	84
2. Warenhandelsbilanz des Bundesgebiets nach Ländergruppen bzw. Ländern	86
X. Produktion, Beschäftigung, Verkehr und Preise	
1. Index der industriellen Produktion	88
2. Steinkohlenförderung und -ausfuhrüberschuß	89
3. Eisen- und Stahlerzeugung	89
4. Arbeitsmarkt	89
5. Verkehr	90
6. Indexziffer der Grundstoffpreise	91
7. Indexziffer der Lebenshaltungskosten	91
XI. Internationale Übersichten	
1. Wechselkurse in US-Cents	92
2. Großhandelspreisindexziffern wichtiger Länder	94
3. Moody's Index für USA-Rohstoffpreise	94
4. Preise wichtiger Welthandelswaren	95

*) Die bankstatistischen Erhebungen der Bank deutscher Länder sind ab Juni in mancher Hinsicht umgestaltet worden. An die Stelle der früheren wöchentlichen Repräsentativ-Statistik (für die 112 Geldinstitute berichtet hatten) ist eine halbmonatliche Statistik getreten, für die 480 Geldinstitute berichten. Die monatliche Bankenstatistik wurde zu einem Zwischenausweis erweitert. Die Einzelheiten dieser Umgestaltungen können aus Erläuterungen ersehen werden, die den Empfängern der „Monatsberichte“ auf Wunsch von der Bank deutscher Länder zugesandt werden.

1. Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher

in

Stand	Aktiva								
	Guthaben in aus- ländischer Währung ²⁾	Sorten, ausländ. Wechsel und Schecks ²⁾	Forderungen aus der Abwicklung des Auslands- geschäfts	Postscheck- guthaben	Inlands- wechsel	Schatz- wechsel	Deutsche Scheide- münzen	Lombardforderungen	
								insgesamt	darunter gegen Ausgleichs- forderungen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
1949 31. Dezember	833,9	(11,7)	(755,2)	33,4	(3 225,7)	233,7	Infolge des Übergangs der Münzhoheit auf den Bund wurden die im Bestand des Zentralbank- systems be- findlichen Scheidemünzen ab 31. 7. 1950 aktiviert.	357,6	302,3
1950 31. Januar	724,6	(13,1)	(913,3)	32,3	(3 246,3)	235,1		305,3	275,5
28. Februar	642,5	(14,4)	(528,5)	29,1	(3 231,0)	246,6		384,2	354,1
31. März	657,6	(16,0)	(519,5)	28,5	(3 310,0)	228,3		258,8	241,4
30. April	803,4	(17,6)	(482,9)	25,1	(3 171,9)	214,7		254,8	224,9
31. Mai	892,7	(19,6)	(417,6)	30,9	(3 007,5)	198,5		286,4	257,2
Im Juni 1950 wurde das Ausweis-Schema geändert. Die nicht mehr vergleichbaren Zahlenreihen									
30. Juni	1 161,5	55,7	20,9	28,7	2 874,2	218,3	.	431,3	252,5
31. Juli	1 317,8	53,7	19,6	27,8	2 776,1	179,7	21,7	240,9	231,2
31. August	1 321,4	55,1	26,2	19,8	2 590,7	226,7	27,2	261,2	239,0
30. September	1 461,2	58,0	50,3	27,1	3 235,3	297,7	29,7	312,0	287,3
Stand	Passiva								
	Zahlungsmittel- umlauf	Einlagen							
		insgesamt (Spalte 23, 24, 29 und 30)	Kredit- institute (einschl. Postscheck- u. Postspar- kassen- ämter)	von Spalte 22 entfallen					
				insgesamt	öffentlich-rechtlichen Körperschaften				
					Hohe Kommissare und sonstige alliierte Dienststellen	Bund und Länder	Gemeinden und Gemeinde- verbände	sonstige öffentl. Körper- schaften	
insgesamt	25	26	27	28					
21	22	23	24	25	26	27	28		
1949 31. Dezember	(7 737,5)	(2 480,2)	1 268,5	(1 000,5)	(462,2)	(173,0)	11,4	353,9	
1950 31. Januar	(7 609,7)	(2 695,9)	1 013,0	(1 142,5)	(466,1)	(291,1)	12,3	373,0	
28. Februar	(7 689,8)	(2 682,6)	956,9	(1 293,4)	(468,6)	(386,2)	12,0	426,6	
31. März	(7 828,3)	(2 347,0)	866,8	(1 140,8)	(438,3)	(246,9)	14,2	441,4	
30. April	(7 981,1)	(2 575,2)	961,8	(1 199,0)	(447,5)	(343,7)	17,9	389,9	
31. Mai	(7 936,4)	(2 719,1)	1 087,0	(1 169,3)	(445,3)	(220,2)	12,4	491,4	
Im Juni 1950 wurde das Ausweis-Schema geändert. Die nicht mehr vergleichbaren Zahlenreihen									
30. Juni	(8 160,0)	4 248,6	1 014,3	2 854,8	1 194,3	1 294,9	13,7	351,9	
31. Juli	8 100,8	4 076,7	1 036,4	2 502,0	964,9	1 119,7	9,9	407,5	
31. August	8 026,3	4 035,9	1 052,2	2 583,0	1 011,7	1 221,2	10,8	339,3	
30. September	8 213,1	4 072,7	1 055,4	2 380,0	1 036,0	1 000,0	14,2	329,8	
*) Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen. Bank deutscher Länder, Januar 1949. — ²⁾ Unter Kontrolle der Hohen Kommission. — ³⁾ Sowohl Rücklagen als auch Rückstellungen der Bank deutscher Länder in den „Sonstigen Passiven“ enthalten.									

Ausweise

Länder und der Landeszentralbanken *) 1)

Mill. DM

Aktiva										
Vorschüsse und kurzfristige Kredite					Wertpapiere		Be- teiligungen an der BdL	Forderungen gegen die öffentliche Hand		sonstige Ver- mögens- werte
insgesamt	davon an				insgesamt	darunter angekaufte Ausgleichs- forderungen		insgesamt	darunter Ausgleichs- forderungen	
	Bund und Bundes- ver- waltungen	Länder	sonstige öffentliche Stellen	Besatzungs- mächte						
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
148,3	—	86,5	61,5	0,3	228,4	228,1	100,0	8 129,7	7 490,5	230,8
84,9	—	80,5	4,1	0,3	266,4	266,0	100,0	7 995,8	7 356,6	182,5
81,5	—	77,7	3,5	0,3	286,8	285,4	100,0	8 060,8	7 421,6	190,2
129,3	—	101,9	27,1	0,3	325,2	323,5	100,0	7 920,1	7 280,9	206,7
301,8	(274,0)		27,8	—	346,4	344,6	100,0	8 050,4	7 411,2	208,7
738,6	(692,7)		45,9	—	364,3	361,4	100,0	7 978,6	7 339,4	224,1
sind durch () gekennzeichnet. Vgl. Hinweise im Ausweis der Bank deutscher Länder										
841,5	632,2	87,4	121,9	—	745,8	382,2	100,0	8 003,4	7 364,2	279,4
945,7	748,2	81,4	116,1	—	658,3	394,9	100,0	8 137,2	7 498,0	264,9
1 122,5	799,8	115,5	207,2	—	675,9	412,0	100,0	8 139,7	7 500,5	268,4
946,7	597,3	85,8	263,6	—	772,2	430,1	100,0	8 165,4	7 526,2	274,9
Passiva										
Einlagen		Verbindlich- keiten aus der Abwicklung des Auslands- geschäfts	Grundkapital der BdL und der Landes- zentralbanken	Rücklagen und Rückstellungen ³⁾	Schwebende Verrechnungen innerhalb des Zentralbank- systems	sonstige Verbindlich- keiten	Bilanz- summe			
sonstigen inländischen Einleger	aus- ländischen Einleger									
29	30	31	32	33	34	35	36			
204,3	6,9	(2 975,9)	385,0	(35,0)	208,7	(466,1)	14 288,4			
534,8	5,6	(2 861,5)	385,0	(45,3)	89,4	(412,8)	14 099,6			
426,8	5,5	(2 476,5)	385,0	(49,2)	74,9	(437,6)	13 795,6			
334,0	5,4	(2 485,2)	385,0	(51,9)	142,9	(459,7)	13 700,0			
409,9	4,5	(2 510,3)	385,0	(54,7)	—	(471,4)	13 977,7			
458,5	4,3	(2 657,8)	385,0	(64,7)	1,9	(493,9)	14 258,8			
sind durch () gekennzeichnet. Vgl. Hinweise im Ausweis der Bank deutscher Länder										
375,6	3,9	1 231,6	385,0	289,1	86,3	360,1	14 760,7			
534,3	4,0	1 392,3	385,0	312,7	65,1	410,8	14 743,4			
389,8	10,9	1 559,2	385,0	313,8	99,3	415,3	14 834,8			
632,0	5,3	2 247,3	385,0	369,7	47,2	395,5	15 730,5			

— 1) Zur Erklärung der einzelnen Positionen s. den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“ in: Monatsberichte der
lungen der Bank deutscher Länder sind ab 30. 6. 1950 in diese Position einbezogen. Im BdL-Ausweis sind die Rückstellun-

2. Ausweis der Bank deutscher Länder *) 1)

in Mill. DM

Stand	Aktiva												
	Guthaben in ausländischer Währung ²⁾	Sorten, ausländische Wechsel und Schecks ²⁾	Forderungen aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts	Postscheckguthaben ³⁾	Inlandswechsel	Schatzwechsel der Bundesverwaltungen	Deutsche Scheidemünzen	Lombardforderungen	Vorschüsse und kurzfristige Kredite an die öffentl. Hand	Wertpapiere	Forderungen gegen die öffentliche Hand		sonstige Aktiva ³⁾
											Ausgleichsforderungen	unverzinsl. Schuldverschreibungen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
1949													
31. 12. 1949	833,9	(11,7)	755,2	31,7	(2 820,5)	—	Infolge des Übergangs der Münzhoheit auf den Bund wurden die im Bestand	1 463,9	61,0	—	5 236,5	639,2	112,5
1950													
31. 1. 1950	724,6	(13,1)	913,3	30,5	(2 946,6)	3,0		1 491,8	2,5	0,0	5 137,0	639,2	67,4
28. 2.	642,5	(14,4)	528,5	27,8	(2 883,0)	27,1		1 618,1	1,0	0,1	5 198,0	639,2	70,9
31. 3.	657,6	(16,0)	519,5	27,0	(3 139,8)	19,4		1 458,4	24,0	0,2	5 057,2	639,2	75,2
30. 4.	803,4	(17,6)	482,9	23,4	(3 010,9)	34,0		1 152,7	228,7	0,3	5 168,9	639,2	71,8
31. 5.	892,7	(19,6)	417,6	28,9	(2 850,1)	29,8		1 098,6	686,5	0,3	5 165,4	639,2	79,5

Am 7. 6. 1950 wurde das Ausweis-Schema geändert. Nicht mehr vergleichbare Zahlenreihen sind durch () gekennzeichnet.

Stand	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
30. 6.	1 161,5	55,7	20,9	26,2	2 739,1	56,9	31. 7. 50 aktiviert	1 533,0	753,8	360,7	5 137,3	639,2	156,8
31. 7.	1 317,8	53,7	19,6	26,0	2 667,8	0,7	21,7	1 417,2	863,9	260,0	5 272,4	639,2	118,8
31. 8.	1 321,4	55,1	26,2	17,7	2 480,2	40,0	27,2	1 376,6	1 006,8	260,0	5 254,6	639,2	119,6
7. 9.	1 336,0	57,1	25,2	39,4	2 506,9	146,0	27,3	1 351,0	863,1	260,0	5 208,2	639,2	119,6
15. 9.	1 305,1	55,8	42,8	39,3	2 614,5	205,5	28,0	1 207,4	841,4	335,0	5 190,3	639,2	120,8
23. 9.	1 472,8	57,3	52,5	32,3	2 842,3	131,8	30,3	953,6	738,2	335,0	5 204,3	639,2	122,1
30. 9.	1 461,2	58,0	50,3	25,3	3 084,3	162,8	29,7	1 349,4	860,7	335,0	5 215,6	639,2	120,4
7. 10.	1 408,5	56,8	89,8	35,8	3 469,3	238,3	31,0	963,0	806,4	335,0	5 225,1	639,2	123,2

Passiva

Stand	Zahlungsmittel-umlauf ab 31. 7. 1950 nur Banknotenumlauf	Einlagen							Verbindlichkeiten aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts	sonstige Passiva	Grundkapital	gesetzliche und sonstige Rücklagen	Bilanzsumme
		aufgegliedert in Einlagen											
		insgesamt (Spalte 16 bis 21)	der Landes-Zentralbanken	der Dienststellen des Bundes		der Hohen Kommissare ⁵⁾	sonstiger alliierter Dienststellen	sonstige					
				Sonderkonten des Bundes	sonstige Guthaben								
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	
1949													
31. 12. 1949	(7 737,5)	(860,0)	426,3	—	75,3	323,3	—	35,1	(2 975,9)	(292,7)	100,0	—	11 966,1
1950													
31. 1. 1950	(7 609,7)	(1 151,0)	304,4	—	117,0	300,9	—	428,7	(2 861,5)	(246,8)	100,0	—	11 969,0
28. 2.	(7 689,8)	(1 123,3)	320,2	—	212,4	301,0	—	289,7	(2 476,5)	(261,0)	100,0	—	11 650,6
31. 3.	(7 828,3)	(955,9)	308,7	—	150,8	301,1	—	195,3	(2 485,2)	(264,1)	100,0	—	11 633,5
30. 4.	(7 981,1)	(779,5)	100,8	—	120,8	301,1	—	256,8	(2 510,3)	(262,9)	100,0	—	11 633,8
31. 5.	(7 936,4)	(949,4)	193,5	—	170,9	301,3	—	283,7	(2 657,8)	(264,6)	100,0	—	11 908,2

Am 7. 6. 1950 wurde das Ausweis-Schema geändert. Nicht mehr vergleichbare Zahlenreihen sind durch () gekennzeichnet.

Stand	1	2	3	GARIOA/ERP-Gegenwert-mittel (bisher in Spalte 22)	173,6	301,8	JEA, STEG und ERP-Verwaltung (bisher in Spalte 22)	694,8	180,8	zum Teil ab 7. 6. in den Einlagen (vergleiche Spalte 17 und 20)	287,8	100,0	bis zum 31. 5. 50 in den sonstigen Passiven enthalten	12 641,1
30. 6.	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
31. 7.	8 100,8	2 674,3	355,6	951,1	196,1	251,8	566,0	353,7	353,7	1 392,3	341,4	100,0	70,0	12 678,8
31. 8.	8 026,3	2 535,0	313,1	1 002,2	178,0	250,9	588,2	202,6	1 559,2	334,1	100,0	70,0	12 624,6	
7. 9.	7 877,5	2 555,0	289,8	1 038,8	210,0	250,9	581,2	184,3	1 645,0	331,5	100,0	70,0	12 579,0	
15. 9.	7 685,6	2 728,6	303,7	1 185,8	237,3	250,9	582,3	168,6	1 707,3	333,6	100,0	70,0	12 625,1	
23. 9.	7 336,4	2 699,6	419,7	1 110,0	199,3	250,8	585,3	134,5	2 072,3	333,4	100,0	70,0	12 611,7	
30. 9.	8 213,1	2 426,0	186,4	759,3	211,6	250,9	589,8	428,0	2 247,3	335,5	100,0	70,0	13 391,9	
7. 10.	7 970,8	2 634,3	340,6	821,7	236,8	250,9	594,0	390,3	2 309,3	337,0	100,0	70,0	13 421,4	

*) Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen. — 1) Zur Erklärung der einzelnen Positionen s. den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“, in: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Januar 1949. — 2) Unter Kontrolle der Hohen Kommission. — 3) Die Postscheckguthaben, die bis zum 31. 5. 1950 unter „Sonstige Aktiva“ erfaßt waren, wurden rückwirkend ausgegliedert. — 4) Ohne DM 400,1 Mill. ERP-Vorlagen, die am 7. 6. 1950 auf die Kassenvorschüsse des Bundes (Spalte 9) übertragen, dann jedoch durch eine Wertpapierübernahme abgelöst wurden. — 5) Bis zum 31. 5. 1950 „Einlagen der Besatzungsmächte“.

3. Zahlungsmittelumlauf

in Mill. DM

I. Zentralbank-
Ausweise

Stand	im Bundesgebiet ausgegebene Zahlungsmittel	im Bundesgebiet und in Berlin ausgegebene Zahlungsmittel	
1949			
7. 9.	6 844	7 279	
15. 9.	6 740	7 177	
23. 9.	6 541	6 967	
30. 9.	7 029	7 453	
7. 10.	7 002	7 417	
15. 10.	6 794	7 198	
23. 10.	6 524	6 947	
31. 10.	7 060	7 477	
7. 11.	6 966	7 405	
15. 11.	6 731	7 159	
23. 11.	6 386	6 801	
30. 11.	6 978	7 386	
7. 12.	7 018	7 423	
15. 12.	6 943	7 363	
21. 12.	6 852	7 266	
31. 12.	7 330	7 738	
1950			
7. 1.	7 169	7 570	
15. 1.	6 972	7 365	
23. 1.	6 643	7 038	
31. 1.	7 199	7 609	
7. 2.	7 066	7 472	
15. 2.	6 860	7 260	
23. 2.	6 684	7 080	
28. 2.	7 290	7 690	
7. 3.	7 210	7 607	
15. 3.	7 012	7 405	
23. 3.	6 727	7 116	
31. 3.	7 420	7 828	
7. 4.	7 429	7 834	
15. 4.	7 043	7 445	
23. 4.	6 761	7 158	
30. 4.	7 560	7 981	
7. 5.	7 399	7 817	
15. 5.	7 141	7 544	
23. 5.	6 802	7 206	
31. 5.	7 509	7 937	
7. 6.	7 342	7 767	
15. 6.	7 168	7 575	
23. 6.	6 940	7 338	
30. 6.	7 728	8 160	
7. 7.	7 620	8 049	
15. 7.	7 418	7 844	
23. 7.	7 107	7 518	
	Banknoten und Kleingeld- zeichen	Scheide- münzen des Bundes	
31. 7.	7 681	137	8 238
7. 8.	7 433	139	7 992
15. 8.	7 174	140	7 721
23. 8.	6 797	139	7 346
31. 8.	7 603	140	8 166
7. 9.	7 465	141	8 018
15. 9.	7 279	142	7 827
23. 9.	6 938	141	7 478
30. 9.	7 781	143	8 356
7. 10.	7 559	143	8 114

	Baden	Bayern	Bremen	Hamburg	Hessen
Aktiva:					
Guthaben bei der BdL	8,4	24,6	11,2	18,3	7,7
Postscheckguthaben	0,0	1,3	0,0	0,1	0,0
Wechsel und Schecks	1,0	6,2	50,0	0,3	18,1
Schatzwechsel und kurzfristige Schatzanweisungen	5,1	52,2	—	25,0	5,5
Wertpapiere	0,6	0,9	—	—	—
Ausgleichsforderungen	92,0	528,2	46,6	206,3	260,6
davon: aus der eigenen Umstellung	(80,1)	(407,4)	(40,8)	(181,4)	(228,5)
angekaufte	(11,9)	(120,8)	(5,8)	(24,9)	(32,1)
Lombardforderungen	4,8	30,2	0,4	8,1	71,4
darunter gegen Ausgleichsforderungen	(4,8)	(29,5)	(0,4)	(5,5)	(54,9)
Kassenkredite	4,4	34,6	—	—	15,4
davon: an Landesregierung	(4,4)	(34,6)	(—)	(—)	(15,4)
sonstige öffentliche Stellen	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
Beteiligung an der BdL	2,5	17,5	3,0	8,0	8,5
Sonstige Vermögenswerte	2,8	13,0	5,4	4,8	32,5
Interimsforderungen aus der Neuordnung des Geldwesens	—	—	—	—	—
Summe der Aktiva	121,6	708,7	116,6	270,9	419,7
Passiva:					
Grundkapital	10,0	50,0	10,0	10,0	30,0
Rücklagen und Rückstellungen	5,3	31,1	0,1	6,8	12,8
Einlagen	68,3	205,4	95,5	152,0	220,3
davon: Kreditinstitute innerhalb des Landes					
(einschl. Postscheck- u. Postsparkassenämter)	(31,5)	(149,5)	(34,2)	(87,9)	(107,3)
Kreditinstitute in anderen deutschen Ländern	(0,3)	(0,9)	(1,0)	(4,2)	(2,5)
öffentliche Verwaltungen	(3,7)	(32,6)	(39,3)	(26,0)	(14,3)
Dienststellen der Besatzungsmächte	(25,0)	(3,3)	(2,1)	(19,9)	(83,5)
sonstige inländische Einleger	(5,9)	(9,6)	(18,8)	(12,1)	(16,8)
ausländische Einleger	(0,2)	(0,0)	(—)	(1,9)	(2,0)
zwischen den Niederlassungen der LZB unter-					
wegs befindliche Giroübertragungen	(1,7)	(9,5)	(0,1)	(—)	(/ 6,1)
Lombardverpflichtungen gegenüber der BdL	33,4	403,3	—	73,8	132,9
Sonstige Verbindlichkeiten	4,6	18,9	11,0	28,3	23,7
Interimsverbindlichkeiten aus der Neuordnung des Geldwesens	—	—	—	—	—
Summe der Passiva	121,6	708,7	116,6	270,9	419,7
Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	67,2	657,5	89,7	584,0	235,0
darunter Auslandswechsel	(0,6)	(4,1)	(0,5)	(1,3)	(1,5)
†) Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen.					

nach dem Stand vom 30. September 1950 *)

I. Zentralbank-
Ausweise

Mill. DM

Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Schleswig- Holstein	Württem- berg- Baden	Württemberg- Hohenzollern	Insgesamt		
						30. September	31. August	31. Juli
16,3	6,9	15,7	6,1	23,0	5,2	143,4	220,7	299,3
0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1	1,6	2,0	1,8
6,6	39,8	5,9	0,1	20,0	3,0	151,0	110,4	108,4
11,8	14,7	7,6	11,3	—	1,7	134,9	186,8	179,1
1,9	—	0,7	—	2,7	0,4	7,2	3,9	3,4
348,8	594,6	125,7	167,5	306,6	63,7	2 740,6	2 657,9	2 620,5
(305,3)	(530,8)	(95,3)	(125,5)	(254,9)	(60,6)	(2 310,6)	(2 245,9)	(2 225,6)
(43,5)	(63,8)	(30,4)	(42,0)	(51,7)	(3,1)	(430,0)	(412,0)	(394,9)
38,2	42,8	42,6	12,5	31,0	10,1	292,1	261,3	240,8
(37,1)	(42,6)	(40,8)	(12,2)	(29,5)	(9,9)	(267,2)	(239,0)	(231,2)
3,3	—	16,7	9,6	0,1	1,9	86,0	115,8	81,8
(3,3)	(—)	(16,6)	(9,6)	(—)	(1,9)	(85,8)	(115,5)	(81,4)
(—)	(—)	(0,1)	(—)	(0,1)	(—)	(0,2)	(0,3)	(0,4)
11,5	28,0	5,5	4,5	9,0	2,0	100,0	100,0	100,0
17,3	48,5	7,0	13,1	8,1	2,0	154,5	148,8	146,2
—	—	0,0	—	—	—	0,0	0,0	0,0
455,7	775,3	227,5	224,7	400,5	90,1	3 811,3	3 807,6	3 781,3
40,0	65,0	20,0	10,0	30,0	10,0	285,0	285,0	285,0
17,2	33,0	5,6	14,3	17,0	3,0	146,2	90,2	89,2
131,4	556,9	130,7	50,6	187,1	39,0	1 837,2	1 821,0	1 767,1
(96,7)	(308,4)	(40,9)	(27,7)	(115,8)	(30,9)	(1 030,8)	(1 029,7)	(997,4)
(1,6)	(0,1)	(0,5)	(3,2)	(1,6)	(0,4)	(16,3)	(17,2)	(16,1)
(21,5)	(140,6)	(29,9)	(15,8)	(45,0)	(4,3)	(373,0)	(391,2)	(389,9)
(1,1)	(11,0)	(47,4)	(0,1)	(0,9)	(1,0)	(195,3)	(172,5)	(147,0)
(14,5)	(101,3)	(10,7)	(3,2)	(18,6)	(0,9)	(212,4)	(192,7)	(203,5)
(0,0)	(0,1)	(1,1)	(0,0)	(0,0)	(0,0)	(5,3)	(10,8)	(4,1)
(/. 4,0)	(/. 4,6)	(0,2)	(0,6)	(5,2)	(1,5)	(4,1)	(6,9)	(9,1)
242,9	67,6	57,2	131,8	153,9	32,6	1 329,4	1 376,7	1 417,1
24,2	52,8	14,0	18,0	12,5	5,5	213,5	234,7	222,9
—	—	—	—	—	—	—	—	—
455,7	775,3	227,5	224,7	400,5	90,1	3 811,3	3 807,6	3 781,3
265,6	548,0	171,0	185,3	314,4	66,6	3 184,3	2 599,5	2 747,8
(1,2)	(8,1)	(1,5)	(0,1)	(3,3)	(0,4)	(22,6)	(22,6)	(22,6)

II. Mindestreservenstatistik

1. Reserveguthaben der Geldinstitute des Bundesgebietes, aufgliedert nach Bankengruppen *)

Monatliche Reserve-Meldungen der Geldinstitute an die Landeszentralbanken

Bankengruppen	1950					1950				
	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Mai	Juni	Juli	August	Sept.
	Gesetzliche Mindestreserven (Reserve-Soll) in Mill. DM					Überschußreserven (Reservefehlbeträge —) in Mill. DM				
1. Kreditbanken	399,8	414,1	429,0	464,4	478,1	23,2	20,9	27,0	18,7	27,3
a) Nachfolgeinstitute ehem. Großbankfilialen	(243,8)	(253,6)	(262,8)	(285,6)	(295,8)	(6,1)	(9,4)	(12,4)	(7,6)	(12,8)
b) Regionalbanken	(124,5)	(127,6)	(130,9)	(139,7)	(141,8)	(13,7)	(7,2)	(9,4)	(6,7)	(10,3)
c) Privatbanken	(31,5)	(32,9)	(35,3)	(39,1)	(40,5)	(3,4)	(4,3)	(5,2)	(4,4)	(4,2)
2. Girozentralen	84,5	83,7	76,2	72,5	73,8	40,3	23,9	37,2	21,7	16,7
3. Sparkassen	334,5	343,1	346,9	355,7	360,9	11,3	11,2	12,0	10,3	10,4
4. Hypothekenbanken	1,9	1,3	1,3	1,0	1,1	1,1	1,4	0,9	0,9	1,2
5. Ländl. Zentralkassen und ländliche Kredit- genossenschaften	69,9	70,8	73,3	73,5	73,2	1,3	2,0	1,9	2,0	1,7
6. Gewerbl. Zentralkassen	1,3	1,3	1,4	1,5	1,4	0,4	0,5	0,5	0,3	0,4
7. Gewerbl. Kredit- genossenschaften	58,7	60,2	61,4	63,8	65,1	2,3	2,2	3,3	2,5	1,9
8. Sonstige Geldinstitute	81,5	80,9	84,1	85,8	87,1	4,1	3,5	4,0	4,0	2,9
Bankengruppen insgesamt	1 032,1	1 055,4	1 073,6	1 118,2	1 140,7	84,0	65,6	86,8	60,4	62,5
	Anteil der Überschußreserven in v. H. der gesetzlichen Mindestreserven (Reserve-Soll)					in v. H. der Gesamtsumme der Über- schußreserven aller Bankengruppen				
1. Kreditbanken	5,8	5,0	6,3	4,0	5,7	27,6	31,9	31,1	31,0	43,7
a) Nachfolgeinstitute ehem. Großbankfilialen	(2,5)	(3,7)	(4,7)	(2,7)	(4,3)	(7,3)	(14,3)	(14,3)	(12,6)	(20,5)
b) Regionalbanken	(11,0)	(5,6)	(7,2)	(4,8)	(7,3)	(16,3)	(11,0)	(10,8)	(11,1)	(16,5)
c) Privatbanken	(10,8)	(13,1)	(14,7)	(11,3)	(10,4)	(4,0)	(6,6)	(6,0)	(7,3)	(6,7)
2. Girozentralen	47,7	28,6	48,8	29,9	22,6	48,0	36,4	42,9	35,9	26,7
3. Sparkassen	3,4	3,3	3,5	2,9	2,9	13,5	17,1	13,8	17,1	16,6
4. Hypothekenbanken	57,9	107,7	69,2	90,0	109,1	1,3	2,1	1,0	1,5	1,9
5. Ländl. Zentralkassen und ländliche Kredit- genossenschaften	1,9	2,8	2,6	2,7	2,3	1,5	3,0	2,2	3,3	2,7
6. Gewerbl. Zentralkassen	30,8	38,5	35,7	20,0	28,6	0,5	0,8	0,6	0,5	0,7
7. Gewerbl. Kredit- genossenschaften	3,9	3,7	5,4	3,9	2,9	2,7	3,4	3,8	4,1	3,1
8. Sonstige Geldinstitute	5,0	4,3	4,8	4,7	3,3	4,9	5,3	4,6	6,6	4,6
Bankengruppen insgesamt	8,1	6,2	8,1	5,4	5,5	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

*) Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen.

2. Mindestreservesätze

in vH der reservspflichtigen Einlagen¹⁾

Gültig ab:	Sichteinlagen		Befristete Einlage	Spar- einlagen
	an Bank- plätzen ²⁾	an Nichtbank- plätzen		
1948 1. Juli	10	10	5	5
1. Dezember	15	10	5	5
1949 1. Juni	12	9	5	5
1. September	10	8	4	4
1950 1. Oktober	15	12	8	4

¹⁾ Reservspflichtig sind alle Einlagen auf Freikonto, Festkonto und Anlagekonto. Abgesetzt werden die Einlagen solcher Geldinstitute, die ihrerseits zum Halten von Mindestreserven bei Landeszentralbanken oder bei der Berliner Zentralbank verpflichtet sind. Als befristete Einlagen gelten: alle Einlagen mit fester Laufzeit oder Kündigungsfrist von mindestens einem Monat und die Guthaben auf Anlagekonto. Spareinlagen sind die in § 22 ff. KWG behandelten Konten. Als Sichteinlagen gelten alle übrigen Einlagen.

²⁾ Bankplätze sind Orte mit Landeszentralbank-Niederlassungen.

III. Halbmonatliche Bankenstatistik (480 Kreditinstitute)

Kreditvolumen und Einlagen *)

Repräsentativerhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei 480 Kreditinstituten des Bundesgebiets
in Mill. DM

a) Kreditvolumen (nur kurzfristige Kredite)

Stand	Kurzfristige Kredite an Nichtbanken												kurzfristige Kredite an Kreditinstitute insgesamt
	insgesamt	davon			Spalte 1 gliedert sich in kurzfristige Kredite an								
		Debitoren mit Laufzeit bis weniger als 6 Monate		Wechselobligo d. Kundenschaft, Schatzwechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen	Wirtschaftsunternehmen und Private	davon			öffentl. rechtl. Körperschaften	davon		Schatzwechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen, sonstige Wechsel	
		insgesamt	darunter Akzeptkredite			Debitoren mit Laufzeit bis weniger als 6 Monate		Wechselobligo der Kundenschaft		Debitoren mit Laufzeit bis weniger als 6 Monate			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
1950													
31. 5.	7 703,9	4 943,3	1 587,3	2 760,6	7 173,8	4 773,4	1 583,7	2 400,4	530,1	169,9	3,6	360,2	1 610,3
30. 6.	7 836,8	5 018,5	1 538,6	2 818,3	7 277,3	4 844,7	1 538,5	2 432,6	559,5	173,8	0,1	385,7	1 586,1
15. 7.	7 931,3	5 065,2	1 536,5	2 866,1	7 358,6	4 902,1	1 536,4	2 456,5	572,7	163,1	0,1	409,6	1 594,8
31. 7.	7 942,0	5 062,8	1 526,9	2 879,2	7 413,8	4 888,0	1 526,7	2 525,8	528,2	174,8	0,2	353,4	1 614,1
15. 8.	7 911,4	5 058,9	1 499,1	2 852,5	7 415,5	4 905,7	1 498,9	2 509,8	495,9	153,2	0,2	342,7	1 607,2
31. 8.	8 100,5	5 220,2	1 551,0	2 880,3	7 601,4	5 023,4	1 550,9	2 578,0	499,1	196,8	0,1	302,3	1 607,5
15. 9.	8 299,5	5 455,3	1 597,5	2 844,2	7 842,8	5 266,6	1 597,3	2 576,2	456,7	188,7	0,2	268,0	1 669,1
30. 9.	8 578,7	5 632,7	1 745,0	2 946,0	8 107,9	5 433,0	1 744,9	2 674,9	470,8	199,7	0,1	271,1	1 699,7

b) Einlagen

Stand	Nichtbanken insgesamt	davon sind			Einlagen von Kreditinstituten insgesamt
		Sicht- u. Termineinlagen		Spar-einlagen	
		Wirtschaftsunternehmen und Private	öffentl. rechtl. Körperschaften		
1	2	3	4	5	
1950					
31. 5.	9 591,5	5 335,6	2 437,1	1 818,8	1 388,5
30. 6.	9 620,0	5 514,3	2 219,8	1 885,9	1 487,9
15. 7.	9 954,7	5 763,2	2 291,8	1 899,7	1 436,4
31. 7.	9 985,9	5 919,7	2 167,7	1 898,5	1 418,7
15. 8.	10 391,4	6 239,3	2 246,1	1 906,0	1 450,8
31. 8.	10 469,7	6 423,5	2 136,9	1 909,3	1 441,9
15. 9.	10 613,7	6 385,1	2 311,5	1 917,1	1 373,0
30. 9.	10 626,5	6 432,7	2 262,6	1 931,2	1 350,4

*) Veränderungen gegenüber bereits bekanntgegebenen Zahlen sind auf nachträgliche Korrekturmeldungen zurückzuführen.

IV. Monatliche Bankenstatistik

1. Geschäfts-

a) Zwischenausweis:

Monatliche Bankenstatistik*¹⁾2); Gesamterhebung³⁾ der Bank deutscher Länder

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ⁴⁾	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheck-guthaben	Guthaben bei Kreditinstituten ⁶⁾		Währungs- und DM-Guthaben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividenden-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel		Schatzwechsel und unverzinsliche Schatz-anweis. des Bundes und der Länder ⁸⁾	Wert- und Kon-beteili- insgesamt
			ins-gesamt ⁵⁾	darunter Giro-gut-haben bei der LZB		ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				darunter			
											ins-gesamt	Hand- wch- sel ⁷⁾		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1949														
Jan.	3 556	.	1 488,0	1 232,8	56,1	1 200,1	(1 200,1)	.	.	.	1 257,7	1 139,8	63,0	13,4
März	3 554	.	1 511,7	1 264,8	52,2	1 342,1	(1 342,1)	.	.	.	1 415,0	1 277,8	86,2	20,4
Juni	3 549	.	1 348,3	1 093,0	53,3	1 628,7	(1 577,6)	.	.	.	1 868,3	1 609,3	162,2	62,9
Sept.	3 554	.	1 034,8	779,7	44,7	1 707,6	(1 631,8)	259,7	.	.	1 909,8	1 614,7	188,8	117,7
Okt.	3 555	.	1 129,1	848,8	47,1	1 504,5	(1 426,7)	410,7	.	.	1 674,3	1 395,4	179,2	128,6
Nov.	3 555	.	1 115,9	819,1	46,5	1 547,2	(1 354,7)	505,5	.	.	1 538,8	1 297,9	147,7	186,6
Dez.	3 555	.	1 388,2	1 128,8	80,6	1 557,8	(1 412,8)	440,7	.	.	1 672,8	1 418,9	154,2	169,2
1950														
Jan.	3 561	.	1 099,9	814,0	47,6	1 544,3	(1 367,2)	328,6	.	.	1 662,1	1 403,0	164,4	176,7
Febr.	3 562	.	1 035,6	757,2	45,1	1 628,0	(1 414,1)	204,3	.	.	1 726,3	1 463,4	166,3	185,5
März	3 566	.	936,3	676,8	46,7	1 709,7	(1 480,6)	119,5	.	.	1 818,0	1 548,8	162,5	280,3
April	3 567	.	1 012,7	744,7	47,6	1 846,5	(1 643,2)	102,4	.	.	1 928,2	1 680,7	137,8	334,7
Mai	3 567	.	1 220,7	893,9	58,9	2 076,3	(1 858,0)	88,5	.	.	2 089,3	1 814,9	161,5	363,1
Juni	3 571	25 202,3	1 093,2	818,3	50,1	1 983,4	1 611,6	69,8	1,7	161,1	2 175,9	1 886,4	171,1	399,1
Juli	3 572	25 937,1	1 175,9	866,1	47,7	1 950,5	1 568,1	101,4	1,0	150,0	2 391,2	2 071,1	197,7	366,0
Aug.	3 573	27 126,0	1 215,3	894,5	49,5	2 117,3	1 730,9	176,4	0,6	155,9	2 531,9	2 216,4	189,5	315,2

Passiva

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ⁴⁾	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto)								aufgenommene Gelder ¹⁶⁾			
			mit Einlagen von Kreditinstituten	ohne Einlagen von Kreditinstituten	die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:					Einlagen von Kreditinstituten	Einlagen auf Fest-konto	ins-gesamt	darunter	
					Sicht- und Termin-einlagen	Wirtschafts- unternehmen und Private		öffentlich- rechtliche Körperschaften	Spar- einlagen				für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereinge-nommene Gelder	seitens der Kundschaft bei aus-ländischen Banken benutzte Kredite ¹⁷⁾
						insgesamt	darunter Anlage-konto							
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	
1949														
Jan.	3 556	.	10 235,6	9 104,4	7 381,5	5 270,8	329,9	2 110,7	1 722,9	1 131,2	298,5	642,9	.	.
März	3 554	.	11 317,7	10 046,6	8 008,5	5 750,0	376,9	2 258,5	2 038,1	1 271,1	146,0	674,1	.	.
Juni	3 549	.	12 819,8	11 222,3	8 829,6	6 389,2	383,5	2 440,4	2 392,7	1 597,5	46,3	796,6	(46,2)	.
Sept.	3 554	.	13 529,4	11 988,4	9 328,2	6 794,0	343,0	2 534,2	2 660,2	1 541,0	24,6	1 153,1	(52,3)	.
Okt.	3 555	.	13 747,2	12 422,9	9 693,9	7 135,8	335,6	2 558,1	2 729,0	1 324,3	20,4	1 290,2	(70,1)	.
Nov.	3 555	.	13 797,4	12 541,4	9 733,6	7 061,1	327,9	2 672,5	2 807,8	1 256,0	17,5	1 555,8	(77,6)	.
Dez.	3 555	.	14 106,1	12 752,3	9 786,1	7 105,8	318,9	2 680,3	2 966,2	1 353,8	14,6	1 462,4	(77,6)	.
1950														
Jan.	3 561	.	13 932,4	12 668,9	9 532,0	6 794,2	316,8	2 737,8	3 136,9	1 263,5	13,8	1 535,5	(90,8)	.
Febr.	3 562	.	14 176,5	12 848,4	9 581,4	6 750,4	314,1	2 831,0	3 267,0	1 328,1	11,2	1 619,7	(94,0)	.
März	3 566	.	14 493,8	13 095,0	9 712,2	6 919,5	312,0	2 792,7	3 382,8	1 398,8	10,2	1 495,7	(102,6)	.
April	3 567	.	15 023,5	13 560,0	10 068,7	7 212,4	310,4	2 856,3	3 491,3	1 463,5	9,3	1 515,5	(109,7)	.
Mai	3 567	.	15 707,5	14 151,6	10 572,8	7 538,8	308,8	3 034,0	3 578,8	1 555,9	9,1	1 657,6	(116,2)	.
Juni	3 571	25 202,3	16 015,5	14 306,1	10 611,0	7 830,6	291,7	2 780,4	3 695,1	1 709,4	22)	1 752,7	276,2	9,3
Juli	3 572	25 937,1	16 398,5	14 798,4	11 076,7	8 388,1	.	2 688,6	3 721,7	1 600,1	.	1 657,8	243,6	9,3
Aug.	3 573	27 126,0	17 164,0	15 519,9	11 783,4	9 068,3	.	2 715,1	3 736,5	1 644,1	.	1 732,0	240,2	8,1

*¹⁾ Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, — ²⁾ Nicht mehr ohne weiteres vergleichbare Zahlen sind durch () gekennzeichnet. — ³⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag schließlich selbstständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe Über-Die bis Mai 1950 getrennt erfaßten Filialen sind bei der rückwirkenden Bereinigung der Zahlenreihen ebenfalls nur als ein Institut eingesetzt, so daß nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — ⁴⁾ Kasse und Landeszentralbankguthaben. — ⁵⁾ Einschließlich mittel-Mai 1949 sind nur Schatzwechsel erfaßt. — ⁶⁾ Abzüglich verkaufter Ausgleichsforderungen. — ⁷⁾ Bis Mai 1950 einschließlich enthalten die Debitoren RM-Zeit mit enthalten, Stand August 1949: 267 Mill. DM. — ⁸⁾ Einschließlich Kapitalerwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien walteten Umstellungsgrundschulden bedingt. — ⁹⁾ Die Zunahme ist zum Teil auf den Neuzugang einiger Institute zurückzuführen. — ¹⁰⁾ Ein effektiver konnte Institute im Juni 1950 erstmalig Ausgleichsforderungen ausgewiesen. — ¹¹⁾ Ab August 1949 sind die Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit ein-anstalten in Höhe von rd. 100 Mill. DM, Stand Juni 1950. — ¹²⁾ Es handelt sich um Institute, die nach der Währungsreform gegründet wurden, wie z. B. posten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ¹³⁾ Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ enthaltene, noch nicht weitergeleitete zweck-mit enthalten.

(Bilanzstatistik)

Banken

Bundesgebiet

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Aktiva

papiere sortial- lungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ¹⁰⁾			langfristige Ausleihungen		durch- lau- fende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Gebäude	son- stige Aktiva ¹²⁾	Stand am Mo- nats- ende		
		gegen- wärtiger Be- stand ⁹⁾	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung	ins- gesamt ¹¹⁾	davon		ins- gesamt	darunter							
					Wirt- schafts- unter- neh- men und Private	öffent- lich- recht- liche Kör- per- schaf- ten		Kredit- insti- tute						gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
			4 318,0	(3 914,2)	(3 312,5)	(157,7)	(444,0)								1949
			4 501,0	(4 554,9)	(3 906,9)	(166,7)	(481,3)								Jan.
		4 920,7		(4 855,1)	(4 135,2)	(170,9)	(549,0)	(800,4)	685,8	114,6	454,8				März
		4 999,8		(6 387,7)	(5 606,4)	(199,7)	(581,6)	(962,6)	820,1	142,5	284,6 ¹³⁾				Juni
		5 172,8		(7 232,1)	(6 314,5)	(212,5)	(705,1)	(1 039,2)	889,6	149,6	343,6				Sept.
		5 221,4		(7 837,8)	(6 749,0)	(315,4)	(773,4)	(1 120,3)	956,9	163,4	382,0				Okt.
		5 138,6		(7 859,5)	(6 658,7)	(489,9)	(710,9)	(1 270,3)	1 074,5	195,8	434,3				Nov.
															Dez.
															1950
		5 230,3 ¹⁴⁾		(8 234,0)	(7 130,4)	(339,2)	(764,4)	(1 442,1)	1 212,3	229,8	480,9				Jan.
		5 253,3		(8 589,8)	(7 366,5)	(420,6)	(802,7)	(1 549,0)	1 277,3	271,7	514,8				Febr.
		5 204,9		(8 818,6)	(7 482,8)	(531,9)	(803,9)	(1 703,5)	1 369,6	333,9	561,5				März
		5 242,7		(8 894,2)	(7 606,5)	(476,2)	(811,5)	(1 834,3)	1 466,5	367,8	596,5				April
		5 266,0		(8 993,0)	(7 649,9)	(475,8)	(867,3)	(2 004,0)	1 596,9	407,1	607,5				Mai
44,8	25,8	5 273,5 ¹⁵⁾	5 603,8	8 789,7	7 693,7	395,9	700,1	2 861,2	1 723,9	452,9	621,0	77,2	376,9	964,2	Juni
46,7	30,8	5 302,6	5 640,8	8 919,6	7 831,1	379,2	709,3	3 135,6	1 860,3	495,9	670,4	79,1	387,9	939,5	Juli
62,2	40,5	5 322,6	5 685,0	9 169,9	8 075,0	374,9	720,0	3 493,5	2 030,4	548,1	745,0	80,2	394,5	999,3	Aug.

Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuld- verschrei- bungen	aufge- nommene lang- fristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durch- laufende Kredite (nur Treuh- hand- geschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ²⁰⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 43, 47, 48, z. T. Sp. 33) ²¹⁾ (ohne Zahlen d. ländl. Kreditgenoss.)				Verbind- lichkeiten aus Bürg- schaften u. a.	eigene Zie- hungen im Umlauf	Indossa- ments- verbind- lichkeiten	Stand am Mo- nats- ende	
				insgesamt	darunter			Kredit- anstalt für Wieder- aufbau	Kredit- institute (ohne Sp. 53)	öffent- liche Stellen	sonstige					
					Neu- bildung seit dem 21. 6. 1948 ¹⁸⁾	Eigenkap. von neuge- grün- deten Instituten ¹⁹⁾										
45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59		
517,3																1949
641,3																Jan.
661,8	726,4	200,9	483,3	313,2								403,4	54,9	1 138,7	März	
1 191,1	807,0	371,1	302,3 ¹³⁾	676,4	145,0	140,7						854,1	71,1	1 518,3	Juni	
1 498,4	826,7	427,9	356,4	737,8	229,8	141,2						1 114,1	85,2	1 832,1	Sept.	
1 783,0	839,1	478,5	418,5	758,5	220,7	141,2						1 121,1	101,2	1 952,9	Okt.	
1 850,6	901,4	526,0	467,9	774,6	236,6	147,9						1 120,8	112,7	2 197,9	Nov.	
															Dez.	
															1950	
1 802,2	1 067,3 ¹⁴⁾	625,5	511,9	806,7	237,0	151,4						1 285,3	118,2	2 372,5	Jan.	
1 733,4	1 100,1	714,0	547,6	811,6	238,4	151,8						1 481,4	127,0	2 434,4	Febr.	
1 729,3	1 137,5	919,1	598,2	878,0	299,1	153,3						884,3	141,6	2 473,4	März	
1 598,3	1 159,7	1 036,1	576,2	954,0	369,8	153,3						848,5	148,4	2 393,4	April	
1 509,3	1 188,5	1 172,9	608,2	965,5	369,1	153,3						816,3	149,5	2 348,2	Mai	
1 450,0	1 195,9	1 440,4	621,0	1 047,0	404,3	164,9	1 679,8	679,2	545,3	1 034,0	158,8	907,6	136,0	2 317,9	Juni	
1 448,4	1 225,7	1 632,9	670,4	1 067,2	406,3	165,1	1 836,2	779,8	625,1	1 024,4	160,1	949,1	142,2	2 244,0	Juli	
1 368,0	1 290,0	1 848,4	745,0	1 090,7	414,4	165,1	1 887,9	916,8	675,1	1 122,1	173,2	1 103,2	136,0	2 136,2	Aug.	

führen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — 1) Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr erfasst. Die vorliegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — 4) Ein-regionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. sich kleine Abweichungen von der früher veröffentlichten Spalte „Zahl der berichtenden Institute“ ergeben. — Veränderungen entstehen durch Abgang und langfristiger Guthaben. — 7) Bis einschließlich Mai 1949 sind noch geringfügige Beträge an sonstigen Wechseln enthalten. — 8) Bis einschließlich auch langfristige Ausleihungen; ab Juni 1950 nur kurz- und mittelfristige (bis zu 4 Jahren). — 11) Ab August 1949 sind die Valutaforderungen aus der usw., Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — 13) Abnahme durch Ausbuchung der für Rechnung der Länder ver-Rückgang in Höhe von 18,5 Mill. DM wurde überdeckt durch einen statistischen Zugang um rd. 20 Mill. DM; z. B. haben einige als verlagert aner-bezogen. — 17) Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — 18) In der Neubildung enthaltene Kapitalbeteiligung eines Landes an zwei Landeskredit-die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — 20) Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen“ und Bilanzausgleichs-gebundene Mittel. — 22) Ab Juni 1950 sind die Einlagen auf Festkonto je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40

Monatliche Bankenstatistik*) 1) 2); Gesamterhebung³⁾ der Bank deutscher Länder

Aktiva

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ⁴⁾	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheck-guthaben	Guthaben bei Kreditinstituten ⁶⁾		Währungs- und DM-Guthaben bei der BdL für gestellte Aktive	fällige Zins- und Dividenden-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel		Schatz-wechsel und unverzinsliche Schatz-anweis. des Bundes und der Länder	Wert- und Kon-beteili- insgesamt	
			ins-gesamt ⁵⁾	darunter Giro-gut-haben bei der LZB		ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				ins-gesamt	darunter			Handels-wechsel
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
1950 Bundesgebiet															
April	3 567	.	1 012,7	744,7	47,6	1 846,5	(1 643,2)	102,4	.	.	1 928,2	1 680,7	137,8	334,7	.
Mai	3 567	.	1 220,7	893,9	58,9	2 076,3	(1 858,0)	88,5	.	.	2 089,3	1 814,9	161,5	363,1	.
Juni	3 571	25 202,3	1 093,2	818,3	50,1	1 983,4	1 611,6	69,8	1,7	161,1	2 175,9	1 886,4	171,1	399,1	278,5
Juli	3 572	25 937,1	1 175,9	866,1	47,7	1 950,5	1 568,1	101,4	1,0	150,0	2 391,2	2 071,1	197,7	366,0	287,9
Aug.	3 573	27 126,0	1 215,3	894,5	49,5	2 117,3	1 730,9	176,4	0,6	155,9	2 531,9	2 216,4	189,5	315,2	318,4
Baden															
April	170	.	34,0	27,4	1,8	65,6	(38,2)	2,1	.	.	24,5	19,0	1,1	6,3	.
Mai	170	.	37,6	29,0	1,9	74,7	(39,3)	1,7	.	.	25,0	20,1	0,5	7,7	.
Juni	170	614,9	36,7	29,6	1,9	37,8	36,4	1,6	0,0	2,4	26,4	20,8	0,8	7,0	6,2
Juli	170	641,4	42,4	34,7	1,5	38,7	37,6	1,8	0,0	1,9	30,2	25,0	1,0	7,3	6,7
Aug.	170	643,7	45,4	37,0	1,6	37,5	35,6	2,5	—	1,8	33,0	28,6	0,7	11,3	6,7
Bayern															
April	577	.	174,1	124,2	8,3	172,1	(162,6)	15,9	.	.	169,4	133,7	6,5	0,0	.
Mai	577	.	180,0	116,0	9,6	206,2	(197,5)	9,4	.	.	202,4	161,4	11,3	—	.
Juni	578	4 068,4	173,4	121,0	7,2	214,8	163,7	8,4	0,5	22,9	206,5	154,2	18,2	—	46,1
Juli	578	4 130,2	179,1	121,7	7,0	192,8	139,6	6,1	0,4	22,7	214,6	160,6	17,6	—	49,1
Aug.	578	4 322,9	195,0	128,5	8,4	217,1	159,5	16,1	0,3	23,8	225,0	170,3	20,5	4,0	53,8
Bremen															
April	29	.	36,9	31,1	1,0	52,0	(40,2)	8,0	.	.	42,8	39,5	3,1	3,9	.
Mai	29	.	47,6	39,8	1,2	53,6	(41,5)	9,0	.	.	45,1	43,1	1,8	5,9	.
Juni	28	771,5	51,6	45,3	1,6	57,0	47,5	4,9	0,0	4,6	50,8	49,4	1,3	5,9	6,5
Juli	28	822,6	55,5	48,1	1,4	55,2	49,4	12,0	0,0	3,5	57,2	54,6	2,5	3,7	7,1
Aug.	28	846,3	58,8	50,6	1,4	49,6	43,6	13,2	0,0	4,0	55,9	52,4	2,3	3,7	5,3
Hamburg															
April	54	.	75,4	57,7	2,3	159,2	(111,2)	32,5	.	.	158,0	148,7	8,6	2,8	.
Mai	54	.	86,5	66,5	2,5	158,3	(108,7)	31,2	.	.	176,6	161,8	13,9	12,8	.
Juni	54	1 858,5	84,7	69,7	1,6	143,9	127,1	20,0	0,0	9,3	195,4	179,7	13,5	12,8	22,9
Juli	54	1 987,8	104,2	86,4	2,3	185,8	162,5	47,0	0,0	12,2	201,1	192,4	6,5	14,3	22,0
Aug.	54	2 223,6	82,6	65,0	1,8	237,0	216,2	88,3	0,0	9,6	222,8	210,5	7,6	17,8	24,1
Hessen															
April	306	.	80,1	57,9	5,5	182,5	(169,8)	10,8	.	.	219,5	166,2	41,4	8,1	.
Mai	306	.	102,3	74,3	5,9	211,5	(198,3)	11,9	.	.	224,1	172,8	38,5	13,0	.
Juni	308	2 179,4	107,6	82,6	5,2	247,7	243,3	9,4	0,2	19,9	243,3	188,6	39,4	18,0	37,0
Juli	308	2 265,7	111,3	83,0	4,3	243,3	239,8	7,6	0,1	12,3	284,2	209,1	58,0	31,8	37,6
Aug.	308	2 408,6	126,2	97,9	5,1	297,9	294,2	17,8	0,1	15,1	311,8	230,5	61,6	39,2	39,9
Niedersachsen															
April	612	.	117,5	84,0	5,5	156,0	(152,9)	3,4	.	.	160,4	141,8	6,9	7,5	.
Mai	612	.	132,2	92,0	6,8	189,3	(185,2)	2,5	.	.	168,1	153,2	4,1	10,7	.
Juni	611	2 427,6	100,4	66,7	5,3	159,1	141,2	1,5	0,1	17,9	194,7	178,7	3,6	20,6	22,9
Juli	611	2 435,2	114,8	77,8	5,2	117,7	102,3	2,0	0,0	17,0	193,7	178,8	3,5	19,0	23,4
Aug.	611	2 486,2	113,2	75,7	4,9	120,1	106,8	2,0	0,1	17,5	184,4	167,5	3,9	18,2	24,1

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzu- ohne Postsparkassen- und Postscheckkämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute.
²⁾ Nicht mehr ohne weiteres vergleichbare Zahlen sind durch () gekennzeichnet. — ³⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckkämter, KfW und Finag wurden selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe Überregionale In- getrennt erfaßten Filialen sind bei der rückwirkenden Bereinigung der Zahlenreihen ebenfalls nur als ein Institut eingesetzt, so daß sich kleine Ab- berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — ⁵⁾ Kasse und Landeszentralbankguthaben. — ⁶⁾ Einschließlich mittel- und lang- leihungen; ab Juni 1950 nur kurz- und mittelfristige (bis zu 4 Jahren). — ⁷⁾ Einschließlich Kapitalentwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene wurde überdeckt durch einen statistischen Zugang um rd. 20 Mill. DM. Z. B. haben einige als verlagert anerkannte Institute im Juni 1950 erstmalig

banken

Länder

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Aktiva

papieresortial- gungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ⁸⁾				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva ⁹⁾	Stand am Mo- nats- ende
		gegen- wär- tiger Be- stand ⁷⁾	Be- stand lt. Umstel- lunge- rech- nung	ins- gesamt	davon			ins- gesamt	darunter						
					Wirt- schafts- unter- neh- men und Private	öffentl. rechtl. Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute		gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung					
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
Bundesgebiet															
.	.	5 242,7	.	(8 894,2)	(7 606,5)	(476,2)	(811,5)	(1 834,3)	1 466,5	367,8	596,5	.	.	.	April
.	.	5 266,0	.	(8 993,0)	(7 649,9)	(475,8)	(867,3)	(2 004,0)	1 596,9	407,1	607,5	.	.	.	Mai
44,8	25,8	5 273,5 ¹⁰⁾	5 603,8	8 789,7	7 693,7	395,9	700,1	2 861,2	1 723,9	452,9	621,0	77,2	376,9	964,2	Juni
46,7	30,8	5 302,6	5 640,8	8 919,6	7 831,1	379,2	709,3	3 135,6	1 860,3	495,9	670,4	79,1	387,9	939,5	Juli
62,2	40,5	5 322,6	5 685,0	9 169,9	8 075,0	374,9	720,0	3 493,5	2 030,4	548,1	745,0	80,2	394,5	999,3	Aug.
Baden															
.	.	176,3	.	(224,7)	(196,6)	(8,2)	(19,9)	(14,5)	11,0	3,5	2,7	.	.	.	April
.	.	175,0	.	(228,0)	(198,4)	(9,0)	(20,6)	(15,5)	11,9	3,6	2,8	.	.	.	Mai
1,9	0,3	174,2	177,3	235,2	207,0	9,9	18,3	21,2	15,2	3,3	2,1	1,2	9,3	51,4	Juni
1,9	0,3	172,6	177,2	237,6	207,7	11,3	18,6	23,4	17,0	3,4	2,9	1,3	9,3	63,5	Juli
1,8	1,2	169,5	189,2	234,8	207,6	11,7	15,5	27,2	18,4	4,0	3,5	1,2	9,4	57,1	Aug.
Bayern															
.	.	964,3	.	(1 542,7)	(1 291,8)	(74,2)	(176,7)	(377,7)	322,0	55,7	102,0	.	.	.	April
.	.	964,1	.	(1 540,5)	(1 287,4)	(69,6)	(183,5)	(398,3)	338,2	60,1	113,5	.	.	.	Mai
0,4	10,3	956,4	1 062,6	1 539,2	1 275,3	107,9	156,0	521,6	360,6	66,1	118,7	13,2	84,4	144,8	Juni
1,3	11,9	969,2	1 064,1	1 555,7	1 292,9	108,3	154,5	560,3	388,5	68,8	125,2	12,5	90,1	133,5	Juli
1,3	11,3	970,2	1 068,0	1 609,5	1 319,9	132,9	156,7	625,1	423,2	74,7	130,5	12,6	91,9	128,3	Aug.
Bremen															
.	.	132,3	.	(296,3)	(273,7)	(1,6)	(21,0)	(85,7)	67,0	18,7	4,9	.	.	.	April
.	.	132,4	.	(292,0)	(271,7)	(1,5)	(18,8)	(102,2)	71,8	30,4	5,1	.	.	.	Mai
0,1	1,4	129,9	132,8	298,8	282,9	0,5	15,4	122,8	68,6	34,1	4,2	2,0	11,2	18,3	Juni
0,1	1,3	129,8	133,4	308,1	290,9	0,5	16,7	145,3	81,5	45,8	3,7	2,4	11,3	25,1	Juli
0,1	1,0	129,6	133,4	330,5	301,5	0,3	28,7	154,5	86,1	49,2	4,1	2,4	11,6	20,7	Aug.
Hamburg															
.	.	274,3	.	(879,7)	(818,7)	(22,7)	(38,3)	(87,3)	87,0	0,3	29,2	.	.	.	April
.	.	279,0	.	(886,1)	(818,8)	(20,8)	(46,5)	(93,0)	92,7	0,3	30,3	.	.	.	Mai
1,0	0,7	275,6	309,7	850,8	809,1	5,8	35,9	122,9	102,1	0,3	32,1	3,7	25,1	57,0	Juni
1,5	0,7	281,1	315,5	849,3	807,8	5,2	36,3	134,4	114,5	0,3	43,6	4,0	25,2	60,6	Juli
1,5	10,1	280,5	315,1	965,6	924,2	6,4	35,0	148,3	126,4	0,3	45,5	4,4	25,4	59,8	Aug.
Hessen															
.	.	459,3	.	(720,1)	(638,7)	(15,5)	(65,9)	(129,9)	108,5	21,4	38,2	.	.	.	April
.	.	459,6	.	(733,6)	(649,5)	(13,0)	(71,1)	(134,8)	112,2	22,6	40,5	.	.	.	Mai
2,9	2,0	458,3	483,5	736,9	666,0	8,9	62,0	162,0	123,2	23,9	21,8	11,6	35,9	62,6	Juni
2,9	2,2	460,2	485,3	763,2	681,1	9,0	73,1	172,8	122,6	26,8	21,9	11,9	36,6	64,4	Juli
3,0	2,5	459,6	486,6	755,5	684,8	8,7	62,0	195,6	128,2	40,5	23,2	12,2	37,2	69,7	Aug.
Niedersachsen															
.	.	702,1	.	(696,0)	(590,2)	(27,8)	(78,0)	(301,9)	219,1	82,8	19,0	.	.	.	April
.	.	696,8	.	(700,5)	(589,5)	(29,7)	(81,3)	(331,3)	239,9	91,4	22,6	.	.	.	Mai
6,7	2,6	691,0	724,9	696,9	601,0	19,8	76,1	389,3	264,0	98,2	26,7	3,4	38,7	56,5	Juni
6,8	3,1	688,9	727,0	708,7	611,9	21,0	75,8	422,2	284,6	104,8	29,2	3,5	39,3	47,5	Juli
6,8	2,7	688,5	727,2	719,9	619,3	18,1	82,5	461,6	307,7	112,4	33,1	3,5	40,3	52,1	Aug.

führen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — ⁴⁾ Einschließlich Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. Die bis Mai 1950 weichungen von der früher veröffentlichten Spalte „Zahl der berichtenden Institute“ ergeben. — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr fristiger Guthaben. — ⁷⁾ Abzüglich verkaufter Ausgleichsforderungen. — ⁸⁾ Bis einschließlich Mai 1950 enthalten die Debitoren auch langfristige Aus-Aktien usw., Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ¹⁰⁾ Ein effektiver Rückgang in Höhe von 18,5 Mill. DM Ausgleichsforderungen ausgewiesen.

Monatliche Bankenstatistik*) 1) 2); Gesamterhebung³⁾ der Bank deutscher Länder
noch: A k t i v a

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ⁴⁾	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheckgut-haben	Guthaben bei Kreditinstituten ⁶⁾		Währungs- und DM-Gut-haben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividen-den-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel			Schatz-wechsel und unver-zinsliche Schatz-anweis. des Bundes und der Länder	Wert- und Kon- berteil- insgesamt
			ins-gesamt ⁵⁾	darunter Giro-gut-haben bei der LZB		ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				ins-gesamt	Hand-els-wechsel	Bank-akzepte		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
1950															
Nordrhein-Westfalen															
April	837	.	281,3	206,8	13,0	577,2	(504,7)	20,6	.	.	854,4	763,3	55,3	284,0	.
Mai	837	.	361,6	274,1	20,4	619,9	(540,6)	14,9	.	.	915,6	806,4	71,6	262,7	.
Juni	838	6 600,9	297,8	222,5	17,1	614,7	447,9	17,0	0,0	57,8	893,1	798,4	63,5	282,0	81,6
Juli	838	6 805,8	298,7	212,3	15,7	635,9	465,3	14,5	0,1	52,5	1 024,3	907,2	83,7	250,0	84,9
Aug.	838	7 007,2	331,0	248,4	15,6	649,5	453,4	19,3	0,0	56,4	1 080,4	979,2	70,0	183,1	90,8
Rheinland-Pfalz															
April	278	.	46,3	34,7	2,3	44,9	(42,1)	2,2	.	.	51,9	47,5	0,4	7,8	.
Mai	278	.	57,2	43,2	2,1	50,6	(47,4)	1,5	.	.	52,1	48,1	0,2	9,4	.
Juni	278	1 115,3	49,8	37,8	2,4	49,0	44,1	1,5	0,0	6,6	58,8	53,9	0,6	8,6	8,9
Juli	278	1 137,7	49,4	36,2	2,3	49,4	43,3	2,0	0,0	6,0	63,5	59,0	0,6	10,8	10,0
Aug.	278	1 174,1	57,0	43,2	3,0	54,0	48,8	3,0	0,0	6,8	64,2	59,9	0,5	8,8	10,2
Schleswig-Holstein															
April	185	.	32,8	20,4	1,8	26,3	(25,0)	0,9	.	.	31,4	28,5	0,3	—	.
Mai	185	.	43,9	29,6	1,8	24,6	(23,4)	0,8	.	.	33,4	30,6	0,2	—	.
Juni	185	850,1	34,4	22,2	1,8	24,1	21,3	1,3	—	5,1	34,1	30,6	0,4	—	2,8
Juli	185	872,0	36,1	22,5	1,8	23,9	19,6	1,8	0,0	4,9	39,1	35,6	0,6	—	2,9
Aug.	185	913,8	40,3	25,5	1,4	24,6	19,9	1,7	—	5,3	40,8	37,9	0,3	—	2,9
Württemberg-Baden															
April	363	.	99,0	73,2	4,8	265,6	(255,4)	5,2	.	.	155,0	142,1	6,2	10,7	.
Mai	363	.	121,5	89,7	5,1	330,9	(321,4)	5,0	.	.	180,3	160,9	12,5	38,7	.
Juni	363	2 933,9	113,5	87,2	3,9	301,6	222,6	3,9	0,3	12,7	186,2	163,7	15,3	40,7	37,6
Juli	364	2 988,1	129,6	98,9	4,9	268,8	196,5	5,5	0,1	14,9	194,1	177,7	9,6	25,7	37,9
Aug.	364	3 094,9	118,4	86,7	4,7	284,0	233,0	5,5	0,1	13,6	213,6	194,9	10,5	24,8	39,1
Württemberg-Hohenzollern															
April	146	.	30,8	23,0	0,8	87,1	(84,4)	0,9	.	.	19,7	15,4	2,1	3,6	.
Mai	146	.	35,4	25,2	0,9	91,7	(90,6)	0,5	.	.	20,9	16,6	1,8	2,1	.
Juni	146	578,6	32,0	23,2	1,0	57,4	46,5	0,2	0,0	1,1	21,3	17,3	1,5	3,5	4,1
Juli	146	609,8	34,8	25,3	0,9	69,3	48,8	0,9	0,0	1,4	22,3	18,0	1,7	3,5	4,1
Aug.	146	621,1	37,2	26,8	1,0	70,5	50,3	0,6	0,0	1,3	25,2	21,4	1,7	3,5	4,1
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
April	10	.	4,5	4,1	0,6	58,1	(56,8)	0,1	.	.	41,4	35,0	6,2	—	.
Mai	10	.	14,9	14,3	0,8	65,1	(64,2)	0,0	.	.	45,8	39,8	5,1	—	.
Juni	12	1 203,2	11,5	10,7	1,2	76,2	69,9	0,1	0,4	1,0	65,5	51,1	13,1	—	1,9
Juli	12	1 240,8	19,8	19,1	0,5	69,9	63,4	0,2	0,4	0,7	66,9	53,1	12,3	—	2,2
Aug.	13	1 383,6	10,3	9,2	0,5	75,6	69,6	6,3	0,0	0,8	74,9	63,4	9,9	0,9	17,5

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzu- ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute.
²⁾ Nicht mehr ohne weiteres vergleichbare Zahlen sind durch () gekennzeichnet. — ³⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wur- schließlich selbständig berichtende Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe Über- Die bis Mai 1950 getrennt erfaßten Filialen sind bei der rückwirkenden Bereinigung der Zahlenreihen ebenfalls nur als ein Institut eingesetzt, so daß nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — ⁵⁾ Kasse und Landeszentralbankguthaben. — ⁶⁾ Einschließlich mittel- fristige Ausleihungen; ab Juni 1950 nur kurz- und mittelfristige (bis zu 4 Jahren). — ⁷⁾ Einschließlich Kapitalentwertungskonto, nicht eingezahltes

banken

Länder

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

noch: Aktiva

papieresortial- gungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ⁶⁾			langfristige Ausleihungen		durch- lau- fende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva ⁹⁾	Stand am Mo- nats- ende		
		gegen- wärtiger Be- stand ⁷⁾	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung	ins- gesamt	Wirt- schafts- unter- neh- men und Private	öffentl.- rechtl. Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute	ins- gesamt						darunter	gegen Grund- pfand- rechte
darunter Anleihen und verzinsliche Schatz- an- weisungen des Bundes und der Länder															
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
Nordrhein-Westfalen														1950	
.	.	1 226,3	.	(1 999,2)	(1 862,6)	(31,7)	(104,9)	(396,0)	289,0	107,0	181,6	.	.	.	April
.	.	1 249,5	.	(2 028,5)	(1 877,0)	(30,2)	(121,3)	(415,2)	300,4	114,8	197,3	.	.	.	Mai
26,7	3,5	1 224,9	1 266,6	1 979,4	1 854,9	19,9	104,6	600,2	319,1	105,6	219,6	21,7	83,7	206,8	Juni
26,9	3,4	1 229,5	1 272,5	2 013,7	1 882,3	25,3	106,1	654,6	342,9	116,5	239,7	22,3	85,8	180,2	Juli
27,3	3,4	1 236,7	1 280,3	2 062,3	1 919,0	28,2	115,1	710,2	369,9	127,1	265,0	22,4	87,2	193,9	Aug.
Rheinland-Pfalz															
.	.	287,6	.	(457,0)	(366,5)	(12,2)	(78,3)	(54,0)	43,1	10,9	13,1	.	.	.	April
.	.	287,3	.	(459,7)	(367,8)	(8,6)	(83,3)	(59,1)	48,0	11,1	14,2	.	.	.	Mai
3,7	0,6	288,1	306,3	466,1	372,6	9,1	84,4	77,1	50,8	12,6	12,5	0,5	18,7	66,1	Juni
3,7	3,2	303,8	324,5	467,3	375,7	9,6	82,0	90,7	57,1	14,8	12,5	0,5	18,9	47,4	Juli
3,4	3,3	298,6	321,4	479,7	385,8	9,9	84,0	100,7	62,4	17,5	14,0	0,5	18,9	51,4	Aug.
Schleswig-Holstein															
.	.	198,2	.	(359,9)	(308,6)	(13,2)	(38,1)	(65,8)	41,2	24,6	37,1	.	.	.	April
.	.	197,0	.	(367,8)	(317,9)	(15,6)	(34,3)	(68,4)	42,5	25,9	38,7	.	.	.	Mai
0,3	0,3	193,7	225,1	371,5	320,5	14,6	36,4	97,3	45,3	22,5	43,7	2,6	18,0	19,4	Juni
0,3	0,3	193,9	225,4	374,6	327,3	16,2	31,1	111,8	48,9	23,7	44,8	2,8	18,2	15,1	Juli
0,3	0,5	194,5	226,0	374,2	335,1	15,8	23,3	134,7	51,3	26,9	50,9	3,1	18,3	20,6	Aug.
Württemberg-Baden															
.	.	592,4	.	(1 063,2)	(925,4)	(61,3)	(76,5)	(273,9)	238,2	35,7	75,7	.	.	.	April
.	.	592,0	.	(1 049,0)	(917,9)	(61,3)	(69,8)	(336,5)	297,3	39,2	44,9	.	.	.	Mai
0,1	3,7	582,0	612,9	1 005,4	905,0	31,3	69,1	447,5	325,5	57,9	48,7	10,6	42,3	93,3	Juni
0,1	4,0	574,7	611,3	1 030,4	919,9	36,8	73,7	484,7	350,6	61,1	54,1	10,9	43,9	103,9	Juli
0,1	4,0	573,0	612,5	1 037,7	926,5	36,6	74,6	535,3	384,6	64,5	57,8	11,0	44,5	127,8	Aug.
Württemberg-Hohenzollern															
.	.	146,9	.	(203,1)	(171,6)	(4,1)	(27,4)	(20,1)	16,5	3,6	1,1	.	.	.	April
.	.	147,1	.	(204,6)	(172,1)	(4,2)	(28,3)	(22,1)	18,2	3,9	2,3	.	.	.	Mai
0,8	0,0	148,3	149,7	216,2	181,2	4,8	30,2	27,8	20,0	4,4	1,8	0,8	7,6	55,5	Juni
0,8	0,0	147,6	149,1	212,3	178,5	4,8	29,0	33,7	21,9	5,9	2,5	0,8	7,6	68,1	Juli
0,8	0,0	148,0	149,7	210,1	175,7	5,1	29,3	37,9	24,3	7,2	2,6	0,8	7,6	70,7	Aug.
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
.	.	82,8	.	(452,5)	(162,3)	(203,8)	(86,4)	(27,5)	23,9	3,6	92,1	.	.	.	April
.	.	86,1	.	(502,7)	(181,9)	(212,3)	(108,5)	(27,4)	23,8	3,6	95,2	.	.	.	Mai
0,2	0,4	151,0	152,3	393,3	218,1	163,6	11,6	271,4	29,4	24,0	89,1	5,9	1,8	132,5	Juni
0,5	0,4	151,1	152,5	398,6	255,1	131,2	12,3	301,6	30,2	23,9	90,2	6,3	1,9	130,1	Juli
15,7	0,6	173,8	175,6	390,1	275,6	101,1	13,4	362,4	48,0	23,9	114,8	6,0	2,2	146,9	Aug.

führen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — den am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — ⁴⁾ Ein-regionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. sich kleine Abweichungen von der früher veröffentlichten Spalte „Zahl der berichtenden Institute“ ergeben. Veränderungen entstehen durch Abgang und langfristiger Guthaben. — ⁷⁾ Abzüglich verkaufter Ausgleichsforderungen. — ⁸⁾ Bis einschließlich Mai 1950 enthalten die Debitoren auch lang-Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes.

Monatliche Bankenstatistik*)^{1) 2)}; Gesamterhebung³⁾ der Bank deutscher Länder

Passiva

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ⁴⁾	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto)								aufgenommene Gelder ⁵⁾			
			mit Einlagen von Kreditinstituten	ohne Einlagen von Kreditinstituten	Die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:					Einlagen von Kreditinstituten	Einlagen auf Festkonto	insgesamt	darunter	
					Sicht- und Termineinlagen	Wirtschaftsunternehmen und Private		öffentlich-rechtliche Körperschaften	Spar-einlagen				für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingekommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite ⁶⁾
						insgesamt	darunter Anlagekonto							
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	
1950														
Bundesgebiet														
April	3 567	.	15 023,5	13 560,0	10 068,7	7 212,4	310,4	2 856,3	3 491,3	1 463,5	9,3	1 515,5	(109,7)	.
Mai	3 567	.	15 707,5	14 151,6	10 572,8	7 538,8	308,8	3 034,0	3 578,8	1 555,9	9,1	1 657,6	(116,2)	.
Juni	3 571	25 202,3	16 015,5	14 306,1	10 611,0	7 830,6	291,7	2 780,4	3 695,1	1 709,4	. ¹¹⁾	1 752,7	276,2	9,3
Juli	3 572	25 937,1	16 398,5	14 798,4	11 076,7	8 388,1	.	2 688,6	3 721,7	1 600,1	.	1 657,8	243,6	9,3
Aug.	3 573	27 126,0	17 164,0	15 519,9	11 783,4	9 068,3	.	2 715,1	3 736,5	1 644,1	.	1 732,0	240,2	8,1
Baden														
April	170	.	484,8	448,2	296,4	195,6	11,4	100,8	151,8	36,6	0,3	22,5	(0,5)	.
Mai	170	.	501,4	472,5	318,4	204,2	11,3	114,2	154,1	28,9	0,3	24,2	(0,6)	.
Juni	170	614,9	514,4	477,1	319,3	209,5	10,7	109,8	157,8	37,3	. ¹¹⁾	22,0	2,4	0,0
Juli	170	641,4	532,4	491,4	332,9	217,2	.	115,7	158,5	41,0	.	23,9	0,9	—
Aug.	170	643,7	543,5	506,4	345,8	232,4	.	113,4	160,6	37,1	.	22,3	0,9	—
Bayern														
April	577	.	2 289,7	2 123,1	1 541,4	1 135,6	58,2	405,8	581,7	166,6	0,8	298,4	(51,7)	.
Mai	577	.	2 399,3	2 208,8	1 616,0	1 174,8	57,8	441,2	592,8	190,5	0,7	303,2	(53,1)	.
Juni	578	4 068,4	2 435,7	2 227,8	1 613,2	1 189,7	48,0	423,5	614,6	207,9	. ¹¹⁾	273,4	48,2	0,5
Juli	578	4 130,2	2 475,4	2 295,2	1 676,7	1 266,7	.	410,0	618,5	180,2	.	277,6	49,8	0,5
Aug.	578	4 322,9	2 578,2	2 393,7	1 775,1	1 346,0	.	429,1	618,6	184,5	.	295,8	48,0	—
Bremen														
April	29	.	373,9	326,2	279,3	185,6	4,5	93,7	46,9	47,7	0,0	27,5	(1,9)	.
Mai	29	.	402,8	352,4	304,1	190,4	4,4	113,7	48,3	50,4	0,0	28,1	(0,3)	.
Juni	28	771,5	395,6	343,2	293,3	186,4	3,4	106,9	49,9	52,4	. ¹¹⁾	45,0	0,1	1,0
Juli	28	822,6	410,5	356,7	306,8	200,6	.	106,2	49,9	53,8	.	43,8	1,1	1,8
Aug.	28	846,3	413,4	364,3	314,2	216,6	.	97,6	50,1	49,1	.	51,9	1,1	1,2
Hamburg														
April	54	.	1 091,5	996,7	877,0	629,7	12,4	247,3	119,7	94,8	0,5	117,9	(7,1)	.
Mai	54	.	1 130,5	1 024,3	900,8	664,7	12,4	236,1	123,5	106,2	0,5	136,6	(9,0)	.
Juni	54	1 858,5	1 162,8	1 053,4	925,0	749,4	12,3	175,6	128,4	109,4	. ¹¹⁾	110,3	11,2	2,8
Juli	54	1 987,8	1 259,4	1 158,4	1 028,4	864,6	.	163,8	130,0	101,0	.	114,2	12,4	4,7
Aug.	54	2 223,6	1 421,6	1 302,3	1 171,2	1 022,7	.	148,5	131,1	119,3	.	139,2	11,7	5,4
Hessen														
April	306	.	1 356,1	1 174,9	878,0	708,9	26,6	169,1	296,9	181,2	0,6	163,0	(5,2)	.
Mai	306	.	1 443,5	1 246,1	941,9	756,6	26,6	185,3	304,2	197,4	0,5	159,5	(5,1)	.
Juni	308	2 179,4	1 504,9	1 322,7	1 007,3	826,4	26,2	180,9	315,4	182,2	. ¹¹⁾	182,1	3,8	1,9
Juli	308	2 265,7	1 578,5	1 407,5	1 089,9	899,8	.	190,1	317,6	171,0	.	161,2	2,6	0,2
Aug.	308	2 408,6	1 712,6	1 513,8	1 196,6	978,5	.	218,1	317,2	198,8	.	154,2	3,7	0,2
Niedersachsen														
April	612	.	1 544,2	1 406,0	948,6	739,8	44,0	208,8	457,4	138,2	0,7	121,2	(3,4)	.
Mai	612	.	1 611,7	1 470,5	1 001,0	780,8	44,0	220,2	469,5	141,2	0,6	133,4	(4,1)	.
Juni	611	2 427,6	1 609,4	1 473,0	993,9	798,6	42,7	195,3	479,1	136,4	. ¹¹⁾	135,0	6,9	0,0
Juli	611	2 435,2	1 590,4	1 480,7	997,0	819,7	.	177,3	483,7	109,7	.	126,3	5,3	0,0
Aug.	611	2 486,2	1 628,8	1 524,7	1 038,3	851,3	.	187,0	486,4	104,1	.	126,1	5,4	0,1

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute.
²⁾ Nicht mehr ohne weiteres vergleichbare Zahlen sind durch () gekennzeichnet. — ³⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe Überregionale Institute getrennt erfaßten Filialen sind bei der rückwirkenden Bereinigung der Zahlenreihen ebenfalls nur als ein Institut eingesetzt, so daß sich kleine Abberichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — ⁵⁾ Ab August 1949 sind die Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit einbezogen. Höhe von rd. 100 Mill. DM, Stand Juni 1950. — ⁶⁾ Es handelt sich um Institute, die nach der Währungsreform gegründet wurden, wie z. B. die Land- über Niederlassungen außerhalb des Landes. — ¹⁰⁾ Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ enthaltene noch weitergeleitete zweckgebundene

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebietes

Mill. DM

Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuldverreibungen im Umlauf	aufgenommene langfristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ⁹⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 43, 47, 48, z. T. Sp. 33) ¹⁰⁾ (ohne Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften)				Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Zielungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten	Stand am Monatsende
				insgesamt	darunter			Kreditanstalt für Wiederaufbau	Kreditinstitute (ohne Sp. 53)	öffentliche Stellen	sonstige				
					Neubildung seit dem 21. 6. 1948 ⁷⁾	darunt. Eigenkap. von neugegründeten Instituten ⁸⁾									
45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	
Bundesgebiet															
1 598,3	1 159,7	1 036,1	576,2	954,0	369,8	153,3	848,5	148,4	2 393,4	April
1 509,3	1 188,5	1 172,9	608,2	965,5	369,1	153,3	816,3	149,5	2 348,2	Mai
1 450,0	1 195,9	1 440,4	621,0	1 047,0	404,3 ⁷⁾	164,9	1 679,8	679,2	545,3	1 034,0	158,8	907,6	136,0	2 317,9	Juni
1 448,4	1 225,7	1 632,9	670,4	1 067,2	406,3	165,1	1 836,2	779,8	625,1	1 024,4	160,1	949,1	142,2	2 244,0	Juli
1 368,0	1 290,0	1 848,4	745,0	1 090,7	414,4	165,1	1 887,9	916,8	675,1	1 122,1	173,2	1 103,2	136,0	2 136,2	Aug.
Baden															
38,6	0,0	1,2	2,7	17,6	2,1	—	10,7	3,1	41,8	April
41,1	0,0	1,4	2,8	17,7	2,2	—	9,8	3,0	40,6	Mai
34,5	0,0	2,4	2,1	16,0	2,3	—	23,5	1,4	4,7	0,4	0,8	9,6	3,0	41,7	Juni
35,8	0,0	2,4	2,9	16,1	2,3	—	27,9	1,4	4,2	0,7	0,6	9,8	2,6	41,7	Juli
26,0	0,0	3,1	3,5	16,1	2,4	—	29,2	1,8	4,6	0,9	0,7	11,0	2,5	33,7	Aug.
Bayern															
316,3	383,0	17,6	102,2	134,9	39,7	1,0	124,6	51,0	340,5	April
294,9	390,5	19,2	113,7	135,2	39,2	1,0	106,5	52,3	314,4	Mai
299,1	316,1	187,8	118,7	129,2	42,8	1,0	308,4	131,2	89,4	127,6	17,5	134,7	39,4	333,1	Juni
279,2	324,8	221,1	125,2	131,6	41,6	1,0	295,3	139,3	100,4	143,7	19,5	136,8	43,2	324,4	Juli
270,6	326,5	277,5	130,5	131,9	42,3	1,0	311,9	169,6	107,7	166,4	20,4	161,7	41,4	320,6	Aug.
Bremen															
56,9	112,0	65,4	4,2	20,6	2,9	1,2	48,3	0,9	54,6	April
45,1	112,3	70,5	4,3	20,6	2,7	1,2	48,7	1,0	55,9	Mai
44,2	107,6	106,0	4,2	20,0	1,7	1,3	48,9	56,3	31,0	24,0	2,1	45,2	1,2	53,9	Juni
57,0	108,8	128,5	3,7	20,0	1,9	1,3	50,3	68,2	38,9	25,9	2,6	37,9	1,3	63,2	Juli
59,2	109,2	137,8	4,1	19,7	1,9	1,3	51,0	70,4	44,6	27,3	2,9	50,4	1,2	65,1	Aug.
Hamburg															
264,4	36,5	49,7	29,3	58,7	21,3	1,0	183,5	2,1	252,7	April
248,9	37,6	51,6	30,3	61,6	21,3	1,0	163,6	1,9	247,0	Mai
215,5	40,5	64,3	32,1	62,5	21,9	1,0	170,5	44,5	6,3	33,1	24,1	176,5	2,0	224,6	Juni
218,1	41,2	72,4	43,6	62,8	21,9	1,0	176,1	52,9	16,9	33,2	25,8	191,5	2,0	244,7	Juli
237,0	53,2	82,0	45,4	63,0	22,0	1,0	182,2	61,3	17,7	34,4	26,0	255,2	1,7	257,1	Aug.
Hessen															
109,0	88,1	43,3	38,2	64,2	7,3	1,0	73,3	11,6	145,2	April
113,1	90,7	47,3	40,5	64,6	7,3	1,0	70,1	11,0	156,1	Mai
106,0	87,8	61,5	21,8	71,4	10,6	2,0	143,9	36,1	23,4	22,4	7,9	78,0	11,8	143,3	Juni
99,7	90,5	67,9	21,9	72,5	10,6	2,0	173,5	39,8	23,9	21,4	8,1	86,6	11,6	132,6	Juli
100,1	93,3	76,2	23,2	74,7	11,5	2,0	174,3	45,0	29,5	21,7	8,0	92,4	11,8	139,6	Aug.
Niedersachsen															
71,9	152,0	193,0	19,0	72,4	10,0	—	41,5	21,2	164,6	April
65,1	153,1	209,1	22,6	73,5	7,1	—	40,7	21,4	161,9	Mai
56,1	141,0	235,7	26,7	82,1	9,9	—	141,6	40,2	65,2	147,4	18,0	46,2	19,6	151,4	Juni
57,4	143,7	253,1	29,2	84,4	9,9	—	150,7	41,3	76,0	157,5	16,0	45,5	22,2	164,7	Juli
50,8	145,8	271,6	33,1	84,5	10,1	—	145,5	49,0	88,8	160,7	15,4	47,2	21,5	158,5	Aug.

führen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — ⁴⁾ Einschließlich mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. Die bis Mai 1950 weichungen von der früher veröffentlichten Spalte „Zahl der berichtenden Institute“ ergeben. — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr — ⁶⁾ Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — ⁷⁾ In der Neubildung enthaltene Kapitalbeteiligung eines Landes an zwei Landeskreditanstalten in wirtschaftliche Rentenbank etc. — ⁸⁾ Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen“ und Bilanzausgleichsposten gegen Mittel. — ¹¹⁾ Ab Juni 1950 sind die Einlagen auf Festkonto je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit enthalten.

Monatliche Bankenstatistik*) 1) 2); Gesamterhebung³⁾ der Bank deutscher Länder
noch: Passiva Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute 4)	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto)								Einlagen auf Festkonto	aufgenommene Gelder ⁵⁾		
			mit Einlagen von Kreditinstituten	ohne Einlagen von Kreditinstituten	Die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:					Einlagen von Kreditinstituten		insgesamt	darunter	
					Sicht- und Termineinlagen	Wirtschaftsunternehmen und Private		öffentlich-rechtliche Körperschaften	Spareinlagen				für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingekommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite ⁶⁾
						insgesamt	darunter Anlagekonto							
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	
1950														
Nordrhein-Westfalen														
April	837	.	4 514,3	4 051,4	3 073,0	2 150,5	72,3	922,5	978,4	462,9	5,6	306,8	(10,0)	.
Mai	837	.	4 693,7	4 235,2	3 226,0	2 246,7	71,8	979,3	1 009,2	458,5	5,5	338,8	(12,2)	.
Juni	838	6 600,9	4 753,8	4 220,7	3 164,4	2 325,3	71,5	839,1	1 056,3	533,1	. ¹¹⁾	427,8	118,4	2,0
Juli	838	6 805,8	4 911,5	4 381,8	3 311,5	2 495,6	.	815,9	1 070,3	529,7	.	422,1	107,6	2,2
Aug.	838	7 007,2	5 060,7	4 545,2	3 466,1	2 685,6	.	780,5	1 079,1	515,5	.	453,2	114,3	0,9
Rheinland-Pfalz														
April	278	.	661,0	624,1	391,3	295,6	20,7	95,7	232,8	36,9	0,5	163,7	(11,8)	.
Mai	278	.	691,2	649,9	411,6	306,9	20,6	104,7	238,3	41,3	0,5	166,0	(13,2)	.
Juni	278	1 115,3	725,9	659,5	415,7	312,3	18,4	103,4	243,8	66,4	. ¹¹⁾	133,1	10,3	—
Juli	278	1 137,7	747,0	679,8	436,3	331,9	.	104,4	243,5	67,2	.	116,8	8,2	—
Aug.	278	1 174,1	764,3	695,3	451,5	346,9	.	104,6	243,8	69,0	.	126,8	6,0	—
Schleswig-Holstein														
April	185	.	419,7	393,5	273,2	218,0	14,1	55,2	120,3	26,2	0,2	83,4	(5,4)	.
Mai	185	.	412,9	387,0	264,1	218,7	14,1	45,4	122,9	25,9	0,2	101,3	(5,4)	.
Juni	185	850,1	436,8	410,6	284,2	215,9	13,9	68,3	126,4	26,2	. ¹¹⁾	95,1	20,4	—
Juli	185	872,0	452,1	419,5	292,4	229,6	.	62,8	127,1	32,6	.	75,5	22,0	—
Aug.	185	913,8	460,9	428,5	301,1	242,6	.	58,5	127,4	32,4	.	85,7	22,2	—
Württemberg-Baden														
April	363	.	1 667,9	1 497,2	1 116,8	719,9	34,3	396,9	380,4	170,7	0,2	143,1	(4,8)	.
Mai	363	.	1 810,4	1 603,7	1 214,8	759,8	34,1	455,0	388,9	206,7	0,2	143,6	(5,2)	.
Juni	363	2 933,9	1 793,6	1 572,5	1 179,5	764,0	33,0	415,5	393,0	221,1	. ¹¹⁾	152,1	26,9	1,1
Juli	364	2 988,1	1 787,1	1 585,7	1 193,0	804,1	.	388,9	392,7	201,4	.	144,3	5,2	0,0
Aug.	364	3 094,9	1 877,9	1 653,7	1 260,8	850,6	.	410,2	392,9	224,2	.	139,3	5,1	0,2
Württemberg-Hohenzollern														
April	146	.	433,5	363,4	238,4	160,9	11,1	77,5	125,0	70,1	0,1	31,3	(2,6)	.
Mai	146	.	446,7	372,1	245,1	167,2	11,0	77,9	127,0	74,6	0,0	31,0	(2,8)	.
Juni	146	578,6	445,7	368,5	238,1	168,8	11,0	69,3	130,4	77,2	. ¹¹⁾	40,2	2,0	0,1
Juli	146	609,8	476,1	392,2	262,4	178,6	.	83,8	129,8	83,9	.	31,1	2,1	—
Aug.	146	621,1	491,1	413,8	284,6	195,4	.	89,2	129,2	77,3	.	25,1	2,3	—
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben														
April	10	.	186,9	155,2	155,1	72,1	0,7	83,0	0,1	31,7	0,0	36,4	(5,2)	.
Mai	10	.	163,3	129,0	128,9	68,0	0,7	60,9	0,1	34,3	0,0	91,8	(5,3)	.
Juni	12	1 203,2	236,8	177,0	176,9	84,3	0,6	92,6	0,1	59,8	. ¹¹⁾	136,4	25,6	—
Juli	12	1 240,8	178,0	149,6	149,5	79,7	.	69,8	0,1	28,4	.	121,0	26,5	0,0
Aug.	13	1 383,6	211,1	178,2	178,1	99,7	.	78,4	0,1	32,9	.	112,5	19,5	—

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute.
²⁾ Nicht mehr ohne weiteres vergleichbare Zahlen sind durch () gekennzeichnet. — ³⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe Überregionale Institute getrennt erfaßten Filialen sind bei der rückwirkenden Bereinigung der Zahlenreihen ebenfalls nur als ein Institut eingesetzt, so daß sich kleine Abberichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — ⁵⁾ Ab August 1949 sind die Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit einbezogen. Höhe von rd. 100 Mill. DM, Stand Juni 1950. — ⁶⁾ Es handelt sich um Institute, die nach der Währungsreform gegründet wurden, wie z. B. die Land- über Niederlassungen außerhalb des Landes. — ¹⁰⁾ Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ enthaltene noch nicht weitergeleitete zweckgebundene

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

noch: Passiva

eigene Akzente im Umlauf	eigene Schuldverreibungen im Umlauf	aufgenommene langfristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durchlaufende Kredite (nur Treuhandschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ⁹⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 43, 47, 48, z. T. Sp. 33) ¹⁰⁾ (ohne Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften)				Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten	Stand am Monatsende
				insgesamt	darunter			Kreditanstalt für Wiederaufbau	Kreditinstitute (ohne Sp. 53)	öffentliche Stellen	sonstige				
					Neubildung seit dem 21. 6. 1948 ⁷⁾	darunt. Eigenkapital von neugegründeten Instituten ⁸⁾									
45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	
Nordrhein-Westfalen															
258,4	134,9	314,3	181,6	166,5	10,5	1,2	240,1	17,2	681,8	April
246,2	143,4	345,6	197,3	168,5	10,8	1,2	254,2	15,3	655,9	Mai
219,4	144,5	295,9	219,7	176,7	12,1	2,2	363,1	81,4	208,0	368,2	25,5	279,3	13,1	672,7	Juni
189,5	148,4	324,8	239,7	184,1	12,7	2,2	385,7	95,4	231,4	340,5	24,0	294,7	13,0	577,0	Juli
143,7	155,7	351,5	265,0	185,2	12,9	2,2	392,2	108,6	245,5	367,3	35,4	323,7	11,2	498,4	Aug.
Rheinland-Pfalz															
71,8	26,6	6,0	13,8	29,4	2,6	—	31,2	7,6	108,6	April
68,2	26,9	6,2	15,0	29,5	2,8	—	36,5	6,9	114,1	Mai
63,6	28,6	14,9	12,5	31,3	3,6	—	105,4	9,2	14,9	13,9	1,9	33,8	8,1	111,6	Juni
60,7	30,8	26,0	12,5	32,2	3,7	—	111,7	14,9	18,3	12,1	1,9	34,0	7,9	110,3	Juli
56,0	31,0	32,7	14,0	32,2	4,7	—	117,1	17,3	23,0	12,8	2,0	35,1	8,2	107,2	Aug.
Schleswig-Holstein															
91,6	17,7	61,2	37,1	28,2	5,9	4,0	18,4	11,6	120,2	April
95,1	18,2	64,8	38,7	28,3	6,0	4,0	18,5	11,7	128,0	Mai
96,1	18,2	81,3	43,7	29,8	6,2	4,0	49,1	46,1	38,1	53,0	8,0	18,9	11,3	126,0	Juni
89,6	19,2	105,4	44,8	30,0	6,5	4,2	55,4	58,2	49,5	52,4	12,3	22,9	11,7	120,3	Juli
88,0	19,5	118,5	50,9	32,3	9,0	4,2	58,0	71,0	51,9	57,5	12,2	23,5	11,6	106,9	Aug.
Württemberg-Baden															
215,4	154,7	112,3	55,0	203,7	120,4	—	64,5	18,7	209,4	April
185,2	157,2	149,1	45,3	208,1	123,3	—	56,1	21,8	191,8	Mai
167,5	165,4	173,9	48,7	218,4	136,5 ⁷⁾	—	214,3	43,4	41,4	142,4	24,9	66,1	23,4	205,7	Juni
166,5	171,3	186,4	54,1	223,7	138,3	—	254,7	54,5	34,2	147,9	10,3	68,8	22,9	205,7	Juli
137,6	174,9	213,5	57,8	227,0	140,7	—	266,9	69,1	36,7	161,8	10,6	79,5	22,2	194,0	Aug.
Württemberg-Hohenzollern															
32,4	—	6,0	1,1	12,8	3,2	—	8,9	3,2	32,8	April
32,2	—	7,2	2,3	12,9	2,6	—	8,3	3,2	32,2	Mai
31,7	—	6,3	1,8	12,2	3,5	—	40,7	1,0	8,6	0,3	—	9,1	3,0	34,2	Juni
32,5	—	9,6	2,5	12,3	3,4	—	45,7	2,9	10,8	0,3	—	10,6	3,6	33,6	Juli
28,2	—	10,3	2,6	12,6	3,4	—	51,2	3,6	10,7	0,7	—	11,1	2,5	30,1	Aug.
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
71,4	54,3	166,1	92,1	145,0	143,9	143,9	3,5	0,1	241,2	April
74,3	58,5	200,9	95,2	145,0	143,9	143,9	3,4	0,1	250,5	Mai
116,4	146,2	210,6	89,1	197,4	153,4	153,4	70,3	188,7	14,2	101,4	28,3	10,0	0,2	219,8	Juni
162,4	147,0	235,2	90,2	197,5	153,4	153,4	109,5	211,1	20,7	88,7	39,0	9,9	0,1	225,6	Juli
170,9	180,8	273,6	114,8	211,4	153,4	153,4	108,5	250,0	14,1	111,2	39,3	12,2	0,2	224,7	Aug.

führen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — ⁴⁾ Einschließlich mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. Die bis Mai 1950 weichungen von der früher veröffentlichten Spalte „Zahl der berichtenden Institute“ ergeben. — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr — ⁶⁾ Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — ⁷⁾ In der Neubildung enthaltene Kapitalbeteiligung des Landes an zwei Landeskreditanstalten in wirtschaftliche Rentenbank etc. — ⁹⁾ Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen“ und Bilanzausgleichsposten gegen Mittel. — ¹¹⁾ Ab Juni 1950 sind die Einlagen auf Festkonto je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit enthalten.

Aktiva

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ⁴⁾	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheck-guthaben	Guthaben bei Kreditinstituten ⁶⁾		Währungs- und DM-Guthaben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividenden-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel		Schatz-wechsel und unver-zinsliche Schatz-anweis. des Bundes und der Länder	Wert- und Kon-beteili- insgesamt	
			ins-gesamt ⁵⁾	darunter Giro-gut-haben bei der LZB		ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				darunter				
											ins-gesamt	Handels-wechsel			Bank-akzepte
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
1950															
Alle Banken															
April	3 567	.	1 012,7	744,7	47,6	1 846,5	(1 643,2)	102,4	.	.	1 928,2	1 680,7	137,8	334,7	.
Mai	3 567	.	1 220,7	893,9	58,9	2 076,3	(1 858,0)	88,5	.	.	2 089,3	1 814,9	161,5	363,1	.
Juni	3 571	25 202,3	1 093,2	818,3	50,1	1 983,4	1 611,6	69,8	1,7	161,1	2 175,9	1 886,4	171,1	399,1	278,5
Juli	3 572	25 937,1	1 175,9	866,1	47,7	1 950,5	1 568,1	101,4	1,0	150,0	2 391,2	2 071,1	197,7	366,0	287,9
Aug.	3 573	27 126,0	1 215,3	894,5	49,5	2 177,3	1 730,9	176,4	0,6	155,9	2 531,9	2 216,4	189,5	315,2	318,4
Kreditbanken															
April	252	.	372,1	282,8	21,9	487,2	(353,2)	92,2	.	.	1 044,2	922,3	74,1	41,7	.
Mai	252	.	433,5	326,6	25,2	589,1	(445,7)	79,3	.	.	1 124,4	997,0	78,3	39,0	.
Juni	256	8 925,1	413,0	324,2	19,6	554,9	541,5	62,9	0,9	116,6	1 189,6	1 040,9	93,1	56,5	111,1
Juli	256	9 290,7	448,2	339,0	18,5	538,6	523,2	91,0	0,5	102,2	1 369,8	1 191,3	119,0	66,4	113,5
Aug.	256	9 869,0	477,4	368,2	21,1	698,5	679,1	151,5	0,4	106,9	1 501,0	1 326,0	116,3	59,5	125,2
Hypothekbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten															
April	38	.	2,3	1,8	0,4	168,8	(168,1)	—	.	.	0,5	0,1	—	0,9	.
Mai	38	.	3,3	2,7	0,4	171,6	(171,1)	—	.	.	0,5	0,1	—	0,9	.
Juni	38	1 664,0	7,9	7,1	0,5	196,8	120,3	—	0,0	0,1	0,5	0,1	—	0,9	6,4
Juli	38	1 727,4	3,3	2,7	0,5	179,0	111,6	—	0,0	0,0	0,5	0,0	—	3,4	6,8
Aug.	38	1 797,6	2,9	2,2	0,4	155,6	109,1	—	0,0	0,0	0,6	0,1	—	3,4	4,3
Girozentralen															
April	18	.	97,3	88,4	3,1	410,6	(363,3)	3,6	.	.	455,5	408,9	41,6	223,6	.
Mai	18	.	124,0	112,9	6,3	453,2	(399,0)	4,8	.	.	508,4	442,9	60,1	243,4	.
Juni	18	3 425,0	97,1	87,3	5,4	373,9	259,2	3,6	0,2	10,6	496,3	440,5	50,2	260,6	59,3
Juli	18	3 462,8	88,1	78,6	4,8	347,8	244,1	2,5	0,1	13,2	517,8	459,1	51,8	224,9	59,9
Aug.	18	3 562,6	87,6	76,7	5,6	338,3	230,2	8,3	0,1	14,0	494,2	443,7	45,1	183,4	60,2
Sparkassen															
April	885	.	394,0	265,4	12,1	536,7	(525,9)	0,6	.	.	232,7	209,8	7,3	66,3	.
Mai	885	.	467,1	311,3	15,4	599,6	(589,0)	0,3	.	.	241,8	220,2	5,8	77,8	.
Juni	884	6 823,0	413,0	280,5	13,3	599,7	444,7	0,2	0,1	18,3	248,4	231,9	5,4	80,2	77,6
Juli	885	6 988,4	440,8	300,6	13,3	638,6	461,0	0,1	0,0	18,1	257,3	240,7	5,6	70,6	82,0
Aug.	885	7 184,2	472,6	323,9	12,1	653,4	458,6	0,1	0,0	20,0	263,7	245,3	6,3	67,5	87,2
Zentralkassen															
April	32	.	39,4	35,6	1,9	38,2	(37,2)	0,8	.	.	43,9	24,0	7,4	0,8	.
Mai	32	.	51,3	46,3	2,5	56,4	(55,6)	0,7	.	.	48,9	25,9	10,4	0,6	.
Juni	32	738,3	42,1	38,0	2,3	33,6	33,4	0,2	0,0	3,2	53,6	30,5	7,4	0,7	4,7
Juli	32	736,1	53,5	49,6	2,2	30,8	26,8	0,2	0,0	5,4	48,2	25,4	7,7	0,7	5,2
Aug.	32	762,6	43,2	39,1	2,7	30,4	26,4	0,1	0,0	3,8	55,7	26,6	10,6	0,5	5,8
Kreditgenossenschaften															
April	2 294	.	95,1	59,6	7,1	113,4	(109,8)	0,1	.	.	75,6	48,4	0,2	1,3	.
Mai	2 294	.	119,8	74,0	7,6	110,7	(106,9)	0,1	.	.	81,0	53,6	0,0	1,3	.
Juni	2 295	2 115,9	102,0	64,7	7,1	114,9	109,8	0,1	0,0	11,1	80,5	53,3	0,4	0,1	12,7
Juli	2 295	2 161,2	115,8	71,4	7,6	111,9	105,2	0,1	0,0	10,2	83,8	57,2	0,4	0,0	13,3
Aug.	2 295	2 205,9	114,7	69,6	6,6	120,4	113,1	0,0	0,0	10,4	90,8	63,4	0,7	0,1	13,4
Sonstige Kreditinstitute															
April	38	.	7,9	7,0	0,5	33,4	(28,8)	4,9	.	.	34,4	32,2	1,1	—	.
Mai	38	.	6,8	5,7	0,6	30,7	(26,5)	3,4	.	.	38,6	35,4	1,8	—	.
Juni	36	307,8	6,6	5,8	0,6	33,4	32,6	2,8	—	0,4	41,6	38,2	1,4	—	4,8
Juli	36	329,8	6,4	5,3	0,4	33,9	32,8	7,4	0,0	0,3	46,7	44,2	0,8	—	4,9
Aug.	36	360,5	6,6	5,5	0,5	45,1	44,8	10,0	—	0,2	51,0	47,9	0,5	—	4,7
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
April	10	.	4,5	4,1	0,6	58,1	(56,8)	0,1	.	.	41,4	35,0	6,2	—	.
Mai	10	.	14,9	14,3	0,8	65,1	(64,2)	0,0	.	.	45,8	39,8	5,1	—	.
Juni	12	1 203,2	11,5	10,7	1,2	76,2	69,9	0,1	0,4	1,0	65,5	51,1	13,1	—	1,9
Juli	12	1 240,8	19,8	19,1	0,5	69,9	63,4	0,2	0,4	0,7	66,9	53,1	12,3	—	2,2
Aug.	13	1 383,6	10,3	9,2	0,5	75,6	69,6	6,3	0,0	0,8	74,9	63,4	9,9	0,9	17,5

*¹⁾ Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzu- ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, ²⁾ Nicht mehr ohne weiteres vergleichbare Zahlen sind durch () gekennzeichnet. — ³⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden selbstständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe Überregionale In- getrennt erfaßten Filialen sind bei der rückwirkenden Bereinigung der Zahlenreihen ebenfalls nur als e in Institut eingesetzt, so daß sich kleine Ab- berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — ⁴⁾ Kasse und Landeszentralbankguthaben. — ⁵⁾ Einschließlich mittel- und lang- leihungen; ab Juni 1950 nur kurz- und mittelfristige (bis zu 4 Jahren). — ⁶⁾ Einschließlich Kapitalentwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene wurde überdeckt durch einen statistischen Zugang um rd. 20 Mill DM. z. B. haben einige als verlagert anerkannte Institute im Juni 1950 erstmalig lichen Kreditgenossenschaften nicht mehr vorliegt.

banken

Bankengruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Aktiva

papier-sortial-gungen	eigene Schuld-ver-schrei-bungen (Pfand-briefe u. ä.)	Ausgleichs-forderungen		Debitoren ⁸⁾				langfristige Ausleihungen			durch-lau-fende Kredite (nur Treu-hand-ge-schäfte)	Betei-ligen-gen	Grund-stücke und Ge-bäude	son-stige Aktiva ⁹⁾	Stand am Mo-nats-ende	
		gegen-wär-tiger Be-stand ⁷⁾	Be-stand lt. Umstel-lungs-rechnung	ins-gesamt	davon			ins-gesamt	darunter							
					Wirt-schafts-un-ter-nehmen und Private	öffentl.-rechtl. Kör-per-schaf-ten	Kredit-institute		gegen Grund-pfund-rechte	gegen Kom-munal-dek-kung						
darunter Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder																
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30		
Alle Banken																
.	.	5 242,7	.	(8 894,2)	(7 606,5)	(476,2)	(811,5)	(1 834,3)	1 466,5	367,8	596,5	.	.	.	April	
.	.	5 266,0	.	(8 993,0)	(7 649,9)	(475,8)	(867,3)	(2 004,0)	1 596,9	407,1	607,5	.	.	.	Mai	
44,8	25,8	5 273,5 ¹⁰⁾	5 603,8	8 789,7	7 693,7	395,9	700,1	2 861,2	1 723,9	452,9	621,0	77,2	376,9	964,2	Juni	
46,7	30,8	5 302,6	5 640,8	8 919,6	7 831,1	379,2	709,3	3 135,6	1 860,3	495,9	670,4	79,1	387,9	939,5	Juli	
62,2	40,5	5 322,6	5 685,0	9 169,9	8 075,0	374,9	720,0	3 493,5	2 030,4	548,1	745,0	80,2	394,5	999,3	Aug.	
Kreditbanken																
.	.	1 290,2	.	(4 433,3)	(4 236,8)	(87,3)	(109,2)	(153,3)	144,7	8,6	29,5	.	.	.	April	
.	.	1 294,5	.	(4 389,2)	(4 201,0)	(77,3)	(110,9)	(159,7)	150,6	9,1	32,7	.	.	.	Mai	
0,6	5,5	1 292,1	1 368,6	4 353,3	4 140,9	104,6	107,8	341,3	162,0	8,8	31,2	41,2	126,0	209,4	Juni	
1,5	6,1	1 313,0	1 374,4	4 403,7	4 182,0	104,8	116,9	383,3	170,8	9,1	44,7	41,9	128,3	221,0	Juli	
1,6	5,3	1 324,6	1 385,6	4 526,4	4 276,6	132,4	117,4	431,1	179,1	9,2	48,2	42,5	129,9	219,5	Aug.	
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten																
.	.	370,9	.	(56,4)	(35,3)	(11,4)	(9,7)	(359,8)	604,9	54,9	157,6	.	.	.	April	
.	.	363,3	.	(55,4)	(33,1)	(12,4)	(9,9)	(757,6)	683,4	74,2	133,2	.	.	.	Mai	
0,1	14,5	353,4	418,9	45,5	40,3	1,5	3,7	844,3	734,8	85,4	147,2	1,3	14,1	30,6	Juni	
0,0	18,8	352,5	419,0	37,7	29,6	4,3	3,8	920,5	789,2	99,9	157,6	1,3	14,1	31,4	Juli	
0,0	18,5	350,1	418,4	51,8	43,6	4,1	4,1	997,4	849,4	107,5	165,9	1,3	14,2	31,2	Aug.	
Girozentralen																
.	.	262,1	.	(865,1)	(442,5)	(105,4)	(317,2)	(430,1)	192,2	237,9	253,2	.	.	.	April	
.	.	268,2	.	(902,2)	(457,6)	(105,0)	(339,6)	(448,9)	196,6	252,3	275,4	.	.	.	Mai	
36,2	5,4	262,1	285,6	861,5	491,3	76,1	294,1	571,4	195,0	256,0	292,0	1,8	21,4	102,4	Juni	
36,0	5,5	260,9	286,8	883,3	500,6	86,7	296,0	609,4	209,3	275,0	313,7	1,9	21,7	107,3	Juli	
36,1	16,1	257,3	286,9	925,6	536,9	87,5	301,2	678,5	222,8	303,3	345,4	1,9	22,2	123,9	Aug.	
Sparkassen																
.	.	2 431,5	.	(1 664,5)	(1 575,5)	(63,2)	(25,8)	(538,6)	476,8	61,8	44,3	.	.	.	April	
.	.	2 453,7	.	(1 704,0)	(1 614,0)	(63,1)	(26,9)	(584,0)	517,3	66,7	46,4	.	.	.	Mai	
5,1	—	2 415,9	2 546,4	1 700,3	1 644,1	43,4	12,8	739,4	578,0	77,4	40,4	5,9	143,5	326,8	Juni	
5,5	—	2 423,4	2 572,3	1 740,4	1 682,8	46,0	11,6	813,8	635,7	85,7	43,3	6,4	147,7	292,6	Juli	
5,8	—	2 416,5	2 569,8	1 771,9	1 717,6	43,5	10,8	905,3	703,6	101,4	48,0	6,5	150,0	309,4	Aug.	
Zentralkassen																
.	.	60,8	.	(432,4)	(177,9)	(1,1)	(253,4)	(0,8)	0,8	—	5,2	.	.	.	April	
.	.	60,4	.	(428,3)	(167,7)	(1,3)	(259,3)	(0,9)	0,9	—	8,6	.	.	.	Mai	
0,3	—	57,9	62,7	394,9	134,6	1,1	259,2	39,9	6,2	—	4,8	3,9	10,8	85,7	Juni	
0,6	—	59,6	64,7	389,1	131,0	0,8	257,3	46,6	10,0	—	4,0	4,0	13,2	73,4	Juli	
0,7	—	59,3	64,6	411,0	148,0	0,7	262,3	51,8	11,4	—	4,5	4,2	13,5	76,1	Aug.	
Kreditgenossenschaften																
.	.	715,7	.	(835,3)	(827,9)	(3,7)	(3,7)	(23,3)	22,1	1,2	9,5	.	.	.	April	
.	.	714,3	.	(847,3)	(839,0)	(4,2)	(4,1)	(24,5)	23,3	1,2	11,3	.	.	.	Mai	
2,2	0,0	714,2	742,0	887,2	876,4	5,7	5,1	48,0	13,3 ¹¹⁾	1,3	11,8	5,8	52,1	68,3	Juni	
2,2	0,0	715,5	744,1	903,2	892,5	5,3	5,4	54,7	14,8	2,3	12,3	5,9	53,8	73,1	Juli	
2,1	—	714,7	756,7	923,3	913,1	5,4	4,8	59,1	15,8	2,8	13,8	6,4	55,1	77,1	Aug.	
Sonstige Kreditinstitute																
.	.	28,7	.	(154,8)	(148,6)	(0,4)	(5,8)	(1,0)	1,0	—	5,1	.	.	.	April	
.	.	25,6	.	(163,9)	(155,7)	(0,3)	(7,9)	(1,0)	1,0	—	4,8	.	.	.	Mai	
0,3	—	26,8	27,2	153,8	147,9	0,0	5,9	5,5	5,1	—	4,6	11,3	7,3	8,3	Juni	
0,3	—	26,5	27,0	163,6	157,5	0,0	6,1	5,8	0,3	—	4,6	11,3	7,4	10,6	Juli	
0,3	—	26,3	27,4	169,7	163,8	0,0	5,9	8,0	0,3	—	4,3	11,4	7,6	15,1	Aug.	
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben																
.	.	82,8	.	(452,5)	(162,3)	(203,8)	(86,4)	(27,5)	23,9	3,6	92,1	.	.	.	April	
.	.	86,1	.	(502,7)	(181,9)	(212,3)	(108,5)	(27,4)	23,8	3,6	95,2	.	.	.	Mai	
0,2	0,4	151,0	152,3	393,3	218,1	163,6	11,6	271,4	29,4	24,0	89,1	5,9	1,8	132,5	Juni	
0,5	0,4	151,1	152,5	398,6	255,1	131,2	12,3	301,6	30,2	23,9	90,2	6,3	1,9	130,1	Juli	
15,7	0,6	173,8	175,6	390,1	275,6	101,1	13,4	362,4	48,0	23,9	114,8	6,0	2,2	146,9	Aug.	

führen. Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfasst. Die vorliegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — ⁴⁾ Einschließlich stitute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. Die bis Mai 1950 weichungen von der früher veröffentlichten Spalte „Zahl der berichtenden Institute“ ergeben. — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr fristiger Guthaben. — ⁷⁾ Abzüglich verkaufter Ausgleichsforderungen. — ⁸⁾ Bis einschließlich Mai 1950 enthalten die Debitoren auch langfristige Aus-Aktien usw., Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ¹⁰⁾ Ein effektiver Rückgang in Höhe von 18,5 Mill. DM Ausgleichsforderungen ausgewiesen. — ¹¹⁾ Rückgang dadurch bedingt, daß ab Juni 1950 eine Aufgliederung der langfristigen Ausleihungen der länd-

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute 4)	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto)								Einlagen auf Festkonto	aufgenommene Gelder ⁵⁾		
			mit	ohne	die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34)					Einlagen von Kreditinstituten		insgesamt	darunter	
					Sicht- und Termin-einlagen	Wirtschaftsunternehmen und Private		öffentlich-rechtliche Körperschaften	Spar-einlagen				für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingekommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite ⁶⁾
			Einlagen von Kreditinstituten	insgesamt		darunter Anlagekonto								
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	
1950														
Alle Banken														
April	3 567	.	15 023,5	13 560,0	10 068,7	7 212,4	310,4	2 856,3	3 491,3	1 463,5	9,3	1 515,5	(109,7)	.
Mai	3 567	.	15 707,5	14 151,6	10 572,8	7 538,8	308,8	3 034,0	3 578,8	1 555,9	9,1	1 657,6	(116,2)	.
Juni	3 571	25 202,3	16 015,5	14 306,1	10 611,0	7 830,6	291,7	2 780,4	3 695,1	1 709,4	. ¹¹⁾	1 752,7	276,2	9,3
Juli	3 572	25 937,1	16 398,5	14 798,4	11 076,7	8 388,1	.	2 688,6	3 721,7	1 600,1	.	1 657,8	243,6	9,3
Aug.	3 573	27 126,0	17 164,0	15 519,9	11 783,4	9 068,3	.	2 715,1	3 736,5	1 644,1	.	1 732,0	240,2	8,1
Kreditbanken														
April	252	.	5 560,6	5 068,1	4 692,6	3 977,0	45,0	715,6	375,5	492,5	1,6	515,1	(51,8)	.
Mai	252	.	5 871,7	5 322,1	4 933,9	4 192,2	44,1	741,7	388,2	549,6	1,5	519,4	(53,5)	.
Juni	256	8 925,1	6 028,5	5 451,9	5 041,8	4 385,8	39,7	656,0	410,1	576,6	. ¹¹⁾	549,0	67,3	8,4
Juli	256	9 290,7	6 383,1	5 885,1	5 468,8	4 800,5	.	668,3	416,3	498,0	.	499,5	34,3	6,5
Aug.	256	9 869,0	6 934,8	6 410,2	5 988,9	5 309,3	.	679,6	421,3	524,6	.	518,0	37,5	6,4
Hypothekendarlehen und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten														
April	38	.	15,9	14,4	14,1	5,6	0,1	8,5	0,3	1,5	0,0	16,4	(3,4)	.
Mai	38	.	20,2	19,3	19,0	5,4	0,1	13,6	0,3	0,9	0,0	20,1	(4,4)	.
Juni	38	1 664,0	25,7	23,7	23,4	5,6	0,0	17,8	0,3	2,0	. ¹¹⁾	32,3	12,0	—
Juli	38	1 727,4	14,3	12,8	12,5	4,2	.	8,3	0,3	1,5	.	32,9	7,8	—
Aug.	38	1 797,6	16,3	13,5	13,2	4,5	.	8,7	0,3	2,8	.	41,2	7,6	—
Girozentralen														
April	18	.	1 902,0	1 247,4	1 200,6	217,6	7,5	983,0	46,8	654,6	0,1	201,5	(1,8)	.
Mai	18	.	2 008,0	1 324,6	1 276,6	234,8	7,4	1 041,8	48,0	683,4	0,1	244,8	(3,2)	.
Juni	18	3 425,0	1 999,0	1 238,6	1 188,9	283,3	7,5	905,6	49,7	760,8	. ¹¹⁾	267,8	98,5	0,2
Juli	18	3 462,8	1 944,7	1 176,6	1 126,4	326,3	.	800,1	50,2	768,1	.	258,5	102,7	1,3
Aug.	18	3 562,6	1 919,8	1 144,8	1 094,3	342,9	.	751,4	50,5	775,0	.	296,1	104,4	1,0
Sparkassen														
April	885	.	5 459,4	5 402,1	2 944,5	1 935,1	195,8	1 009,4	2 457,6	57,3	5,9	284,6	(23,7)	.
Mai	885	.	5 690,3	5 633,7	3 113,3	1 999,3	195,0	1 114,0	2 520,4	56,6	5,7	295,4	(23,3)	.
Juni	884	6 823,0	5 749,3	5 677,1	3 078,0	2 027,0	186,2	1 051,0	2 599,1	72,2	. ¹¹⁾	301,6	43,6	0,0
Juli	885	6 988,4	5 856,7	5 784,8	3 170,2	2 086,2	.	1 084,0	2 614,6	71,9	.	283,2	41,6	0,0
Aug.	885	7 184,2	6 011,4	5 941,5	3 318,2	2 182,5	.	1 135,7	2 623,3	69,9	.	287,9	39,7	—
Zentralkassen														
April	32	.	323,4	112,5	102,9	86,2	3,4	16,7	9,6	210,9	0,0	179,1	(4,4)	.
Mai	32	.	334,7	118,7	109,0	89,3	3,4	19,7	9,7	216,0	0,0	203,7	(7,0)	.
Juni	32	738,3	355,2	130,4	120,5	102,8	3,1	17,7	9,9	224,8	. ¹¹⁾	153,2	2,5	—
Juli	32	736,1	356,3	138,9	128,8	109,7	.	19,1	10,1	217,4	.	158,2	1,4	—
Aug.	32	762,6	347,7	124,4	114,4	94,7	.	19,7	10,0	223,3	.	168,6	1,4	—
Kreditgenossenschaften														
April	2 294	.	1 473,6	1 463,0	869,8	833,3	55,7	36,5	593,2	10,6	1,4	228,1	(15,5)	.
Mai	2 294	.	1 514,2	1 504,9	900,8	861,9	55,9	38,9	604,1	9,3	1,3	224,3	(15,3)	.
Juni	2 295	2 115,9	1 535,4	1 526,2	907,9	871,3	52,6	36,6	618,3	9,2	. ¹¹⁾	246,3	17,1	—
Juli	2 295	2 161,2	1 568,0	1 558,5	935,8	898,7	.	37,1	622,7	9,5	.	234,5	18,1	—
Aug.	2 295	2 205,9	1 610,8	1 600,4	976,4	937,1	.	39,3	624,0	10,4	.	232,7	17,2	—
Sonstige Kreditinstitute														
April	38	.	101,8	97,3	89,1	85,6	2,3	3,5	8,2	4,5	0,3	54,3	(3,9)	.
Mai	38	.	105,3	99,4	91,4	88,0	2,3	3,4	8,0	5,9	0,3	58,0	(4,1)	.
Juni	36	307,8	85,6	81,1	73,4	70,4	1,9	3,0	7,7	4,5	. ¹¹⁾	66,0	9,7	0,7
Juli	36	329,8	97,5	92,2	84,8	82,7	.	2,1	7,4	5,3	.	70,1	11,2	1,5
Aug.	36	360,5	112,2	107,0	99,9	97,6	.	2,3	7,1	5,2	.	75,0	13,0	0,7
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben														
April	10	.	186,9	155,2	155,1	72,1	0,7	83,0	0,1	31,7	0,0	36,4	(5,2)	.
Mai	10	.	163,3	129,0	128,9	68,0	0,7	60,9	0,1	34,3	0,0	91,8	(5,3)	.
Juni	12	1 203,2	236,8	177,0	176,9	84,3	0,6	92,6	0,1	59,8	. ¹¹⁾	136,4	25,6	—
Juli	12	1 240,8	178,0	149,6	149,5	79,7	.	69,8	0,1	28,4	.	121,0	26,5	0,0
Aug.	13	1 383,6	211,1	178,2	178,1	99,7	.	78,4	0,1	32,9	.	112,5	19,5	—

*¹⁾ Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, — ²⁾ Nicht mehr ohne weiteres vergleichbare Zahlen sind durch () gekennzeichnet. — ³⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag schließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe Über- Die bis Mai 1950 getrennt erfaßten Filialen sind bei der rückwirkenden Bereinigung der Zahlenreihen ebenfalls nur als ein Institut eingesetzt, so daß nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — ⁴⁾ Ab August 1949 sind die Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit kreditanstalten in Höhe von rd. 100 Mill. DM, Stand Juni 1950. — ⁵⁾ Es handelt sich um Institute, die nach der Währungsreform gegründet wurden, gleichposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ⁶⁾ Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ enthaltene noch nicht weiter-

banken
Bankengruppen

IV. Monatliche Bankenstatistik
(Bilanzstatistik)

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
Mill. DM

Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuldverreibungen im Umlauf	aufgenommene langfristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ⁹⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 43, 47, 48, z. T. Sp. 33) ¹⁰⁾ (ohne Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften)				Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten	Stand am Monatsende
				insgesamt	darunter			Kreditanstalt für Wiederaufbau	Kreditinstitute (ohne Sp. 53)	öffentliche Stellen	sonstige				
					Neubildung seit dem 21. 6. 1948 ⁷⁾	Eigenkap. von neu gegründeten Instituten ⁸⁾									
45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	
Alle Banken															
1 598,3	1 159,7	1 036,1	576,2	954,0	369,8	153,3	848,5	148,4	2 393,4	April
1 509,3	1 188,5	1 172,9	608,2	965,5	369,1	153,3	816,3	149,5	2 348,2	Mai
1 450,0	1 195,9	1 440,4	621,0	1 047,0	404,3 ⁷⁾	164,9	1 679,8	679,2	545,3	1 034,0	158,8	907,6	136,0	2 317,9	Juni
1 448,4	1 225,7	1 632,9	670,4	1 067,2	406,3	165,1	1 836,2	779,8	625,1	1 024,4	160,1	949,1	142,2	2 244,0	Juli
1 368,0	1 290,0	1 848,4	745,0	1 090,7	414,4	165,1	1 887,9	916,8	675,1	1 122,1	173,2	1 103,2	136,0	2 136,2	Aug.
Kreditbanken															
1 240,1	194,4	119,5	29,5	186,2	9,1	2,0	687,5	37,1	1 375,3	April
1 158,8	198,0	134,0	32,5	189,4	8,9	2,0	651,0	36,6	1 314,3	Mai
1 059,7	185,0	211,5	31,2	197,0	15,1	4,0	663,2	136,5	90,5	38,2	50,5	705,8	25,5	1 298,3	Juni
1 006,2	188,2	249,2	44,7	197,8	14,9	4,0	722,0	162,4	96,8	39,5	37,5	734,9	29,7	1 190,9	Juli
924,2	189,0	309,2	48,2	198,5	14,7	4,0	747,1	215,0	106,2	43,5	47,3	876,3	29,5	1 082,2	Aug.
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten															
—	701,9	200,3	136,0	241,9	153,7	1,7	0,1	—	—	April
—	710,0	246,4	133,4	246,7	153,8	1,7	0,1	—	—	Mai
—	689,3	341,6	147,2	250,9	157,6 ⁷⁾	1,8	177,0	119,1	55,5	309,3	27,3	2,2	—	—	Juni
—	704,8	383,7	157,6	255,6	162,4	1,8	178,5	140,4	55,0	331,4	25,2	2,3	—	—	Juli
—	713,8	426,9	165,9	257,5	164,2	1,8	176,0	150,5	63,8	366,6	25,0	3,0	—	—	Aug.
Girozentralen															
8,4	209,2	374,7	253,2	54,6	19,0	—	25,0	1,1	105,6	April
7,7	222,0	396,6	275,4	55,4	18,9	—	24,9	1,3	87,0	Mai
7,2	174,8	449,8	292,0	54,3	18,7	—	180,1	220,0	140,4	499,8	28,5	36,3	1,7	76,8	Juni
11,0	185,2	502,5	313,7	54,9	18,7	—	192,3	252,8	177,7	470,8	32,9	38,2	1,7	93,5	Juli
5,7	205,8	542,6	345,4	55,8	18,7	—	191,4	287,0	183,8	500,6	34,2	47,6	1,6	107,5	Aug.
Sparkassen															
36,5	—	155,5	45,0	202,8	1,2	—	34,9	9,9	125,8	April
32,1	—	172,0	47,1	203,9	0,1	—	35,9	10,3	137,9	Mai
36,3	0,0	179,6	40,4	190,7	11,9	—	325,1	9,9	190,0	69,9	9,3	39,2	10,4	146,3	Juni
42,0	—	205,2	43,3	199,4	7,1	—	358,6	6,8	213,0	78,9	9,0	41,3	9,7	149,0	Juli
41,8	—	225,8	48,1	200,4	8,3	—	368,8	6,8	233,8	84,3	9,5	42,5	8,3	153,2	Aug.
Zentralkassen															
102,6	—	7,5	5,2	19,3	3,7	—	51,6	27,1	325,4	April
95,9	—	9,2	8,6	19,1	3,7	—	52,8	29,5	330,0	Mai
87,5	0,5	26,6	4,8	18,6	4,0	—	91,9	2,6	30,0	0,7	1,4	58,8	28,8	332,9	Juni
85,3	0,5	32,4	4,0	19,2	4,0	—	80,2	3,5	32,9	0,6	1,5	61,8	29,6	336,4	Juli
90,8	0,5	38,6	4,5	21,9	6,1	—	90,0	4,1	39,1	0,3	1,5	60,7	29,0	319,9	Aug.
Kreditgenossenschaften															
106,0	—	4,4	10,1	80,8	29,6	0,2	32,8	55,1	162,0	April
105,7	—	5,4	11,3	82,4	30,6	0,2	34,5	54,4	163,8	Mai
105,1	0,0	16,3	11,8	109,5	36,7	0,2	91,5	2,4	19,1	6,2	9,1	39,5	53,9	174,0	Juni
103,4	0,0	20,1	12,3	114,2	38,1	0,2	108,7	2,8	22,8	6,0	9,2	41,5	56,2	177,1	Juli
99,1	0,0	22,7	13,8	116,5	41,0	0,2	110,3	3,3	23,2	7,1	9,8	41,0	53,5	176,0	Aug.
Sonstige Kreditinstitute															
33,3	—	8,1	5,1	23,4	9,7	5,5	13,0	18,0	58,1	April
34,9	—	8,4	4,8	23,5	9,2	5,5	13,7	17,3	64,6	Mai
37,8	—	4,4	4,6	28,6	6,8	5,5	80,8	—	5,8	8,4	4,5	15,8	15,5	69,9	Juni
38,0	—	4,5	4,6	28,8	7,7	5,7	86,3	—	6,1	8,5	5,7	19,1	15,3	71,5	Juli
35,6	—	9,0	4,3	28,8	7,7	5,7	95,6	—	11,0	8,7	6,6	19,9	13,8	72,7	Aug.
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
71,4	54,3	166,1	92,1	145,0	143,9	143,9	3,5	0,1	241,2	April
74,3	58,5	200,9	95,2	145,0	143,9	143,9	3,4	0,1	250,5	Mai
116,4	146,2	210,6	89,1	197,4	153,4	153,4	70,3	188,7	14,2	101,4	28,3	10,0	0,2	219,8	Juni
162,4	147,0	235,2	90,2	197,5	153,4	153,4	109,5	211,1	20,7	88,7	39,0	9,9	0,1	225,6	Juli
170,9	180,8	273,6	114,8	211,4	153,4	153,4	108,5	250,0	14,1	111,2	39,3	12,2	0,2	224,7	Aug.

führen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — ⁴⁾ Einregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Institute stets nur als ein Institut gezählt. sich kleine Abweichungen von der früher veröffentlichten Spalte „Zahl der berichtenden Institute“ ergeben. — Veränderungen entstehen durch Abgang einbezogen. — ⁶⁾ Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — ⁷⁾ In der Neubildung enthaltene Kapitalbeteiligung eines Landes an zwei Landeswie z. B. die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — ⁹⁾ Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen“ und Bilanzausgeleitete zweckgebundene Mittel. — ¹¹⁾ Ab Juni 1950 sind die Einlagen auf Festkonto je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den

b) Gliederung der Einlagen von Nichtbanken nach

(ohne

Monatliche Bankenstatistik*) 1); Gesamterhebung²⁾ der Bank deutscher Länder

in

Stand am Monatsende	Einlagen von Nichtbanken (ohne Spareinlagen)					
	insgesamt ³⁾	davon				
		Sichteinlagen (bis weniger als 30 Tage)		befristete Einlagen ⁴⁾		
		Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffentliche Hand	Wirtschaftsunternehmen und Private		Öffentliche Hand
insgesamt	darunter Anlagekonten					
	1	2	3	4	5	6
1949						
Januar	7 381,5	4 653,3	1 347,9	617,5	329,9	762,8
März	8 008,5	4 943,8	1 331,0	806,2	376,9	927,5
Juni	8 829,6 ⁶⁾	5 464,7 ⁶⁾	1 598,9	924,5 ⁶⁾	383,5	841,5
Juli	8 827,3 ⁶⁾	5 392,5 ⁶⁾	1 545,2	943,3 ⁶⁾	352,7	946,3
August	9 152,5	5 557,4	1 657,2	1 016,4	347,6	921,5
September	9 328,2	5 767,1	1 641,5	1 026,9	343,0	892,7
Oktober	9 693,9	6 090,0	1 650,2	1 045,8	335,6	907,9
November	9 733,6	6 068,8	1 623,6	992,3	327,9	1 048,9
Dezember	9 786,1	6 013,9	1 685,5	1 091,9	318,9	994,8
1950						
Januar	9 532,0	5 632,2	1 660,2	1 162,0	316,8	1 077,6
Februar	9 581,4	5 529,2	1 567,5	1 221,2	314,1	1 263,5
März	9 712,2	5 610,3	1 542,1	1 309,2	312,0	1 250,6
April	10 068,7	5 789,2	1 506,6	1 423,2	310,4	1 349,7
Mai	10 572,8	6 042,5	1 540,9	1 496,3	308,8	1 493,1
Juni ⁷⁾	10 611,0	6 073,6	1 375,2	1 757,0	291,7	1 405,2

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltungsmeldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckderer Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kre-1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereiländlichen Kreditgenossenschaften, für die eine Aufgliederung auf die Spalten 7 bis 14 nicht vorliegt. — ⁵⁾ In den gehaltenen Einlagen der ländlichen Kreditgenossenschaften (Juni 267,7 Mill. DM, Juli 270,9 Mill. DM) sind schätzungs-Einlagen jeweils nur zum Quartalsultimo aufgegliedert.

banken

Fristigkeit bei den Kreditinstituten im Bundesgebiet

Spareinlagen)

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

die Spalten 4 und 6 ⁴⁾ gliedern sich in Einlagen mit Kündigungsfrist bzw. Laufzeit von:								Stand am Monatsende
30 Tagen bis 89 Tage		90 Tagen bis 179 Tage		180 Tagen bis 359 Tage		360 Tagen und darüber (einschl. Anlagekonten)		
Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffentliche Hand	Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffentliche Hand	Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffentliche Hand	Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffentliche Hand	
7	8	9	10	11	12	13	14	
.	1949
203,0	371,5	182,8	209,8	82,6	206,3	425,2	53,9	Januar
233,4	455,2	179,0	211,9	99,2	222,5	400,8	56,7	März
273,3	434,7	197,7	175,4	102,4	249,6	407,4	61,8	Juni
257,0	452,3	200,8	140,9	121,9	235,4	413,0	64,1	Juli
272,4	465,5	199,7	137,7	129,3	231,0	409,7	73,7	August
237,3	551,6	188,6	160,3	137,1	231,7	394,5	105,3	September
295,4	505,1	210,3	175,1	141,8	199,4	409,0	115,2	Oktober
306,9	563,0	243,5	174,7	160,9	226,2	417,4	113,7	November
310,5	662,8	267,8	207,5	178,2	261,9	428,9	131,3	Dezember
328,1	637,8	296,6	227,6	202,2	232,8	447,2	152,4	1950
374,7	734,5	317,3	209,8	232,2	247,8	463,7	157,6	Januar
421,8	785,0	312,6	248,9	246,0	272,2	481,4	187,0	Februar
497,1	641,5	409,1	323,8	285,5	295,0	531,7	144,9	März
								April
								Mai
								Juni ⁷⁾

der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrektur-
ämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute,
ditinstitute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni
nigt. — ³⁾ Bis einschließlich Mai 1950 ohne Festkonto. — ⁴⁾ Ohne die in den Spalten 1 und 4 enthaltenen Einlagen der
fristeten Einlagen ist im Gegensatz zu bisherigen Publikationen auch das Anlagekonto mit erfaßt. — ⁶⁾ Die hierin ent-
weise zu 99 vH den Sichteinlagen und zu 1 vH den befristeten Einlagen zugeschlagen. — ⁷⁾ Ab Juni 1950 werden die

noch: 1. Geschäftsbanken

c) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr bei den Kreditinstituten

Monatliche Bankenstatistik*)¹⁾; Gesamterhebung²⁾ der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Spar-einlagen-bestand am Monats-anfang ⁴⁾	Ein-zahlungen	Aus-zahlungen	Saldo der Ein- und Aus-zahlungen	Zugänge aus Zinsen	Sonstige ³⁾ Veränderungen (z. B. Um-stellung, Zu- bzw. Abgang von Instituten usw.)	Spareinlagenbestand am Monatsende	
							insgesamt ⁴⁾	darunter steuer-begünstigte Spar-einlagen
	1	2	3	4	5	6	7	8
1949								
Januar	1 560,1	1 722,9	.
März	1 873,8	2 038,1	.
Juni	2 294,3	207,3	147,2	+ 60,1	0,8	+ 37,5	2 392,7	13,8
Juli	2 393,1	236,8	153,2	+ 83,6	1,3	+ 23,6	2 501,6	20,6
Aug.	2 501,6	221,2	142,2	+ 79,0	0,5	+ 15,4	2 596,5	25,1
Sept.	2 596,4	222,6	171,3	+ 51,3	0,4	+ 12,1	2 660,2	32,8
Okt.	2 659,9	225,2	165,5	+ 59,7	0,3	+ 9,1	2 729,0	48,2
Nov.	2 729,0	234,0	163,7	+ 70,3	0,4	+ 8,1	2 807,8	60,4
Dez.	2 807,3	309,5	189,7	+ 119,8	32,9	+ 6,2	2 966,2	89,9
1950								
Jan.	2 967,3	309,0	158,3	+ 150,7	15,9	+ 3,0	3 136,9	103,9
Febr.	3 136,9	265,1	147,6	+ 117,5	8,2	+ 4,4	3 267,0	112,2
März	3 267,2	286,6	178,2	+ 108,4	4,5	+ 2,7	3 382,8	122,6
April	3 382,7	278,5	173,8	+ 104,7	2,0	+ 1,9	3 491,3	132,2
Mai	3 401,2	272,6	187,4	+ 85,2	1,4	+ 1,0	3 578,8	142,3
Juni	3 566,9	303,4	189,4	+ 114,0	1,4	+ 12,8	3 695,1	172,4
Juli	3 695,1	254,8	230,0	+ 24,8	0,7	+ 1,1	3 721,7	184,8
Aug.	3 721,7	240,8	225,3	+ 15,5	0,6	/- 1,3	3 736,5	194,0

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — ³⁾ Bis einschließlich Mai 1950 nur Zugänge aus Umstellung. — ⁴⁾ Bis Mai 1950 auftretende Differenzen gegenüber dem Endbestand des Vormonats erklären sich aus Umbuchungen verschiedener Institute, die ab Juni 1950 in einer Sonderposition erfaßt werden (Spalte 6).

2. Postscheckämter und Postsparkasse

IV. Monatliche Bankenstatistik
(Bilanzstatistik)

a) Einlagen und Vermögenswerte

in Mill. DM

Stand am Monats- ende	Einlagen der Postscheck- und Postsparkassenämter ¹⁾											Vermögenswerte ²⁾						
	Einlagen (einschl. Anlagekonto) insgesamt mit Einlagen von Kreditinstituten (Sp. 3 + 7 + 8)		Spalte 1 gliedert sich in:									Kasse und Bank- gut- haben	Schatz- wechsel des Bundes und der Länder	verzins- liche Wert- papiere	Aus- gleichs- forde- rungen (einschl. ange- kaufte)	mittel- und langfristige Ausleihungen		
			Einlagen auf Postscheckkonto						Einlagen auf Postspar- kassenkonto		Einlagen auf Festkonto bei den					davon		
	insgesamt (Spalte 4+6)		Einlagen von Nichtbanken			Einlagen von Kredit- instituten							ins- gesamt	dar. An- lage- konto	Post- scheck- ämtern	Post- spar- kassen- ämtern	Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	öffentl.- rechtl. Körper- schaften
			insgesamt	Wirtschafts- unternehmen und Private	dar. Anl.- konto				insgesamt	dar. Anlage- konto	Post- scheck- ämtern	Post- spar- kassen- ämtern						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	
1949																		
Jan.	812,4	653,3	604,9	481,0	7,4	123,9	159,1	48,4	3,9	15,0	12,2	—	—	—	—	—	—	
März	840,9	673,4	608,7	487,2	8,7	121,5	167,5	64,7	5,8	5,2	7,1	—	—	—	—	—	—	
Juni	792,6	679,2	595,1	493,4	8,6	101,7	113,4	84,1	7,6	2,3	1,9	—	—	—	—	—	—	
Juli	793,5	684,1	594,1	497,9	6,8	96,2	109,4	90,0	7,2	2,0	1,6	—	—	—	—	—	—	
Aug.	782,5	676,7	581,2	475,2	6,3	106,0	105,8	95,5	7,4	1,7	1,4	—	—	—	—	—	—	
Sept.	812,3	699,3	600,7	498,4	6,1	102,3	113,0	98,6	7,5	1,6	1,2	—	—	—	—	—	—	
Okt.	837,0	721,7	623,1	505,4	5,6	117,7	115,3	98,6	6,5	1,4	1,1	—	—	—	—	—	—	
Nov.	836,6	720,1	619,9	506,1	5,3	113,8	116,5	100,2	6,5	1,3	1,0	—	—	—	—	—	—	
Dez.	874,1	746,3	645,5	525,1	5,1	120,4	127,8	100,8	6,4	1,3	0,9	—	—	—	—	—	—	
1950																		
Jan.	811,7	699,3	589,7	475,1	5,0	114,6	112,4	109,6	6,3	1,2	1,1	161,7	107,7	136,0	308,8	—	67,8	32,0
Febr.	818,0	704,8	588,8	474,0	5,0	114,8	113,2	116,0	6,5	1,1	0,9	154,4	112,7	136,0	308,9	—	74,0	34,0
März	827,7	713,7	591,7	474,6	5,0	117,1	114,0	122,0	6,5	1,1	0,9	175,2	112,7	136,0	308,9	—	61,8	35,1
April	858,1	743,7	617,8	500,2	4,9	117,6	114,4	125,9	6,5	1,1	0,8	208,4	112,7	136,0	306,0	—	62,3	34,6
Mai	903,4	767,9	637,9	522,3	4,1	115,6	135,5	130,0	6,5	0,7	0,7	239,2	112,7	136,0	336,1	—	50,7	30,1
Juni	899,7	783,6	645,6	527,8	4,1	117,8	116,1	138,0	6,5	.. ³⁾	.. ³⁾	158,5	112,7	137,0	319,2	—	142,2	30,1
Juli	905,9	791,1	650,5	544,4	4,1	106,1	114,8	140,6	6,5	163,2	217,7	136,0	215,6	—	143,8	29,6
Aug.	888,0	770,1	630,7	533,5	4,1	97,2	117,9	139,4	6,5	95,4	232,7	164,1	217,1	—	149,1	29,6

¹⁾ Lt. Meldungen der Postscheck- und Postsparkassenämter zur Bankenstatistik. — ²⁾ Lt. Angaben des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen. — ³⁾ Ab Juni 1950 sind die Einlagen auf Festkonto in den Spalten 3 und 4 bzw. 8 mit enthalten.

b) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr bei den Postsparkassenämtern

in Mill. DM

Stand	Spareinlagen- bestand am Monats- anfang	Ein- zahlungen	Aus- zahlungen	Saldo der Ein- und Auszahlungen	Zugänge aus Zinsen	sonstige ¹⁾ Veränderungen (z. B. Um- stellung, Um- buchung usw.)	Spareinlagen- bestand am Monats- ende
1	2	3	4	5	6	7	
1949							
Januar	38,8	44,5	
März	51,9	58,9	
Juni	71,9	8,7	7,7	+ 1,0	—	76,5	
Juli	76,5	11,5	8,1	+ 3,4	0,0	82,8	
August	82,8	12,9	9,5	+ 3,4	0,0	88,1	
September	88,1	11,5	9,9	+ 1,6	0,0	91,1	
Oktober	91,1	9,8	9,8	0,0	0,0	92,1	
November	92,1	8,9	7,9	+ 1,0	0,0	93,7	
Dezember	93,7	9,0	8,9	+ 0,1	0,1	94,4	
1950							
Januar	94,4	14,0	6,3	+ 7,7	0,8	103,3	
Februar	103,3	12,2	6,9	+ 5,3	0,6	109,5	
März	109,5	14,4	8,8	+ 5,6	0,1	115,5	
April	115,5	11,9	8,2	+ 3,7	0,0	119,4	
Mai	119,4	13,8	10,0	+ 3,8	0,1	123,5	
Juni	123,5	18,8	11,9	+ 6,9	0,1	130,7	
Juli	130,7	16,7	14,4	+ 2,3	0,1	133,3	
August	133,3	15,6	17,0	./. 1,4	0,1	132,2	

¹⁾ Bis einschließlich Mai 1950 nur Zugänge aus Umstellung.

3. Zur Entwicklung der Bausparkassen im Bundesgebiet
in Mill. DM

Stand am Monatsende	Ausleihungen		Ausgleichsforderungen		Einlagen und aufgenommene Gelder			
	Hypo- theken	Zwischen- kredite	Ausgleichs- forderungen im Bestand	verkaufte Ausgleichs- forderungen	Spareinlagen		auf- genommene Fremdmittel	
					Gesamtbestand	darunter umgestellte RM-Spareinlagen		
	1	2	3	4	5	6	7	
Bausparkassen insgesamt								
1949	Oktober	
	November	
	Dezember	
1950	Januar	75,1	57,5	56,8	4,2	230,5	80,6	23,6
	Februar	79,6	64,3	56,6	5,4	246,9	79,5	24,8
	März	85,1	73,2	54,7	7,1	277,5	77,9	25,2
	April	91,1	77,6	53,4	9,5	299,9	77,1	25,2
	Mai	99,9	91,8	52,8	10,2	323,0	76,3	22,8
	Juni	113,2	103,9	52,4	10,6	351,8	75,5	26,8
	Juli	122,4	121,2	52,3	10,5	378,6	75,0	27,2
	August	137,1	147,6	52,5	10,4	403,7	74,1	27,7
	September	149,6	168,6	49,4	13,4	431,9	.	26,0
Private Bausparkassen								
1949	Oktober	32,2	8,5	46,8	—	114,4	.	0,6
	November	36,1	9,4	46,3	0,4	119,6	62,7	0,6
	Dezember	40,6	10,6	44,5	3,2	135,0	62,0	0,7
1950	Januar	43,2	10,9	44,3	3,4	145,3	61,5	0,4
	Februar	47,4	12,5	43,0	4,6	152,5	60,4	0,4
	März	52,4	11,7	41,0	5,8	168,7	58,8	0,3
	April	57,7	12,1	38,6	8,2	176,7	58,0	0,1
	Mai	64,9	14,7	37,9	8,9	185,4	57,2	0,4
	Juni	72,4	18,3	37,4	9,3	197,0	56,4	0,4
	Juli	77,9	20,4	37,5	9,2	208,8	55,9	0,9
	August	89,6	27,0	37,6	9,1	219,4	55,0	0,9
	September	98,0	33,4	34,5	12,1	236,5	.	0,9
Öffentl. Bausparkassen								
1949	Oktober
	November
	Dezember
1950	Januar	31,9	46,6	12,5	0,8	85,2	19,1	23,2
	Februar	32,2	51,8	13,6	0,8	94,4	19,1	24,4
	März	32,7	61,5	13,7	1,3	108,8	19,1	24,9
	April	33,4	65,5	14,8	1,3	123,2	19,1	25,1
	Mai	35,0	77,1	14,9	1,3	137,6	19,1	22,4
	Juni	40,8	85,6	15,0	1,3	154,8	19,1	26,4
	Juli	44,5	100,8	14,8	1,3	169,8	19,1	26,3
	August	47,5	120,6	14,9	1,3	184,3	19,1	26,8
	September	51,6	135,2	14,9	1,3	195,4	.	25,1

V. Kreditvolumen

1. Kurzfristige Kredite¹⁾ der Geschäftsbanken und des Zentralbanksystems

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Geschäftsbanken ²⁾				Zentralbank-system (BdL und LZB) ⁴⁾	insgesamt
	nach der monatlichen Bankenstatistik		Zuschlag für die statistisch nicht erfaßten Institute (Schätzung) ³⁾	insgesamt		
	insgesamt	darunter Valutaforderungen aus der RM-Zeit				
1949						
Januar	4 901 ⁵⁾		45	4 946	87	5 033
Februar	5 265	bis einschl.	48	5 313	69	5 382
März	5 551	Juli 1949	51	5 602	172	5 774
April	5 887	statistisch	54	5 941	342	6 283
Mai	6 124	nicht erfaßt	56	6 180	311	6 491
Juni	6 407 ⁶⁾		59	6 466	401	6 867
Juli	6 823		62	6 885	314	7 199
August	7 625 ⁷⁾	267	67	7 692	239	7 931
September	8 060	267	72	8 132	264	8 396
Oktober	8 872	269	150 ⁸⁾	9 022	259	9 281
November	9 502	271	155	9 657	232	9 889
Dezember	9 848	276	158	10 006	447	10 453
1950						
Januar	10 218	275	161	10 379	374	10 753
Februar	10 604	281	165	10 769	388	11 157
März	10 986	282	169	11 155	420	11 575
April	11 128	284	171	11 299	601	11 900
Mai	11 222	285	172	11 394	1 028	12 422
Juni	11 466	.	175	11 641	1 670 ⁹⁾	13 311 ⁹⁾
Juli	11 640	.	177	11 817	1 483	13 300
August	11 855	.	179	12 034	1 715	13 749

1) Ohne Kredite an Geldinstitute. — 2) Kontokorrent-, Akzept-, Wechsel- und sonstige kurzfristige Kredite. — 3) Statistisch nicht erfaßt sind lediglich diejenigen Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. — 4) Schatzwechsel, Kassenvorschüsse, Lombardkredite an die öffentliche Hand, Wertpapiere (einschl. der von Versicherungsunternehmen und Bausparkassen angekauften Ausgleichsforderungen) und Direktkredite an Wirtschaft und Private (letztere nur von den Landeszentralbanken der französischen Zone). — 5) Ab Januar einschließlich Schatzwechsel. — 6) Ab Juni einschließlich unverzinsliche Schatzanweisungen. — 7) Ab August einschließlich Valutaforderungen aus der RM-Zeit. — 8) Erhöhung auf Grund neuer Erhebung; rückwirkende Berichtigung unterblieben. — 9) Zunahme in Höhe von 400 Mill. DM bedingt durch die Übertragung des „suspense account-Kredits“.

Monatliche Bankenstatistik*) 1); Gesamterhebung²⁾ der Bank deutscher Länder
in

Stand am Monats- ende	Kredite an von den Spalten 1													
	insgesamt						Wirtschaftsunternehmen und Private							
	kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Lauf- zeit bis zu 6 Mo- naten)	davon		Wechsel- obligo der Kund- schaft, Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisungen	mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ⁵⁾	langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlau- fende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾	kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon			mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlauf- Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾
		ins- gesamt	darunter Akzept- kredite					ins- gesamt	darunter Akzept- kredite	Wechsel- obligo der Kund- schaft		ins- gesamt	darunter Akzept- kredite	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
1949														
Jan.	4 900,6	2 855,6	.	2 045,0	614,6	4 623,6	2 788,4	.	1 835,2			524,1		
März	5 551,2	3 368,3	.	2 182,9	705,3	5 234,9	3 299,8	.	1 935,1			607,1		
Juni	6 406,7	4 088,4	1 082,2	2 318,3	1 420,1	6 017,1	3 932,6	1 081,4	2 084,5			1 270,4		
Juli	6 823,1	4 421,3	1 184,8	2 401,8	1 435,5	6 447,0	4 269,4	1 179,2	2 177,6			1 250,5		
Aug.	7 624,5 ⁷⁾	5 069,0	1 388,1	2 555,5	1 401,3 ⁸⁾	7 238,4 ⁸⁾	4 943,4	1 387,7	2 295,0			1 194,4 ¹⁰⁾		
Sept.	8 060,1	5 436,3	1 567,6	2 623,8	1 530,2	7 673,3	5 292,8	1 567,2	2 380,5			1 314,6		
Okt.	8 871,9	6 114,0	1 868,1	2 757,9	1 693,1	8 468,8	5 961,8	1 865,2	2 507,0			1 465,6		
Nov.	9 501,7	6 617,4	2 073,2	2 884,3	1 840,8	8 931,0	6 346,0	2 005,9	2 585,0			1 615,3		
Dez.	9 848,2	6 653,2	2 063,8	3 195,0	2 085,5	9 120,9	6 215,1	1 982,1	2 905,8			1 817,8		
1950														
Jan.	10 217,6	6 911,8	2 020,7	3 305,8	2 370,9 ¹¹⁾	9 614,7	6 626,1	1 944,0	2 988,6			2 067,8 ¹¹⁾		
Febr.	10 604,1	7 156,0	1 968,6	3 448,1	2 578,4	9 904,6	6 794,3	1 863,0	3 110,3			2 226,4		
März	10 986,3	7 276,1	2 139,4	3 710,2	2 879,9	10 078,4	6 799,4	2 038,4	3 279,0			2 463,5		
April	11 127,7	7 281,6	2 076,1	3 846,1	3 105,2	10 249,9	6 862,6	1 973,5	3 387,3			2 652,3		
Mai	11 221,9 ¹²⁾	7 261,5	2 027,0	3 960,4 ¹³⁾	3 326,9	10 315,6	6 845,8	1 924,6	3 469,8			2 836,8		
Juni	11 465,9	7 426,5	2 031,8	4 039,4	737,6	2 947,9	10 595,4	7 073,5	2 000,4	3 521,9	689,5	620,8	68,7	2 518,7
Juli	11 639,9	7 517,6	2 034,6	4 122,3	775,8	3 219,6	10 830,6	7 193,1	2 034,2	3 637,5	715,5	638,2	77,3	2 775,2
Aug.	11 854,4	7 717,2	2 082,7	4 137,2	817,9	3 637,6	11 095,5	7 399,1	2 082,2	3 696,4	755,8	676,2	79,6	3 113,9

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen darlegen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige durchlaufende Kredite. — ⁵⁾ Vgl. Anmerkung ⁴⁾. — ⁶⁾ Bis einschließlich Mai 1949 ohne August wurden ausgebucht rd. 130 Mill. DM für Rechnung der Länder verwaltete Umstellungsgrundschulden. — ¹⁰⁾ Vgl. Anmerkung ⁹⁾. — ¹¹⁾ Die meldung einer Girozentrale (Abgang bei den Wechselkrediten an Kreditinstitute und Erhöhung der Schatzwechsel). — ¹²⁾ Vgl. Anmerkung ¹²⁾.

Kredite der Geschäftsbanken

gebiet

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets.

Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute											Stand am Monats- ende
bis 6 entfallen auf:							davon			davon			davon		lang- fristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾			
Öffentliche Hand							kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	Debitoren		Wech- sel- obligo der Kund- schaft	mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon						
kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon		mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾		ins- gesamt	dar- unter Ak- zept- Kredite			Debi- toren	durch- lau- fende Kredite					
	Debi- toren	Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisungen, sonstige Wechsel ⁶⁾		Debi- toren	durch- lau- fende Kredite		ins- gesamt			durch- lau- fende Kredite								
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29				
277,0	67,2	209,8				90,5	1 049,4	388,3	.	661,1			55,7	1949				
316,3	68,5	247,8				98,2	1 122,7	411,8	.	710,9			69,5	Jan.				
389,6	155,8	233,8				149,7	1 375,1	478,8	9,0	896,3			123,0	März				
376,1	151,9	224,2				185,0	1 543,3	506,8	11,4	1 036,5			133,5	Juni				
386,1 ⁸⁾	125,6	260,5				206,9 ¹⁰⁾	1 593,3	528,5	12,3	1 064,8			138,2	Juli				
386,8	143,5	243,3				215,6	1 560,5	495,9	15,0	1 064,6			172,5	Aug.				
403,1	152,2	250,9				227,5	1 685,2	624,1	19,7	1 061,1			183,7	Sept.				
570,7	271,4	299,3				225,5	1 638,6	675,0	20,1	963,6			206,9	Okt.				
727,3	438,1	289,2				267,7	1 618,3	609,7	23,2	1 008,6			215,7	Nov.				
														Dez.				
602,9	285,7	317,2				303,1 ¹¹⁾	1 730,2	656,0	21,3	1 074,2			218,3	1950				
699,5	361,7	337,8				352,0	1 758,9	678,9	22,2	1 080,0			240,3	Jan.				
907,9	476,7	431,2				416,4	1 732,8	664,8	19,7	1 068,0			262,8	Febr.				
877,8	419,0	458,8				452,9	1 703,2	664,9	21,2	1 038,3			273,3	März				
906,3 ¹²⁾	415,7	490,6 ¹²⁾				490,1	1 762,2 ¹⁾	684,5	17,0	1 077,7 ¹²⁾			331,6	April				
870,5	353,0	517,5	48,1	42,8	5,3	429,2	1 733,4	662,4	20,7	1 071,0	41,0	37,2	3,8	Mai				
809,3	324,5	484,8	60,3	54,7	5,6	444,4	1 769,0	667,5	22,8	1 101,5	49,1	41,6	7,5	Juni				
758,9	318,1	440,8	62,1	56,8	5,3	523,7	1 762,9	679,4	22,5	1 083,5	47,8	40,3	7,5	Aug.				

führen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — ²⁾ Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — ³⁾ Hypotheken, Kommunal-unverzinsliche Schatzanweisungen. — ⁴⁾ Erstmals enthalten 267 Mill. DM Valutaforderungen aus der RM-Zeit. — ⁵⁾ Vgl. Anmerkung 7). — ⁶⁾ Im Zunahme ist zum Teil auf den Neuzugang einiger Institute zurückzuführen. — ¹²⁾ Nachträglicher Zugang in Höhe von 25 Mill. DM durch Korrektur-

Stand am Monats- ende	Kredite an													
	insgesamt						von den Spalten 1							
	kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Lauf- zeit bis zu 6 Mon- aten)	davon		Wechsel- obligo der Kund- schaft, Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisungen	mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ³⁾	langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlauf- ende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾	Wirtschaftsunternehmen und Private						langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlauf- Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾	
		Debitoren					Wechsel- obligo der Kund- schaft	mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon		Wechsel- obligo der Kund- schaft		mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)
ins- gesamt	darunter Akzept- kredite	ins- gesamt	darunter Akzept- kredite	ins- gesamt	darunter Akzept- kredite	Debitoren				durch- laufende Kredite				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
1950														
Bundesgebiet														
April	11 127,7	7 281,6	2 076,1	3 846,1	3 105,2		10 249,9	6 862,6	1 973,5	3 387,3	2 652,3			
Mai	11 221,9 ⁶⁾	7 261,5	2 027,0	3 960,4 ⁶⁾	3 320,9		10 315,6	6 845,8	1 924,6	3 469,8	2 836,8			
Juni	11 465,9	7 426,5	2 001,8	4 039,4	737,6	2 947,9	10 595,4	7 073,5	2 000,4	3 521,9	689,5	620,8	68,7	2 518,7
Juli	11 639,9	7 517,6	2 034,6	4 122,3	775,8	3 219,6	10 830,6	7 193,1	2 034,2	3 637,5	715,5	638,2	77,3	2 775,2
Aug.	11 854,4	7 717,2	2 082,7	4 137,2	817,9	3 637,6	11 095,5	7 399,1	2 082,2	3 696,4	755,8	676,2	79,6	3 113,9
Baden														
April	248,6	194,1	50,0	54,5	27,9		236,2	188,2	50,0	48,0	21,6			
Mai	254,9	195,6	48,4	59,3	30,1		240,2	188,8	48,4	51,4	24,1			
Juni	258,3	199,2	49,1	59,1	18,5	21,5	244,2	192,3	49,1	51,9	15,5	14,7	0,8	18,1
Juli	262,8	200,4	50,5	62,4	20,2	23,7	247,1	192,2	50,5	54,9	17,1	15,5	1,6	19,9
Aug.	265,4	199,5	49,3	65,9	21,5	27,5	245,3	190,9	49,3	54,4	18,4	16,7	1,7	23,3
Bayern														
April	1 742,7	1 275,4	431,8	467,3	570,0		1 668,5	1 202,9	431,6	465,6	501,0			
Mai	1 736,0	1 257,9	416,3	478,1	607,5		1 667,4	1 190,2	416,2	477,2	534,4			
Juni	1 768,1	1 290,6	404,3	477,5	109,4	583,9	1 662,9	1 185,9	404,2	477,0	101,6	89,5	12,1	510,9
Juli	1 786,9	1 306,5	406,6	480,4	112,5	630,2	1 680,3	1 200,3	406,4	480,0	105,5	92,7	12,8	548,0
Aug.	1 846,1	1 353,7	408,0	492,4	115,9	695,1	1 711,1	1 223,1	407,9	488,0	109,0	96,9	12,1	604,9
Bremen														
April	359,3	270,8	66,3	88,5	95,1		354,5	269,9	66,3	84,6	75,7			
Mai	362,8	268,4	61,6	94,4	112,1		356,1	267,6	61,6	88,5	81,0			
Juni	375,9	275,8	67,3	100,1	8,1	98,8	369,5	275,3	67,3	94,2	8,1	7,6	0,5	94,7
Juli	397,9	283,9	77,5	114,0	8,0	113,3	393,7	283,4	77,5	110,3	8,0	7,5	0,5	109,2
Aug.	408,6	293,8	81,0	114,8	8,5	119,5	404,6	293,5	81,0	111,1	8,5	8,0	0,5	115,4
Hamburg														
April	1 169,1	798,9	324,8	370,2	157,4		1 144,0	776,6	323,3	367,4	156,6			
Mai	1 178,3	795,6	311,7	382,7	165,3		1 145,1	775,2	310,2	369,9	164,5			
Juni	1 150,3	770,4	298,0	379,9	46,9	143,3	1 131,9	764,8	298,0	367,1	46,7	44,3	2,4	142,8
Juli	1 175,6	765,0	300,8	410,6	60,1	155,4	1 156,3	760,0	300,8	396,3	59,9	47,8	12,1	154,8
Aug.	1 332,2	881,4	340,9	450,8	62,1	169,5	1 308,3	875,3	340,9	433,0	61,8	48,9	12,9	169,0
Hessen														
April	885,8	611,3	136,0	274,5	209,6		863,5	597,7	132,7	265,8	185,8			
Mai	903,3	612,7	138,9	290,6	223,6		878,9	601,9	136,6	277,0	197,6			
Juni	931,8	622,8	134,3	309,0	57,2	172,3	907,2	616,5	134,0	290,7	54,6	49,6	5,0	151,5
Juli	966,5	634,7	127,5	331,8	60,2	182,6	930,5	630,8	127,2	299,7	55,1	50,3	4,8	157,7
Aug.	979,5	628,8	125,9	350,7	69,9	205,9	935,9	624,7	125,6	311,2	65,3	60,2	5,1	169,4
Niedersachsen														
April	855,6	592,6	94,7	263,0	346,3		825,0	570,6	94,7	254,4	257,6			
Mai	864,6	591,3	89,8	273,3	381,8		829,7	568,2	89,8	261,5	283,8			
Juni	893,0	597,6	79,4	295,4	31,7	374,4	852,3	578,5	79,4	273,8	31,0	22,7	8,3	290,4
Juli	922,6	610,2	74,7	312,4	31,9	405,4	882,1	589,9	74,7	292,2	31,2	22,0	9,2	335,9
Aug.	926,2	613,1	77,8	313,1	34,0	443,4	889,4	595,7	77,8	293,7	33,3	23,6	9,7	367,8

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag, wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen darlegen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige durchlaufende Kredite. — ⁵⁾ Vgl. Anmerkung ⁴⁾. — ⁶⁾ Nachträglicher Zugang in Höhe — ⁷⁾ Vgl. Anmerkung ⁶⁾.

Kredite der Geschäftsbanken

V. Kreditvolumen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute								Stand am Monatsende
bis 6 entfallen auf:															
Öffentliche Hand							davon			davon		langfristige Kredite			
kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon		mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	Debitoren		Wechselobligo der Kundschaft	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾	
	Debitoren	Schatzwechsel u. unverzinsliche Schatzanweisung, sonstige Wechsel		Debitoren	durchlaufende Kredite			insgesamt	darunter Akzeptkredite			Debitoren	durchlaufende Kredite		
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	
Bundesgebiet															
877,8	419,0	458,8		452,9			1 703,2	664,9	21,2	1 038,3		273,3		April	
906,3 ⁶⁾	415,7	490,6 ⁶⁾		490,1			1 762,2 ⁷⁾	684,5	17,0	1 077,7 ⁷⁾		331,6		May	
870,5	353,0	517,5	48,1	42,8	5,3	429,2	1 733,4	662,4	20,7	1 071,0	41,0	37,2	3,8	456,5	
809,3	324,5	484,8	60,3	54,7	5,6	444,4	1 769,0	667,5	22,8	1 101,5	49,1	41,6	7,5	496,0	
758,9	318,1	440,8	62,1	56,8	5,3	523,7	1 762,9	679,4	22,5	1 083,5	47,8	40,3	7,5	508,5	
Baden															
12,4	5,9	6,5		6,3			41,5	19,0	—	22,5		0,9		April	
14,7	6,8	7,9		6,0			37,9	19,7	—	18,2		0,9		May	
14,1	6,9	7,2	3,0	3,0	—	3,4	38,5	18,2	—	20,3	0,1	0,1	—	1,0	
15,7	8,2	7,5	3,1	3,1	—	3,8	39,2	18,5	—	20,7	0,1	0,1	—	1,0	
20,1	8,6	11,5	3,1	3,1	—	4,2	31,6	15,4	—	16,2	0,1	0,1	—	1,5	
Bayern															
74,2	72,5	1,7		69,0			250,5	153,5	5,6	97,0		23,5		April	
68,6	67,7	0,9		73,1			254,8	157,8	5,0	97,0		29,1		May	
105,2	104,7	0,5	7,8	3,1	4,7	73,0	255,5	148,9	3,0	106,6	7,1	7,1	0,0	39,6	
106,6	106,2	0,4	7,0	2,1	4,9	82,2	251,5	145,2	3,1	106,3	9,2	9,2	0,0	37,6	
135,0	130,6	4,4	6,9	2,3	4,6	90,2	254,6	149,7	3,1	104,9	6,9	6,9	0,0	43,8	
Bremen															
4,8	0,9	3,9		19,4			34,2	20,9	—	13,3		0,1		April	
6,7	0,8	5,9		31,1			31,6	18,7	—	12,9		0,1		May	
6,4	0,5	5,9	—	—	—	4,1	25,5	14,4	—	11,1	1,0	1,0	—	27,7	
4,2	0,5	3,7	—	—	—	4,1	27,8	16,7	—	11,1	—	—	—	35,2	
4,0	0,3	3,7	—	—	—	4,1	39,2	28,7	—	10,5	—	—	—	38,7	
Hamburg															
25,1	22,3	2,8		0,8			83,3	32,9	3,1	50,4		7,0		April	
33,2	20,4	12,8		0,8			99,9	40,5	3,5	59,4		8,0		May	
18,4	5,6	12,8	0,2	0,2	—	0,5	94,6	33,3	3,1	61,3	4,9	2,6	2,3	7,0	
19,3	5,0	14,3	0,2	0,2	—	0,6	89,7	33,9	3,7	55,8	4,8	2,4	2,4	8,1	
23,9	6,1	17,8	0,3	0,3	—	0,5	86,4	33,2	3,6	53,2	4,3	1,8	2,5	8,9	
Hessen															
22,3	13,6	8,7		23,8			185,8	61,1	5,9	124,7		6,2		April	
24,4	10,8	13,6		26,0			192,4	66,1	3,0	126,3		6,5		May	
24,6	6,3	18,3	2,6	2,6	0,0	20,8	176,9	58,0	0,6	118,9	3,9	3,9	—	6,5	
36,0	3,9	32,1	5,1	5,1	—	24,9	210,9	69,8	1,5	141,1	4,2	3,3	0,9	6,4	
43,6	4,1	39,5	4,6	4,6	—	36,5	226,5	58,4	1,9	168,1	4,4	3,5	0,9	6,9	
Niedersachsen															
30,6	22,0	8,6		88,7			163,6	66,7	0,1	96,9		11,3		April	
34,9	23,1	11,8		98,0			164,8	69,6	0,0	95,2		11,7		May	
40,7	19,1	21,6	0,7	0,7	0,0	84,0	170,1	73,2	0,0	96,9	2,7	2,7	—	33,3	
40,5	20,3	20,2	0,7	0,7	0,0	69,5	167,2	73,1	0,0	94,1	2,7	2,7	—	36,8	
36,8	17,4	19,4	0,7	0,7	0,0	75,6	156,6	79,7	0,1	76,9	2,8	2,8	—	41,6	

führen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung, sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — ²⁾ Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — ³⁾ Hypotheken, Kommunal- von 25 Mill. DM durch Korrekturmeldung einer Girozentrale (Abgang bei den Wechselkrediten an Kreditinstitute und Erhöhung der Schatzwechsel).

Stand am Monatsende	Kredite an													
	insgesamt						von den Spalten 1							
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon Debitoren		Wechselobligo der Kundschaft, Schatzwechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ³⁾	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾
		insgesamt	darunter Akzeptkredite					insgesamt	darunter Akzeptkredite	Wechselobligo der Kundschaft		Debitoren	durchlaufende Kredite	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Nordrhein-Westfalen														
April	3 145,8	1 649,1	355,6	1 496,7		726,5	2 831,6	1 620,5	352,6	1 211,1			615,3	
Mai	3 142,0	1 644,9	349,1	1 497,1		772,4	2 851,2	1 618,4	346,1	1 232,8			652,6	
Juni	3 212,8	1 682,5	343,4	1 530,3	210,5	643,5	2 914,8	1 667,4	342,4	1 247,4	205,7	187,5	18,2	546,0
Juli	3 223,4	1 703,2	344,5	1 520,2	220,8	709,8	2 957,5	1 688,1	344,5	1 269,4	210,6	194,2	16,4	609,1
Aug.	3 178,8	1 727,4	346,5	1 451,4	238,8	810,9	2 979,7	1 712,3	346,5	1 267,4	225,7	206,7	19,0	667,2
Rheinland-Pfalz														
April	479,2	347,5	92,9	131,7		92,4	459,9	336,4	92,8	123,5			80,0	
Mai	477,7	342,1	89,0	135,6		101,1	460,6	334,6	89,0	126,0			88,6	
Juni	484,5	346,8	84,7	137,7	35,5	81,1	468,2	339,7	84,7	128,5	33,5	33,1	0,4	69,0
Juli	486,3	347,2	81,0	139,1	38,4	93,5	467,7	339,9	81,0	127,8	36,1	35,8	0,3	79,9
Aug.	493,6	355,9	78,7	137,7	40,1	103,9	476,8	348,4	78,7	128,4	37,7	37,4	0,3	88,3
Schleswig-Holstein														
April	376,2	269,5	94,5	106,7		154,0	363,1	257,1	94,5	106,0			128,4	
Mai	395,7	278,8	97,5	116,9		160,6	379,9	264,2	97,5	115,7			133,7	
Juni	411,2	293,4	98,4	117,8	51,4	129,8	397,5	280,2	98,4	117,3	50,0	40,3	9,7	107,0
Juli	420,4	300,5	94,1	119,9	49,4	145,0	405,6	286,2	94,1	119,4	47,4	41,1	6,3	121,1
Aug.	419,2	308,0	95,3	111,2	47,4	173,9	404,9	294,1	95,3	110,8	45,4	41,0	4,4	146,8
Württemberg-Baden														
April	1 182,5	874,4	293,9	308,1		461,5	1 146,8	849,8	293,9	297,0			380,9	
Mai	1 193,6 ⁶⁾	864,0	285,5	329,6 ⁶⁾		487,1	1 130,8	840,3	285,5	290,5			407,1	
Juni	1 176,7	834,8	261,8	341,9	111,0	455,3	1 125,7	824,8	261,8	300,9	89,1	80,2	8,9	362,2
Juli	1 189,1	852,6	261,6	336,5	114,2	497,1	1 152,5	841,9	261,6	310,6	87,5	78,0	9,5	396,6
Aug.	1 208,3	860,9	259,1	347,4	112,5	552,7	1 173,0	850,6	259,1	322,4	85,5	75,9	9,6	447,5
Württemberg-Hohenzollern														
April	213,4	168,1	32,6	45,3		28,4	205,8	164,2	32,6	41,6			24,6	
Mai	212,8	168,5	33,6	44,3		30,8	206,5	164,5	33,6	42,0			26,7	
Juni	225,0	178,4	35,5	46,6	7,8	26,2	216,6	173,7	35,5	42,9	7,7	7,5	0,2	21,8
Juli	224,8	176,5	35,5	48,3	8,4	33,4	216,4	171,8	35,5	44,6	8,3	6,7	1,6	27,6
Aug.	220,2	170,9	32,9	49,3	11,4	35,9	211,5	165,9	32,9	45,6	11,3	9,8	1,5	28,7
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben														
April	469,8	230,0	103,2	239,8		236,4	151,2	28,7	8,7	122,5			224,9	
Mai	500,3	241,8	105,6	258,5		254,0	169,4	32,0	10,2	137,4			242,5	
Juni	578,3	334,3	145,5	244,0	49,6	217,8	304,6	174,3	145,5	130,3	46,0	43,8	2,2	204,4
Juli	583,7	337,0	180,3	246,7	51,5	230,2	340,8	208,5	180,3	132,3	48,8	46,6	2,2	215,6
Aug.	576,1	323,5	187,2	252,6	55,8	299,4	354,8	224,4	187,2	130,4	53,8	51,2	2,6	285,8

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute.
²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige durchlaufende Kredite. — ³⁾ Vgl. Anmerkung ⁴⁾. — ⁵⁾ Nachträglicher Zugang in Höhe von 25 Mill. merkung ⁶⁾.

Kredite der Geschäftsbanken

V. Kreditvolumen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute								Stand am Monatsende
bis 6 entfallen auf:															
Öffentliche Hand							davon				davon				
kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon		mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	Debitoren		Wechselobligo der Kundschaft	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾	
	Debitoren	Schatzwechsel u. unverzinsliche Schatzanweisung, sonstige Wechsel		Debitoren	durchlaufende Kredite			insgesamt	darunter Akzeptkredite			Debitoren	durchlaufende Kredite		
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	
Nordrhein-Westfalen															1950
314,2	28,6	285,6		111,2		481,4	102,1	2,5	379,3			99,1		April	
290,8	26,5	264,3		119,8		506,4	106,6	1,7	399,8			117,1		Mai	
298,0	15,1	282,9	4,8	4,8	—	468,0	96,3	3,1	371,7	9,0	8,3	0,7	157,4	Juni	
265,9	15,1	250,8	10,2	10,2	—	479,4	96,7	3,3	382,7	9,6	9,4	0,2	167,9	Juli	
199,1	15,1	184,0	13,1	13,1	—	479,2	105,4	2,5	373,8	9,9	9,7	0,2	145,1	Aug.	
Rheinland-Pfalz															
19,3	11,1	8,2		12,4		124,1	77,1	—	47,0			7,1		April	
17,1	7,5	9,6		12,5		131,4	81,9	—	49,5			7,9		Mai	
16,3	7,1	9,2	2,0	2,0	—	134,9	82,7	—	52,2	1,6	1,5	0,1	8,0	Juni	
18,6	7,3	11,3	2,3	2,3	—	136,7	80,3	—	56,4	1,7	1,7	—	9,4	Juli	
16,8	7,5	9,3	2,4	2,4	—	135,8	82,3	—	53,5	1,7	1,7	—	10,5	Aug.	
Schleswig-Holstein															
13,1	12,4	0,7		25,6		93,2	36,3	0,1	56,9			3,0		April	
15,8	14,6	1,2		26,9		88,9	32,4	0,1	56,5			3,1		Mai	
13,7	13,2	0,5	1,4	1,4	—	89,4	35,6	0,1	53,8	0,8	0,8	—	1,5	Juni	
14,8	14,3	0,5	2,0	1,9	0,1	81,9	30,3	0,0	51,6	4,3	0,8	3,5	1,7	Juli	
14,3	13,9	0,4	2,0	1,9	0,1	70,8	22,5	0,1	48,3	4,1	0,8	3,3	3,9	Aug.	
Württemberg-Baden															
35,7	24,6	11,1		80,6		158,5	66,5	2,6	92,0			10,4		April	
62,8 ⁶⁾	23,7	39,1 ⁶⁾		80,0		168,4 ⁷⁾	58,5	2,8	109,9 ⁷⁾			20,8		Mai	
51,0	10,0	41,0	21,9	21,3	0,6	188,5	68,0	9,9	120,5	1,5	1,1	0,4	31,0	Juni	
36,6	10,7	25,9	26,7	26,1	0,6	192,6	72,5	10,2	120,1	1,6	1,2	0,4	31,2	Juli	
35,3	10,3	25,0	27,0	26,3	0,7	190,3	73,5	10,3	116,8	1,5	1,1	0,4	29,7	Aug.	
Württemberg-Hohenzollern															
7,6	3,9	3,7		3,8		36,7	21,6	1,3	15,1			6,2		April	
6,3	4,0	2,3		4,1		37,5	22,4	0,9	15,1			7,3		Mai	
8,4	4,7	3,7	0,1	0,1	—	41,3	25,1	0,9	16,2	5,1	5,1	—	3,2	Juni	
8,4	4,7	3,7	0,1	0,1	—	39,2	23,7	0,9	15,5	5,3	5,3	—	1,2	Juli	
8,7	5,0	3,7	0,1	0,1	—	36,9	24,0	0,9	12,9	5,3	5,3	—	3,1	Aug.	
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
318,6	201,3	117,3		11,5		50,0	7,0	—	43,0			98,7		April	
330,9	209,8	121,1		11,5		48,2	10,2	—	38,0			119,3		Mai	
273,7	160,0	113,7	3,6	3,6	—	50,5	8,8	—	41,7	3,1	2,8	0,3	140,2	Juni	
242,9	128,5	114,4	2,7	2,7	—	52,8	6,7	—	46,1	5,8	5,6	0,2	159,2	Juli	
221,3	99,1	122,2	2,0	2,0	—	55,1	6,9	—	48,2	6,7	6,5	0,2	175,0	Aug.	

führen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — ³⁾ Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — ⁴⁾ Hypotheken, Kommunaldarlehen. DM durch Korrekturmeldung einer Girozentrale (Abgang bei den Wechselkrediten an Kreditinstitute und Erhöhung der Schatzwechsel). — ⁷⁾ Vgl. An-

Stand am Monatsende	Kredite an													
	insgesamt						von den Spalten 1							
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon		Wechselobligo der Kundschaft, Schatzwechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre ³⁾)	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ⁴⁾)	Wirtschaftsunternehmen und Private					mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ⁵⁾)	
		Debitoren					kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon		Wechselobligo der Kundschaft	davon			langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite)
insgesamt	darunter Akzeptkredite	insgesamt	darunter Akzeptkredite	Debitoren	durchlaufende Kredite									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
1950														
Alle Banken														
April	11 127,7	7 281,6	2 076,1	3 846,1	3 105,2	10 249,9	6 862,6	1 973,5	3 387,3				2 652,3	
Mai	11 221,9 ^{b)}	7 261,5	2 027,0	3 960,4 ^{b)}	3 326,9	10 315,6	6 845,8	1 924,6	3 469,8				2 836,8	
Juni	11 465,9	7 426,5	2 001,8	4 039,4	737,6	2 947,9	10 595,4	7 073,5	2 000,4	3 521,9	689,5	620,8	68,7	2 518,7
Juli	11 639,9	7 517,6	2 034,6	4 122,3	775,8	3 219,6	10 830,6	7 193,1	2 034,2	3 637,5	715,5	638,2	77,3	2 775,2
Aug.	11 854,4	7 717,2	2 082,7	4 137,2	817,9	3 637,6	11 099,5	7 399,1	2 082,2	3 696,4	755,8	676,2	79,6	3 113,9
Kreditbanken														
April	6 447,0	4 159,1	1 672,3	2 287,9	345,8	6 316,3	4 073,0	1 664,6	2 243,3				333,7	
Mai	6 404,9	4 092,5	1 624,3	2 312,4	375,0	6 287,3	4 016,4	1 617,7	2 270,9				362,4	
Juni	6 525,1	4 169,4	1 568,0	2 355,7	98,6	346,6	6 363,3	4 065,2	1 567,0	2 298,1	96,6	75,7	20,9	339,3
Juli	6 628,2	4 204,6	1 570,9	2 423,6	117,1	390,4	6 457,2	4 101,2	1 570,7	2 356,0	114,1	80,8	33,3	377,9
Aug.	6 763,3	4 319,2	1 600,3	2 444,1	127,5	438,9	6 572,2	4 188,7	1 600,1	2 383,5	123,9	87,9	36,0	425,2
Hypothekendarlehen und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten														
April	37,2	35,8	—	1,4	826,8	35,3	34,8	—	0,5				747,3	
Mai	34,9	33,6	—	1,3	892,2	33,1	32,7	—	0,4				798,2	
Juni	34,4	33,0	—	1,4	19,0	932,0	32,3	31,8	—	0,5	17,2	8,6	8,6	812,4
Juli	29,1	25,2	—	3,9	19,2	1 012,3	21,6	21,1	—	0,5	17,2	8,5	8,7	908,0
Aug.	42,2	38,3	—	3,9	19,2	1 097,6	34,9	34,4	—	0,5	17,3	9,2	8,1	985,6
Girozentralen														
April	783,8	387,6	19,0	396,2	742,4	486,3	314,7	19,0	171,6				468,6	
Mai	821,8 ^{b)}	401,3	19,7	420,5 ^{b)}	777,3	505,2	329,2	19,7	176,0				487,1	
Juni	868,1	429,4	20,4	438,7	162,0	611,3	554,8	378,0	20,4	176,8	135,2	113,3	21,9	404,7
Juli	877,1	439,6	21,8	437,5	170,1	662,8	597,4	386,1	21,8	211,3	134,9	114,5	20,4	444,8
Aug.	872,7	466,6	22,9	406,1	179,5	774,8	636,5	415,0	22,9	221,5	141,8	121,9	19,9	502,4
Sparkassen														
April	1 876,1	1 452,6	40,0	423,5	769,0	1 752,5	1 397,7	39,7	354,8				697,0	
Mai	1 921,9	1 476,7	40,2	445,2	830,8	1 788,0	1 423,1	39,9	364,9				753,2	
Juni	1 924,4	1 462,7	42,3	461,7	231,8	759,9	1 807,8	1 428,4	42,0	379,4	222,7	215,7	7,0	679,1
Juli	1 954,2	1 494,2	41,3	460,0	242,7	835,1	1 848,6	1 460,9	41,1	387,7	229,9	221,9	8,0	742,4
Aug.	1 989,5	1 519,7	41,2	469,8	249,4	930,5	1 888,8	1 488,2	40,9	400,6	237,3	229,4	7,9	821,3
Zentralkassen														
April	261,6	165,2	103,5	96,4	17,1	259,8	164,2	103,5	95,6				17,0	
Mai	258,4	153,9	97,1	104,5	18,7	256,6	152,7	97,1	103,9				18,6	
Juni	242,4	134,2	87,8	108,2	1,6	18,5	240,7	133,2	87,8	107,5	1,5	1,4	0,1	18,5
Juli	236,1	130,3	84,3	105,8	1,5	19,6	234,7	129,6	84,3	105,1	1,4	1,4	—	19,6
Aug.	256,5	147,2	93,6	109,3	1,5	21,5	255,4	146,6	93,6	108,8	1,4	1,4	—	21,5
Kreditgenossenschaften														
April	1 023,3	731,7	98,9	291,6	132,7	1 020,1	730,1	98,8	290,0				128,8	
Mai	1 035,5	737,0	99,7	298,5	142,0	1 032,1	735,2	99,6	296,9				137,7	
Juni	1 046,0	740,0	98,1	306,0	147,3	55,2	1 044,7	739,1	98,0	305,6	142,5	137,9	4,6	53,8
Juli	1 068,7	754,1	94,3	314,6	148,6	62,3	1 067,5	753,2	94,2	314,3	144,2	139,5	4,7	59,9
Aug.	1 086,7	770,1	93,4	316,6	153,6	68,0	1 085,6	769,3	93,3	316,3	149,0	144,1	4,9	65,2
Sonstige Geldinstitute														
April	229,0	119,9	39,2	109,1	35,1	228,6	119,6	39,2	109,0				35,0	
Mai	244,3	124,8	40,4	119,5	36,9	244,0	124,6	40,4	119,4				36,8	
Juni	247,3	123,6	39,8	123,7	27,8	6,6	247,3	123,6	39,8	123,7	27,8	24,3	3,5	6,6
Juli	262,8	132,6	41,8	130,2	24,9	6,8	262,8	132,6	41,8	130,2	24,9	24,9	0,0	6,8
Aug.	267,4	132,5	44,1	134,9	31,3	7,0	267,4	132,5	44,1	134,9	31,3	31,3	0,0	7,0
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben														
April	469,8	230,0	103,2	239,8	236,4	151,2	28,7	8,7	122,5				224,9	
Mai	500,3	241,8	105,6	258,5	254,0	169,4	32,0	10,2	137,4				242,5	
Juni	578,3	334,3	145,5	244,0	49,6	217,8	304,6	174,3	145,5	130,3	46,0	43,8	2,2	204,4
Juli	583,7	337,0	180,3	246,7	51,5	230,2	340,8	208,5	180,3	132,3	48,8	46,6	2,2	215,6
Aug.	576,1	323,5	187,2	252,6	55,8	299,4	354,8	224,4	187,2	130,4	53,8	51,2	2,6	285,8

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute.
²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige durchlaufende Kredite. — ³⁾ Vgl. Anmerkung 4). — ⁵⁾ Nachträglicher Zugang in Höhe von 25 Mill. merkung *).

Kredite der Geschäftsbanken

gruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute										Stand am Monatsende
bis 6 entfallen auf:							davon										
Öffentliche Hand							Debitoren			Wechselobligo der Kundschaft			mittelfristige Kredite			langfristige Kredite	
kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon		mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	insgesamt	darunter Akzeptkredite	Wechselobligo der Kundschaft	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	Debitoren	durchlaufende Kredite	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾			
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29			
Alle Banken															1950		
877,8	419,0	458,8			452,9		1 703,2	664,9	21,2	1 038,3					April		
906,3 ⁶⁾	415,7	490,6 ⁶⁾			490,1		1 762,2 ⁷⁾	684,5	17,0	1 077,7 ⁷⁾					Mai		
870,5	353,0	517,5	48,1	42,8	5,3	429,2	1 733,4	662,4	20,7	1 071,0	41,0	37,2	3,8	456,5	Juni		
809,3	324,5	484,8	60,3	54,7	5,6	444,4	1 769,0	667,5	22,8	1 101,5	49,1	41,6	7,5	496,0	Juli		
758,9	318,1	440,8	62,1	56,8	5,3	523,7	1 762,9	679,4	22,5	1 083,5	47,8	40,3	7,5	508,5	Aug.		
Kreditbanken																	
130,7	86,1	44,6			12,1		355,2	108,3	16,5	246,9				2,9	April		
117,6	76,1	41,5			12,6		355,6	109,7	12,0	245,9				4,4	Mai		
161,8	104,2	57,6	2,0	0,4	1,6	7,3	360,8	107,0	14,1	253,8	3,4	0,8	2,6	0,8	Juni		
171,0	103,4	67,6	3,0	1,4	1,6	12,5	393,1	116,2	15,9	276,9	3,4	0,7	2,7	—	Juli		
191,1	130,5	60,6	3,6	1,9	1,7	13,7	407,1	116,8	16,3	290,3	3,3	0,6	2,7	—	Aug.		
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten																	
1,9	1,0	0,9			79,5		0,1	0,1	—	0,0				11,1	April		
1,8	0,9	0,9			94,0		0,4	0,4	—	0,0				20,0	Mai		
2,1	1,2	0,9	1,8	0,2	1,6	119,6	0,2	0,2	—	0,0	3,5	3,5	0,0	49,3	Juni		
7,5	4,1	3,4	2,0	0,2	1,8	104,3	0,2	0,2	—	0,0	3,6	3,6	0,0	55,3	Juli		
7,3	3,9	3,4	1,9	0,2	1,7	112,0	0,3	0,2	—	0,1	3,9	3,9	0,0	55,9	Aug.		
Girozentralen																	
297,5	72,9	224,6			273,8		707,9	286,9	2,7	421,0				131,5	April		
316,6 ⁶⁾	72,1	244,5 ⁶⁾			290,2		746,9 ⁷⁾	295,3	2,5	451,6 ⁷⁾				152,6	Mai		
313,3	51,4	261,9	26,8	24,7	2,1	206,6	700,0	273,5	3,1	426,5	21,3	20,6	0,7	227,4	Juni		
279,7	53,5	226,2	35,2	33,2	2,0	218,0	699,4	273,6	3,1	425,8	23,5	22,4	1,1	236,8	Juli		
236,2	51,6	184,6	37,7	35,9	1,8	272,4	688,5	280,5	3,2	408,0	21,9	20,7	1,2	226,2	Aug.		
Sparkassen																	
123,6	54,9	68,7			72,0		29,8	9,8	—	20,0				16,0	April		
133,9	53,6	80,3			77,6		42,4	10,8	—	31,6				16,1	Mai		
116,6	34,3	82,3	9,1	9,1	0,0	80,8	41,5	8,8	—	32,7	4,1	4,0	0,1	12,8	Juni		
105,6	33,3	72,3	12,8	12,7	0,1	92,7	43,5	8,0	—	35,5	3,7	3,6	0,1	13,8	Juli		
100,7	31,5	69,2	12,1	12,0	0,1	109,2	39,6	7,1	—	32,5	3,9	3,7	0,2	14,6	Aug.		
Zentralkassen																	
1,8	1,0	0,8			0,1		546,1	243,9	1,6	302,2				12,2	April		
1,8	1,2	0,6			0,1		552,3	246,7	1,8	305,6				18,5	Mai		
1,7	1,0	0,7	0,1	0,1	—	—	567,2	257,9	3,1	309,3	1,4	1,3	0,1	26,0	Juni		
1,4	0,7	0,7	0,1	0,1	—	—	566,2	256,1	3,4	310,1	1,2	1,2	0,0	31,0	Juli		
1,1	0,6	0,5	0,1	0,1	—	—	558,1	261,1	2,7	297,0	1,2	1,2	0,0	34,8	Aug.		
Kreditgenossenschaften																	
3,2	1,6	1,6			3,9		7,0	3,1	0,4	3,9				0,6	April		
3,4	1,8	1,6			4,3		7,4	3,8	0,3	3,6				0,3	Mai		
1,3	0,9	0,4	4,8	4,8	0,0	1,4	4,9	1,3	0,3	3,6	3,2	3,2	—	—	Juni		
1,2	0,9	0,3	4,4	4,4	—	2,4	5,6	1,9	0,4	3,7	3,3	3,3	—	—	Juli		
1,1	0,8	0,3	4,6	4,6	—	2,8	6,5	1,9	0,2	4,6	2,6	2,6	—	—	Aug.		
Sonstige Geldinstitute																	
0,4	0,3	0,1			0,1		7,0	5,6	—	1,4				0,3	April		
0,3	0,2	0,1			0,1		8,9	7,6	0,3	1,3				0,4	Mai		
0,0	0,0	—	0,0	0,0	—	—	8,3	4,9	—	3,4	1,0	1,0	—	—	Juni		
0,0	0,0	—	0,0	0,0	—	—	8,4	5,0	—	3,4	4,7	1,1	3,6	—	Juli		
0,0	0,0	—	0,0	0,0	—	—	7,9	5,0	—	2,9	4,2	0,9	3,3	2,0	Aug.		
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben																	
318,6	201,3	117,3			11,5		50,0	7,0	—	43,0				98,7	April		
330,9	209,8	121,1			11,5		48,2	10,2	—	38,0				119,3	Mai		
273,7	160,0	113,7	3,6	3,6	—	13,4	50,5	8,8	—	41,7	3,1	2,8	0,3	140,2	Juni		
242,9	128,5	114,4	2,7	2,7	—	14,6	52,8	6,7	—	46,1	5,8	5,6	0,2	159,2	Juli		
221,3	99,1	122,2	2,0	2,0	—	13,6	55,1	6,9	—	48,2	6,7	6,5	0,2	175,0	Aug.		

führen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — für alle aufgeführten Termine Ermittelung rückwirkend bereinigt. — ³⁾ Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — ⁴⁾ Hypotheken, Kommunalanleihen, DM durch Korrekturmeldung einer Girozentrale (Abgang bei den Wechselkrediten an Kreditinstitute und Erhöhung der Schatzwechsel). — ⁷⁾ Vgl. An-

3. Mittel- und langfristige Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Finanzierungs-Aktiengesellschaft

in Mill. DM

Stand am Monatsende	mittel- und langfristige Kredite an Nichtbanken			Kredite an Kreditinstitute
	insgesamt	davon an:		
		Wirtschaftsunternehmen und Private	Öffentliche Hand	
1949				
August	238,6	238,6	—	30,1
September	265,5	260,5	5,0	55,3
Oktober	374,3	359,2	15,1	67,8
November	419,7	399,8	19,9	81,8
Dezember	462,9	432,5	30,4	130,0
1950				
Januar	487,3	451,6	35,7	179,4
Februar	592,0	555,8	36,2	259,5
März	652,1	610,5	41,6	430,4
April	703,5	661,6	41,9	500,7
Mai	736,7	694,7	42,0	573,1
Juni	797,3	755,3	42,0	703,4
Juli	830,6	788,3	42,3	824,3
August	877,7	835,3	42,4	971,1
September	910,1	867,7	42,4	1 129,0

4. Gliederung der Kredite nach Wirtschaftszweigen

in Mill. DM

Verwendungszweck bzw. Kreditnehmergruppen	Kurzfristige Kredite			Mittel- und langfristige Kredite ¹⁾					
	Repräsentativerhebung bei 586 Kreditinstituten im Bundesgebiet ²⁾			Gesamterhebung bei den Geschäftsbanken im Bundesgebiet u. der KfW u. Finag					
				insgesamt			darunter Kredite aus Gegenwertmitteln		
	1949	1950		1949	1950		1949	1950	
31. 12.	31. 3.	30. 6.	31. 12.	31. 3.	30. 6.	31. 12.	31. 3.	30. 6.	
1. Wohnungsbau	53,1	64,3	67,7	676,6	952,7	1 249,5	30,1	85,5	133,4
2. Industrie und Handwerk	3 891,1	4 372,9	4 578,0	749,5	1 164,9	1 570,0	387,2	866,8	1 135,2
3. Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, Jagd, Fischerei	85,9	110,4	118,8	62,6	96,4	158,9	5,0	46,9	93,2
4. Handel	2 426,5	2 572,1	2 597,0	59,0	77,9	116,1	—	0,2	0,3
5. Fremdenverkehr	25,8	31,1	32,5	12,3	20,8	30,4	—	0,3	0,9
6. Verkehrsunternehmen und Nachrichtenwesen	84,6	102,5	119,9	48,0	72,9	91,1	30,0	41,7	46,4
7. Straßen, Straßenbrücken, Häfen, Wasserstraßen	3,8	5,5	4,7	2,6	5,5	4,9	0,2	1,2	1,5
8. Sonst. öffentl. Kreditnehmer (Städte, Kreise, Sozialversicherungen, Universitäten usw.)	204,6	192,9	165,2	86,8	151,4	227,5	—	—	0,5
9. Sonstige private Kreditnehmer	247,2	252,5	287,3	98,3	125,5	209,2	—	—	0,0
Kredite an Nichtbanken (Pos. 1 bis 9)	7 022,6	7 704,2	7 971,1	1 795,7	2 668,0	3 657,6	452,5	1 042,6	1 411,4
darunter Kredite für Im- und Export	1 243,1	1 199,6	1 182,1	—	—	—	—	—	—

*) Die kurzfristigen Ausleihungen der 586 Kreditinstitute repräsentierten am 30. 6. 1950 72,0 vH des kurzfristigen Kreditvolumens (ohne Schatzwechsel). — ¹⁾ Bei mittel- und langfristigen Krediten nur Neuausleihungen seit der Währungsreform.

VI. Geldvolumen

Entwicklung und Struktur des Geldvolumens im Bundesgebiet

in Mill. DM.

Stand am Monatsende	Bargeld und private Sichteinlagen				Andere private Einlagen und öffentliche Einlagen										Zuschlag für die Einlagen bei den statistisch nicht erfaßten Instituten (Schätzung)	Gesamtes Geldvolumen (Bargeld und Bank-einlagen)
	insgesamt	Bargeld-umlauf ¹⁾	davon		insgesamt	Sichteinlagen der öffentlichen Hand			Private		Spar-einlagen	Hohe Kommissare und sonstige alliierte Dienststellen	Gegenwertmittel			
			Sichteinlagen von Wirtschaft u. Privaten			bei Geschäfts-banken ²⁾	auf Giro-konto	jederzeit wider-ruflich in Aus-gleichs-forde-rungen angelegt	Termeineinlagen (einschließlich Anlagekonten) und Festkonten ⁵⁾ bei Geschäfts-banken ²⁾	Öffentl.			Sonder-konten des Bundes	Sonder-konten KfW, Berliner Industrie-bank		
			bei Geschäfts-banken ²⁾	beim Zentral-bank-system ⁴⁾												
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
1948																
Dez.	11 743	6 319	5 199	225	6 176	1 451	880	200	979	612	1 599	455	.	—	135	18 054
1949																
März	11 833	6 187	5 422	224	7 041	1 453	933	90	949	953	2 097	566	.	—	153	19 027
Juni	12 776	6 553	5 949 ⁶⁾	274	7 574	1 701 ⁶⁾	702	191	991 ⁶⁾	842 ⁶⁾	2 469	592	.	86	170	20 520
Sept.	13 225	7 029	6 010	186	8 073	1 744	605	411	1 068	892	2 751	486	.	116	182	21 480
Dez.	13 646	7 330	6 109	207	8 389	1 806	539	402	1 120	995	3 061	462	.	4	504 ¹⁰⁾	22 539
1950																
März	13 569	7 420	5 965	184	9 662	1 659	703	625	1 333	1 251	3 498	438	.	155	513	23 744
April	13 921	7 560	6 185	176	9 966	1 624	751	498	1 446	1 350	3 611	448	.	238	522	24 409
Mai	14 188	7 509	6 474	205	10 377	1 657	724	580	1 518	1 493	3 702	445	.	258	532	25 097
Juni	14 548	7 728	6 609 ⁷⁾	211	12 060	1 493	563	557	1 757	1 405	3 825	1 194 ⁸⁾	1 098 ⁹⁾	168	535	27 143
Juli ¹¹⁾	.	7 818	.	208	.	.	586	437	.	.	3 855	965	951	330	544	27 429
Aug. ¹¹⁾	.	7 743	.	204	.	.	569	435	.	.	3 869	1 012	1 002	196	554	28 005

1) Ohne „B“-Noten. — 2) Einschließlich Postscheck- und Postsparkassenämter. — 3) August 1949 bis Mai 1950 gekürzt um die seinerzeit in der Monatlichen Bankenstatistik gesondert ausgewiesenen Währungsguthaben bei den Geschäftsbanken für durch die Bank deutscher Länder gestellte Akkreditive. — 4) Positionen des Zusammengefaßten Ausweises der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken „Sonstige inländische Einleger“ und „Ausländische Einleger“ abzüglich der Spalte 14 der obigen Übersicht. — 5) Die Festkonten sind ab Juni 1950 je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen auf Sicht-, Termin- und Spareinlagen aufgeteilt. — 6) Festgelder und Gelder auf Kündigung (ohne Spareinlagen) mit weniger als 30 Tagen Laufzeit bzw. Kündigungsfrist sind im Gegensatz zu früheren Veröffentlichungen — und zwar rückwirkend ab Juni 1949 — den Sichteinlagen, und nicht mehr den Termineinlagen zugerechnet. Die dadurch im Juni 1949 bewirkte Erhöhung der Sichteinlagen (Verminderung der Termineinlagen) beträgt 392 Mill. DM (Öffentliche Hand: 264 Mill. DM, Wirtschaft und Private: 128 Mill. DM). — 7) Zunahme z. T. bedingt durch Wegfall des Abzugs für die Währungsguthaben für durch die Bank deutscher Länder gestellte Akkreditive, die ab Juni nicht mehr besonders ausgewiesen werden. Vgl. Anm. 3). — 8) Zugang z. T. dadurch bedingt, daß bei der Bank deutscher Länder ab Juni 1950 die bisher in den „Verbindlichkeiten aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts“ enthaltenen Guthaben alliierter Dienststellen (Stand am 30. Juni 1950: 695 Mill. DM) als „Einlagen“ ausgewiesen werden. — 9) Ab Juni 1950 erstmals unter „Einlagen“ ausgewiesen, bis dahin unter „Verbindlichkeiten aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts“. — 10) Erhöhung auf Grund neuer Erhebung; rückwirkende Berichtigung unterblieben. — 11) Infolge Änderung des Erhebungsschemas der Monatlichen Bankenstatistik fällt die Aufgliederung der Bankeinlagen nach Fristigkeit nur noch zum Quartalsultimo an. Gesamtsumme der Sicht- und Termineinlagen von Nichtbanken Ende Juli 1950: 11 735 Mill. DM, Ende August 1950: 12 421 Mill. DM.

VII. Sonstige Geld-

1. Im Währungsgebiet

Sollzinsen.

	Bayern ²⁾	Hessen ³⁾	Württemberg-Baden ³⁾	Bremen ³⁾	Nordrhein-Westfalen ⁴⁾					
	Zinssätze der Landeszentralbanken, gültig ab 14. 7. 1949									
Diskontsatz	4	4	4	4	4					
Lombardsatz	5	5	5	5	5					
	Kreditkosten, gültig ab:									
	14. 7. 1949		1. 9. 1949		1. 9. 1949		14. 7. 1949		14. 7. 1949	
	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt
1. Kosten für Kredite in laufender Rechnung										
a) zugesagte Kredite	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz
Zinsen	+ 1 1/2%	+ 1/2%	+ 1/2%	+ 1/2%	+ 1%	+ 1/2%	+ 1/2%	+ 1/2%	+ 1/2%	+ 1/2%
Kreditprovision	1/8% p. M.	8 1/2	1/4% p. M.	8 1/2	1/8% p. M.	8 2/5	1/4% p. M.	8 1/2	1/4% p. M.	8 1/2
b) Kontoüberziehungen	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz
Zinsen	+ 1 1/2%	+ 1/2%	+ 1/2%	+ 1/2%	+ 1%	+ 1/2%	+ 1/2%	+ 1/2%	+ 1/2%	+ 1/2%
Überziehungsprovision	1/8% p. T.	11	1/8% p. T.	10	1/8% p. T.	10 1/2	1/8% p. T.	10	1/8% p. T.	10
2. Akzeptkredite (Normal-konditionen)	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz
Zinsen	+ 1%	+ 1/2%	+ 1/2%	+ 1/2%	+ 1/2%	+ 1/2%	+ 1/2%	+ 1/2%	+ 1/2%	+ 1/2%
Akzeptprovision	1/8% p. M.	7	1/4% p. M.	7 1/2	1/4% p. M.	7 1/2	1/4% p. M.	7 1/2	1/4% p. M.	7 1/2
3. Kosten für Wechselkredite										
a) Abschnitte von DM 20 000 und höher	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz
Zinsen	+ 1 1/2%	+ 1/2%	+ 1/2%	+ 1/2%	+ 1%	+ 1/2%	+ 1/2% - 1%	+ 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%
Diskontprovision	1/8% p. M.	6 7/10	1/8% p. M.	6	1/12% p. M.	6	1/8% p. M.	6 - 6 1/2	1/24% p. M.	6
b) Abschnitte von DM 5 000 bis unter 20 000	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz
Zinsen	+ 1 1/2%	+ 1/2%	+ 1/2%	+ 1/2%	+ 1%	+ 1/2%	+ 1/2% - 1%	+ 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%
Diskontprovision	1/8% p. M.	6 7/10	1/8% p. M.	6 1/2	1/12% p. M.	6	1/8% p. M.	6 - 6 1/2	1/12% p. M.	6 1/2
c) Abschnitte von DM 1 000 bis unter 5 000	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz
Zinsen	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1%	+ 1/2%	+ 1/2% - 1%	+ 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%
Diskontprovision	1/8% p. M.	7	1/8% p. M.	7	1/8% p. M. ¹⁰⁾	6 1/2	1/8% p. M.	6 1/2 - 7	1/8% p. M.	7
d) Abschnitte unter DM 1 000	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz
Zinsen	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1%	+ 1/2%	+ 1/2% - 1%	+ 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%
Diskontprovision	1/8% p. M.	7 1/2	1/8% p. M.	7	1/8% p. M. ¹⁰⁾	7	1/4% p. M.	7 1/2 - 8	1/8% p. M.	7 ⁹⁾
4. Ziehungen auf Kundschaft	keine Vereinbarung	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	keine Vereinbarung	keine Vereinbarung	keine Vereinbarung	keine Vereinbarung	keine Vereinbarung	keine Vereinbarung
Zinsen		+ 1/2%	+ 1/2%	+ 1/2%						
Kreditprovision		1/4% p. M.	1/4% p. M.	8 1/2						
Umsatzprovision	1/8% pr. Semester, minst. v. 3fachen des Höchst-Soll-Saldos	1/8% mindestens aus doppeltem Kreditbetrag pr. Quartal	1/8% mindestens aus doppeltem Kreditbetrag pr. Quartal	1/8% mindestens aus doppeltem Kreditbetrag pr. Quartal	keine Angabe	keine Angabe	1/2% d. größeren Seite abzüglich Saldovortrag, minst. 1/2% pro Semest. a. Kreditbetrag	1/8% pro Semester	1/8% pro Semester	1/8% pro Semester
Minstdiskontspesen	DM 2.—	DM 2.—	DM 2.—	DM 2.—	DM 2.—	DM 2.—	DM 2.—	DM 2.—	DM 2.—	DM 2.—
Domizilprovision	1/2% min. DM - 50	1/2% min. DM - 50	1/2% min. DM - 50	1/2% min. DM - 50	1/2% min. DM - 50	1/2% min. DM - 50	1/2% min. DM - 50	1/2% min. DM - 50	1/2% min. DM - 50	1/2% min. DM - 50

1) Zusammengestellt auf Grund von Angaben der Landeszentralbanken in den einzelnen Ländern. Diskont- und Lombardsatz sind aus den auf Kreditarten vorgesehen und vereinbart sind, sind in der Tabelle nicht berücksichtigt worden. — 2) Höchstsätze. — 3) Normalsätze, Überschreitet unabhängig von den Diskontspesen je nach Lage des Falles noch eine Bearbeitungsgebühr von DM 1.— bis DM 2.— in Ansatz zu bringen. 7 1/2—9%. — 4) Nicht einheitlich und nicht verbindlich geregelt. — 10) Einreichern aus kleingewerblichen und landwirtschaftlichen Kreisen

und Kreditstatistik

geltende Zinskonditionen¹⁾

in Prozenten jährlich

Ab 27. Oktober 1950: Diskontsatz 6 0/0

Lombardsatz 7 0/0

Niedersachsen		Schleswig-Holstein		Hamburg ²⁾		Rheinland-Pfalz ³⁾		Baden ³⁾		Württemberg- ³⁾ Hohenzollern	
Zinssätze der Landeszentralbanken, gültig ab 14. 7. 1949											
4		4		4		4		4		4	
5		5		5		5		5		5	
Kreditkosten, gültig ab:											
14. 7. 1949		1. 7. 1950		1. 10. 1949		14. 7. 1949		14. 7. 1949		14. 7. 1949	
im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	insge- samt
Lombardsatz + 1/2 0/0 1/4 0/0 p. M.	8 1/2	Lombardsatz + 1/2 0/0 1/4 0/0 p. M.	8 1/2	Lombardsatz + 1/2 0/0 1/4 0/0 p. M.	8 1/2	Lombardsatz + 1/2 0/0 1/4 0/0 p. M.	8 1/2	Lombardsatz + 1/2 0/0 1/4 0/0 p. M. ⁷⁾	8 1/2	Lombardsatz 1/4 0/0 p. M.	8 ⁸⁾
Lombardsatz + 1/2 0/0 1/8 0/00 p. T.	10	Lombardsatz + 1/2 0/0 1/8 0/00 p. T.	10	Lombardsatz + 1/2 0/0 1/8 0/00 p. T.	10	Lombardsatz + 1/2 0/0 1/8 0/00 p. T.	10	Lombardsatz + 1/2 0/0 1/8 0/00 p. T.	10	Lombardsatz 1/8 0/00 p. T.	9 1/2
Diskontsatz + 1/2 0/0 1/4 0/0 p. M.	7 1/2	Diskontsatz + 1/2 0/0 1/4 0/0 p. M.	7 1/2	Diskontsatz + 1/2 0/0 1/4 0/0 p. M.	7 1/2	Diskontsatz + 1/2 0/0 1/4 0/0 p. M.	7 1/2	Diskontsatz + 1/2 0/0 1/4 0/0 p. M.	7 1/2	Diskontsatz + 1/2 0/0 1/8 0/0 p. M.	6 1/2
Lombardsatz + 1/2 0/0 1/24 0/0 p. M.	6	Diskontsatz + 1 0/0 1/8 0/0 p. M.	6 1/2	Diskontsatz + 1 0/0 1/8 0/0 p. M.	6 1/2	Diskontsatz + 1 1/2 0/0 1/24 0/0 p. M.	6	Diskontsatz + 1/2 0/0 1/8 0/0 p. M.	6	Diskontsatz 1/8 0/0 p. M.	5 1/2
Lombardsatz + 1/2 0/0 1/12 0/0 p. M.	6 1/2	Diskontsatz + 1 0/0 1/8 0/0 p. M.	6 1/2	Diskontsatz + 1 0/0 1/8 0/0 p. M.	6 1/2	Diskontsatz + 1 1/2 0/0 1/24 0/0 p. M.	6-6 1/2	Diskontsatz + 1/2 0/0 1/8 0/0 p. M.	6	Diskontsatz + 1 0/0 1/12 0/0 p. M.	6
Lombardsatz + 1/2 0/0 1/8 0/0 p. M.	7	Diskontsatz + 1 0/0 1/8 0/0 p. M.	7	Diskontsatz + 1 0/0 1/8 0/0 p. M.	7	Diskontsatz + 1 1/2 0/0 1/8 0/0 p. M.	7	Diskontsatz + 1/2 0/0 1/8 0/0 p. M.	6 1/2	Diskontsatz + 1 0/0 1/8 0/0 p. M. ⁴⁾	6 1/2
Lombardsatz + 1/2 0/0 1/8 0/0 p. M.	7 1/2	Diskontsatz + 1 0/0 1/4 0/0 p. M.	8 ⁹⁾	Diskontsatz + 1 0/0 1/4 0/0 p. M.	8	Diskontsatz + 1 1/2 0/0 1/8 0/0 p. M.	7 ⁹⁾	Diskontsatz + 1/2 0/0 1/4 0/0 p. M.	7 1/2	Diskontsatz + 1 0/0 1/8 0/0 p. M. ⁴⁾	7
keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		Lombardsatz + 1/2 0/0 1/4 0/0 p. M.	8 1/2	Lombardsatz + 1/2 0/0 1/4 0/0 p. M. ⁷⁾	8 1/2
keine Vereinbarung		Die Berechnung der Umsatzprovision hat nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen über die Erhebung und Berechnung der Umsatzprovision (Umsatzgebühr) bei debitorischen Konten vom 5. März 1942 zu erfolgen.		Berechnung hat nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen über die Erhebung und Berechnung der Umsatzprovision (Umsatzgebühr) bei debitorischen Konten vom 5. 3. 1942 zu erfolgen		1/8 0/0 v. d. größ. Seite mindest. a. d. zweifache Höchstschuld p. Quartal		1 0/00 a. d. größeren Seite, mindest. a. d. 2 1/2 fachen Höchstoll per Quartal		1 0/00 vom dreifachen Kreditlimit pro Halbjahr ⁹⁾	
DM 2.— 1/2 0/00 min. DM - 50		DM 2.— nicht festgesetzt		DM 2.— nicht festgesetzt		DM 2.— 1/2 0/00 min. DM - 50		DM 2.— 1/2 0/00 min. DM - 50		DM 2.— 1/2 0/00 min. DM - 50	

geführten Zinssätzen der Landeszentralbanken zu ersehen. Sondersätze oder Vergünstigungen, die in einzelnen Ländern bei verschiedenen tungen in begründeten Fällen zulässig. — ⁴⁾ Richtsätze. — ⁵⁾ Auch für Wechsel auf Nebenplätze. — ⁶⁾ Bei Abschnitten unter DM 1 000.— — ⁷⁾ 1/8 0/0 per Monat für Kredite an Bauherren für Bauvorhaben von Wohn- und Geschäftsgebäuden. — ⁸⁾ Kredite bis DM 5 000.— netto gegenüber kann die Provision unabhängig von der Größe des Abschnittes auf 1/12 0/0 p. M. festgesetzt werden.

	Bayern ²⁾	Hessen ²⁾		Württemberg-Baden ²⁾	Bremen ²⁾	Nordrhein-Westfalen ²⁾		
gültig ab:	1. 10. 1948	1. 7. 1950		1. 9. 1949	14. 7. 1949	1. 6. 1950		
1. für täglich fällige Gelder								
a) in provisionsfreier Rechnung	1	1		1	1		1	
b) in provisionspflichtiger Rechnung	1 1/2	1 1/2		1 1/2	1 1/2		1 1/2	
2. Spareinlagen								
a) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	2 1/2	2 1/2		2 1/2	2 1/2		2 1/2	
b) mit vereinbarter Kündigungsfrist								
1) von 6 Monaten bis weniger als 12 Monaten	3	3		3	3		3	
2) von 12 Monaten und darüber	4	4		4	4		4	
3. für Kündigungsgelder		ab DM 50 000 Einlagebetrag			ab DM 50 000 Einlagebetrag		ab DM 50 000 Einlagebetrag	
a) 1 und weniger als 3 Monate	2 1/4	2 1/4	2 3/4	2 3/8 } 2 5/8 } ¹²⁾ 2 7/8 } 3 3/8 }	2 1/4	2 1/4	2 3/4	
b) 3 und weniger als 6 Monate	2 1/2	2 1/2	3 1/4		2 1/2	2 1/2	3 1/4	
c) 6 und weniger als 12 Monate	2 3/4	2 7/8 ⁹⁾	4 ⁹⁾		2 7/8 ⁹⁾	2 7/8 ⁹⁾	3 1/2 ⁹⁾	4
d) 12 Monate und darüber	3 3/4	3 3/4 ⁹⁾	4 3/8 ⁹⁾		3 3/8 ⁹⁾	3 3/4 ⁹⁾	4 ⁹⁾	4 3/8
4. für Festgelder								
a) 30 bis 89 Tage	2	2 1/4	2 3/4	2 1/4 } ^{5) 12)} 2 1/2 } 2 3/4 } 3 1/4 }	2 1/4	2 1/4	2 3/4	
b) 90 bis 179 Tage	2 1/4	2 1/2	3 1/4		2 1/2	2 1/2	3 1/4	
c) 180 bis 359 Tage	2 1/2	2 3/4	3 3/4		2 3/4	2 3/4	3 3/4	
d) 360 Tage und darüber	3 1/2	3 1/2	4 1/8		3 1/4	3 1/2	4 1/8	
Zinsvoraus bei Genossenschaften und Privatbanken	Grundsätze des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen für die Gewährung des Zinsvoraus vom 23. 4. 1940 nebst Änderungen vom 4. 3. 1941 und 15. 11. 1941.	1/4 höchstens Der Zinsvoraus darf von denjenigen Kreditinstituten gewährt werden, die unter Zugrundelegung der Bilanz vom 31. 12. 1947 nach den „Grundsätzen für die Gewährung des Zinsvoraus“ hierzu berechtigt sind.		Grundsätze des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen für die Gewährung des Zinsvoraus vom 23. 4. 1940. Bei der Hereinnahme von Festgeldern im Betrage von DM 100 000,- und darüber darf ein Zinsvoraus nicht vergütet werden.	1/4 höchstens		1/4 Durch seine Inanspruchnahme darf jedoch der derzeitige Höchstsatz von 4 3/8 ⁹⁾ nicht überschritten werden.	

¹⁾ Zusammengestellt auf Grund von Angaben der Landeszentralbanken in den einzelnen Ländern. — ²⁾ Höchstsätze. — ³⁾ Normalsätze. — ⁴⁾ Im geldbeträgen von DM 100 000.— und mehr können die Kreditinstitute bei Vorliegen höherer Konkurrenzangebote aus anderen Ländern in die — ⁷⁾ Der Bankierkundschaft 1 1/4⁰⁾/o. — ⁸⁾ Der Bankierkundschaft 1 3/4⁰⁾/o. — ⁹⁾ Die Sätze zu c) und d) dürfen nur gewährt werden, wenn von der Andernfalls dürfen nur die Sätze für feste Gelder (4 c bzw. 4 d) vergütet werden. — ¹⁰⁾ Bei Festgeldbeträgen von DM 100 000.— und mehr auf Grund unterschiedlicher Habenzinsfestsetzungen zu verhindern, können die Kreditinstitute a) gegenüber Kunden mit Sitz außerhalb des von Kreditinstituten eines anderen Landes bis zu den für dieses andere Land festgesetzten Höchstsätzen eintreten, sofern der Kunde nachweist, stehen keine Bedenken, wenn die Kreditinstitute in Württemberg-Baden für Fest- und Kündigungsgelder im Betrag von über DM 50 000.— DM 10 000.—. — ¹⁴⁾ Diese Haben-Zinssätze sind zunächst bis zum 30. September 1950 befristet.

geltende Zinskonditionen¹⁾
in Prozenten jährlich

Niedersachsen	Schleswig-Holstein ⁴⁾¹¹⁾	Hamburg ²⁾¹¹⁾	Rheinland-Pfalz ³⁾	Baden ²⁾	Württemberg- ²⁾ Hohenzollern
1. 6. 1950	1. 7. 1950	1. 6. 1950	1. 6. 1950	1. 7. 1950	1. 8. 1949
1	1	1 ⁶⁾	1 ⁷⁾	1 ⁷⁾	1
1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2 ⁸⁾	1 1/2	1 1/2
2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2
3	3	3	3	3	3
4	4	4	4	4	4
ab DM 50 000 Einlagebetrag		ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag ¹⁴⁾	
2 1/4 2 3/4	2 1/4	2 1/4 2 3/4	2 1/4 2 3/4	2 1/4 2 3/4	2
2 1/2 3 1/4	2 1/2	2 1/2 3 1/4	2 1/2 3 1/4	2 1/2 3 1/4	2 1/4
2 7/8 ⁹⁾ 4 ⁹⁾	3 1/2 ⁹⁾	2 7/8 ⁹⁾ 4	2 7/8 ⁹⁾ 4 ⁹⁾	2 7/8 ⁹⁾ 4	2 1/2
3 3/4 ⁹⁾ 4 3/8 ⁹⁾	4 ⁹⁾	3 3/4 ⁹⁾ 4 3/8	3 3/4 ⁹⁾ 4 3/8 ⁹⁾	3 3/4 ⁹⁾ 4 3/8	3
2 1/4 2 3/4	2 1/4	2 1/4 2 3/4	2 1/4 2 3/4	2 1/4 2 3/4	2
2 1/2 3 1/4	2 1/2	2 1/2 3 1/4	2 1/2 3 1/4	2 1/2 3 1/4	2 1/4 } ¹⁰⁾
2 3/4 3 3/4	3 1/4	2 3/4 3 3/4	2 3/4 3 3/4	2 3/4 3 3/4	2 1/2
3 1/2 4 1/8	3 3/4	3 1/2 4 1/8	3 1/2 4 1/8	3 1/2 4 1/8	3
1/4	Der Zinsvoraus darf mit höchstens 1/4 ^{0/100} — jedoch nicht über 4 ^{0/100} Gesamt-Zinsen — von denjenigen Privatbankfirmen und Kreditgenossenschaften gewährt werden, deren gesamte Kundschaftseinlagen (im Sinne von § 2 der Anweisung über Mindestreserven vom 20. 3. 1950) am 31. Dezember 1949 den Betrag von DM 1 000 000.— nicht überschritten haben.	Der Zinsvoraus darf mit höchstens 1/4 ^{0/100} von denjenigen Privatbankfirmen und Kreditgenossenschaften gewährt werden, deren gesamte Kundschaftseinlagen (im Sinne des § 2 (2) der Anweisung über Mindestreserven der Landeszentralbank der Hansestadt Hamburg vom 23. 12. 1948) am 31. 12. 1948 den Betrag von DM 1 000 000.— nicht überschritten haben	Abkommen gemäß Bekanntmachung des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 23. 4. 1940 zum Habenzinsabkommen vom 22. 12. 1936 mit der Einschränkung, daß die dort genannten, die Höhe des Zinsvoraus begrenzenden Bilanzsummen auf 1/10 ermäßigt werden. Bei Spareinlagen u. Kündigungsgeldern mit einer Verzinsung von 4 ^{0/100} u. bei Kündigungsgeldern mit einer Verzinsung von 4 ^{3/8} bzw. 4 ^{1/8} 0/100 kommt kein Zinsvoraus in Betracht.	Grundsätze für die Gewährung des Zinsvoraus in der Fassung vom 4. 3. 1941 (Reichsanzeiger Nr. 54) Privatbankiers wird auch bei den erhöhten Sätzen die Aufrechterhaltung des Zinsvoraus bewilligt. Im übrigen darf jedoch ein Zinsvoraus bei Sätzen von 4 ^{0/100} und mehr nicht mehr gewährt werden.	1/4 höchstens Der Zinsvoraus darf von denjenigen Kreditinstituten gewährt werden, die unter Zugrundelegung der Bilanz vom 31. 12. 1947 nach den „Grundsätzen für die Gewährung des Zinsvoraus“ hierzu berechtigt sind. Bei Hereinnahmen von Festgeldern im Betrage von DM 100 000.— und mehr darf ein Zinsvoraus nicht gewährt werden.

Geschäftsverkehr mit Versicherungsgesellschaften müssen die Konditionen für die Nichtbankierkundschaft eingehalten werden. — ⁵⁾ Bei Festin dem betr. Land festgesetzten Höchstsätze eintreten. — ⁶⁾ Der inländischen Bankierkundschaft außerhalb des Hamburger Ortsbereichs 1 1/4^{0/100}. Kündigung bei c) mindestens für 3 Monate, bei d) mindestens für 6 Monate vom Tage der Vereinbarung ab kein Gebrauch gemacht wird. kann in besonderen Fällen von den festgesetzten Höchstsätzen abgewichen werden. — ¹¹⁾ Um ein Abfließen von Geldern in andere Länder Landes Hamburg die Höchstsätze anwenden, die im Land des Sitzes des Kunden gelten, b) unabhängig von dem Sitz des Kunden in Gebote daß ihm solche über den Höchstsätzen des eigenen Landes liegende Angebote vorliegen. — ¹²⁾ Gemäß Bekanntgabe des Finanzministeriums be- vom 1. Juni 1950 ab bis auf weiteres die gleichen Zinssätze berechnen wie sie in Nordrhein-Westfalen gelten. — ¹³⁾ Mindestbetrag

2. Festverzinsliche Wertpapiere

Bundesgebiet, Durchschnittskurse und Indizes, 4. Vierteljahr 1948 = 100

Zeit	Gesamtindex	darunter 4% ige Schuldverschreibungen					
		Pfandbriefe		Kommunalobligationen einschl. Stadtanleihen		Industrieobligationen	
		Durchschnittskurse	Indexziffern	Durchschnittskurse	Indexziffern	Durchschnittskurse	Indexziffern
1948							
3. Vj.-Durchschn.	121,5	9,17	122,1	8,26	116,2	7,57	122,9
4. Vj.- "	100,0	7,51	100,0	7,11	100,0	6,16	100,0
1949							
1. Vj.-Durchschn.	105,4	7,95	105,7	7,47	105,2	6,39	103,8
2. Vj.- "	102,9	7,69	102,4	7,52	105,8	6,33	102,8
Juli	103,3	7,66	101,9	7,58	106,7	6,56	106,5
August	106,3	7,85	104,5	7,80	109,8	6,94	112,7
September	107,2	7,91	105,3	7,84	110,3	7,07	114,8
Oktober	107,0	7,89	105,0	7,82	110,1	7,13	115,7
November	107,3	7,89	105,0	7,84	110,3	7,24	117,5
Dezember	107,1	7,89	105,0	7,82	110,1	7,17	116,4
1950							
Januar	107,1	7,88	104,8	7,80	109,8	7,22	117,2
Februar	107,2	7,87	104,7	7,78	109,5	7,32	118,9
März	106,6	7,82	104,0	7,75	109,0	7,29	118,3
April	106,0	7,76	103,2	7,72	108,6	7,30	118,6
Mai	106,1	7,74	103,0	7,71	108,5	7,41	120,4
Juni	105,8	7,71	102,6	7,70	108,4	7,41	120,2
Juli	105,2	7,69	102,4	7,66	107,8	7,27	118,0
August	106,2	7,78	103,6	7,69	108,3	7,25	117,7
September	106,8	7,84	104,3	7,70	108,4	7,30	118,5

3. Emissionen von langfristigen Schuldverschreibungen und Aktien

Bundesgebiet, in Mill. DM

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere						Aktien		Summe	
	davon					monatlich insgesamt	seit der Währungsreform insgesamt (bis Ende des jeweiligen Monats)	monatlich		seit der Währungsreform insgesamt
	Pfandbriefe	Kommunalobligationen	Industrieobligationen	Schuldverschreibungen von Kreditinstituten	Anleihen der öffentl. Hand					
1948										
Seit der Währungsreform bis Dezember	32,5	4,0	10,0	—	—	46,5	46,5	—	—	46,5
1949										
Januar	—	—	40,0	—	—	40,0	86,5	—	—	86,5
Februar	44,5	3,5	25,0	—	—	73,0	159,5	—	—	159,5
März	90,5	30,0	10,0	—	—	130,5	290,0	13,5	13,5	303,5
April	45,0	17,0	—	—	—	62,0	352,0	12,0	25,5	377,5
Mai	7,0	3,0	10,0	—	—	20,0	372,0	12,9	38,4	410,4
Juni	—	—	68,0	—	64,0 ²⁾	132,0	504,0	3,1	41,5	545,5
Juli	64,5	22,0	88,5	—	276,4 ²⁾	451,4	955,4	3,8	45,3	1 000,7
August	14,5	4,0	36,7	—	—	55,2	1 010,6	1,7	47,0	1 057,6
September	73,5	16,0	21,0	150,0	—	260,5	1 271,1	3,0	50,0	1 321,1
Oktober	—	—	1,5	—	—	1,5	1 272,6	1,0	51,0	1 323,6
November	—	5,0	—	—	—	5,0	1 277,6	1,6	52,6	1 330,2
Dezember	20,0	18,0	—	—	—	38,0	1 315,6	1,6	54,2	1 369,8
1950										
Januar	10,0	5,0	18,5	8,0	—	41,5	1 357,1	0,7	54,9	1 412,0
Februar	30,0	—	—	—	—	30,0	1 387,1	1,1	56,0	1 443,1
März	36,0	15,0	5,0	—	—	56,0	1 443,1	5,3	61,3	1 504,4
April	5,0	10,0	—	—	—	15,0	1 458,1	1,0	62,3	1 520,4
Mai	21,0	15,0	10,0	—	—	46,0	1 504,1	5,8	68,1	1 572,2
Juni	55,0	—	8,0	—	—	63,0	1 567,1	8,1	76,2	1 643,3
Juli	14,5	10,0	13,0	—	—	38,0	1 604,6	4,8	81,0	1 685,6
August	45,0	—	69,0	—	—	114,0	1 718,6	1,5	82,5	1 801,1
September	10,0	0,1	20,0	—	—	30,1	1 748,7	5,8	88,3	1 837,0
zusammen:	618,5	177,6	454,2 ³⁾	158,0	340,4 ²⁾	1 748,7	1 748,7 ¹⁾	88,3	88,3	1 837,0
davon waren am 30. September 1950 untergebracht:	381,8	87,9	143,6 ⁴⁾	113,0 ⁵⁾	340,4 ²⁾	—	1 066,7	—	86,9	1 153,6

¹⁾ Von den festverzinslichen Wertpapieren sind 8 Mill. DM mit 3 1/2%, 0,1 Mill. DM mit 4 1/2%, 759,5 Mill. DM mit 5%, 150,0 Mill. DM mit 5 1/2%, 383,9 Mill. DM mit 6%, 447,2 Mill. DM mit 6 1/2% verzinslich. — ²⁾ Reichsbahnleihe. — ³⁾ Hiervon sind 205,8 Mill. DM zur Sicherung von Krediten über die Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgesehen. — ⁴⁾ Die zur Sicherung von Krediten über die Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgesehenen Emissionsbeträge sind hierin nicht enthalten. — ⁵⁾ Davon 60 Mill. DM aus dem Arbeitsstock.

4. Wechselproteste

auf Grund von Angaben der Landeszentralbanken und der Kreditinstitute

VII. Sonstige Geld-
und Kreditstatistik

Zeit	Wechselproteste		Wechselfälligkeiten	Anteil der Wechselproteste an den fällig gewordenen Wechseln in vH
	Mill. DM	Anzahl	Mill. DM	
1949				
Januar	7,2	.	.	.
Februar	7,9	.	.	.
März	13,4	.	.	.
April	12,4	.	.	.
Mai	12,6	.	.	.
Juni	11,7	10 060	1 375,9	0,85
Juli	9,8	9 497	1 290,3	0,76
August	9,5	9 210	1 413,0	0,67
September	9,5	9 450	1 465,3	0,65
Oktober	9,4	9 908	1 629,2	0,58
November	10,6	10 772	1 954,9	0,54
Dezember	10,8	11 688	2 000,9	0,54
1950				
Januar	10,8	11 598	2 039,0	0,53
Februar	12,5	13 224	2 103,3	0,59
März	15,8	17 327	2 200,6	0,72
April	14,8	17 450	2 055,2	0,72
Mai	15,9	19 895	2 254,6	0,71
Juni	15,1	20 591	2 308,4	0,65
Juli	13,7	19 548	2 124,6	0,64
August	13,9	19 535	2 240,8	0,62

VIII. Öffentliche Finanzen

1. Aufkommen an Bundes- und Ländersteuern ¹⁾

in Mill. DM

Steuerart	Rechnungsjahr 1949/50				Rechnungsjahr 1950/51				
	Insgesamt ²⁾	Jan.	Febr.	März	April ³⁾	Mai ³⁾	Juni	Juli	August
I. Besitz- und Verkehrssteuern									
Insgesamt	11 203,6	1 188,7	841,6	867,0	979,4	757,9	920,8	686,1	654,9
darunter:									
Lohnsteuer	2 113,2	200,6	183,2	181,8	172,2	155,8	76,4	63,2	87,7
Veranlagte Einkommensteuer	2 408,9	266,6	146,3	149,6	207,2	109,0	217,5	83,6	53,1
Körperschaftsteuer	1 448,1	145,6	79,5	108,1	127,7	56,9	191,0	39,7	22,6
Vermögenssteuer	115,2	2,8	16,7	3,8	2,8	20,0	3,2	2,3	19,0
Umsatzsteuer	3 991,1	427,7	323,6	321,8	358,9	329,5	340,9	383,2	381,7
Kraftfahrzeugsteuer einschl. Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer	282,2	62,6	20,9	22,1	29,6	21,0	22,9	36,0	21,9
Wechselsteuer	33,9	3,3	3,3	3,3	3,8	3,2	3,1	3,9	3,6
Beförderungssteuer	261,7	20,6	18,0	28,1	20,5	15,3	8,9	27,3	23,1
Notopfer Berlin	325,7	34,8	23,4	24,3	33,3	24,3	35,8	27,1	23,8
II. Verbrauchssteuern und Zölle									
Insgesamt	4 205,9	362,2	322,0	405,9	234,9	341,5	352,8	379,6	397,0
darunter:									
Tabaksteuer	2 190,6	183,3	161,1	192,9	95,4	174,6	179,9	184,5	186,6
Kaffeesteuer	280,7	22,2	23,7	26,6	22,9	21,8	23,3	33,5	29,5
Zuckersteuer	378,1	28,6	27,5	40,4	6,7	24,8	20,4	23,8	32,9
Salzsteuer	36,3	3,4	3,7	3,2	2,1	2,7	2,9	2,7	2,9
Biersteuer	302,4	25,9	20,9	25,3	23,7	28,7	35,5	42,3	46,0
Aus dem Spiritusmonopol	502,0	49,7	34,6	62,8	23,7	36,1	30,4	31,5	29,0
Zündwarensteuer	53,1	3,1	5,8	4,8	5,0	4,0	4,8	5,3	6,3
Ausgleichssteuer auf Mineralöle	48,9	4,1	4,2	3,2	4,4	5,3	5,3	6,7	6,9
Zölle	346,5	35,3	34,3	40,3	45,0	38,8	44,8	42,7	49,5
Insgesamt	15 409,5	1 551,0⁴⁾	1 163,6	1 272,8⁴⁾	1 214,3	1 099,4	1 273,7⁴⁾	1 065,7	1 051,9
davon dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet bzw. dem Bund zuzurechnen	1 009,0	100,8	89,9	101,7	605,3	682,5	703,5	774,5	776,2

¹⁾ Darin Steuern, Monopolabgaben, Zölle und Notopfer Berlin. — ²⁾ Einschließlich darin enthaltener Nachbuchungen für Rechnungsjahr 1948/49. — ³⁾ Einschließlich darin enthaltener Nachbuchungen für Rechnungsjahr 1949/50. — ⁴⁾ Differenz durch Abrundung. — Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

2. Verschuldung von Bund und Ländern

VIII. Öffentliche Finanzen

a) Bundb) Länder¹⁾

in Mill. DMin Mill. DM

Stand am Monatsende	Kassen- kredite von der Bank deutscher Länder	Schatz- wechsel- umlauf	Kredit vom Haupt- amt für Sofort- hilfe	Lombard- kredit der Landes- zentral- banken	Ins- gesamt	Direktkredite des Banksystems			Post	Arbeits- stock ²⁾	Schatz- wechsel und Schatz- anwei- sungen	Ins- gesamt
						davon						
						ins- gesamt	Zentral- bank- system	Ge- schäfts- banken				
1949 Dez.	—	213,4	—	—	213,4	215,5	86,5	129,0	44,5	166,2	169,5	595,7
1950 März	—	236,0	—	—	236,0	184,5	101,9	82,6	42,5	182,3	173,3	582,6
April	204,2	285,5	100,0	—	589,7	129,2	69,9	59,3	42,5	170,1	161,0	502,8
Mai	644,0	323,6	100,0	—	1 067,6	107,2	48,7	58,5	41,5	164,9	156,8	470,4
Juni	632,2	336,4	200,0	147,0	1 315,6	181,8	87,4	94,4	41,5	158,4	157,9	539,6
Juli	748,2	506,5	200,0	—	1 454,7	174,4	81,4	93,0	41,0	155,4	206,5	577,3
August	799,8	431,3	200,0	—	1 431,1	237,4	115,5	121,9	40,0	152,4	218,2	648,0
Sept.	597,3	600,2	200,0	—	1 397,5	.	85,8	.	.	.	217,6	.

¹⁾ Verschuldung bei Banken, bei der Post, beim Arbeitsstock und aus der Begebung von Schatzwechseln und Schatzanweisungen. —
²⁾ Vom Arbeitsstock bis Ende März 1950 für die Arbeitslosenfürsorge verausgabte, von den Ländern noch nicht erstattete Beträge.

IX. Außen-

1. Außenhandel des Vereinigten Wirtschaftsgebiets

Spezial-

Zeit	Einfuhr (kommerziell und nichtkommerziell)								
	insgesamt	Ernährungs- wirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft						
			zusammen	Roh- stoffe	Halb- waren	Fertigwaren			
						zusammen	Vorerzeug- nisse	Enderzeug- nisse	
Mill. DM									
1948 II. Halbjahr	1 993,1	1 079,6	913,5	496,2	304,9	112,4	65,2	47,2	Vereinigtes
1949 Januar	315,3	147,0	168,3	75,6	65,3	27,4	11,9	15,5	
Februar	476,4	219,0	257,4	154,6	67,2	35,6	19,0	16,6	
März	445,0	174,8	270,2	146,6	67,5	56,1	34,5	21,6	
April	452,4	187,7	264,7	143,2	64,0	57,5	21,6	35,9	
Mai	704,9	314,2	390,7	203,4	102,0	85,3	32,6	52,7	
Juni	656,6	310,3	346,3	177,7	94,6	74,0	30,3	43,7	
Juli	541,4	220,7	320,7	152,5	93,4	74,8	36,3	38,5	
August	700,4	326,8	373,6	167,0	85,4	121,2	29,1	92,1	
September	543,6	264,6	279,0	146,5	79,2	53,3	26,7	26,6	
Oktober	769,1	465,1	304,0	166,4	81,3	56,3	23,7	32,6	
November	643,9	364,6	279,3	143,9	77,5	57,9	29,1	28,8	
Dezember	1 081,0	594,2	486,8	239,8	143,5	103,5	51,2	52,3	
insgesamt	7 330,0	3 589,0	3 741,0	1 917,2	1 020,9	802,9	346,0	456,9	
Oktober	796,5	478,6	317,9	171,4	85,8	60,7	26,1	34,6	Bundes-
November	694,1	388,3	305,8	153,9	85,8	66,1	33,2	32,9	
Dezember	1 136,7	617,0	519,7	254,5	150,8	114,4	57,6	56,8	
insgesamt	2 627,3	1 483,9	1 143,4	579,8	322,4	241,2	116,9	124,3	
1950 Januar	966,6	503,3	463,3	240,8	125,0	97,5	49,8	47,7	
Februar	708,3	324,3	384,0	214,0	90,6	79,4	41,8	37,6	
März	822,6	423,6	399,0	220,7	82,2	96,4	49,0	47,4	
April	747,5	317,1	430,4	230,7	98,0	101,7	47,4	54,3	
Mai	678,2	291,4	386,8	220,0	76,5	90,3	43,9	46,4	
Juni	790,5	302,8	487,7	286,0	105,6	69,1	43,0	53,1	
Juli	948,5	427,2	521,3	311,3	107,9	102,1	51,1	51,0	
August	864,4	399,8	464,6	211,4	142,5	110,7	57,6	53,1	
Mill. \$									
1948 II. Halbjahr	757,6	479,8	277,8	148,8	93,4	35,6	21,4	14,2	Vereinigtes
1949 Januar	104,9	52,8	52,1	23,6	20,2	8,3	4,0	4,3	
Februar	155,5	78,1	77,4	46,2	20,1	11,1	6,1	5,0	
März	151,1	67,5	83,6	45,5	20,9	17,2	10,8	6,4	
April	148,1	65,1	83,0	45,7	20,0	17,3	6,5	10,8	
Mai	208,7	91,7	117,0	60,9	30,5	25,6	9,8	15,8	
Juni	196,6	93,1	103,5	53,0	28,3	22,2	9,1	13,1	
Juli	161,2	65,2	96,0	45,7	28,0	22,3	10,8	11,5	
August	210,0	97,9	112,1	50,2	25,6	36,3	8,7	27,6	
September	150,5	73,5	77,0	40,2	22,1	14,7	7,5	7,2	
Oktober	184,2	111,6	72,6	39,6	19,6	13,4	5,6	7,8	
November	156,0	87,6	68,4	35,3	19,1	14,0	7,0	7,0	
Dezember	262,0	144,0	118,0	58,6	34,9	24,5	12,0	12,5	
insgesamt	2 088,8	1 028,1	1 060,7	544,5	289,3	226,9	97,9	129,0	
Oktober	190,7	114,8	75,9	40,8	20,6	14,5	6,2	8,3	Bundes-
November	169,0	94,1	74,9	37,8	21,1	16,0	8,0	8,0	
Dezember	275,7	149,7	126,0	62,2	36,7	27,1	13,5	13,6	
insgesamt	635,4	358,6	276,8	140,8	78,4	57,6	27,7	29,9	
1950 Januar	230,2	120,0	110,2	57,3	29,8	23,1	11,8	11,3	
Februar	168,3	77,1	91,2	50,9	21,5	18,8	9,9	8,9	
März	195,6	100,8	94,8	52,4	19,6	22,8	11,6	11,2	
April	177,7	75,4	102,3	54,9	23,3	24,1	11,2	12,9	
Mai	161,1	69,3	91,8	52,3	18,2	21,3	10,4	10,9	
Juni	187,9	72,0	115,9	68,0	25,1	22,8	10,2	12,6	
Juli	225,4	101,6	123,8	74,0	25,6	24,2	12,1	12,1	
August	205,3	95,0	110,3	50,3	33,8	26,2	13,7	12,5	

1) Einschließlich West-Berlin. Die Ein- und Ausfuhrwerte in DM sind bis einschl. April 1949 nicht miteinander Statistisches Bundesamt.

handel

bzw. Bundesgebiets¹⁾ nach Warengruppen

handel

Ausfuhr								Zeit
insgesamt	Ernährungs- wirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft						
		zusammen	Roh- stoffe	Halb- waren	Fertigwaren			
					zusammen	Vorerzeug- nisse	Enderzeug- nisse	
Wirtschaftsgebiet ¹⁾								Mill. DM
1 332,3	21,2	1 311,1	326,3	400,8	584,0	306,4	277,6	1948 II. Halbjahr
251,1	12,4	238,7	52,7	81,2	104,8	57,2	47,6	1949 Januar
276,2	8,8	267,4	51,1	96,1	120,2	59,4	60,8	Februar
305,5	8,2	297,3	59,2	106,2	131,9	64,9	67,0	März
287,9	6,3	281,6	57,0	94,2	130,4	61,9	68,5	April
332,4	2,8	329,6	63,6	106,0	160,0	69,5	90,5	Mai
294,8	2,0	292,5	59,1	90,2	143,5	61,7	81,8	Juni
308,0	2,3	305,7	68,2	84,3	153,2	70,4	82,8	Juli
303,6	2,4	301,2	66,0	76,7	158,5	74,0	84,5	August
335,1	2,0	333,1	69,3	92,5	171,3	70,9	100,4	September
315,7	8,0	307,7	67,0	73,7	167,0	58,8	108,2	Oktober
340,8	13,0	327,8	73,3	86,6	167,9	53,5	114,4	November
454,5	16,6	437,9	91,4	111,6	234,9	80,4	154,5	Dezember
3 805,6	84,8	3 720,8	777,9	1 099,3	1 843,6	782,6	1 061,0	insgesamt
gebiet ¹⁾								
342,2	9,0	333,2	73,4	76,9	182,9	63,6	119,3	Oktober
370,2	15,9	354,3	78,9	90,2	185,2	60,1	125,1	November
485,4	17,3	468,1	96,8	115,8	255,5	88,2	167,3	Dezember
1 197,8	42,2	1 155,6	249,1	282,9	623,6	211,9	411,7	insgesamt
1950								
442,8	9,4	433,4	84,6	104,9	243,9	91,4	152,5	Januar
473,7	11,6	462,1	80,6	103,1	278,4	97,6	180,8	Februar
590,5	11,8	578,7	91,9	127,4	359,4	123,1	236,3	März
542,1	13,4	528,7	78,9	104,9	344,9	122,1	222,8	April
594,9	8,3	586,6	87,7	111,4	387,5	132,3	255,2	Mai
651,9	8,5	643,4	105,8	125,0	412,6	139,5	273,1	Juni
730,2	10,2	720,0	108,4	151,4	460,2	159,0	301,2	Juli
752,9	12,0	740,9	102,8	155,9	482,2	155,1	327,1	August
Wirtschaftsgebiet ¹⁾								Mill. \$
366,9	5,7	361,2	97,1	115,4	148,7	74,5	74,2	1948 II. Halbjahr
70,0	3,4	66,6	15,7	23,7	27,2	14,2	13,0	1949 Januar
78,7	2,5	76,2	15,4	28,4	32,4	15,1	17,3	Februar
85,7	2,4	83,3	17,8	29,5	36,0	16,8	19,2	März
82,1	1,8	80,3	17,1	27,3	35,9	16,5	19,4	April
94,5	0,8	93,7	19,0	30,0	44,7	18,6	26,1	Mai
84,2	0,6	83,6	17,7	25,7	40,2	17,0	23,2	Juni
89,7	0,7	89,0	20,4	25,2	43,4	19,5	23,9	Juli
88,3	0,7	87,6	19,8	22,9	44,9	20,4	24,5	August
93,1	0,5	92,6	19,3	26,5	46,8	19,1	27,7	September
74,6	1,9	72,7	16,0	17,8	38,9	13,2	25,7	Oktober
80,9	3,1	77,8	17,6	21,1	39,1	12,2	26,9	November
107,7	4,0	103,7	21,6	27,0	55,1	18,9	36,2	Dezember
1 029,5	22,4	1 007,1	217,4	305,1	484,6	201,5	283,1	insgesamt
gebiet ¹⁾								
80,9	2,1	78,8	17,6	18,6	42,6	14,3	28,3	Oktober
87,9	3,8	84,1	18,9	22,0	43,2	13,8	29,4	November
115,0	4,1	110,9	22,9	28,0	60,0	20,7	39,3	Dezember
283,8	10,0	273,8	59,4	68,6	145,8	48,8	97,0	insgesamt
1950								
104,4	2,3	102,1	20,1	25,2	56,8	21,6	35,2	Januar
112,3	2,8	109,5	19,2	24,8	65,5	23,2	42,3	Februar
139,7	2,8	136,9	21,9	30,4	84,6	29,2	55,4	März
127,7	3,1	124,6	18,8	25,0	80,8	28,9	51,9	April
140,3	2,0	138,3	20,9	26,5	90,9	31,3	59,6	Mai
153,9	2,0	151,9	25,2	29,8	96,9	33,0	63,9	Juni
172,2	2,4	169,8	25,8	36,0	108,0	37,7	70,3	Juli
177,6	2,9	174,7	24,4	37,1	113,2	36,7	76,5	August

vergleichbar, da die Bewertung zum Teil nach Weltmarkt-, zum Teil nach Inlandspreisen erfolgte. — Quelle:

Länder	1949						1950					
	Jan.-Sept. 1949 Monatsdurchschnitt			Okt.-Dez. 1949 Monatsdurchschnitt			Jan.-März Monatsdurchschnitt			April-Juni Monatsdurchschnitt		
	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo ¹⁾	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo
Mill. DM												
1. USA	216,8	12,9	.	289,8	18,1	-271,7	167,1	17,3	-149,8	128,1	19,6	-108,5
2. Kanada	6,2	1,8	.	6,5	1,9	- 4,6	3,9	1,6	- 2,3	1,9	3,2	+ 1,3
3. Lateinamerika	37,4	8,2	.	62,8	15,8	- 47,0	36,9	27,9	- 9,0	68,3	35,9	- 32,4
4. Sterling-Länder	67,1	52,2	.	84,2	55,6	- 28,6	127,3	52,2	- 75,1	123,3	54,7	- 68,6
davon:												
a) Teilnehmerländer ²⁾	32,1	41,3	.	41,2	44,3	+ 3,1	56,4	37,3	- 19,1	56,5	34,5	- 22,0
b) Nicht-Teilnehmerländer ²⁾	35,0	10,9	.	43,0	11,3	- 31,7	70,9	14,9	- 56,0	66,8	20,2	- 46,6
5. ERP-Länder ohne Sterling-Gebiet	192,9	230,4	.	338,7	259,0	- 79,7	416,6	345,2	- 71,4	352,4	399,5	+ 47,1
davon:												
a) Länder mit liberalisierten Handelsverträgen (Stand März 1950)	156,2	205,4	.	277,4	222,1	- 55,3	355,5	290,8	- 64,7	312,0	324,4	+ 12,4
Belgien-Luxemburg ^{*)}	44,2	35,5	.	37,1	38,0	+ 0,9	39,8	45,1	+ 5,3	25,2	51,8	+ 26,6
Frankreich ^{*)}	23,0	66,0	.	46,9	62,5	+ 15,6	70,6	60,2	- 10,4	83,1	62,9	- 20,2
Niederlande ^{*)}	27,2	35,4	.	94,6	34,5	- 60,1	103,1	77,8	- 25,3	90,2	93,6	+ 3,4
Dänemark	11,3	4,9	.	23,2	5,9	- 17,3	38,2	13,5	- 24,7	25,3	20,9	- 4,4
Norwegen	8,9	5,8	.	6,0	7,3	+ 1,3	14,4	8,4	- 6,0	15,3	8,6	- 6,7
Schweden	23,6	20,3	.	28,5	20,5	- 8,0	48,6	32,2	- 16,4	37,7	30,6	- 7,1
Österreich	3,6	17,8	.	4,8	24,6	+ 19,8	8,8	25,2	+ 16,4	11,9	22,5	+ 10,6
Schweiz	14,4	19,7	.	36,3	28,8	- 7,5	32,0	28,4	- 3,6	23,3	33,5	+ 10,2
b) Übrige ERP-Länder	36,7	25,0	.	61,3	36,9	- 24,4	61,1	54,4	- 6,7	40,4	75,1	+ 34,7
davon:												
Griechenland	2,3	4,0	.	4,2	4,1	- 0,1	3,4	10,1	+ 6,7	3,0	8,9	+ 5,9
Italien	25,2	16,4	.	33,9	25,4	- 8,5	35,5	30,6	- 4,9	26,9	44,5	+ 17,6
Portugal ^{*)}	4,7	0,8	.	5,4	2,1	- 3,3	4,8	2,9	- 1,9	2,4	3,5	+ 1,1
Türkei	4,5	3,8	.	17,8	5,3	- 12,5	17,4	10,2	- 7,2	8,1	17,7	+ 9,6
Freistaat Triest	—	—	.	—	—	—	0,0	0,6	+ 0,6	0,0	0,5	+ 0,5
6. Osteuropa	24,8	12,9	.	53,4	37,0	- 16,4	32,4	37,2	+ 4,8	29,7	53,0	+ 23,3
7. Sonstige Länder	34,6	8,0	.	40,4	11,9	- 28,5	48,3	20,8	- 27,5	35,0	30,4	- 4,6
8. Alle Länder	579,8	326,4	.	875,8	399,3	-476,5	832,5	502,2	-330,3	738,7	596,3	-142,4
ERP-Länder insgesamt	225,0	271,7	.	379,9	303,3	- 76,6	473,0	382,5	- 90,5	408,9	434,0	+ 25,1
Nicht-Teilnehmerländer ²⁾	354,8	54,7	.	495,9	96,0	-399,9	359,5	119,7	-239,8	329,8	162,3	-167,5
Alle Länder	579,8	326,4	.	875,8	399,3	-476,5	832,5	502,2	-330,3	738,7	596,3	-142,4
Mill. US-\$												
1. USA	68,1	3,7	- 64,4	69,8	4,4	- 65,4	39,8	4,1	- 35,7	30,4	4,7	- 25,7
2. Kanada	1,8	0,5	- 1,3	1,5	0,4	- 1,1	0,9	0,4	- 0,5	0,5	0,7	+ 0,2
3. Lateinamerika	11,3	2,3	- 9,0	16,0	3,7	- 12,3	8,8	6,5	- 2,3	16,2	8,4	- 7,8
4. Sterling-Länder	20,3	14,0	- 6,3	20,3	12,9	- 7,4	30,3	12,4	- 17,9	29,3	12,9	- 16,4
davon:												
a) Teilnehmerländer ²⁾	9,8	10,9	+ 1,1	9,8	10,2	+ 0,4	13,4	8,9	- 4,5	13,4	8,1	- 5,3
b) Nicht-Teilnehmerländer ²⁾	10,5	3,1	- 7,4	10,5	2,7	- 7,8	16,9	3,5	- 13,4	15,9	4,8	- 11,1
5. ERP-Länder ohne Sterling-Gebiet	58,6	66,7	+ 8,1	81,2	61,5	- 19,7	98,9	81,6	- 17,3	83,8	94,2	+ 10,4
davon:												
a) Länder mit liberalisierten Handelsverträgen (Stand März 1950)	47,6	59,3	- 11,7	66,4	52,7	- 13,7	84,3	68,6	- 15,7	74,2	76,4	+ 2,2
Belgien-Luxemburg ^{*)}	13,5	10,3	- 3,2	8,9	8,9	± 0,0	9,4	10,6	+ 1,2	6,0	12,2	+ 6,2
Frankreich ^{*)}	7,0	19,4	+ 12,4	11,3	15,0	+ 3,7	16,6	14,2	- 2,4	19,9	14,9	- 5,0
Niederlande ^{*)}	8,2	9,7	+ 1,5	22,6	8,1	- 14,5	24,5	18,3	- 6,2	21,4	22,2	+ 0,8
Dänemark	3,4	1,4	- 2,0	5,6	1,4	- 4,2	9,1	3,2	- 5,9	6,0	4,9	- 1,1
Norwegen	2,9	1,6	- 1,3	1,5	1,7	+ 0,2	3,4	2,0	- 1,4	3,6	2,0	- 1,6
Schweden	7,2	5,9	- 1,3	6,8	4,9	- 1,9	11,6	7,6	- 4,0	9,0	7,1	- 1,9
Österreich	1,2	5,3	+ 4,1	1,1	5,9	+ 4,8	2,1	6,0	+ 3,9	2,8	5,3	+ 2,5
Schweiz	4,2	5,7	+ 1,5	8,6	6,8	- 1,8	7,6	6,7	- 0,9	5,5	7,8	+ 2,3
b) Übrige ERP-Länder	11,0	7,4	- 3,6	14,8	8,8	- 6,0	14,6	13,0	- 1,6	9,6	17,8	+ 8,2
davon:												
Griechenland	0,7	1,2	+ 0,5	1,0	1,0	± 0,0	0,8	2,4	+ 1,6	0,7	2,1	+ 1,4
Italien	7,4	4,9	- 2,5	8,1	6,0	- 2,1	8,4	7,3	- 1,1	6,4	10,6	+ 4,2
Portugal ^{*)}	1,5	0,2	- 1,3	1,4	0,5	- 0,9	1,2	0,7	- 0,5	0,6	0,8	+ 0,2
Türkei	1,4	1,1	- 0,3	4,3	1,3	- 3,0	4,2	2,4	- 1,8	1,9	4,2	+ 2,3
Freistaat Triest	—	—	—	—	—	—	0,0	0,2	+ 0,2	0,0	0,1	+ 0,1
6. Osteuropa	7,6	3,8	- 3,8	13,0	8,9	- 4,1	7,7	8,9	+ 1,2	7,1	12,6	+ 5,5
7. Sonstige Länder	10,2	2,2	- 8,0	10,0	2,8	- 7,2	11,6	4,9	- 6,7	8,3	7,1	- 1,2
8. Alle Länder	177,9	93,2	- 84,7	211,8	94,6	-117,2	198,0	118,8	- 79,2	175,6	140,6	- 35,0
ERP-Länder insgesamt	68,4	77,6	+ 9,2	91,0	71,7	- 19,3	112,4	90,5	- 21,9	97,2	102,3	+ 5,1
Nicht-Teilnehmerländer ²⁾	109,5	15,6	- 93,9	120,8	22,9	- 97,9	85,6	28,3	- 57,3	78,4	38,3	- 40,1
Alle Länder	177,9	93,2	- 84,7	211,8	94,6	-117,2	198,0	118,8	- 79,2	175,6	140,6	- 35,0

¹⁾ Einschließlich West-Berlin. Die Ein- und Ausfuhrwerte in DM sind nicht miteinander vergleichbar, da die Bewertung zum Teil in Weltmarkt-, zum Teil

1950																Länder
April			Mai			Juni			Juli			August				
Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo		
Mill. DM																
124,0	18,6	-105,4	113,2	17,6	-95,6	146,9	22,5	-124,4	233,3	29,6	-203,7	101,4	42,3	-59,1	1. USA	
1,9	2,2	+0,3	0,8	4,3	+3,5	3,0	3,1	+0,1	3,7	3,5	-0,2	1,9	4,1	+2,2	2. Kanada	
65,0	31,9	-33,1	73,2	39,7	-33,5	66,7	36,0	-30,7	52,7	47,9	-4,8	58,4	57,9	-0,5	3. Lateinamerika	
129,0	49,8	-79,2	101,7	46,4	-55,3	139,3	67,9	-71,4	127,4	84,1	-43,3	122,5	77,4	-45,1	4. Sterling-Länder	
															davon:	
54,5	30,4	-24,1	47,1	29,8	-17,3	68,0	43,3	-24,7	64,8	56,4	-8,4	77,5	47,6	-29,9	a) Teilnehmerländer ²⁾	
74,5	19,4	-55,1	54,6	16,6	-38,0	71,3	24,6	-46,7	62,6	27,7	-34,9	45,0	29,8	-15,2	b) Nicht-Teilnehmerländer ²⁾	
378,2	377,4	-0,8	327,0	396,8	+69,8	352,1	424,3	+72,2	443,5	467,0	+23,5	483,3	487,5	+4,2	5. ERP-Länder ohne Sterling-Gebiet	
															davon:	
															a) Länder mit liberalisierten	
															Handelsverträgen	
															(Stand März 1950)	
333,8	309,0	-24,8	291,2	319,5	+28,3	311,1	344,6	+33,5	402,2	370,3	-31,9	431,1	406,8	-24,3	Belgien-Luxemburg ^{*)}	
33,2	50,0	+16,8	19,1	48,8	+29,7	23,2	56,8	+33,6	33,3	58,1	+24,8	39,6	60,9	+21,3	Frankreich ^{*)}	
84,5	57,7	-26,8	75,8	63,0	-12,8	89,0	67,9	-21,1	114,5	64,5	-50,0	104,9	63,1	-41,8	Niederlande ^{*)}	
99,9	91,8	-8,1	91,0	93,1	+2,1	79,7	95,8	+16,1	99,6	96,0	-3,6	106,0	103,3	-2,7	Dänemark	
21,7	16,9	-4,8	25,7	17,2	-8,5	28,6	28,6	+0,0	37,8	39,5	+1,7	51,1	48,8	-2,3	Norwegen	
22,3	8,5	-13,8	10,0	9,4	-0,6	13,6	8,0	-5,6	19,5	10,0	-9,5	28,6	11,8	-16,8	Schweden	
32,3	29,5	-2,8	36,1	31,0	-5,1	44,7	31,2	-13,5	60,5	33,2	-27,3	65,2	49,1	-16,1	Österreich	
9,7	22,0	+12,3	11,3	23,7	+12,4	14,6	21,7	+7,1	13,7	27,4	+13,7	14,1	24,2	+10,1	Schweiz	
30,2	32,6	+2,4	22,2	33,3	+11,1	17,7	34,6	+16,9	23,3	41,6	+18,3	21,6	45,6	+24,0	b) Übrige ERP-Länder	
44,4	68,4	+24,0	35,8	77,3	+41,5	41,0	79,7	+38,7	41,3	96,7	+55,4	52,2	80,7	+28,5	davon:	
															Griechenland	
3,4	10,1	+6,7	2,7	8,6	+5,9	2,8	8,2	+5,4	4,2	11,2	+7,0	2,3	14,1	+11,8	Italien	
24,1	36,7	+12,6	26,0	46,1	+20,1	30,6	50,6	+20,0	26,9	44,4	+17,5	40,9	34,8	-6,1	Portugal ^{*)}	
2,6	2,6	+0,0	2,3	4,0	+1,7	2,4	3,9	+1,5	4,3	5,2	+0,9	3,8	5,5	+1,7	Türkei	
14,3	18,4	+4,1	4,8	18,3	+13,5	5,2	16,4	+11,2	5,9	35,3	+29,4	5,2	25,2	+20,0	Freistaat Triest	
—	0,6	+0,6	0,0	0,3	+0,3	—	0,6	+0,6	0,0	0,6	+0,6	0,0	1,1	+1,1	6. Osteuropa	
21,9	37,7	+15,8	26,3	59,6	+33,3	41,0	61,7	+20,7	28,2	48,4	+20,2	43,4	44,8	+1,4	7. Sonstige Länder	
27,5	24,5	-3,0	36,0	30,5	-5,5	41,5	36,4	-5,1	59,7	49,7	-10,0	53,5	38,9	-14,6		
747,5	542,1	-205,4	678,2	594,9	-83,3	790,5	651,9	-138,6	948,5	730,2	-218,3	864,4	752,9	-111,5	8. Alle Länder	
432,7	407,8	-24,9	374,1	426,6	+52,5	420,1	467,6	+47,5	508,3	523,4	+15,1	560,8	535,1	-25,7	ERP-Länder insgesamt	
314,8	134,3	-180,5	304,1	168,3	-135,8	370,4	184,3	-186,1	440,2	206,8	-233,4	303,6	217,8	-85,8	Nicht-Teilnehmerländer ²⁾	
747,5	542,1	-205,4	678,2	594,9	-83,3	790,5	651,9	-138,6	948,5	730,2	-218,3	864,4	752,9	-111,5	Alle Länder	
Mill. US-\$																
29,5	4,4	-25,1	26,9	4,2	-22,7	34,9	5,4	-29,5	55,5	7,0	-48,5	24,1	10,0	-14,1	1. USA	
0,5	0,5	+0,0	0,2	1,0	+0,8	0,7	0,7	+0,0	0,9	0,8	-0,1	0,5	1,0	+0,5	2. Kanada	
15,4	7,5	-7,9	17,4	9,3	-8,1	15,9	8,4	-7,5	12,5	11,2	-1,3	13,9	13,5	-0,4	3. Lateinamerika	
30,6	11,8	-18,8	24,2	10,9	-13,3	33,1	16,0	-17,1	30,3	19,8	-10,5	29,1	18,2	-10,9	4. Sterling-Länder	
															davon:	
12,9	7,2	-5,7	11,2	7,0	-4,2	16,1	10,2	-5,9	15,4	13,3	-2,1	18,4	11,2	-7,2	a) Teilnehmerländer ²⁾	
17,7	4,6	-13,1	13,0	3,9	-9,1	17,0	5,8	-11,2	14,9	6,5	-8,4	10,7	7,0	-3,7	b) Nicht-Teilnehmerländer ²⁾	
90,2	88,9	-1,3	77,6	93,5	+15,9	83,6	100,1	+16,5	105,3	110,1	+4,8	114,7	115,1	+0,4	5. ERP-Länder ohne Sterling-Gebiet	
															davon:	
															a) Länder mit liberalisierten	
															Handelsverträgen	
															(Stand März 1950)	
79,7	72,7	-7,0	69,1	75,3	+6,2	73,8	81,3	+7,5	95,5	87,2	-8,3	102,3	95,9	-6,4	Belgien-Luxemburg ^{*)}	
7,9	11,7	+3,8	4,5	11,5	+7,0	5,5	13,3	+7,8	7,9	13,6	+5,7	9,4	14,3	+4,9	Frankreich ^{*)}	
20,6	13,7	-6,9	18,0	14,9	-3,1	21,1	16,1	-5,0	27,2	15,2	-12,0	24,9	14,9	-10,0	Niederlande ^{*)}	
23,7	21,8	-1,9	21,6	22,0	+0,4	18,9	22,7	+3,8	23,7	22,7	-1,0	25,2	24,4	-0,8	Dänemark	
5,1	3,9	-1,2	6,1	4,0	-2,1	6,8	6,8	+0,0	9,0	9,3	+0,3	12,1	11,5	-0,6	Norwegen	
5,3	2,0	-3,3	2,4	2,2	-0,2	3,2	1,9	-1,3	4,6	2,3	-2,3	6,8	2,8	-4,0	Schweden	
7,6	6,8	-0,8	8,8	7,3	-1,3	10,6	7,3	-3,3	14,4	7,8	-6,6	15,5	11,6	-3,9	Österreich	
2,3	5,2	+2,9	2,7	5,6	+2,9	3,5	5,1	+1,6	3,2	6,5	+3,3	3,3	5,7	+2,4	Schweiz	
7,2	7,6	+0,4	5,2	7,8	+2,6	4,2	8,1	+3,9	5,5	9,8	+4,3	5,1	10,7	+5,6	b) Übrige ERP-Länder	
10,5	16,2	+5,7	8,5	18,2	+9,7	9,8	18,8	+9,0	9,8	22,9	+13,1	12,4	19,2	+6,8	davon:	
															Griechenland	
0,7	2,4	+1,7	0,7	2,0	+1,3	0,7	1,9	+1,2	1,0	2,6	+1,6	0,6	3,3	+2,7	Italien	
5,7	8,7	+3,0	6,2	10,9	+4,7	7,3	12,0	+4,7	6,4	10,6	+4,2	9,7	8,3	-1,4	Portugal ^{*)}	
0,6	0,5	-0,1	0,5	0,9	+0,4	0,6	0,9	+0,3	1,0	1,2	+0,2	0,9	1,3	+0,4	Türkei	
3,5	4,4	+0,9	1,1	4,3	+3,2	1,2	3,9	+2,7	1,4	8,3	+6,9	1,2	6,0	+4,8	Freistaat Triest	
—	0,2	+0,2	0,0	0,1	+0,1	—	0,1	+0,1	0,0	0,2	+0,2	0,0	0,3	+0,3	6. Osteuropa	
5,2	9,0	+3,8	6,2	14,2	+8,0	9,8	14,7	+4,9	6,7	11,5	+4,8	10,3	10,6	+0,3	7. Sonstige Länder	
6,3	5,6	-0,7	8,6	7,2	-1,4	9,9	8,6	-1,3	14,2	11,8	-2,4	12,7	9,2	-3,5		
177,7	127,7	-50,0	161,1	140,3	-20,8	187,9	153,9	-34,0	225,4	172,2	-53,2	205,3	177,6	-27,7	8. Alle Länder	
103,1	96,1	-7,0	88,8	100,5	+11,7	99,7	110,3	+10,6	120,7	123,4	+2,7	133,1	126,3	-6,8	ERP-Länder insgesamt	
74,6	31,6	-43,0	72,3	39,8	-32,5	88,2	43,6	-44,6	104,7	48,8	-55,9	72,2	51,3	-20,9	Nicht-Teilnehmerländer ²⁾	
177,7	127,7	-50,0	161,1	140,3	-20,8	187,9	153,9	-34,0	225,4	172,2	-53,2	205,3	177,6	-27,7	Alle Länder	

nach Inlandspreisen erfolgte. — ²⁾ Nicht-Teilnehmerländer bzw. Teilnehmerländer am Marshallplan. — ^{*)} Einschließlich der Besitzungen in Übersee.

X. Produktion, Beschäftigung, Verkehr und Preise

1. Index der industriellen Produktion

Bundesgebiet, arbeitstäglich, 1936 = 100

Zeit	Arb.-tage	Gesamtindex einschl. Energie		Investitionsgüterindustrien															
				insgesamt	Rohstoffe								Fertigwaren						
					gesamt	darunter ausgewählte Industrie- gruppen							gesamt	darunter ausgewählte Industrie- gruppen					
						Eisen- erz- berg- bau	Eisen- und Stahl	Eisen-, Stahl-, Temper- gu	NE- Metalle	Steine und Erden	Säge- und Holz- indus- trie	Stahl- bau ohne Wag- gon- bau		Schiff- bau	Ma- schi- nen- bau	Fahr- zeug- bau	Elek- tro- tech- nische Ind.	Eisen- Stahl- Blech- Metall- waren	
1949																			
Januar	25	78	80	74	63	109	53	68	59	57	100	81	54	8	84	71	169	65	
Februar	24	81	84	78	67	108	59	69	64	58	108	86	57	9	89	76	179	65	
März	27	81	84	78	67	112	60	68	68	59	97	84	50	12	89	78	171	58	
April	24	84	86	80	71	108	60	66	73	73	106	85	59	31	93	81	170	56	
Mai	25	86	88	81	75	113	63	67	76	84	104	85	62	14	93	85	169	56	
Juni	24,5	87	88	83	76	114	64	63	75	88	101	87	63	19	94	92	170	55	
Juli	26	86	86	81	76	114	63	64	72	91	99	83	56	18	92	88	155	54	
August	27	87	87	81	78	115	65	64	72	94	95	83	59	22	87	93	154	58	
September	26	92	92	86	77	112	62	67	70	97	94	91	62	15	96	99	182	62	
Oktober	26	94	95	87	75	114	58	69	68	93	99	95	60	15	96	106	191	72	
November	25,5	97	99	92	77	112	64	75	68	87	94	101	64	14	101	108	217	79	
Dezember	26	93	96	88	73	111	64	75	65	72	90	97	59	16	101	102	204	75	
1950																			
Januar	26	89	95	85	73	118	70	76	68	61	88	93	58	15	96	100	187	72	
Februar	24	92	98	90	74	126	74	77	70	59	94	99	60	25	103	114	204	74	
März	27	96	101	93	79	129	75	79	70	76	97	101	65	35	107	120	199	74	
April	23	102	104	99	83	130	72	80	72	91	113	109	70	41	115	137	203	83	
Mai	24	105	107	104	89	128	74	82	81	103	108	113	69	41	117	156	196	90	
Juni	25,5	107	108	107	93	129	81	81	86	110	105	117	75	40	118	166	199	92	
Juli	26	107	107	106	93	135	80	82	89	113	109	114	70	42	116	151	205	91	
August	27	114	115	113	98	139	85	85	98	117	109	123	72	42	117	169	232	105	
Sept. +	26	121	124	122	102	143	88	90	106	118	112	135	74	.	128	176	266	117	
Zeit	allgem. Produktionsguterindustrien						Verbrauchsgüterindustrien												
	insgesamt	darunter ausgewählte Industriegruppen				insgesamt	darunter ausgewählte Industriegruppen												
		Kohle	Strom	Gas	Chemie o. Kunst- faser- erzeug.		Papier- erzeug.	Leder- erzeug.	Textilien o. Kunst- faser- erzeug.	Keramik	Bereifg. u. Kaut- schuk- erzeug.	Schuhe							
1949																			
Januar	101	90	149	79	84	68	63	58	63	95	109	61							
Februar	104	90	149	80	89	72	71	56	68	98	114	62							
März	104	90	149	81	90	74	76	52	75	93	110	59							
April	103	90	145	82	90	75	77	51	76	94	98	62							
Mai	105	93	144	83	90	80	82	61	82	95	98	74							
Juni	105	91	141	83	93	79	80	64	78	88	98	77							
Juli	104	92	141	85	90	74	77	58	75	80	94	55							
August	106	91	147	86	92	78	75	62	81	81	96	58							
September	108	92	153	87	93	87	76	67	92	84	105	81							
Oktober	111	94	158	88	96	90	78	74	95	86	111	84							
November	115	99	167	88	97	96	83	77	100	94	119	87							
Dezember	113	96	173	88	95	92	85	70	98	92	104	73							
1950																			
Januar	115	97	170	89	98	90	86	67	98	91	94	60							
Februar	117	98	165	90	102	94	90	68	102	97	98	65							
März	120	98	163	91	109	96	90	64	103	93	95	76							
April	120	98	162	89	112	96	90	66	101	98	92	72							
Mai	121	97	158	88	116	97	95	66	101	95	100	79							
Juni	121	94	156	88	117	94	99	63	95	95	110	71							
Juli	123	96	157	92	120	91	97	65	91	92	113	55							
August	130	96	166	97	130	101	101	74	103	99	125	74							
Sept. +	137	99	178	101	137	109	106	85	114	107	141	90							

+ Vorläufig. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

2. Steinkohlenförderung und -ausfuhrüberschuß

Bundesgebiet, in 1000 t

Zeit	Steinkohlenförderung		Ausfuhrüberschuß von	
	monatlich	arbeits-täglich	Steinkohle	Koks
1946 M.-D.	4 495	177,8	.	.
1947 "	5 927	234,7	.	.
1948 "	7 253	285,1	702	542
1949 "	8 603	338,1	944	646
1949 Januar	8 204	328,2	852	683
Februar	7 871	328,0	777	667
März	8 893	329,4	947	759
April	7 898	329,1	810	815
Mai	8 377	335,1	865	818
Juni	8 107	333,4	930	745
Juli	8 749	336,5	1 023	670
August	9 047	335,1	966	601
September	8 776	337,5	941	453
Oktober	8 990	345,8	956	402
November	9 199	368,0	958	541
Dezember	9 125	351,0	1 304	602
1950 Januar	9 327	358,7	1 016	624
Februar	8 682	361,7	952	650
März	9 802	363,0	1 024	591
April	8 364	363,6	972	486
Mai	8 667	361,1	816	452
Juni	8 978	345,3	1 123	462
Juli	9 169	352,6	1 159	727
August	9 445	349,8	1 111	860
September	9 216	354,5	1 136	797

Quelle: Deutsche Kohlenbergbauleitung; Statistisches Bundesamt.

3. Eisen- und Stahlerzeugung

Bundesgebiet, in 1000 t

X. Produktion
Beschäftigung

Zeit	Roheisen einschl. Ferro- legierungen	Rohstahl- blöcke und Stahl- formguß ¹⁾	Walzstahl- fertig- erzeugnisse
1949 Januar	551	677	453
Februar	531	691	470
März	602	780	545
April	575	729	496
Mai	619	793	539
Juni	603	777	539
Juli	636	805	551
August	651	845	582
September	598	770	535
Oktober	557	704	518
November	584	765	555
Dezember	633	812	566
1950 Januar	697	907	605
Februar	671	899	573
März	772	1 015	650
April	691	907	575
Mai	724	938	625
Juni	762	1 006	683
Juli	824	1 049	690
August	867	1 088	751
September	887	1 079	762

¹⁾ Von April 1950 ab: flüssig. — Quelle: Fachstatistik Eisen und Stahl.

4. Arbeitsmarkt

Bundesgebiet, in 1000

Stand am Monatsende	Beschäftigte	Arbeitslose	Offene Stellen	Arbeitslosen- und Arbeitslosen- fürsorgeunterstützungsempfänger
1948 März	.	471,8	757,0	18
April	.	469,4	794,4	15
Mai	.	448,2	802,9	13
Juni	13 468,1	451,1	677,1	13
Juli	.	665,0	285,1	79
August	.	784,2	271,1	194
September	13 463,1	784,1	297,2	263
Oktober	.	739,4	305,5	287
November	.	715,1	276,2	310
Dezember	13 702,8	759,6	225,8	380
1949 Januar	.	962,9	216,9	521
Februar	.	1 068,9	212,3	650
März	13 447,3	1 168,1	197,2	749
April	.	1 232,4	183,6	771
Mai	.	1 256,9	157,1	827
Juni	13 488,7	1 283,3	144,6	887
Juli	.	1 302,9	135,7	931
August	.	1 308,1	125,7	963
September	13 604,4	1 313,7	127,9	963
Oktober	.	1 316,6	119,7	969
November	.	1 383,8	99,5	1 030
Dezember	13 556,2	1 558,5	75,4	1 203
1950 Januar	.	1 897,6	87,7	1 446
Februar	.	1 981,7	106,1	1 622
März	13 307,3	1 851,9	126,6	1 544
April	.	1 783,8	119,6	1 446
Mai	.	1 668,3	116,9	1 363
Juni	13 845,6	1 538,1	124,3	1 264
Juli	.	1 451,9	128,2	1 177
August	.	1 341,2	133,9	1 102
September	14 297,2	1 271,6	142,3	1 030

Quelle: Bundesministerium für Arbeit.

Zeit	Eisenbahn						
	Durchschn. arbeitstäg. Güterwagenstellung	Umlaufzeit der Güterwagen	Güterverkehr insgesamt	beförderte Personen	betriebsfähige Güterwagen	betriebsfähige Dampflokomotiven	
	1 000	Tage ¹⁾	1 000 t ²⁾	1 000	1 000		
1948 M.-D.	43,7	6,1	16 461	137 314	263,7	7,9	
1949 M.-D.	52,1	4,8	18 285	113 253	262,0	8,9	
1949 Januar	49,9	5,4	18 450	133 010	268,6	8,8	
Februar	51,4	5,1	17 242	113 382	270,6	8,9	
März	50,7	4,8	19 159	115 877	261,1	8,9	
April	51,8	5,0	17 418	114 120	256,6	8,9	
Mai	51,2	4,8	17 797	118 274	250,4	8,9	
Juni	50,0	4,8	16 811	106 922	261,6	9,0	
Juli	51,1	4,5	18 087	107 839	261,3	9,0	
August	50,3	4,4	18 154	107 936	260,4	9,0	
September	53,2	4,4	18 279	104 325	265,4	9,0	
Oktober	56,6	4,7	19 887	115 614	264,0	8,9	
November	57,3	4,6	20 078	110 556	259,7	8,9	
Dezember	51,5	4,8	18 063	111 182	258,3	9,1	
1950 Januar	48,2	4,6	17 664	119 915	258,0	8,9	
Februar	49,9	4,4	16 857	104 204	254,6	8,9	
März	53,3	4,2	19 928	104 068	254,2	8,9	
April	52,9	4,7	16 736	108 078	253,2	8,9	
Mai	53,3	4,7	17 175	113 395	250,5	9,1	
Juni	53,3	4,3	17 887	101 388	238,6	8,9	
Juli	55,3	4,3	18 988	111 488	236,8	8,9	
August	56,2	4,2	20 762	107 628	241,4	8,9	
Zeit	Schiffahrt		Deutsche Post ³⁾				
	Binnen- See- Güterumschlag		Briefsendg. einschl. Einschreibesdg.	Gewöhnl. Paket-sendungen	Tele-gramme	Orts-gespräche	Fern-gespräche einschließlich Schnellgespr.
	1 000 t		Mill.	1 000		Mill.	
1938 M.-D.	.	4 166	323,5	15 494	1 078	115,3	17,5
1948 „	6 068	1 886	296,7	7 558	2 386	130,1	.
1949 „	6 872	2 093	308,4	10 544	1 950	127,1	25,1
1949 Januar	5 397	1 968	269,0	7 719	1 712	123,4	23,2
Februar	5 634	1 795	266,2	8 040	1 646	119,7	22,4
März	6 602	2 005	288,7	9 358	1 857	128,8	24,6
April	6 628	2 029	297,9	8 634	1 916	120,5	23,4
Mai	7 489	2 010	288,4	9 077	1 978	121,7	24,5
Juni	7 427	2 113	275,6	8 299	1 897	119,6	24,0
Juli	8 184	2 200	283,9	8 765	1 968	123,3	25,7
August	7 869	2 330	302,2	8 928	2 044	124,8	26,2
September	7 352	2 233	296,2	9 541	2 057	125,4	26,2
Oktober	6 833	2 085	316,0	10 619	2 125	132,1	26,7
November	6 519	2 122	318,3	13 065	2 003	132,2	25,7
Dezember	6 532	2 226	403,8	16 585	2 193	137,3	25,6
1950 Januar	5 899	2 199	298,4	10 047	1 694	130,3	24,0
Februar	5 350	1 824	286,7	10 116	1 591	124,1	22,6
März	7 291	2 043	333,1	12 855	1 935	134,2	26,6
April	7 191	1 613	307,1	10 933	1 911	126,4	24,3
Mai	8 224	1 943	307,0	11 522	2 155	132,3	26,2
Juni	8 668	2 134	296,6	11 112	2 012	135,4	26,6
Juli	9 579	2 437	324,1	11 201	2 213	137,6	28,4
August	10 616	2 837	322,8	11 790	2 381	140,2	29,2
September	10 107	.	317,6	12 885	2 346	.	29,1

1) Bis einschl. Sept. 1949 nur Vereinigtes Wirtschaftsgebiet. — 2) Bis Dez. 1949 Vereinigtes Wirtschaftsgebiet. — 3) M.-D. 1938, 1948 und 1949 für die betreffenden Rechnungsjahre. — Quellen: Hauptverwaltung der Bundesbahn, Hauptverwaltung der Binnenschiffahrt, Deutsche Post (Posttechnisches Zentralamt).

6. Indexziffer der Grundstoffpreise

Vereinigtes Wirtschaftsgebiet, 1938 = 100

Zeit	insgesamt	davon	
		Nahrungs- mittel	Industriestoffe (Rohstoffe und Halbzeuge)
1948 Juni ¹⁾	155	123	176
Juli	159	127	179
August	172	129	200
September	179	132	210
Oktober	188	149	214
November	190	151	217
Dezember	193	154	218
1949 Januar	192	155	216
Februar	190	156	213
März	189	156	210
April	186	153	208
Mai ²⁾	189	168	204
Juni	191	174	203
Juli	192	179	201
August	194	183	200
September	193	185	199
Oktober	199	190	206
November	197	187	205
Dezember	195	181	205
1950 Januar	197	170	215
Februar	198	171	215
März	197	169	215
April	196	169	214
Mai	197	168	215
Juni	198	168	218
Juli	204	176	222
August	207 ³⁾	176 ³⁾	227
September	219 ³⁾	180 ³⁾	245 ³⁾

¹⁾ Monatsmitte. — ²⁾ Ab Mai 1949 unter Berücksichtigung der an den Schlachtviehmärkten tatsächlich gezahlten Preise. — ³⁾ Vorläufig. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

7. Indexziffer der Lebenshaltungskosten

für eine 4köpfige Arbeiterfamilie¹⁾

Vereinigtes Wirtschaftsgebiet, 1938 = 100

Zeit *	Lebens- haltung insge- samt	Er- näh- rung	Genuß- mittel	Miete	Heizung und Be- leuchtung	Be- kleidung	Reini- gung und Körper- pflege	Bildung und Unter- haltung	Haus- rat	Ver- kehr
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1948 Juli	159	156	399	100	108	214	145	137	195	138
August	157	147	403	100	111	230	145	139	198	131
September	159	147	401	100	115	244	148	136	202	133
Oktober	165	156	399	100	116	261	149	137	206	135
November	166	164	292	100	119	272	152	139	210	135
Dezember	168	168	292	100	119	271	155	142	211	136
1949 Januar	167	169	292	100	120	260	157	142	208	136
Februar	167	173	292	100	121	250	157	143	203	136
März	167	175	293	100	121	240	158	142	198	135
April	163	168	293	102	120	232	158	142	192	135
Mai	161	166	291	102	120	223	157	142	187	134
Juni	159	164	287	102	120	215	157	141	183	134
Juli	159	166	285	102	120	209	156	141	178	134
August	157	160	284	102	120	204	155	141	175	134
September	155	158	284	102	120	201	155	144	173	134
Oktober	155	160	286	102	119	200	154	144	172	134
November	156	162	287	102	119	199	152	143	171	134
Dezember	156	163	287	102	119	199	151	142	171	134
1950 Januar	154	160	287	102	119	197	150	142	170	134
Februar	154	160	286	102	119	194	149	142	168	134
März	153	159	285	102	119	191	148	141	166	133
April	153	160	285	102	119	189	148	141	164	133
Mai	156	168	285	102	118	188	147	140	163	133
Juni	151	157	284	103	118	185	147	141	162	133
Juli	149	153	284	103	118	183	147	141	161	133
August	148	150	285	103	118	182	147	140	159	133
September	148	149	275	103	118	184	147	140	160	133

¹⁾ Darunter 2 Verdienner und 1 Kind unter 14 Jahren. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

XI. Internationale

1. Wechselkurse

für je 1 Einheit

Land	Währungs- einheit	Kursarten ³⁾	Paritäten (in US-cents für je 1 Einheit der Landeswährung) ⁴⁾		Verkaufskurse in den						
			vor Abwertung	nach Abwertung	1937	1948	Januar bis Dezember 1949				
							vor Abwertung Jan. bis Aug.	nach Abwertung Sept. bis Dez.			
ERP-Länder											
Bundesrepublik Deutschland	D-Mark		30,0000	23,8095	40,16 ⁵⁾	30,00 ⁶⁾	30,00	23,81			
Belgien	Franc		2,28167 *)	2,0000 *)	3,375	2,282	2,282	2,000			
Dänemark	Krone		20,8376 *)	14,4778 *)	22,02	20,84	20,84	14,48			
Frankreich	Franc	Offiziell	0,4664	0,2857 *)	3,978	0,4837	0,4657	0,2865			
"	"	Frei	0,36752 ⁸⁾	0,28571		0,3238 ⁶⁾	0,3076				
Griechenland	Drachma	ohne Zertifikate	0,02000	0,02000	0,8977	0,0200	0,0200				
"	"	mit Zertifikate	0,00999	0,00667		0,0104	0,0100	0,0067			
Großbritannien	£ Sterling		403,000 *)	280,000 *)	494,4	403,0	403,0	280,0			
Irland	irl. £		403,000	280,000	494,4	403,0	403,0	280,0			
Island	Krone		15,4111 *)	6,14036 ⁹⁾	22,32	15,41	15,41	10,71			
Italien	Lira	Offiziell	0,17391	0,15924 ¹⁰⁾	5,263	0,1739	0,1739	0,1600			
"	"	Curb			—	0,1616	0,1545	0,1498			
Niederlande	Gulden		37,6953 *)	26,3158 *)	54,95	37,70	37,70	26,32			
Norwegen	Krone		20,1500 *)	14,0000 *)	24,73	20,15	20,15	14,00			
Österreich	Schilling	Offiziell: Grundkurs	10,0000	6,9444 ²⁸⁾	18,59	10,00	10,00	6,863 ¹¹⁾			
"	"	Effektivkurs		4,6816 ²⁴⁾				4,645 ¹¹⁾			
"	"	Vorzugskurs						3,821 ¹¹⁾			
Portugal	Escudo		4,00000	3,4783	4,486	4,000	4,000	3,478			
Schweden	Krone		27,81641	19,32367	25,43	27,82	27,82	19,32			
Schweiz	Franc	Offiziell			22,95	23,17	23,27	23,16			
"	"	Frei				24,88	25,19				
Türkei	Lira		35,7143 *)	35,7143 *)	79,18	35,71	35,71				
Sonst. euro- päische Länder											
Bulgarien	Lew		0,35000	0,35000	1,191	0,3490	0,3490				
Finnland	Markka		0,62500	0,43478	2,171	0,7353	0,7353 ⁷⁾	0,4348			
Jugoslawien	Dinar		2,00000 *)	2,00000 *)	2,304	2,00	2,00				
Polen	Zloty	Offiziell	1,00000	1,00000	18,92	0,9804	0,9804				
"	"	Prämienkurs	0,25000	0,25000		0,2488	0,2488				
Rumänien	Leu		0,66667	0,66667	0,7103	0,6667	0,6667				
Spanien	Peseta ¹³⁾				11,67 ¹⁴⁾	8,913 ¹⁴⁾	8,913	8,913			
"	"						bis	bis			
Tschechoslowak.	Krone		2,00000 *)	2,00000 *)	9,238 ¹⁰⁾	5,949 ¹⁰⁾	3,652	2,538 ¹⁷⁾			
Ungarn	Forint		8,51861	8,51861	3,486	2,000	2,000				
Außereuro- päische Länder											
Argentinien	Peso	Vorzugsk.: A			—	26,81	26,81	26,81 ¹⁰⁾			
"	"	B						18,62 ¹⁸⁾			
"	"	Grundkurs						30,96	23,64	23,64	16,42 ¹⁹⁾
"	"	Spezial						—	20,24	20,24	10,17
"	"	Frei			30,04	22,47	20,77	11,09 ¹⁹⁾			
"	"	Curb ²⁰⁾			—	10,81	7,69	6,33 ¹⁹⁾			
Australien	austr. £		322,400 *)	224,000 *)	393,9	322,4	322,4	224,0			
Ägypten	aegypt. £		413,300 *)	287,156 *)	507,1	413,3	413,3	287,2			
Brasilien	Cruzeiro ¹²⁾	Offiziell	5,40541 *)	5,40541 *)	8,772	5,405	5,405				
"	"	Frei ²⁰⁾			6,238	3,766	3,252				
Chile	Peso				5,163	5,136	5,136				
"	"	Regierung			3,909	3,984	3,984				
"	"	Vorzugskurs			3,578	3,215	3,215				
"	"	Offiziell	3,22581 *)	3,22581 *)	—	2,320 ⁹⁾	2,320				
"	"	Handelskurs			3,792	1,653	1,272				
"	"	Frei					100,0				
Cuba	Peso ¹²⁾		100,000 *)	100,000 *)	99,11	100,0	100,0				
Indien	Rupie		30,2250 *)	21,0000 *)	37,22	30,22	30,22	21,00			
Kanada	kan. \$		100,000 *)	90,9091 *)	100,00	100,00	100,00	90,91			
Mexiko	Peso		20,5973 *)	11,5607 *)	27,79	20,50 ¹⁵⁾	11,56 ¹⁵⁾				
Neuseeland	NZ £		399,955	277,885	398,1	323,0 ⁹⁾	403,0	280,0			
Union v. Südafrika	SA £		403,000 *)	280,000 *)	491,8	403,0	403,0	280,0			

¹⁾ Monatsdurchschnitte. Quelle: "Monthly Bulletin of Statistics" des Statistischen Amtes der Vereinten Nationen. Wenn nicht anders vermerkt, bank verstanden. — ²⁾ Monatsdurchschnitte auf Grund von in den „Nachrichten für Außenhandel“ veröffentlichten Notierungen. — ³⁾ Offiziell mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbart und von diesem nach dem Stande vom 1. 8. 1949 bzw. 15. 10. 1949 und später (vor bzw. schein 5. Juli und 18. September. — ⁴⁾ Variabler Mittelkurs zuletzt ca. 272,096 ffrs. = 1 US-Dollar. — ⁵⁾ Vom 20. 3. 50 ab. — ⁶⁾ Fluktuierender kurse im Devisensystem von 1949 ab. — ⁷⁾ Offiziell. — ⁸⁾ Wirksamer Kurs vor dem 22. Juli 1948 und nach dem 17. Juni 1949. — ⁹⁾ Vorzugs-
¹⁰⁾ Durchschnittskurs Januar-August. — ¹¹⁾ Durchschnittskurs Januar. Von Februar ab keine Notierungen. — ¹²⁾ 22. 11. 1949 bis 4. 10. 1950.

Übersichten

in US-Cents
der Landeswährung

einzelnen Ländern ¹⁾				Kurse in New York ²⁾ a) Verkaufskurs, b) Mittelkurs				
1950				1950				
April	Mai	Juni	Juli	Juni	Juli	August	September	Januar bis Sept. Monats- durchschnitt
23,81	23,81	23,81	23,81	—	—	—	—	—
2,000	2,000	2,000	2,000	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
14,48	14,48	14,48	14,48	14,48	14,48	14,48	14,48	14,48
0,2860	0,2859	0,2859	0,2858	0,2859 ^{b)}	0,2859 ^{b)}	0,2858 ^{b)}	0,2859 ^{b)}	0,2862 ^{b)}
0,0200	0,0200	0,0200	0,0200	—	—	—	—	—
0,0067	0,0067	0,0067	0,0067	0,006	0,006	0,006	0,006	0,006
280,0	280,0	280,0	280,0	280,00 ^{b)}	280,00 ^{b)}	280,00 ^{b)}	280,0938 ^{b)}	280,0017
280,0	280,0	280,0	280,0	—	—	—	—	—
6,140	6,140	6,140	6,140	—	—	—	—	—
0,1600	0,1600	0,1600	0,1600	0,1601	0,1601	0,1601	0,1601	0,1601
0,1555	0,1577	0,1590	0,1558	—	—	—	—	—
26,32	26,32	26,32	26,32	26,32	26,32	26,32	26,32	26,32
14,00	14,00	14,00	14,00	14,00	14,00	14,00	14,00	14,00
6,882	6,882	6,882	6,882	—	—	—	—	—
4,653	4,653	4,653	4,653	—	—	—	—	—
3,827	3,827	3,827	3,827	—	—	—	—	—
3,478	3,478	3,478	3,478	3,48	3,48	3,48	3,48	3,4802
19,32	19,32	19,32	19,32	19,30	19,30	19,30	19,30	19,30
23,26	23,27	23,13	23,04	23,1522 ^{b)}	23,0561 ^{b)}	23,0159 ^{b)}	22,9697 ^{b)}	23,2595 ^{b)}
35,71	35,71	35,71	35,71	35,75	35,75	35,75	35,75	35,75
0,3490	0,3490	0,3490	0,3490	0,35	0,35	0,35	0,35	0,35
0,4348	0,4348	0,4348	0,4348	0,431	0,431	0,431	0,431	0,431
2,00	2,00	2,00	2,00	—	—	—	—	—
0,9804	0,9804	0,9804	0,9804	—	—	—	—	—
0,2488	0,2488	0,2488	0,2488	0,25	0,25	0,25	0,25	0,25
0,6667	0,6667	0,6667	0,6667	—	—	—	—	—
8,913	8,913	8,913	8,913	—	—	—	—	—
bis	bis	bis	bis	9,16	9,16	9,16	9,16	9,16
2,538	2,538	2,538	2,538	—	—	—	—	—
2,000	2,000	2,000	2,000	2,03	2,03	2,03	2,03	2,03
8,519	8,519	8,519	8,519	8,61	8,61	8,61	8,61	8,61
26,81	26,81	26,81	26,81	—	—	—	—	—
18,62	18,62	18,62	18,62	—	—	—	—	—
16,42	16,42	16,42	16,42	—	—	—	—	—
—	—	—	7,98	—	—	—	—	—
11,09	11,09	11,09	11,09	11,20 ^{a)}	11,20 ^{a)}	11,20 ^{a)}	—	11,20 ^{a)21)}
7,27	7,17	7,28	6,45	—	—	—	—	—
224,0	224,0	224,0	224,0	224,1667	224,50	223,5703	224,00	224,0263
287,2	287,2	287,2	287,2	287,50	287,50	287,50	287,50	287,50
5,405	5,405	5,405	5,405	5,45 ^{a)}	5,45 ^{a)}	5,45 ^{a)}	5,45 ^{a)}	5,4556 ^{a)}
3,058	2,985	2,999	3,257	—	—	—	—	—
5,136	5,136	5,136	5,136	—	—	—	—	5,16 ²²⁾
—	—	—	—	—	—	—	—	—
3,215	3,215	3,215	3,215	—	—	—	—	3,23 ²²⁾
1,664	1,664	1,664	1,664	—	—	—	—	—
1,096	1,076	1,072	1,131	—	—	—	—	—
100,0	100,0	100,0	100,0	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
21,00	21,00	21,00	21,00	21,00	21,00	21,00	21,00	21,00
90,91	90,91	90,91	90,91	90,5417	90,8403	90,8438	90,9063	90,3841
11,56	11,56	11,56	11,56	11,57 ^{b)}	11,57 ^{b)}	11,57 ^{b)}	11,57 ^{b)}	11,57 ^{b)}
280,0	280,0	280,0	280,0	280,00	280,00	280,00	280,00	280,00
280,0	280,0	280,0	280,0	280,00	280,00	280,00	280,00	280,00

basieren die Angaben auf offiziellen Verkaufskursen des Inlandsmarktes. Unter Verkaufskurs wird in der Regel der Abgabekurs der Noten = amtlich festgesetzt; frei = Börsen- oder Marktkurs; Curb = „Schwarzmarkt“-Kurs. — ⁴⁾ Die mit einem (*) bezeichneten Paritäten sind nach Abwertung) veröffentlicht. — ⁵⁾ US-cents für Reichsmark. — ⁶⁾ Durchschnitt für einen Teil des Jahres. — ⁷⁾ Januar bis 4. Juli; 0,625 zwischens. — ¹¹⁾ Vom 25. November ab. — ¹²⁾ Wechselkursgeschäfte unterliegen der Steuer und / oder anderen Gebühren. — ¹³⁾ Gestaffelte Wechselkurs. — ¹⁷⁾ Vom 7. Oktober ab. — ¹⁸⁾ US.-cents für Pengö. — ¹⁹⁾ Vom 3. Oktober ab. — ²⁰⁾ Ende des Zeitabschnitts; ausgenommen 1937. — ²⁴⁾ Neue Parität vom 6. 10. 1950 ab. Das Staffelsystem verschiedener Verrechnungskurse wurde teilweise aufgegeben.

2. Großhandelspreisindexziffern wichtiger Länder

1938 = 100

Zeit	Vereinigte Staaten von Amerika (Bureau of Labor)	Großbritannien (Economist)	Frankreich (Offiziell)	Schweiz (Monatsbericht der Schweizerischen Nationalbank)	Italien (Economist)	Schweden (Economist)
1945 M.-D.	135	166	375	206	2 059	175
1946 "	154	176	648	200	2 883	168
1947 "	194	204	989	209	5 157	180
1948 "	210	225	1 712	217	5 440	194
1949 "	197	235	1 917	206	5 166	195
1948 Januar	211	218	1 463	218	5 371	188
Februar	205	220	1 537	218	5 350	189
März	205	225	1 536	218	5 316	190
April	207	223	1 555	218	5 238	193
Mai	209	226	1 653	218	5 182	194
Juni	211	228	1 691	218	5 140	195
Juli	215	226	1 698	217	5 137	195
August	216	225	1 783	216	5 704	196
September	215	227	1 791	215	5 769	196
Oktober	210	227	1 887	215	5 724	196
November	209	229	1 977	217	5 667	196
Dezember	206	231	1 974	216	5 697	196
1949 Januar	204	232	1 946	215	5 698	196
Februar	201	231	1 898	214	5 656	196
März	202	231	1 872	212	5 556	195
April	200	230	1 846	209	5 393	195
Mai	198	235	1 890	206	5 278	195
Juni	197	233	1 812	205	5 215	195
Juli	195	229	1 854	205	5 034	195
August	195	230	1 918	205	4 889	194
September	195	241	1 958	204	4 910	195
Oktober	194	244	2 002	201	4 841	197
November	193	245	2 005	201	4 826	197
Dezember	192	246	2 002	199	4 747	198
1950 Januar	193	248	2 063	198	4 732	198
Februar	194	251	2 057	195	4 759	199
März	194	247	2 102	195	4 732	199
April	195	254	2 097	194	4 693	200
Mai	198	263	2 082	197	4 695	200
Juni	200	264	2 038	197	4 668	202
Juli	207 ¹⁾	268	2 123	199	.	.
August	210 ¹⁾	271 ¹⁾	2 206	205	.	.
September	.	279 ¹⁾

¹⁾ Vorläufig.

3. Moody's Index für USA-Rohstoffpreise

Jahres-, Monats- und Wochendurchschnitte

31. Dezember 1931 = 100

jährlich	monatlich			wöchentlich
1938 . . . 143,5	1948 Jan. . . . 450,3	1949 Jan. . . . 390,5	1950 Jan. . . . 351,7	1950 23. 7. " 29. 7. 447,7
1939 . . . 150,0	Febr. . . . 413,9	Febr. . . . 375,9	Febr. . . . 356,6	30. 7. " 5. 8. 453,4
1940 . . . 159,9	März . . . 409,0	März . . . 372,0	März . . . 356,6	6. 8. " 12. 8. 455,7
1941 . . . 198,1	April . . . 417,2	April . . . 351,6	April . . . 361,3	13. 8. " 19. 8. 453,0
1942 . . . 230,9	Mai 420,4	Mai 344,2	Mai 381,8	20. 8. " 26. 8. 464,8
1943 . . . 245,8	Juni 431,3	Juni 338,8	Juni 397,6	27. 8. " 2. 9. 471,3
1944 . . . 249,6	Juli 433,1	Juli 339,9	Juli 432,7	3. 9. " 9. 9. 473,7
1945 . . . 257,4	Aug. . . . 427,2	Aug. . . . 340,2	Aug. . . . 459,6 ¹⁾	10. 9. " 16. 9. 476,9
1946 . . . 311,9	Sept. . . . 419,7	Sept. . . . 346,3	Sept. . . . 472,4 ¹⁾	17. 9. " 23. 9. 475,2
1947 . . . 418,8	Okt. . . . 404,6	Okt. . . . 338,6		24. 9. " 30. 9. 464,7
1948 . . . 418,6	Nov. . . . 401,0	Nov. . . . 344,2		1. 10. " 7. 10. 464,4
1949 . . . 352,4 ¹⁾	Dez. . . . 395,9	Dez. . . . 346,1		9. 10. " 14. 10. 463,9

¹⁾ Vorläufig.

4. Preise wichtiger Welthandelswaren

XI. Internationale
Übersichten

Durchschnittspreise

Zeit	Weizen	Mais	Kaffee	Zucker	Schweine	Wolle	Baumwolle	Kautschuk	Kupfer	Zinn	Blei	Zink	Erdöl, roh	Häute
	Chicago 1 Bushel = 60 lbs. \$	Chicago 1 Bushel = 56 lbs. \$	NewYork 1 lb. cents	NewYork 1 lb. cents	Chicago 100 lbs. \$	Boston 1 lb. \$	New Orleans 1 lb. cents	NewYork 1 lb. \$	NewYork 1 lb. cents	NewYork 1 lb. cents	NewYork 1 lb. cents	St. Louis 1 lb. cents	Pennsylv. 1 Barrel = 1,59 hl \$	Chicago 1 lb. cents
1946	1,98	1,64	17,61	4,43	18,69	1,06	29,58	0,23	13,06	52,00	7,69	8,81	3,15	18,38
1947	2,62	2,17	26,63	6,21	24,85	1,26	32,39	0,21	21,04	78,33	14,67	10,50	4,29	29,29
1948	2,45	2,08	26,77	5,52	23,65	1,62	31,51	0,22	22,21	99,25	18,04	13,38	5,00	27,00
1949	2,18	1,32	31,03	5,74	18,51	1,63	30,09	0,18	19,41	99,32	15,34	12,03	3,59	21,36
1948														
Januar	3,20	2,81	26,50	5,60	27,50	1,35	33,70	0,22	21,38	94,00	15,00	10,50	5,00	30,00
Februar	2,54	2,07	26,25	5,50	22,45	1,35	30,20	0,21	21,38	94,00	15,00	12,00	5,00	25,00
März	2,57	2,37	26,25	5,45	23,05	1,35	31,65	0,20	21,38	94,00	15,00	12,00	5,00	21,00
April	2,62	2,42	26,50	5,37	20,45	1,40	35,35	0,23	21,38	94,00	17,50	12,00	5,00	25,00
Mai	2,49	2,37	27,00	5,15	19,20	1,55	35,65	0,24	21,38	94,00	17,50	12,00	5,00	27,50
Juni	2,40	2,33	27,00	5,20	23,35	1,75	35,15	0,23	21,38	103,00	17,50	12,00	5,00	28,00
Juli	2,30	2,20	27,00	5,70	25,65	1,78	30,50	0,23	21,38	103,00	17,50	12,00	5,00	29,50
August	2,21	2,07	27,00	5,78	27,40	1,80	28,05	0,23	23,38	103,00	19,50	15,00	5,00	28,50
September	2,26	1,95	26,50	5,65	27,50	1,80	31,15	0,28	23,38	103,00	19,50	15,00	5,00	28,50
Oktober	2,26	1,55	27,00	5,60	25,50	1,75	27,85	0,23	23,38	103,00	19,50	15,00	5,00	26,50
November	2,27	1,39	27,25	5,68	21,25	1,75	29,05	0,20	23,38	103,00	21,50	15,50	5,00	29,50
Dezember	2,27	1,45	27,00	5,60	20,55	1,85	29,80	0,18	23,38	103,00	21,50	17,50	5,00	25,00
1949														
Januar	2,34	1,44	27,00	5,70	19,90	1,85	30,30	0,19	23,38	103,00	21,50	17,50	4,50	27,00
Februar	2,25	1,30	26,50	5,65	20,00	1,87	30,50	0,18	23,38	103,00	21,50	17,50	4,00	20,00
März	2,20	1,32	26,50	5,65	20,25	1,85	30,35	0,19	23,38	103,00	18,00	17,50	4,00	18,50
April	2,40	1,38	26,00	5,70	18,70	1,75	31,00	0,18	21,38	103,00	15,00	14,00	3,55	19,00
Mai	2,39	1,39	26,75	5,85	18,35	1,60	30,95	0,18	17,88	103,00	14,00	12,00	3,40	20,00
Juni	2,17	1,38	27,25	5,85	19,40	1,55	30,85	0,16	16,38	103,00	12,00	9,00	3,27	19,50
Juli	1,94	1,42	27,75	5,85	17,50	1,55	29,25	0,17	17,50	103,00	14,00	9,00	3,40	19,50
August	1,91	1,23	28,50	5,90	18,05	1,55	29,20	0,17	17,50	103,00	15,00	10,00	3,40	23,00
September	2,09	1,23	30,19	6,01	20,92	1,53	29,94	0,18	17,63	102,13	15,06	10,00	3,40	24,56
Oktober	2,13	1,17	36,12	6,03	18,22	1,46	29,30	0,16	17,63	95,73	13,48	9,31	3,40	24,50
November	2,12	1,23	45,11	5,40	15,98	1,47	29,48	0,17	18,39	91,09	12,53	9,26	3,40	21,37
Dezember	2,20	1,30	44,70	5,24	14,87	1,49	29,97	0,18	18,50	78,93	12,00	9,26	3,40	19,37
1950														
Januar	2,17	1,29	46,57	5,27	15,05	1,53	30,86	0,18	18,50	76,13	12,00	9,75	3,48	18,99
Februar	2,18	1,28	46,29	5,10	16,71	1,78	31,79	0,19	18,50	74,39	12,00	9,75	3,54	18,75
März	2,26	1,31	44,53	5,05	16,46	1,84	31,75	0,19	18,50	75,77	10,96	9,94	3,54	19,20
April	2,27	1,40	44,26	5,07	16,45	1,85	32,30	0,24	18,94	76,52	10,64	10,70	3,54	18,95
Mai	2,29	1,48	43,28	5,22	19,21	1,95	32,64	0,28	19,92	77,60	11,72	11,99	3,63	19,75
Juni	2,13	1,46	46,14	5,28	19,54	2,01	33,65	0,31	22,23	78,07	11,80	14,68	3,66	22,98
Juli	2,25	1,54	53,19	5,56	23,10	2,19	36,67	0,40	22,50	89,73	11,66	15,00	3,77	26,58
August	2,25	1,52	53,78	5,72	23,98	2,66	37,83	0,51	22,61	102,38	12,92	15,00	3,89	30,60
September	2,22	1,51	54,00	5,74	22,42	2,92	40,57	0,56	24,46	101,47	15,80	17,10	4,00	32,40

Quelle: VWD (Vereinigte Wirtschaftsdienste G. m. b. H.)

Berichtigung

Im Abschnitt „Außenwirtschaft“ muß es auf Seite 32,
linke Spalte, am Schluß des ersten Absatzes heißen:

„Nicht weniger als 1,05 Mrd. \$. . .“ (statt 1,05 Mill. \$)